



aus „Die Ewigkeit und ein Tag“ von Theo Angelopoulos

impressum

skolast - rivista dell'associazione studenti/esso universitari/e sudtirolesi/zeitschrift der
südtiroler hochschülerinnenschaft (sh.asus) - schlernstrasse 1, via sciliar - 39100 bozen/
bolzano - fon & fax 0471/974614 - www.asus.sh - mail: b7@sh-asus.bz.it - verantwortlich
im sinne des pressegesetzes/direttore responsabile: walter fill - red.aktion/red.azione:
sonja abrale, raphael daum, pepe egger, much engl, matthäus vigl, martin hanni, marit-
hias mühlberger, ulrike plattner, klaus putzer, verena steiner, mara stenico, david unter-
holzner - layout: david unterholzner, raphael daum - umschlag/copertina: matthias
mayer - druck/stampa: dipdruck, bruneck/brunico - gratisversand an mitglieder/
spedizione gratuita per i soci - mitgliedsbeitrag/quota soci: 11 euro - post k/k nr.
10915395 als zahlungsgrund „skolast“ angeben/indicare „skolast“ come causale - ein-
tragung beim landesgericht bozen/registrato presso il tribunale di bolzano: r.st./56 -
erlass vom/in data 18.06.1956

die artikel geben die meinung der autorInnen wieder/gli articoli esprimono le opinioni
delle autrici e degli autori. die zeitschrift gibt dem zeitgeiss einen klaps! oder wie.

"Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat (...) den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien (...) werden verdrängt durch neue Industrien, (...) die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. (...) An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. (...) Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. (...) Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen."

(Marx/Engels Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. Dietz 1974, Band 1, S. 29f)

- 008 editorial/e > red
- 010 è possibile rendere concreto il sogno... 1 analisi globale > roberto barbiero
- 013 macht neoliberalismus arm? 1 radiosendung aus bangladesh > christian brüser
- 017 resistenz! documento finale, porto alegre 2002 > forum social mundial
- 020 die scheinhafte parität, die krise in argentinien > christof parraiter
- 022 das geschlecht des geldes. 1 feministische analyse > elisabeth klutzer
- 024 sequences & frozen feelings & living tv & unfilled > sylvia micheli
- 028 globalisierungskritik nach dem 11. september > alan scott
- 034 afrika, globalisierung & marginalisierung > walter schicho
- 037 le lillipuziane e i lillipuziani tentano di legare gulliver > simonetta stringari
- 039 la rete, 1 concetto per una comprensione basilare della globalizzazione > helmut heiss
- 043 aufsteigerInnenlandwirtschaft, die negation des bestehenden > michael groier
- 046 das privileg, ausgebeutet zu werden, exploitation heute > matthias mühlberger
- 048 dichiarazione finale del secondo incontro nazionale 2002 > rete lilliput
- 050 mexiko, das musterbeispiel > thomas viefweider
- 054 menschenrechtsbeobachtung in chiapas > ei-durifo-kollektiv
- 055 fragmenti sulla globalità > florian seebacher
- 058 bildung als ware? das gats-abkommen > sami rabieh
- 061 gradek [georg trakt] > alessandro banda
- 062 interview, es geht nicht um extreme, sondern um prioritären... > enrique dussel peters
- 065 wenn staaten bankrott gehen, internationales insolvenzrecht > kunibert raffer
- 069 kleine kredite für kleine leute, von der kredit-würdigkeit > helmut waldert
- 074 2 kapitell aus der erzählung martini weiss > michaela grüner
- 076 interview, die globalisierten identitäten & ihr doppelter boden > hakan gürses
- 081 türme misst man an ihren schatten, über den wto-beitritt chinas > verena steiner
- 084 globalisierung, vom weltmarkt zur welt[bürger]gesellschaft? > elmar waibl
- 092 skrupellos & co, markenfirnen verletzen menschenrechte > klaus werner
- 094 disertare il dominio! disobbedire al comando! dichiarazione > disobbedienti
- 097 interview, ...dass wir alle [übersetzte] übersetzerInnen sind > rada ivekovic
- 100 freiheit in der kalkulierten anarchie, 1 ökonomische analyse > georg inderst
- 105 alle tage [ingeborg bachmann] > alessandro banda
- 106 interview, zerstört die hochkultur! noborder nonation! > volxtheaterkarawane
- 110 die stadt am meer > hanns oberrauch
- 111 nomadInnen-linie, migrantInnen-linie, sesshaften-linie > gerald raunig
- 114 mischung, biographie eines zukünftigen europäers > heinrich maizneller
- 116 hochschulreform als neoliberaler pulsch > claudia von werthof
- 122 die stadlinsel, architektur des goldenen käfigs > filio perkmann
- 125 vanillewangen > barbara abrate
- 126 interview, die kundInnen haben theoretisch die absolute macht > rudi datval
- 130 die selbstmörderische sinnlosigkeit der modernen landwirtschaft > josé a. lutzenberger
- 133 zur kontrolle multinationaler unternehmen, recht & globalisierung > gerald siller
- 136 klistiere für die kunst, zeitgenössische kunst & globalisierung > heinrich schwazer
- 139 1 anderer aufsatz über globalisierung, ausbeutung & ethnohistorie > john d. martin
- 143 la politica liberista del governo berlusca, thalchorismo all'italiana > alessandro cianca
- 146 bücherliste, libri sull'argomento > red
- 150 thematisches inhaltsverzeichnis, indice tematico > red
- 153 attività ricreative per un dopopolettura, wir basteln uns einen black block! > red

vollä. mit dieser ausgabe... erscheint der skolast (die skolastin, oder: viele skolastinnen!) schon fast wieder öfters. grund zur freude (für uns), würde er verwirrung in der medialen steppe auslösen. wie ein warmer, unerwarteter windstoß. auch diesmal: ungebügelter inhalt in widersprechender form & von unzeitgemäßem umfang. eine weitere ausgabe für herbst ist schon geplant & spukt in den köpfen (mit den arbeits-themen bildung, hochschulreformen, umbau der unis & anderen scheußlichkeiten, aber auch schöne dinge wie mehrsprachigkeit, schulen etc.).

das vor euch liegende heft ist einem thema gewidmet, das weit über stadt. hinausgeht & doch enorme auswirkungen auf die realität hat, in der wir alle leben:

globalisierung

globalis. ist ein stich- & schlagwort. dem wir jeden tag aufs neue begegnen. ein ohrwurm, der uns begleitet. aber die abstrakte & diffuse verwendung, die die meisten medien davon machen, lässt uns nicht klarer sehen (geschweige denn aufstehen & handeln). unser ziel war es denn auch, dem begriff 'globalisierung' schärfe & kontur zu geben, ihn in eine fassbare, konkrete & nachvollziehbare realität zu über-setzen.

soll heißen: die globalisierung aus verschiedensten perspektiven zu beäugen, von afrika bis zapata (vive!). an allen möglichen punkten ansetzen, die für das verständnis der komplexen glob.-maschinerie wichtig sein können. dieses schwammige, unbestimmte, expansive „etwas“ in einzelne kleine teile aufbrechen. aus dem ausufernden medial-sozio-ökonomischen koloss „globalisierung“ greifbare bruchstücke schlagen. sie liegen verstreut über das ganze heft verteilt. viele kleine stücke, die fragmentarisch - jedes für sich - einen teil unserer gegenwart sichtbar machen sollen. punktuelle analysen einer oft tristen wirklichkeit, die manche nicht sehen, viele kennen, aber nicht sehen wollen. eine anklage-schrift, ein heft bestehend aus lauter puzzleteilen, die zusammengefügt ein grobes bild dessen abgeben sollen, was heute globalisierung bedeutet: das hoffen wir. der anspruch auf vollständigkeit wird auf die nächste ausgabe verschoben. aber dann bestimmt!

die globalisierung & die dahinter stehende allumfassende beilslehre, der neoliberalismus, zogen aus, um die welt besser zu machen. die versprechungen summen uns noch in den ohren wie lästige mücken. aber wir müssen feststellen, wie die neoliberalen globalisierung versagt, wie ihre prophezeiungen ausbleiben. die fortbestehende ausbeutung der menschen & der natur, die wachsende armut, die ungerechte, immense schuldenlast der länder des südens, der hungér - um nur einiges zu nennen - sind tatsachen, die durch diese globalisierung nicht vermindert worden sind, nein, sie wurden & werden verstärkt, gewinnen an zerstörerischer dynamik. eine ökonomische & ökologische katastrophe zeichnet sich ab.

die globalisierung (wir würden gerne von etwas anderem sprechen, aber... seht selbst) ist immer ein zugleich ein- & ausschließender prozess. entfernteste märkte werden in den globalen supermarkt eingegliedert, zeitgleich werden milliarden von menschen davon ausgeschlossen. sie sind keine zahlungsfähigen kundtinnen im megastore „welt“: sie sterben an unterernährung. (wenn du konsumierst, dann bist du. wenn nicht, dann existierst du nicht.) während immer weniger reiche immer reicher werden. geraten immer mehr arme in noch größere armut, in den „armenhäusern“ der welt genauso wie in den sogenannten „industrieländern“. diese entwicklung nimmt zu, gewinnt an geschwindigkeit. einem tornado gleich fegt die globalisierung über die erde, katapultiert einige wenige in unvorstellbare höhen materiellen reichturns, während sie zugleich lebenswichtige strukturen für die am boden gebliebenen zerstört.

wir sehen: die wohltemperierten beruhigungsversuche unserer mitte-mitte-politikerInnen, die uns erzählen, auf dieser erde würden langsam, aber stetig alle irgendwie reicher, entwickelter etc., entpuppen sich als bemäntelung & verdeckung einer dramatischen entwicklung. & das wichtigste daran: dies alles hat mit uns zu tun. hier & heute! angefangen bei den dingen, die wir anziehen, essen, rauchen (bei den wahlen unserelwegen), bis zu den europäischen (sozialdemokratischen oder nicht) neoliberalen, die sich anschicken, uns zu regieren. was wir dagegen tun, hängt allein von jeder & jedem einzelnen ab, oder vielleicht von uns allen zusammen.

setzt einen, zwei, viele dissonante kontrapunkte!

oder mit georg christoph: „ich kann freilich nicht sagen, ob es besser wird, wenn es anders wird. aber soviel kann ich sagen: es muss anders werden, wenn es gut werden soll.“ g. c. lichtenberg weitere anliegen haben wir wenige (zur zeit).

die redaktion

editoriale

ecco il nuovo skolast: finalmente. lo scopo di questo nuovo numero è di raggiungere una certa confidenza nel creare un disturbo all'interno del mainstream dei media, un numero caratterizzato da contenuti controversi, da spirito antagonista & spessore anacronista. in breve: vogliamo continuare la tradizione di una pubblicazione che si è (quasi) sempre distinta per la sua spontaneità & la sua voglia di suscitare

discussioni. & siccome non ci scontentiamo di fermarci qui, stiamo già ideando & progettando il prossimo numero che uscirà alla fine di quest'anno.

la rivista che avete in mano è dedicata a un tema attuale che a prima vista non si riferisce al sudtirolo ma che in fondo ha delle enormi ripercussioni (anche) sulla nostra realtà: globalizzazione.

il nostro modesto obiettivo era di contestualizzare/concretizzare lo slogan mediale „globalizzazione“ che è rappresentato in modo piuttosto astratto & sfumato nei mass media. abbiamo cercato di analizzare la globalizzazione da varie prospettive & diversi punti di vista. vedete un po' voi: offriamo una serie di testi riguardanti questo fenomeno che si estende dall'africa fino al chiapas sperando che possano essere utili alla comprensione critica di questo processo. vorremmo disfare & analizzare la globalizzazione che si presenta come colosso medial-socio-economico impenetrabile, proponendo piccoli frammenti, sparsi in questo numero. questi piccoli pezzi - ciascuno per se - ci raccontano una storia di un mondo in radicale & profondo cambiamento.

ci troviamo di fronte a una realtà piuttosto triste, che alcuni non vedono, che molti altri conoscono, ma non vogliono vedere. una realtà che rivendica attenzione, una realtà che ci accusa. questo skolast è composto da molti pezzi di puzzle che messi insieme dovrebbero darci un'idea approssimativa di quel processo che oggi viene chiamato globalizzazione. il nostro obiettivo non è un'analisi esaustiva di una materia talmente complessa. rimandiamo alla prossima...

la globalizzazione, il capitalismo & il loro parente intellettuale il neoliberalismo si autodichiarano vincitori della storia, ci fanno credere di migliorare il mondo. le promesse non ci danno tregua, vengono ripetute senza sosta dalla radio, dalla tv & dai giornali. nonostante dobbiamo constatare che questa globalizzazione neoliberale è fallita & continua a fallire. le profezie non si sono verificate. lo sfruttamento delle lavoratrici & dei lavoratori su scala globale, l'inquinamento della natura, la povertà, la schiacciante problematica dei debiti dei paesi del sud, la fame, l'emarginazione... per citarne solo alcuni, sono fatti che non solo non sono stati attenuati, ma che sono peggiorati & stanno ancora peggiorando. inoltre la loro dinamica distruttiva sta aumentando. una catastrofe ecologica & economica ci sta minacciando.

la globalizzazione neoliberale si costituisce ovunque come un processo di esclusione & inclusione nello stesso tempo. mentre anche i mercati più distanti vengono incorporati nel supermercato globale, miliardi di uomini & donne vengono marginalizzati/e, gli viene impedito l'accesso al megastore „mondo“. non sono abbastanza abbienti per concedersi il lusso di una vita dignitosa. se consumi, allora esisti, se non sei in grado di consumare, semplicemente non ci sei. il meccanismo esclusivo della globalizzazione economica è questo. mentre un numero decrescente di ricchi diventa ancora più ricco, la povertà estrema si espande, il numero di poveri/e è in forte ascesa, nei paesi del sud come nelle società cosiddette „industrializzate“. come un tornado scatenato questa globalizzazione infuria nel mondo catapultando alcuni/e in sfere di inimmaginabile ricchezza materiale, mentre distrugge strutture essenziali di quelli/e che sono rimasti/e a terra.

la retorica tranquillizzante dei nostri politici del centro-centro senza prospettive si rivela falsa. è un mascheramento di uno sviluppo drammatico.

& la cosa più importante: tutto ciò riguarda proprio noi, riguarda quello che compriamo, portiamo addosso, quello che mangiamo, fumiamo, leggiamo... come riguarda quei neoliberalisti (socialdemocratici & non) che s'apprestano a governarci.

forse questo skolast (o questa skolasta, o meglio: questi/e skolasti/e!) può essere uno di quei tanti piccoli passi verso un domani vivibile per tutti/e!

perché un mondo diverso non è solo possibile, è necessario!

la redazione

è possibile rendere



...di costruire un mondo diverso. Aspetti e problematiche principali della globalizzazione economica. Un'analisi di

Roberto Barbiero

„Un altro mondo è possibile“ è lo slogan che ormai accompagna da tempo quella parte di società civile mobilitata in tutto il mondo in un'azione di critica e di denuncia della grave situazione internazionale conseguenza delle disseminate politiche economiche dei paesi occidentali.

Desidero però iniziare questo intervento non con le mie parole ma con quelle di una donna del Sud del mondo. Si tratta di Aurora Donoso, rappresentante di Acción Ecológica, un'associazione di gruppi indigeni dell'Ecuador, che in occasione dei dibattiti che hanno preceduto a Genova il vertice dei G8 di luglio, così si è rivolta piangendo all'assemblea che l'ascoltava: „Smettetela di chiamarci poveri! In realtà siamo ricchi di risorse, di foreste, di terre, di cibo, di biodiversità, di cultura e di religiosità. Noi di fatto siamo resi poveri perché i paesi occidentali ci stanno rapinando“.

Vorrei che queste parole fossero ricordate nel seguito di questo intervento perché ci permettono di tenere sempre presente il grido di sofferenza delle vittime di questo sistema economico che andremo ad analizzare.

Proveremo a mettere a fuoco le principali contraddizioni che l'attuale sistema economico presenta per poi parlare di alcune prospettive future consapevoli comunque della complessità dei problemi e del fatto che non è possibile esaurire adeguatamente tutti i punti in questo contesto. Mi aiuterò in questa relazione con le analisi di alcuni autori che hanno trattato la questione della globalizzazione economica da un punto di vista ben diverso di quello degli economisti tradizionali e mi riferirò in particolare al testo di Tonino Perna, *Fair Trade: la sfida etica al mercato mondiale* (1998).

Molti osservatori concordano sul fatto che a partire dagli anni 80 sia progressivamente scaduta la qualità della vita in tutte le società e ciò si evince da una serie di segnali: la diffusione delle guerre, la crescita dell'emarginazione e della fame, l'esplosione del problema della prostituzione e del lavoro minorile, l'aumento della criminalità, il degrado ambientale e la diffusione di nuove malattie (AIDS e mucca pazza) accanto alle vecchie non ancora debellate (tubercolosi, infezioni intestinali, ecc.)

È soprattutto nelle città e nelle zone urbane dove si misura il degrado crescente della qualità della vita umana e che ha comportato la scomparsa del senso della comunità e la distruzione degli spazi tradizionali di socializzazione. Il cittadino è divenuto un consumatore che in fretta si muove a riempire gli spazi vuoti tra un'occupazione e l'altra e per rendere il proprio culto nei nuovi templi i centri commerciali. E se non si è consumatori si viene definiti esuberanti e come tali collocati ai margini della storia.

In tale contesto aumentano le paure e le insicurezze legate all'incertezza del futuro per gran parte della popolazione mondiale. Possiamo quindi dire senza alcun timore che il capitalismo sta producendo una crisi sociale e morale che mette in discussione i fondamenti della civiltà moderna e non sorprende più quindi la fuga nell'irrazionale e nell'estremismo politico religioso come possibile alternativa.

Vediamo ora di capire quali sono i motivi che hanno portato a scendere in questo modo la qualità della vita a livello mondiale. Per fare questo si rende necessario analizzare meglio alcuni aspetti che caratterizzano l'attuale sistema economico ad iniziare dal significato del termine globalizzazione del quale sono in un gran parlare e che ad una prima interpretazione possiamo pensare si riferisca all'estensione a livello planetario di una determinata attività o processo che mette in relazione di interdipendenza più Paesi: ne sono un esempio la comunicazione, l'informazione, la cultura, i trasporti, il commercio e la finanza.

L'OCSE (Organizzazione per la Cooperazione e lo Sviluppo Economico) ha

concreto il sogno...

definito nel 1996 la globalizzazione come un processo attraverso cui mercati e produzione nei diversi paesi diventano sempre più dipendenti tra loro a causa della dinamica di scambio di beni e servizi e attraverso i movimenti di capitale e tecnologia.

È interessante notare il giudizio lapidario di Penna nel suo libro su questa definizione di globalizzazione. Secondo l'autore dietro essa si nasconde infatti l'invenzione ideologica più devastante della fine del XX secolo che in realtà consente al potere politico ed economico mondiale di portare avanti una strategia di restaurazione e repressione sociale e culturale.

Il messaggio di fondo infatti che trapela è il seguente: siamo entrati in una nuova era caratterizzata dalla competitività globale dove il mercato regola ogni aspetto della vita umana e impone a tutti di adeguarsi.

In realtà se facessimo un'attenta analisi scopriremmo che negli ultimi dieci anni siamo entrati semplicemente in una fase nuova di un processo di globalizzazione iniziato da molto tempo. Basta guardare la storia!

Lo scambio di merci a livello mondiale è una realtà sin dai tempi del colonialismo e delle grandi scoperte geografiche. La comunicazione fra gli abitanti del nostro pianeta si è resa più facile già dopo l'invenzione della macchina a vapore e del telegrafo. Molti indicatori economici evidenziano poi che la crescita mondiale sia in realtà rallentata nel lungo periodo e non sembra poi nemmeno vero che ci trovassimo in una fase di grande interdipendenza se di fatto il mercato mondiale riguarda a tutti gli effetti una popolazione di 1,5 miliardi di persone situate nei paesi più ricchi e nelle classi più elevate dei paesi del Sud del mondo. Inoltre si stima che gli Stati Uniti avessero ancora un'economia che al 90% produce beni e servizi per uso interno e le esporta-

zioni ammontassero solo al 10% del valore aggiunto nell'economia. Ma cosa caratterizza allora di fatto questa nuova fase della globalizzazione economica? Vediamo alcuni degli elementi essenziali.

a) Innanzitutto il crollo dei Paesi dell'Est dopo il 1989 e la sconfitta del modello socialista con la conseguente crisi generalizzata dei partiti socialdemocratici. La caduta del modello socialista ha significato infatti il trionfo del modello capitalista che condanna l'intervento dello stato nell'economia e qualunque regolamentazione del mercato stesso.

b) La crisi del welfare state (stato sociale) sottoposto a continui attacchi che stanno vanificando in molti paesi alcune delle conquiste sociali e civili più importanti dell'ultimo secolo.

c) Dopo la caduta dell'URSS il mondo ha avuto bisogno di un nuovo nemico per giustificare le spese in armamenti e garantire l'egemonia degli Stati Uniti. Ecco che a livello politico e militare l'identikit del nemico si è immediatamente tradotto nell'arabo, dittatore e finanziatore del terrorismo. Mentre a livello economico è proprio l'ideologia della globalizzazione e della competizione mondiale a costituire il miglior freno alle rivendicazioni sociali dei cittadini e dei lavoratori facendo ad esempio diventare i salari e lo stato sociale un ostacolo alla competitività delle aziende Paese! Sappiamo tuttavia che la legge non è uguale per tutti altrimenti non si capisce come giustificare, nell'era della libera concorrenza, il fatto che per rilanciare l'economia l'amministrazione Bush concedesse 70 miliardi di dollari di sgravi fiscali alle imprese americane! E mentre gli azionisti incassavano i contributi pubblici migliaia di persone si troveranno senza lavoro a causa dei tagli sull'occupazione. Ecco perché possiamo in definitiva ritenere fondato il dubbio che questa ideo-

logia servisse proprio a tenere sotto controllo tutti i movimenti che esprimono un dissenso e chiedono maggior libertà, giustizia e dignità.

d) Il dominio dell'economia finanziaria su quella reale. Le cifre ufficiali dicono che nel 1997 il commercio mondiale di beni e servizi, cioè l'insieme dell'economia reale, ha rappresentato l'11,17% degli scambi mentre l'economia finanziaria ha rappresentato ben il 98,83%. Economisti, politici, mass media e docenti universitari raramente tuttavia parlano nelle loro analisi di questa evidente anomalia della globalizzazione economica che di fatto si traduce in una perdita di controllo e di potere dello stato nazionale a vantaggio dei mercati finanziari, delle multinazionali e delle attività mafiose e criminali.

Ma un altro dogma sia alla base dell'attuale sistema economico: il concetto di crescita economica legato allo sviluppo. Tale concetto da tempo è diventato un obiettivo prioritario perseguito dai governi di tutto il mondo, indipendentemente dai loro riferimenti ideologici e culturali. Ormai non vi sono più dubbi che i processi produttivi che sono legati alla crescita quantitativa della nostra specie ed ai suoi livelli di consumo, stanno sottoponendo i sistemi naturali ad uno stress assolutamente inedito, rispetto a ciò che sino ad ora si è verificato nella storia del nostro pianeta. La crescita economica e la continua corsa verso il profitto economico ed il consumismo, hanno prodotto una globalizzazione economica di tutte le società, sempre più omologate ed omogeneizzate culturalmente, con l'obiettivo prioritario di ottenere la massima libertà nella circolazione di merci e denaro anche a costo di sacrificare la qualità della vita umana e la salute ambientale. Continuare quindi con un modello economico che persegue la continua crescita

Bibliografia essenziale

Torino Roma, *Fair Trade. Le sfide etiche al mercato mondiale*, Einaudi Boringhieri, 1998
A. T. e. *La Via di Siviglia. Il Pianeta Unico. Processi di globalizzazione*, Giubini, 1999
C. Bologna, *Articolo pubblicato su "Politica Internazionale"*, 2001

materialista e quantitativa. Ignorando i limiti imposti dai sistemi naturali è ormai impensabile nel medio-lungo periodo così come lo è un'economia che non tiene adeguatamente conto dei gravi problemi di giustizia sociale, accesso alle risorse, equa distribuzione delle stesse, ecc." (C. Bologna, 2001)

Le conseguenze di questo modello economico basato sulla continua spinta alla crescita dei consumi sono particolarmente drammatiche ed evidenti a partire dagli anni '80.

Negli ultimi vent'anni è infatti cresciuto in modo inarrestabile il divario tra il Nord e il Sud del mondo. I dati forniti dall'UNDP (United Nations Development Programme) mostrano che il divario di reddito tra il quinto degli individui che vivono nei paesi più ricchi del mondo ed il quinto che vive nei paesi più poveri è passato da 30 a 1 nel 1960, a 60 a 1 nel 1990 per giungere a 74 a 1 nel 1997. Attualmente il 20% più ricco della popolazione del pianeta detiene l'86% del PIL mondiale.

Fino agli anni 80 si è verificata una sostanziale correlazione tra la crescita dei salari e la produttività che ha rappresentato di fatto un compromesso sociale tra capitale e lavoro. Adesso la produttività del lavoro continua a crescere ma cresce anche la povertà dei lavoratori, delle lavoratrici e della maggior parte della popolazione mondiale. Gli indicatori della Banca Mondiale ci dicono infatti che 2,8 miliardi di persone al mondo vivono con meno di 2 dollari al giorno, 1,2 miliardi di persone vivono con meno di un dollaro al giorno mentre 1,1 miliardi di persone si possono definire malnutrite e non hanno accesso all'acqua potabile.

Lo smantellamento dello stato sociale e dei pubblici servizi (scuola, sanità, trasporti, energia, pensioni), iniziato con le politiche di Reagan negli Stati Uniti e della Thatcher in Gran Bretagna e che si sta allargando a molti paesi tra cui l'Italia, ha provocato una forte crisi del ceto medio in ogni paese.

È poi sfuggito al controllo il processo di accumulazione del capitale su scala

mondiale: i duecento individui più ricchi del mondo hanno più che raddoppiato il proprio patrimonio netto nei quattro anni precedenti al 1998 fino ad arrivare a più di 1000 miliardi di dollari. Le ricchezze dei tre miliardari primi in classifica sono maggiori della somma del PIL di tutti i paesi meno sviluppati e dei loro 600 milioni di abitanti (UNDP, 1999).

Infine è sotto gli occhi di tutti come il lavoro e la natura siano stati degradati al rialzo di merce disprezzata. Soprattutto nei Paesi del Sud uomini, donne e risorse ambientali sono svendute in cambio di capitali liberi di muoversi portando ad un'ipersfruttamento dell'ambiente e al totale degrado del lavoro misurato in termini di contrazioni salariali, di precarietà, di squalifica e di peggioramento della qualità (orari insostenibili, perdita delle tutele sindacali, ecc.).

Di fronte a questo scenario si evidenzia la totale inadeguatezza delle istituzioni internazionali e in particolare del Fondo Monetario Internazionale, della Banca Mondiale e dell'Organizzazione Mondiale del Commercio (WTO) nel regolamentare in modo equilibrato il sistema economico, finanziario e commerciale mondiale.

Si pensi alle devastanti politiche di sviluppo adottate da FMI e BM nei paesi del Sud con ricette che hanno aiutato i grandi affari ma hanno peggiorato la situazione delle popolazioni aumentando la spirale di dipendenza generata dal debito estero.

Il WTO, reduce dall'appuntamento di Doha, si appresta ad estendere le regole commerciali a molti ambiti tra cui i servizi, la proprietà intellettuale, gli investimenti e l'agricoltura, contribuendo a mettere seriamente in pericolo la sovranità dei paesi e la tutela dei consumatori e dei cittadini.

Sorge a questo punto spontanea la domanda: cosa possiamo fare noi cittadini e società civile? Senza la presunzione di fornire facili ricette vorrei soltanto riflettere su alcune significative esperienze che si stanno attuando in diversi contesti e che rappresentano un modo per rispondere a tale quesito. Ritengo prima di tutto che le conseguenze di tale sistema economico sulla vita del pianeta e dei suoi abitanti ci im-

pongano non solo una correzione della rotta ma bensì una serie di radicali cambiamenti che devono necessariamente partire da una scelta di base: non più il mercato al centro di tutto ma la vita dell'essere umano. Donna e uomo, deve essere al centro dell'interesse delle attività politiche ed economiche.

Diverse sono le azioni che possiamo intraprendere e che passano attraverso un impegno sia personale che collettivo. Un ruolo fondamentale risiede nell'informazione e nella formazione dei cittadini perché giungano ad essere persone consapevoli e coscienti della situazione che viviamo.

Dobbiamo senza dubbio operare perché si recuperi la centralità della politica rispetto all'economia come mezzo per tutelare il bene comune. Deve necessariamente essere rivisto il nostro modello di consumo consapevole che l'impronta ecologica dello stile di vita occidentale è troppo alta e insostenibile per permettere un benessere futuro a tutti gli abitanti della terra.

Un'attenzione particolare deve essere rivolta ai paesi del Sud che devono essere sollevati dalla spirale vergognosa del debito estero per poter intraprendere adeguate politiche economiche di autosviluppo. Una sfida importante sarà quella mossa allo strapotere finanziario attraverso ad esempio regole di controllo e di tassazione dei movimenti speculativi, l'eliminazione dei paradisi fiscali e l'abolizione del segreto bancario.

In questi anni sono stati avviati molti importanti esperimenti di resistenza civile e di economia alternativa: dalla finanza etica al microcredito, dal commercio equo e solidale alla cooperazione sociale, dall'agricoltura biologica ai gruppi di acquisto solidale. Proprio attraverso la sperimentazione di queste alternative concrete e il lavoro in rete di tutti i movimenti che operano nell'economia solidale, per la tutela di diritti umani e dell'ambiente, è possibile rendere concreto il sogno di costruire un mondo diverso.

Roberto Barbiero, Laureato in Educazione occupazionale e pedagogia, è climatologo presso la provincia autonoma di Trento.

Macht Neoliberalismus arm?

Die Wirtschaftsordnung des Neoliberalismus lehnt staatliche Eingriffe und Regelungen für den Markt ab und erwartet vom freien Spiel der Kräfte die besten Ergebnisse. Im Zuge dieser Bestrebungen wurden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Barrieren für den Güter- und Kapitalverkehr weltweit sehr stark abgebaut. Bangladesch, ein Land mit 130 Millionen EinwohnerInnen, das zu den ärmsten der Welt zählt, erlebte als Folge des Neoliberalismus einen Boom der Bekleidungsindustrie. Mit Geldern der Weltbank wurde überdies die Garnelenzucht forciert, was verheerende Folgen für Menschen und Umwelt nach sich zog. Eine Radiosendung* aus Bangladesch von

Christian Brüser

In einer Näherei

Shahida Diese Kleidung wird von den FabrikantInnen exportiert. Sie verdienen dafür Geld im Ausland. Aber die FabrikshesitzerInnen sagen uns, dass die USA und Europa so wenig Geld für die Kleidung bezahlen, dass sie uns keinen höheren Lohn geben können. Ich arbeite hier Tag für Tag, aber wenn ich mir so eine Hose kaufen wollte, könnte ich sie mir gar nicht leisten. Eine Jeans kostet 500 bis 1000 Taka oder mehr, wie sollte ich das bezahlen?

Shahida arbeitet seit 10 Jahren als Näherin in Bekleidungsfabriken. Sie ist 28 Jahre alt und hat drei Kinder. Für die reguläre Arbeitszeit, also für acht Stunden an sechs Tagen, bekommt sie 2300 Taka im Monat. Das sind rund 50 Euro. Fast jeden Tag leistet sie zwei Überstunden, wodurch sich ihr Verdienst auf umgerechnet 70 Euro erhöht. Um gut leben zu können - das bedeutet für sie, dass sie sich Medikamente leisten kann, wenn ihre Kinder krank sind - bräutche sie 5000 Taka, also fast doppelt soviel. Ähnlich geht es den anderen 300 ArbeiterInnen, die mit **Shahida** in der großen Halle sitzen. Gerade arbeiten sie an einem Auftrag aus Italien. 2500 Sporthosen nähen sie pro Tag. Bis eine Hose fertig ist, geht sie durch mindestens 3 Dutzend Hände. Eine näht die Taschen, die nächste den Bund, die dritte das Futter.

Abdul Basher, Produktionsmanager Sie hier näht die Taschen, jede Stunde 90 bis 100 Stück, sie ist eine gelehrte Kraft.

Eine gelehrte Kraft, das bedeutet nicht, dass sie eine Ausbildung hat, sondern genug Erfahrung. Training on the job lautet die Devise. In Bangladesch geht das so: Während der knappen Arbeitspausen bringt eine erfahrene Näherin einer jüngeren Verwandten oder Freundin die wichtigsten Handgriffe an der Nähmaschine bei. Außerdem schauen die Helferinnen genau zu, während sie den Näherinnen die Kleidungsstücke zum Nähen vorbereiten.

Dass einem ausländischen Journalisten die Tore geöffnet werden, dass ich mich frei umsehen und unterhalten kann, das ist die große Ausnahme. Die meisten der rund 3000 Kleiderfabriken in Bangladesch legen keinen Wert auf Medienpräsenz. Der Eigentümer der Green-World-Fabrik ist ein verantwortungsvoller Unternehmer und hat nichts zu verbergen. Die Räume der Fabrik sind hell beleuchtet und gut belüftet. Die Toiletten erfüllen zumindest einen gewissen Hygienestandard, und er beschäftigt keine Kinder. Auch **Shahida** ist zufrieden.

Shahida Es gefällt mir gut hier. Die Arbeitszeiten werden eingehalten und man bekommt die Überstunden bezahlt. Wenn ich ein ärztliches Attest bringe, erhalte ich meinen Lohn sogar wenn ich krank bin.

*Dieser Text ist das Manuskript einer Radiosendung mit dem Titel „Garnelen für die Contracts der Welt - oder: Macht Neoliberalismus arm?“, die am 01. in der Reihe „Journal Panorama“ ausgestrahlt wurde.

"Fonti sicure affermano che ogni bombardamento in Afghanistan costa 17 milioni di dollari al giorno (ricordiamoci anche che ogni bombardiere costa 2 miliardi). Si calcola che in questi mesi ci sono stati in media 8-10 bombardamenti al giorno. Siano, dobbiamo dire che solo i bombardamenti aerei in Afghanistan costano 170 milioni di dollari al giorno. Siamo alla follia collettiva, altro che guerra al terrorismo. Se pensiamo che con 13 miliardi di dollari potremmo risolvere il problema della fame e sanità nel mondo, per un anno (dati Banca Mondiale), potremmo trasformare questo mondo in un paradiso terrestre, e invece lo rendiamo un inferno."

tratto da: Messaggio di Alex Zanotelli ai partecipanti all'assemblea della rete Lilliput.



Diese arbeitnehmerInnenfreundliche Praxis ist die Ausnahme in Bangladesch. Frauen- und Menschenrechtsorganisationen berichten von endlosen, bis zu 12 Stunden langen Arbeitstagen, unregelmäßiger Bezahlung, von schlechtesten Arbeitsbedingungen, dunklen, ungenügend belüfteten Räumen. In einigen Fabriken würden Toilettenmarken ausgegeben, d.h. während eines 8 bis 10 Stunden Tages dürfen die Frauen nur ein einziges Mal zur Toilette gehen. Dabei sind die Toiletten oft in einem Zustand, das sich niemand länger als unbedingt nötig dort aufhält. Natürlich leisten diese Arbeitsbedingungen zahlreichen Krankheiten Vorschub, doch eine Krankenversicherung, die die Behandlungskosten übernehmen könnte, haben die TextilarbeiterInnen nicht. Für viele Frauen wird der Arbeitsplatz zur tödlichen Falle. Immer wieder kommen Menschen um, weil sie beim Ausbruch eines Feuers nicht fliehen können. Die Fabrikhallen sind in der Regel mit Schiebegittern versperrt. In den letzten beiden Jahren starben auf diese Weise 200 Menschen.

Fertigtextilien und Strickwaren sind das Verbindungsband zwischen Bangladesch und den Industrienationen. Aus bescheidensten Anfängen entwickelte

sich eine leistungsfähige Industrie, die heute fast 2 Millionen Arbeitskräfte beschäftigt, davon 90% Frauen. Mit rund vier Milliarden US-Dollar Exporterlösen ist die Kleidung zu wichtigsten Devisenquelle geworden. Weit über die Hälfte aller Deviseneinnahmen stammen aus diesem Sektor. Die Regierung erwartet bis zum Jahr 2005 einen Anstieg der Beschäftigten um weitere 1,7 Millionen Menschen. Danach drohen aber schwierige Zeiten: Bangladesch verliert seinen Fröhen bei den Fertigtextilien dem Quotensystem eines internationalen Handelsabkommens, das im Jahr 2005 auslaufen wird. Danach wird Bangladesch dem Wettbewerb leistungsfähiger Konkurrenten wie China, Indien und Pakistan ausgesetzt sein. Die weltweite Produktion und der weltweite Handel mit Bekleidung sind ein Kind des Neoliberalismus. Die Handelsbarrieren in diesem Sektor sind weitgehend abgebaut worden. Außerdem wurden in vielen Ländern sogenannte „Exportproduktionszonen“ eingerichtet. In diesen Zonen können die InvestorInnen weitgehend ungehindert von Sozial- oder Umweltauflagen produzieren. Häufig genießen sie Steuerprivilegien. Die Infrastruktur wird vom Staat bereitgestellt und Gewerkschaften sind verboten. Der größte Investor in Bangladesch ist Südkorea. Bangladesch hat bisher zwei Exportproduktionszonen, weitere sind geplant, denn das Land profitiert von den Deviseneinnahmen.

Profitieren auch TextilarbeiterInnen? Dieser Frage ist **Rita Afsar** nachgegangen. Sie ist Forscherin am Bangladesh Institute of Development Studies. Die Löhne sind extrem niedrig, die Arbeitsbedingungen zum Teil schlecht und die Vertretung der ArbeitnehmerInnen unzureichend, so ihr Ergebnis. Doch es sind auch positive Entwicklungen festzustellen, die zum Teil gar nicht beachtet waren.

Rita Afsar *Zum ersten Mal werden die armen Frauen vom Land, die aus Familien von Landlosen stammen, mobilisiert. Sie bilden das eigentliche Rückgrat dieser Industrie. Ein fester Arbeitsplatz mit geregelter Bezahlung - wir nennen das formeller Sektor - war bisher das Privileg der ausgebildeten, städtischen Mittelklasse und in erster Linie der Männer. Jetzt erhalten auch die armen Frauen vom Land Zugang zum formellen Sektor im Bereich der Produktion. Früher konnte man außerhalb bestimmter Zeiten praktisch keine Frauen auf den*

Straßen sehen, während sie heute zu jeder Tages- und Nachtzeit viele Frauen auf dem Weg zu den Fabriken sehen.

Die Beschleunigung der weiblichen Freiheit und Mobilität - wir nennen das „Prudh“ - ist noch immer sehr stark. Die wichtigste Konsequenz der Arbeit im Bekleidungssektor ist, dass die Normen der „Fardah“ in Frage gestellt werden. Das ist sehr wichtig, denn davon profitieren viele junge Frauen. Man muss sich vergegenwärtigen, dass 90% der Frauen in dieser Branche unter 30 Jahre alt sind. Da vollzieht sich eine gewaltige Veränderung.

Die jungen Frauen, die in die Hauptstadt Dhaka ziehen, genießen zum ersten Mal eine gewisse Unabhängigkeit. In der Regel mieten sie sich eine Hütte in einem Slumviertel. Meistens zusammen mit Arbeitskolleginnen oder Verwandten. Es entstehen kleine „Zweigfamilien“, deren Mitglieder sich gegenseitig helfen. Die Eigenständigkeit der Frauen beeinflusst auch ihr Heiratsverhalten.

Zum ersten Mal denkt man über einen passenden Bräutigam nach! Bei einer Tochter von Landlosen hat sich diese Frage früher überhaupt nicht gestellt. Sie war eine Last, der man sich schnellstmöglich entledigen wollte. Doch heute, da sie Geld verdient, hat sie an Bedeutung gewonnen sagt Rita Afsar.

Mit der größeren Bedeutung der Frauen innerhalb der Familien geht noch eine weitere wichtige Veränderung einher. Die Frauen bestimmen nun über ihren eigenen Körper und ihre Sexualität. **Rita Afsar** hat festgestellt, dass die Verwendung von Verhütungsmitteln bei den TextilarbeiterInnen deutlich höher ist, als bei anderen Frauen in Bangladesch, und dass ihre Kinderzahl signifikant unter dem Durchschnitt liegt. Ein großes Stück Emanzipation, das ist die positive Nebenwirkung der Textilindustrie. Die bitterste Pille liegt für die NäherInnen in der schlechten Bezahlung. Selbst in der ansonsten so vorbildlichen Green-World-Fabrik ist der Lohn unzureichend. Die NäherInnen können auch nicht auf einen Aufstieg auf der Karriereleiter hoffen. Sie sind in einer beruflichen Sackgasse gefangen. Denn es fehlt ihnen die formale Ausbildung, um Leitungsaufgaben übernehmen zu können. Auch in der Green-World-Fabrik sind es nur Männer, die die Verantwortung für das Nähen, für das

Zuschneiden oder die Qualitätskontrolle innehaben. Vom Produktionsmanager ganz zu schweigen, der mit 20.000 Taka, mehr als 440 Euro über ein ganz ordentliches Gehalt verfügt.

Wenn die Näherin **Shahida** den doppelten Lohn für ihre Mühe bekäme, könnte sie sich Geld für die Medizin ihrer Kinder leisten und mit weit weniger Sorgen leben. Die KonsumentInnen in den Industrieländern müsste deshalb kaum tiefer in die Tasche greifen. Die Sporthose, an der sie gerade näht, kostet in Österreich circa 20 Euro. Der Fabrikspreis in Bangladesch liegt bei rund einem Euro. Der größte Anteil entfällt auf den Stoff. Die gesamten Fertigungskosten betragen nur 25 Cent. Davon zieht der Fabriksbesitzer seinen Gewinn ab und bezahlt die Angestellten. D.h., wenn Shahida und ihre KollegInnen den doppelten Lohn erhalten würden und damit die Hälfte ihrer Sorgen los sein könnten, müssten die KonsumentInnen in Österreich höchsten einen oder zwei Schilling mehr für ihre Hosen bezahlen.

Rita Afsar Wenn ich mit den Arbeitgebern darüber spreche, antworten sie mir, dass der harte Wettbewerb nur minimale Gewinne erlaubt. Sie könnten es sich daher nicht leisten, mehr zu bezahlen. Es sei ein extrem harter Wettkampf mit vielen MitbewerberInnen. Ich habe daran allerdings meine Zweifel, denn die einzige Wertschöpfung in diesem Bereich erfolgt durch die ArbeiterInnen. Doch die geringen Löhne stehen in keinem Verhältnis zur Wertschöpfung. Daher muss man sich um ihr Wohlergehen und ihre Vertretung kümmern. Gerade in einem Zeitalter, in dem wir von Partizipation und Demokratie sprechen. Denn diese Leute haben das Gesicht unseres Landes verändert. Sie müssen repräsentiert werden.

Szenenwechsel: Chakuria

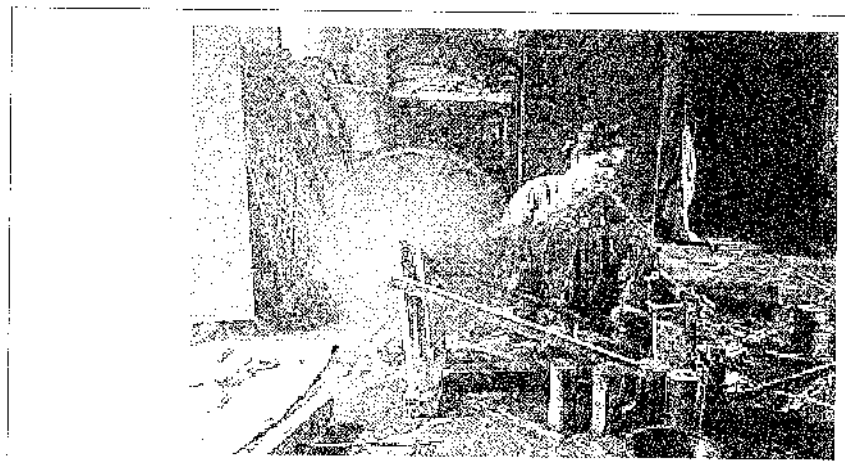
Es war einmal... So könnte man die Geschichte von Chakuria beginnen. Die Geschichte von Chakuria ist aber kein Märchen, sondern sie zeigt, wie durch kurzfristige Profitinteressen und die Ungleichverteilung der Macht, Menschen ins Elend gestürzt, und kostbare Ökosysteme unwiederbringlich zerstört werden. Die Geschichte geht so: Es war ein Mal ein schöner Mangrovenwald in Chakuria. Chakuria ist eine Region im Südosten von Bangladesch am Golf von Bengalen, nahe der

Hafenstadt Chittagong. 30.000 Menschen leben auf einem Gebiet, das etwa halb so groß ist wie der Neusiedlersee.

Der Fischer **Ayub Ali** ist 73 Jahre alt und wohnt seit seiner Kindheit in dieser reichen Gegend.

Ayub Ali In meiner Jugend war hier alles dichter Wald. Es gab damals noch keine Reistbauerinnen und -bauern, sondern nur FischerInnen, die in den Kanälen des Mangrovenwalds fischten. Fisch hatten wir damals in Hülle und Fülle. Einmal die Netze auswerfen und wir hätten 80 Kilogramm gefangen. Heute kann ich froh sein, wenn ich 2 Kilo fange. Der Fischbestand ist um 90% zurückgegangen. Viele Arten gibt es gar nicht mehr.

Früher hatten manche FischerInnen ein Dutzend Wasserschüffel, denn sie fanden in den Mangrovenwäldern genug zu fressen. Heute haben die Familien maxi-



mal einen oder zwei Wasserschüffel, viele aber gar keinen mehr. Auch die Kühe und Ziegen sind mit dem Mangrovenwald verschwunden. Zahllose Vogelarten hat man früher hier gesehen. Heute kommen nur noch zwei Mal im Jahr die Zugvögel durch, sonst hört man hier nichts mehr. Feuerholz konnten wir uns einfach aus dem Wald holen, heute müssen wir Feuerholz kaufen, das auf Schiffen aus den Bergen kommt. Mit den Kühen und Wasserschüffeln ging auch der Kuhdung als Brennmaterial verloren.

Wo einst der grüne Mangrovenwald stand, zeigt sich heute eine öde, baumlose Fläche. Garnelenteich reiht sich an Garnelenteich. Unterbrochen vom monotonen Braun der Lehmdeiche. Was ist in Chakuria geschehen? Ein böser Fluch ist über die Menschen gekommen, aber nicht von einer

schlimmen Hexe, sondern von Männern mit Handys, Laptops und grauen Anzügen. Die ExpertInnen der Regierung und der internationalen Finanzorganisationen wollten dem armen Land Bangladesch zu einer guten Devisenquelle verhelfen. Wenn, so dachte man sich, die Menschen in den Industriestaaten bereit sind, für Garnelen viel Geld auf den Tisch zu legen, warum sollten sie dann nicht im tropischen Bangladesch gezüchtet werden, wo die Bedingungen dafür geeignet sind. Bangladesch bekäme dadurch auch eine Möglichkeit, seine Schuldenlast zu reduzieren. In mehreren Schritten wurden 10.000 Hektar Land der Forstbehörde unter die Aufsicht der Fischereibehörde gestellt. Die Fischereibehörde teilte das Land in Parzellen und vergab Pachtlizenzen. Der Goldrausch begann. Mit allen Mitteln versuchten reiche Leute mit guten Beziehungen aus der Hauptstadt Dhaka und aus Chittagong, Lizenzen zu erwerben.

Ayub Ali 1965 haben sie an den ersten Plätzen Walnrücke abgeholzt und Garnelenfarmen angelegt. Richtig los ging es aber erst 1982. Und 1986 war praktisch alles abgeholzt. Die großen, reichen und politisch einflussreichen Leute haben die Landnutzungsrechte bekommen, aber wir mussten durch die Finger schauen und wurden dabei immer ärmer.

Um die Zuchtbecken für die Garnelenfarmen einzudeichen, um Schleusen und Verbindungswege zu bauen, stellte man dem Projekt unter Federführung der Weltbank 36,7 Millionen US-Dollar zur Verfügung, mehr als 36 Mio. Euro. Die Menschen in Chakuria waren alles andere als erfreut über diese Hilfe.

Ayub Ali Es gab große Proteste, als sie mit dem Abholzen begannen. Die Men-

schen, die von den Mangrovenwäldern leben, besonders die Fischer und die sogenannte „Spaion-Armee“ der Bauern stellten sich in den Weg. Aber gegen die Staatsgewalt, gegen Polizei und Militär, konnten wir nichts ausrichten. Zwei Dorfbewohner sind erschossen worden und viele rannten ins Gefängnis. Die Regierung hat unseren Standpunkt einfach ignoriert, später kam es zu Gerichtsverhandlungen. Die meisten der armen Menschen sind jetzt wieder frei.

Die Menschen sind wieder frei, doch sie bleiben gefangen in ihrer Armut. Die Mangrovenwälder waren gerade für die ärmere Menschen ein kostbarer Schatz, der für sie Holz, Honig, Früchte, Heilpflanzen und vieles mehr bereit hielt. All dies müssen sich FischerInnen wie **Dula Mia** jetzt für teures Geld kaufen. Doch ihre Einkommenschancen, so sagt er, hätten sich nicht verbessert.

Dula Mia Wir haben keine Jobs auf den Gamelenfarmen bekommen. Die FischerInnen blieben FischerInnen. Nur ohne Fisch. Früher war das Leben hier sehr einfach. Während der Flut kamen viele Fische in die Kanäle der Mangrovenwälder. Wir haben unsere Netze ausgesteckt, und bei Ebbe hatten wir einen schönen Fang. Jetzt sind wir FischerInnen ohne Fisch.

VertreterInnen von NGOs kritisieren die Gamelenzucht nicht nur, weil sie die ursprünglichen NutzerInnen des Landes an den Rand gedrängt hat, sondern auch aus ökologischen Überlegungen. Gamelenzucht könne in Chakuria nicht nachhaltig betrieben werden, sondern es sei eine „rape and run-industry“, ein Geschäft, das die natürlichen Ressourcen ausplündert und dann weiter zieht. Zum Teil hat sich diese Kritik bewahrheitet. Am Anfang hatten die ZüchterInnen Probleme mit dem Säuregehalt des Bodens, doch dieses Problem ließ sich durch Mineralbeigaben lösen. Aber sie mussten große Verluste durch die sogenannte white-spot-disease hinnehmen, bei der die Gamelen lauter weiße Flecken bekommen. Es ist eine Viruserkrankung, die besonders bei semi-intensiver Haltung auftritt. Die meisten ZüchterInnen mussten die Farmen eine Saison brachliegen lassen und sind dann auf Anweisungen der WissenschaftlerInnen wieder auf extensive Haltung umgestiegen.

Zwar hätten sich die Profite verringert, jedoch, so versichert der 30jährige Gamelenzüchter Rafiq, es lasse sich immer noch viel Geld mit den Gamelen verdienen. Rafiq hat einen Pachtvertrag für 12 Hektar auf drei Jahre. Dafür bezahlt er 300.000 Taka, etwa 6.500 Euro. Wenn er Glück hat, wenn ihm weder ein Taiün noch die white-spot-disease einen Strich durch die Rechnung machen, kann er diese Summe in einem Jahr verdienen. Seit fünf Jahren sei er dabei und er ist sehr zufrieden, es sei ein gutes Geschäft. Ab und zu könne er es sich sogar leisten, selbst Gamelen zu essen. Rafiq hat einen Unterpachtvertrag. Für den Hauptpächter ist das eine gute Regelung, denn er kann das Risiko auf den Unterpächter abwälzen und streicht trotzdem saftige Gewinne ein. Das einzige, was HauptpächterInnen brauchen, sind gute Kontakte zur Regierung.

Über gute Kontakte verfügt auch Anwarul Islam Chowdury, der Präsident der Gamelenzüchtervereinigung. Er vertritt die Interessen von 1500 Gamelenfarmern in Chakuria, Cox's Bazar und den umliegenden Gebieten. Er ist Herr über 180 Hektar Gamelenfarmen. Er sei zufrieden und verstehe die Kritik nicht. Seine Frau pflichtet ihm bei. Bangladesch sei ein reiches Land und die Zukunft für Gamelen sehr gut. Wer hier investiere, hätte die besten Aussichten. Die Regierung fördere dieses lukrative Geschäft, denn die Fisch- und Gamelenzucht verschaffe Bangladesch 5% des Volkseinkommens. Nach Angaben der Exportförderungsagentur sind 1,2 Millionen Menschen darin beschäftigt. 1997 produzierte Bangladesch 1,5 Millionen Tonnen Fisch und Gamelen und erzielte damit 314 Millionen Dollar Exporterlöse, umgerechnet 340 Mio. Euro, 85% davon durch Gamelen. Die HauptabnehmerInnen sind die USA, Japan und Europa. In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich die Gamelenzucht ums Hundertfache gesteigert.

Die Regierung setzt weiterhin stark auf die Gamelenzucht. Für **Ayub Ali** ist das Vorgehen ganz klar. Von den Rohstoffen im Mangrovenwald, den Bäumen, dem Wild und den Fischen hatte die Regierung nicht viel gehabt. Auch die reichen und einflussreichen Leute nicht. Doch mit der Umwandlung in Gamelenfarmen bekommt die Regierung die Pachtgebühr und die Leute machen ihr Geschäft. NutznießerInnen sind auch die KonsumentInnen der Industriestaaten, die für die

Leckerbissen dank des großen Angebots nicht mehr so viel bezahlen müssen. O er weiß, wahn die Gamelen exportiert werden!

Ayub Ali Jr. nach Amerika, London, Dubai. Wir könnten uns die Gamelen nie im Laden leisten. Für ein Kilogramm zahlt man hier 600 Taka und in Chittagong schon 1000 Taka - soviel verdienen ich in einem ganzen Jahr. Wir können uns die Tiere zwar ansehen, die hier produziert werden, aber gegessen werden sie in London, Amerika und in den Golfstaaten.

Den FeinschmeckerInnen in Europa und Amerika hat man den Mangrovenwald von Chakuria geopfert. Und den schon vorher reichen Leuten in Bangladesch. Die meisten Menschen und auch das Land selbst, so **Golam Mustafa**, sind aber dadurch ärmer geworden.

Golam Mustafa Langfristig wirft ein Mangrovenwald riesigen Gewinn ab. Wenn Sie das über einen Zeitraum von 50 Jahren berechnen, werden Sie feststellen, dass der Gewinn 10 Mal so hoch ist, wie der der Gamelenfarmen. Denn die Mangroven bilden Laich- und Brutplätze, sie verhindern die Erosion und tragen zur Landgewinnung bei. Wenn sie die Wälder abholzen, zerstören sie das ganze Ökosystem. Die Folgen sind Erosion und Verschmutzung, weil die natürliche Filterwirkung entfällt, sie verlieren das Weideland und viele Vogelarten. Außerdem ist das Land nicht mehr vor den Zyklonen geschützt.

Wenn man das alles berechnet, kommt man auf den zehnfachen Wert der derzeitigen Gamelenfarmen. Aber wenn die Mangrovenwälder einmal zerstört sind, kann man sie nicht wieder aufrösten, weil eine Vielzahl von Arten verloren gegangen ist.

Macht Neoliberalismus arm? Mit ja oder nein lässt sich diese Frage nicht beantworten. Der Wegfall staatlicher Regelungen bietet viele neue Chancen, ermöglicht Initiativen, und er sorgt für mehr Wettbewerb. Doch beim Wettbewerb siegt der Stärkere, der Schnellere oder der Intelligenter. Neoliberalismus wirkt dadurch häufig wie ein Hebel, der latente Ungleichheit verstärkt.

RESISTENZA AL NEOLIBERISMO E AL RAZZISMO

MOVIMENTO PER LA PAZIE E LA JUSTIZIA SOCIALE

IL DOCUMENTO FINALE DEL SECONDO FORUM SOCIALE MONDIALE REALIZZATO A PORTO ALEGRE

01) Di fronte al continuo deterioramento nelle condizioni di vita dei popoli, noi, movimenti sociali del mondo intero, ci siamo incontrati in decine di migliaia nel Secondo Forum Sociale Mondiale di Porto Alegre. Siamo qui a dispetto dei tentativi di spezzare la nostra solidarietà. Ci incontriamo di nuovo per continuare le nostre lotte contro il neolibberismo e la guerra, per confermare gli accordi dello scorso Forum e riaffermare che un altro mondo è possibile.

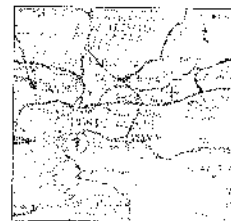
02) Siamo diversi: donne e uomini, adulti e giovani, popoli indigeni, contadini e urbani, lavoratori e disoccupati, senza casa, anziani, studenti, persone d'ogni credo, colore, orientamento sessuale. L'espressione di questa diversità è la nostra forza e la base della nostra unità. Siamo un movimento di solidarietà globale, unito nella nostra determinazione di lottare contro la concentrazione della ricchezza, la proliferazione della povertà e delle ineguaglianze e la distruzione della nostra terra. Siamo costruendo alternative, utilizzando modi creativi per promuoverle. Stiamo costruendo un'ampia alleanza a partire dalle nostre lotte o dalla resistenza a un sistema che è fondato sul patriarcato, il razzismo e la violenza, che privilegia gli interessi del capitale sui bisogni e le aspirazioni dei popoli.

03) Questo sistema produce il dramma quotidiano di donne, bambini e anziani che muoiono di fame, dell'assenza di cure sanitarie e di malattie che potrebbero essere prevenibili. Intere famiglie sono obbligate a lasciare le loro case a causa delle guerre, dell'impatto del „megasviluppo“, della mancanza di terra e in presenza di disastri ambientali, disoccupazione, attacchi ai servizi pubblici e distruzione della solidarietà sociale. Al Sud come al Nord forti lotte e resistenze stanno nascendo per far valere la dignità della vita.

04) L'11 settembre ha segnato una svolta drammatica. Dopo gli attacchi terroristici, che condanniamo assolutamente, così come condanniamo tutti gli altri attacchi sui civili in altre parti del mondo, il governo degli Stati Uniti o i suoi alleati hanno lanciato una massiccia operazione militare. In nome della „guerra al terrorismo“ vengono attaccati in tutto il mondo i diritti civili e politici. Con la guerra contro l'Afghanistan, in cui sono stati usati anche metodi terroristici e con le nuove che si preparano ci troviamo di fronte ad una guerra complessiva permanente, per estendere sostenuta dal governo degli Usa e dai suoi alleati per stabilire il loro dominio. Questa guerra rivela l'altra faccia del neolibberismo, la più brutale e inaccettabile.

L'Islam viene demonizzato, mentre il razzismo e la xenofobia vengono deliberatamente diffusi. La stessa informazione e i mass media prendono attivamente parte a questa campagna bellicista che divide il mondo tra il „bene“ e il „male“. L'opposizione a questa guerra è uno degli elementi costitutivi dei nostri movimenti.

05) La situazione di guerra ha ulteriormente destabilizzato il Medio Oriente, fornendo il pretesto per un'ulteriore repressione del popolo palestinese. Di fronte all'occupazione brutale d'Israele, un compito urgente del nostro movimento è quello di mobilitare la solidarietà per il popolo palestinese e la sua lotta all'autodeterminazione. Questo è vitale per la sicurezza collettiva di tutti i popoli della regione.



06) Allo stesso tempo, anche nuovi eventi confermano l'urgenza delle nostre lotte. In Argentina la crisi finanziaria causata dal fallimento degli aggiustamenti strutturali del Fondo Monetario Internazionale e il debito crescente hanno fatto precipitare la crisi sociale e politica. Questa crisi ha prodotto proteste spontanee delle classi lavoratrici e della classe media, una repressione che ha causato morti, cambiamenti nel governo e nuove alleanze tra gruppi sociali diversi. Con la forza dei "cacerolazos" il popolo ha potuto assicurarsi la soddisfazione dei principali bisogni di base.

07) Il collasso della multinazionale Enron è un esempio della bancarotta dell'economia "del casinò" e della corruzione degli uomini d'affari e della classe politica. I lavoratori sono rimasti senza impiego e senza pensioni. Nei paesi in via di sviluppo questa multinazionale impegnata in attività fraudolente e i suoi progetti hanno cacciato la popolazione dalle loro terre aumentando smisuratamente i prezzi dell'elettricità e dell'acqua.

08) Il governo degli Stati Uniti nel suo sforzo di proteggere gli interessi delle grandi imprese, ha abbandonato con arroganza i negoziati di Kyoto sul riscaldamento globale, il trattato sui missili antibalistici, la convenzione sulla biodiversità, la conferenza dell'ONU sul razzismo e l'intolleranza e il confronto per ridurre la fornitura d'armi leggere, dimostrando ancora una volta che l'unilateralismo degli Stati Uniti fa saltare i tentativi di trovare soluzioni multilaterali ai problemi globali.

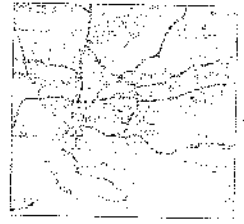
09) A Genova il G8 ha completamente fallito nella sua pretesa di governo globale. Di fronte ad una massiccia mobilitazione e resistenza, ha risposto con la violenza e la repressione, denunciando come criminali coloro che avevano osato protestare. Ma non sono riusciti ad intimidire il nostro movimento.

10) Tutto ciò avviene nel contesto di una recessione globale. Il modello economico neoliberista distrugge i diritti, le condizioni e i livelli di vita dei popoli. Usando ogni mezzo per proteggere i loro dividendi, le multinazionali licenziano, riducono i salari e chiudono fabbriche, spremendo fino all'ultimo i lavoratori. I governi di fronte a questa crisi economica rispondono con la privatizzazione, il taglio delle spese sociali e una riduzione permanente dei diritti di lavoratori e lavoratrici. Questa recessione dimostra il fatto che le promesse neoliberaliste di crescita e prosperità sono una bugia.

11) Il movimento globale per la giustizia sociale e la solidarietà si trova di fronte ad enormi sfide: la sua lotta per la pace e la sicurezza collettiva impone di misurarsi con la povertà, le discriminazioni, il dominio e la creazione di una società sostenibile alternativa. I movimenti sociali condannano con forza la violenza e il militarismo quali strumenti di risoluzione dei conflitti; la promozione di guerre di bassa intensità e le operazioni militari del Plan Colombia come parte dell'iniziativa regionale andina, il piano Puebla Panama, il commercio d'armi e la crescita delle spese militari, gli embarghi economici contro i popoli e nazioni, in particolare contro Cuba e Iraq, e la crescente repressione nei confronti di sindacalisti e attivisti. Noi sosteniamo le lotte dei sindacati e dei lavoratori del settore informale, come uno strumento essenziale per il miglioramento delle condizioni di lavoro e di vita, l'effettivo diritto di organizzarsi, il diritto di sciopero, il diritto alla contrattazione collettiva a diversi livelli e per conquistare l'uguaglianza salariale e delle condizioni di lavoro tra donne e uomini. Rifiutiamo la schiavitù e lo sfruttamento dei bambini. Sosteniamo le lotte dei lavoratori e dei sindacati contro la flessibilità, l'esternalizzazione del lavoro e i licenziamenti e chiediamo nuovi diritti internazionali per i lavoratori e le lavoratrici delle multinazionali e delle loro fornitrici, in particolare il diritto alla libertà sindacale e alla contrattazione collettiva.

12) Le politiche neoliberaliste creano ulteriore miseria e insicurezza. Esse hanno aumentato in maniera impressionante il traffico e lo sfruttamento sessuale di donne e bambini che condanniamo con forza. Povertà e insicurezza portano anche alle migrazioni e a milioni di esseri umani è negata la dignità, la libertà, i diritti. Perciò noi chiediamo il diritto alla libertà di movimento, il diritto all'integrità

fisica e a uno statuto legale per tutti e tutte i lavoratori e le lavoratrici migranti. Sosteniamo i diritti dei popoli indigeni e l'applicazione della convenzione ILO 169 nel quadro delle leggi nazionali.



13) Il debito estero dei paesi del Sud è stato già pagato più volte. Il debito, illegittimo, ingiusto e fraudolento, funziona come uno strumento di dominio, toglie ai popoli i loro fondamentali diritti umani con il solo scopo di aumentare l'usura internazionale. Chiediamo la cancellazione incondizionata del debito e la riparazione dei debiti storici, sociali ed ecologici. I paesi che chiedono il rimborso del debito hanno intrapreso lo sfruttamento delle risorse naturali e intellettuali del Sud.

14) Acqua, terra, cibo, foreste, semi, la cultura e le identità dei popoli sono beni comuni dell'umanità per le generazioni presenti e future. È essenziale conservare la biodiversità. I popoli hanno il diritto a un cibo sano e stabile, libero da organismi geneticamente modificati. La sovranità alimentare a livello nazionale, regionale e locale è un diritto umano fondamentale; in questo senso costituiscono richieste fondamentali la riforma agraria e l'accesso dei contadini alla terra.

15) Il vertice di Doha ha confermato l'illegittimità del WTO. La presenta "agenda per lo sviluppo" adottata, in realtà difende solo gli interessi delle multinazionali. Con il lancio di un nuovo round il WTO si sta avvicinando al suo obiettivo di trasformare ogni cosa in merce. Per noi, cibo, servizi pubblici, agricoltura, salute, istruzione e geni non sono in vendita. Inoltre rifiutiamo il brevetto di qualsiasi forma vivente. L'agenda del WTO viene estesa a livello continentale attraverso gli accordi di libero commercio e investimenti. Organizzando proteste come le grandi dimostrazioni contro l'Alca (FTAA), i popoli hanno rifiutato questi accordi che rappresentano una ricolonizzazione e la distruzione di valori fondamentali, sociali, economici, culturali e ambientali.

16) Noi vogliamo rafforzare il nostro movimento attraverso azioni e mobilitazioni comuni per la giustizia sociale, per il rispetto dei diritti e delle libertà; per la qualità della vita, l'uguaglianza, la dignità e la pace.

Lottiamo

Per la democrazia: i popoli hanno il diritto di conoscere e criticare le decisioni dei loro governi, specialmente quando riguardano istituzioni internazionali. I governi devono essere responsabili di fronte ai loro popoli. Mentre sosteniamo la diffusione della democrazia elettorale in tutto il mondo, sottolineiamo la necessità di una democratizzazione degli stati e delle società e la lotta contro la dittatura;

per l'abolizione del debito estero e la sua riparazione;

contro le attività speculative: chiediamo l'introduzione di tasse specifiche, come la Tobin tax, e l'abolizione dei paradisi fiscali;

per il diritto all'informazione;

contro la guerra e il militarismo, contro le basi e gli interventi militari stranieri, e la sistematica escalation di violenza. Noi scegliamo di privilegiare il negoziato e la soluzione non violenta dei conflitti;

per un'Unione europea democratica e sociale, basata sui bisogni di lavoratori, lavoratrici, popoli europei, sulla necessità della collaborazione e della solidarietà con i popoli dell'Est e del sud;

per i diritti dei giovani, il loro accesso a un'istruzione pubblica, gratuita e socialmente autonoma e l'abolizione del servizio militare obbligatorio.

Porto Alegre, 4 febbraio 2002

die scheinhafte parit t

Wie ein Land vom Mustersch ler zum Menetekel der Globalisierung wurde: Eine Analyse der strukturellen Ursachen für die wirtschaftliche Katastrophe in Argentinien von

Christof Parnreiter



CARNE ARGENTINA

In den 1990er-Jahren, als Finanzkrisen weltweit die „Emerging“ in „Emergency Markets“ verwandelten, galt Argentinien als Musterschüler des IWF: Wirtschaftswachstum von vier Prozent jährlich, stabile Währung, keine Inflation, Exportwachstum und ein Boom ausländischer Direktinvestitionen hielten den Glauben an GlobalisierungsgewinnerInnen wach. Dennoch kommt der Zusammenbruch nicht  beraschend. Das Wirtschaftswachstum hatte sich kontinuierlich abgeschwächt, um seit 1999 im Minus zu liegen; die Verschuldung stieg ständig; die Zunahme der Importe übertraf mit 535 Prozent (1991-1999) das Exportwachstum (+85 %) bei weitem; die Handelsbilanz geriet als Folge davon ins Minus; der reale Zinssatz stieg und stieg.

All dies weist auf strukturelle Probleme hin, die sich nicht mit Misswirtschaft

erklären lassen. Vielmehr enthüllt Argentinien's Krise ein grundsätzliches Dilemma, in das viele Länder Lateinamerikas geraten sind. Der Globalisierung sind nämlich Widersprüche inh rent, die direkt aus den neoliberalen Dogmen Goldwertstabilit t, Anwerben von Auslandsinvestitionen und Exportproduktion folgen.

Peso überbewertet

Argentinien wurde von der Finanzwelt beklatscht, als es seinen Peso im Verhältnis 1:1 an den US-Dollar band. Schließlich wurde damit ein zentrales Interesse ausländischer InvestorInnen befriedigt, die sich einer Abwertung mit aller Kraft widersetzen, weil diese ihre Anlagen schmälern würde. Die argentinische Währungspolitik begünstigte also den Zufluss ausländischen Kapitals. Zugleich aber hatte sie letzliche Auswirkungen auf die Produktion. Die neoliberalen HohepriesterInnen negierten nämlich, dass die Dollar-Peso-Parität nicht den realen ökonomischen Verhältnissen entsprach, der Peso also klar überbewertet war.

Diese Überbewertung unterminiert die argentinische Wirtschaft von zwei Seiten. Erstens verteuerte sie die Exporte emp-

findlich, was dazu führte, dass ab Mitte der 1990er-Jahre die Wachstumsraten kontinuierlich abnahmen und 1999 der Exportboom zusammenbrach. Zweitens wurden die Importe durch die Überbewertung billiger, was ihr schnelles Wachstum begünstigte.

Keine Investitionen

Die Folgen waren eine notorisch negative Handelsbilanz und die Verdrängung nationaler Produkte durch Einfuhren. Anders ausgedrückt: Schwache Exporterfolge und gleichzeitige Importpenetration w rgten die argentinische Wirtschaft ab. Um den durch die negative Handelsbilanz verursachten st ndigen Kapitalabfluss auszugleichen, wurde das Bemühen um ausländisches Kapitalverst rkt. Der dazu erforderliche hohe Zinssatz aber verstärkte den Druck auf die argentinischen Unternehmen, die zwischen zwölf (für Großbetriebe) und 30 Prozent (für Kleinbetriebe) an Kreditzinsen zu zahlen hatten. Produktive Investitionen wurden dadurch verhindert, was auch der Economist bemerkte, um dann hinzuzufügen: „But remember those nervous global financiers.“

Genau hier liegt das Problem: Die durch das Lechzen nach ausländischem Kapital hochgetriebenen



Zinsen drehten wirtschaftliche Impulse ab und ebneten so den Weg zur Rezession. Fazit: Die neoliberalen Orthodoxie führte Argentinien in einen Teufelskreis aus Überbewertung, Exportschwäche, Importpenetration und hohen Zinsen. Das Erlahmen der Wirtschaft folgte auf dem Fuß, die Unfähigkeit, den Schuldendienst zu bedienen, ebenfalls.

Die von den neoliberalen GlaubenslehrerInnen in Washington und Buenos Aires ignorierten Interessenskonflikte zwischen Finanzkapital, Exportindustrien und Binnenwirtschaft brechen heute auf, ohne aber dass die so genannten ExpertInnen, die Argentinien noch vor kurzer Zeit „geraten“ haben,

die Dollarparität beizubehalten, zur Verantwortung gezogen werden.

Den Preis zahlen die ArgentinierInnen - ob Mittel- oder Unterschicht: Die Arbeitslosigkeit hat sich in den letzten 20 Jahren sechsfacht, die realen Löhne sind im selben Zeitraum um ein Viertel gefallen, und die Armut steigt so schnell, dass Daten aus dem Jahr 2001 veraltet sind.

Lawineeffekt droht

Was die Lage noch brisanter macht, ist, dass der Widerspruch, an dem Argentinien zerbricht, weitere Länder Lateinamerikas in die Tiefe reißen wird. Brasilien, Mexiko oder Uruguay leiden

an vergleichbaren strukturellen Problemen, und nur eine Neuorientierung kann weitere Crashes verhindern.

Ein Umdenken fordert selbst die Financial Verdana - bekanntlich nicht das Zentralorgan der GlobalisierungskritikerInnen -, die bereits anlässlich der Asienkrise 1998 rief: „The wisdom of over-hasty integration of emerging economies into global financial markets must be reconsidered.“

© DER STANDARD, 8. Jänner 2002

Colinist Barthelemy ist Sozialforscher (Schwerpunkt: Lateinamerika) an der Geographischen Akademie der Wissenschaften.

Die Menschen sind wichtiger als das Kapital

Porto Alegre war ein Treffen aller, die sich für die Menschen und gegen das Kapital einsetzen. Porto Alegre war die Kreuzung, wo sich alle trafen, die etwas verändern wollten. Und alle konnten ihre Meinung vorbringen. Die Vielfalt an Ideen war fantastisch. Und alle zielten sie darauf ab, die wirklichen Anliegen der Menschheit zu verwirklichen: Arbeit, Land, gesunde Ernährung, Wohnraum, Bildung für alle, Würde und Ethik. Doch wir begnügten uns nicht mit dem Debattieren von Ideen. Denn nur die Praxis bewegt die Welt. Darum eröffneten wir das Forum mit einem Marsch von Tausenden von Menschen, die glaubten, dass eine bessere Welt möglich sei. Junge und Punks fühlten sich frei, warfen mit faulen Eiern aufs McDonalds. Viele USA-Flaggen wurden verbrannt. Und das nicht als Affront gegen das US-amerikanische Volk, sondern als Protest gegen das Symbol des Imperiums, das allen seinen Willen in Wirtschaft, Politik und Militär aufzwingen will. ErzieherInnen und LehrerInnen aller Welt zeigten viel Kreativität in ihren Demonstrationen für öffentliche und unentgeltliche Bildung für alle.

Wir Bauer und Bäuerinnen des Südens, als VertreterInnen einer der vielen Bauernorganisationen und unterstützt von vielen anderen besetzten temporär ein Gelände von Monsanto, um darauf hinzuweisen, dass sich der Hunger in der Welt nicht mit Gentechnologie eliminieren lässt, im Gegenteil, dass diese bloß einigen wenigen Firmen das Monopol über sämtliche gentechnisch veränderten und von ihnen patentier-

ten Saatprodukte garantiert. Die Ernährung der Menschheit hängt von der Demokratisierung des Saatguts ab. Und die Bauern und Bäuerinnen der ganzen Welt dürfen nicht Opfer von fünf Unternehmen werden.

Wir sind jetzt stärker vereint gegen den internationalen Währungsfonds, die Weltbank, die Gentechnologie, die Auslandsschuld, gegen den Ausschluss der Armen von Gesundheit, Bildung und Landbesitz. Wir kümmern uns wenig um Verträge und Dokumente. Wir planteten lieber gleich konkret mit der Agenda in der Hand. Denn wir werden uns wieder treffen, wenn sich die Herren der Welt begegnen. Wir werden wieder auf die Strasse gehen, sei's in Buenos Aires, Quebec, New York... oder an anderen Orten.

SIE wollen die Gewinnprozente, die Ausbeutung, das Elend, den sozialen Ausschluss globalisieren. WIR werden den Kampf, die Ideale, die Kultur, die Erkenntnis und den Willen, die Welt zu verändern, globalisieren. Porto Alegre war während 5 Tagen ein Welthafen, wo wir andockten, um uns mit Idealen und Solidarität aufzutanken und voll mit dieser Energie kehrten wir in unsere Länder zurück, bereit zu neuen Kämpfen. Es wird der Tag kommen, wo sich alle Völker gegen die Ausbeutung erheben werden. Davos wird da einzig ein demokratisierter Winterkurort sein. Und der IWF ein Weltfond zur Unterstützung der Indigenas!

João Pedro Stedile, Mitglied des nationalen Vorstandes des MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra, Brasilianische Landlosen Bewegung) und des Organisationskomitees des Weltsozialforums in Porto Alegre.

Da\$ Ge\$chlecht de\$ Gelde\$

Gerne wird die Geschlechterneutralität von Finanzmärkten beschworen. Bei genauerem Hinschauen entpuppt sich dies allerdings als Mythos. Finanzmärkte sind ein Herrschaftsinstrument, auf denen bestehende Ungleichheiten in der Geschlechterhierarchie gefestigt und sogar noch verstärkt werden. Ein feministischer Blick auf die Finanzmärkte von

Elisabeth Klätzer

Frauen fließt weltweit ein weitaus geringeres Einkommen als Männern zu, obwohl sie ein Mehr an - vor allem häufig unbezahlter - Arbeit leisten. Bei der Vermögensverteilung ist das Missverhältnis noch eklatanter. Dadurch haben Frauen denkbar schlechte Eingangsvoraussetzungen, um auf den Finanz- und Kapitalmärkten als relevante Akteurinnen teilzunehmen. Schließlich hängen die Erfolgsmöglichkeiten auf diesen Märkten gerade von der Höhe des verfügbaren Kapitals ab. Darüber hinaus entzieht sich dieses Kapital im Vergleich zu Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit, der vorrangigen Einkommensquelle für Frauen, weitgehend der Besteuerung. So trägt das Engagement auf den Finanzmärkten dazu bei, die Schere bei Vermögen und Einkommen noch weiter zu vergrößern - und damit auch die bestehenden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern.

Irrationalitäten und Diskriminierungen auf den Kreditmärkten

Nicht nur bei den Anlagemöglichkeiten auf den Finanzmärkten zeigen sich eklatante Unterschiede, sondern auch bei den Möglichkeiten, Geld aufzunehmen. Die geringeren Einkommen und die oft nicht vorrangingen Vermögenswerte zur Absicherung von Krediten bedeuten für

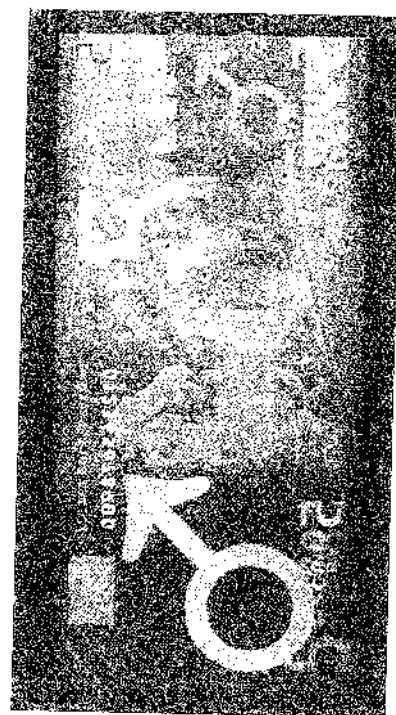
Frauen, insbesondere in den ärmeren Ländern, große Hürden beim Zugang zu Kapital. Finanzmärkte sind ebenso wie andere Märkte durch Segmentierung und irrationale Verzerrungen gekennzeichnet, die große Nachteile für Frauen mit sich bringen, da der Zugang zu Krediten erschwert und die Kosten erheblich erhöht werden (vgl. van Staveren). Die Gründe für diese Verzerrungen zuungunsten der Frauen liegen oft in Vorurteilen begründet. Frauen werden beispielsweise als risikoreicher eingestuft oder es werden ihnen geringere Fähigkeiten zu wirtschaftlichem Erfolg zugemessen. Die Folgen sind sehr konkret: Ihre Investitionsvorhaben werden schlechter bewertet und bei Kreditwünschen werden sie gegenüber Männern benachteiligt. Erhalten sie doch einen Kredit, so häufig zu ungünstigeren Konditionen. Dabei zeigt sich in der Realität ein ganz anderes Bild: Frauen weisen tendenziell eine höhere Rückzahlungsquote als Männer auf. Nach rationalen Kriterien müssten Frauen also eigentlich bessere Bedingungen bei der Aufnahme von Krediten gewährt werden.

Zusätzliche Lasten durch internationale Finanzkrisen

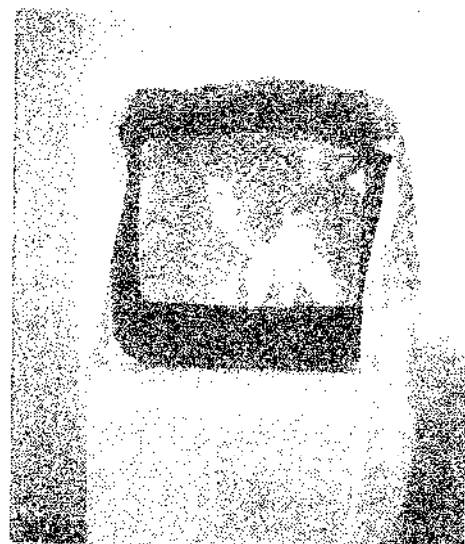
Die internationalen Finanzkrisen der letzten Jahre haben enorme wirtschaftliche und soziale Kosten verursacht.

Untersuchungen über die Auswirkungen der Finanzkrise in Südostasien (vgl. Singh/Zammit) zeigen, wie die Bürden der Krise in vielfacher Weise von Frauen getragen werden: Frauen werden als erste entlassen, ihre Löhne fallen überproportional. Vor allem Mädchen werden frühzeitig aus der Schule genommen, Kinderarbeit, Armut sowie häusliche Gewalt und Prostitution nehmen zu. Darüber hinaus erhöht sich für Frauen die unbezahlte reproduktive Arbeitslast im Haushalt und in der lokalen Gemeinschaft. Auch die zur Bekämpfung der Krisen verordneten Strukturanpassungsprogramme von Seiten der internationalen Finanzinstitutionen sind nicht geschlechtsneutral: Wenn öffentliche Leistungen - wie zum Beispiel Lebensmittelzuschüsse, Gesundheitsleistungen und Ausgaben für Bildung - gekürzt werden, geht dies primär zu Lasten von Frauen.

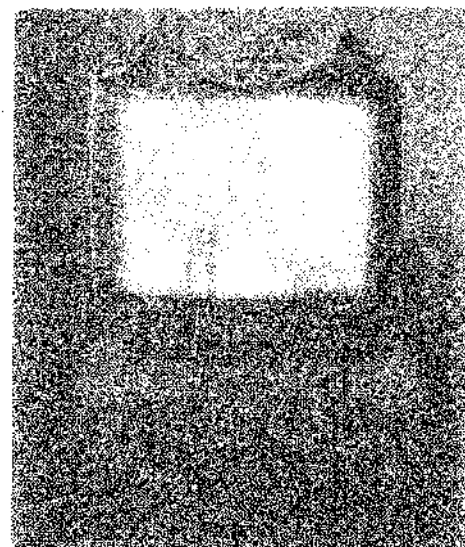
Gerade in Krisenzeiten stehen Frauen unter einem besonderen Druck, zum Haushaltseinkommen beizutragen - oft unter äußerst prekären Arbeitsbedingungen und schlechter Entlohnung. All diese Faktoren tragen dazu bei, Frauen unter enormen Stress und Zeitdruck zu setzen. Zugleich wird von ihnen erwartet, stark zu sein und die Auswirkungen der Finanzkrise auf Männer, wenn sie unter Umständen nach dem Verlust des Arbeitsplatzes depressiv und ag-



ich sehe meine arbeit als evolution, in der ich versuche, meine grenzen zu überschreiten, um aus mir selbst herauszutreten und mich auf diese art und weise zu bereichern. die fotografie stellt für mich so etwas wie die verdichtung meiner wirklichkeiten dar. sexualität und die rolle der geschlechter sind in meinen fotos von grosser bedeutung. in meinen neuen fotografischen arbeits beschränke ich mich hauptsächlich mit den medien fernsehen und computer. ich analysiere stereotypische verhaltensweisen der geschlechter in fernsehserien, um dem betrachter/der betrachterin bewusst zu machen, wie unkritisch wir diese stereotypen verinnerlichen. ausserdem übertrage ich stereotype dankweisen in form von botschaften auf den computer.

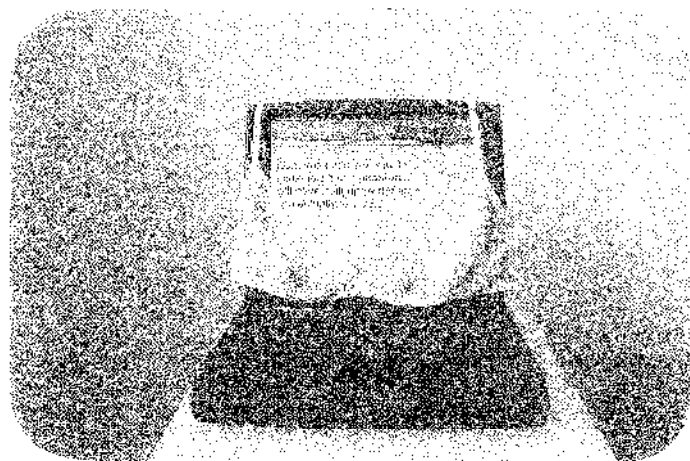


1.1

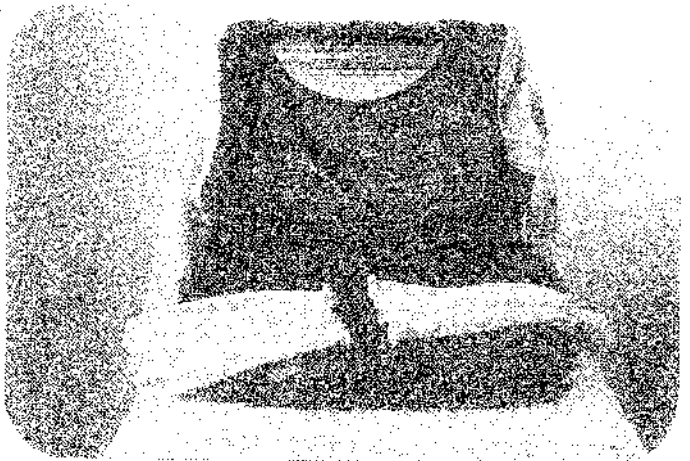


1.2

1.3



1.4



1.1 silvia micheli, aus der serie: living tv, fortlaufendes projekt, 2002, c-print, 9 cm x 9 cm.

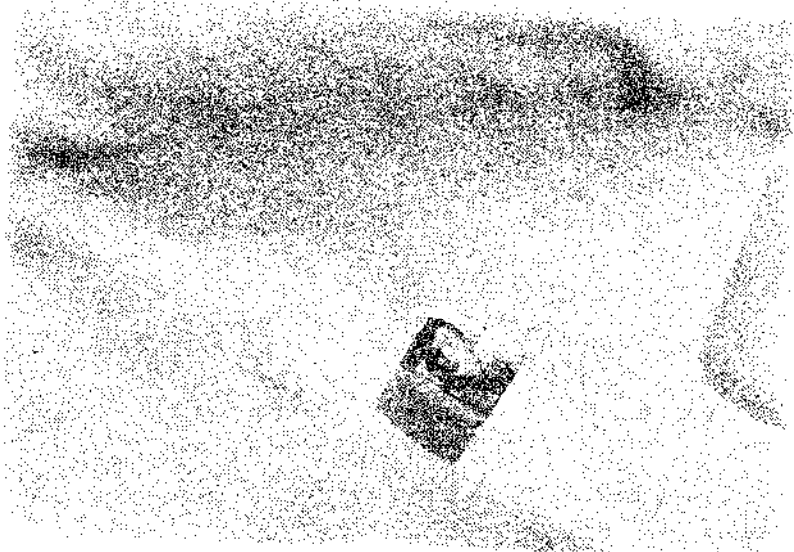
1.2 silvia micheli, aus der serie: living tv, fortlaufendes projekt, 2002, c-print, 9 cm x 9 cm.

1.3 silvia micheli, aus der serie: living tv, fortlaufendes projekt, 2002, c-print, diverse formate und techniken.

1.4 silvia micheli, aus der serie: the rules, 2002, c-print, 20 cm x 30 cm.

die eiswürfel werden beim schmelzen betrachtet.

sie versuchen einen einzigartigen moment festzuhalten bzw. „einzufrieren“. die fotografie eignet sich gut, momente dem vergessenen zu entreißen, d.h. der moment scheint nicht mehr vergänglich zu sein. das eis soll diese überlegung zum ausdruck bringen. führt man diesen gedanken weiter, kommt man jedoch zum schluss, dass diese überlegung nichts weiteres ist als eine illusion: der moment kann nur für eine begrenzte zeit festgehalten werden, denn das foto wird vom papier verschwinden, das fotocapier wird sich zersetzen, so wie das eis schmelzen wird.



stefia micheli, frozen feelings, 2001 s/w baryt in eis, jeweils 2,5 cm x 3,5 cm.



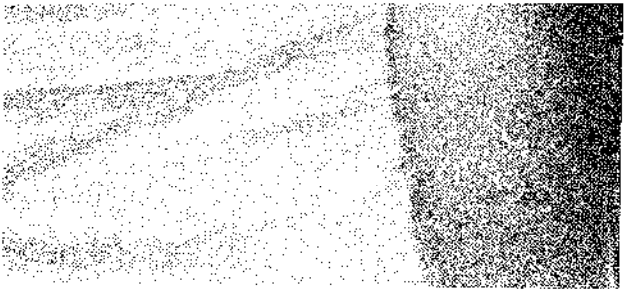
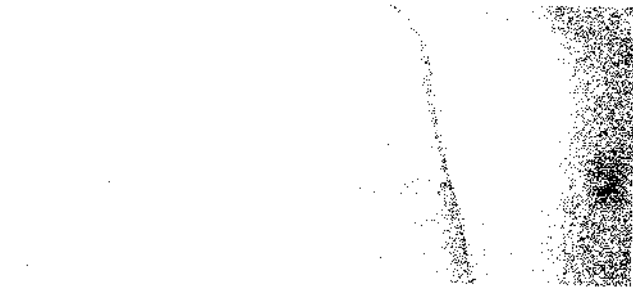
3.1



3.2

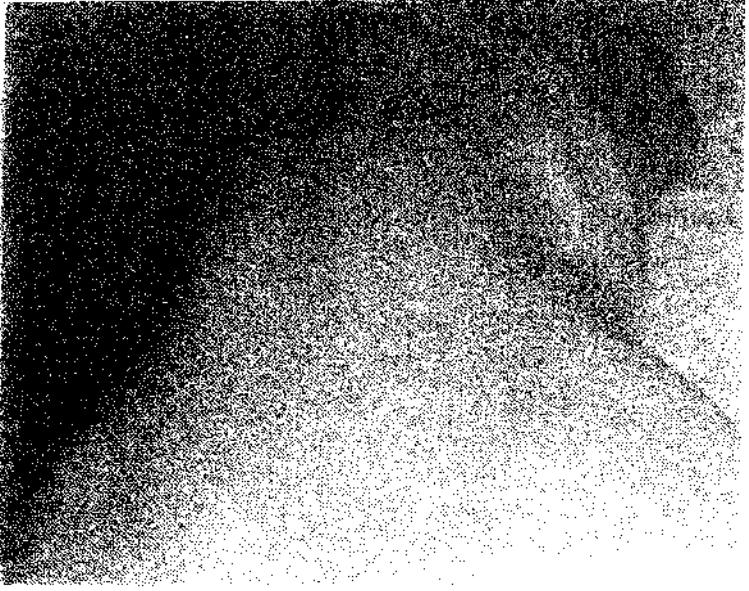
3.1 sivio micheli, untitled, 2001, s/w baryt, 6 cm x 9 cm.

3.2 sivio micheli, untitled, 2001, s/w baryt, 6 cm x 9 cm.



die sequences beziehen sich auf die klassische griechische frauenskulptur, die lange zeit als frauenideal galt. in den bildern ist der körper jedoch in verschiedene teile getrennt. in einer fotografie ist sogar die reihenfolge der körperteile verändert, was das typische frauenideal in frage stellen soll. der auf einem leicht liegende frauenkörper ist sehr fragil und erinnert an eine leiche. auch vergänglichkeit der schönheit bzw. sterblichkeit sind themen dieser arbeit. nacktheit und sterblichkeit sind eng verknüpft. dieser grundgedanke kann auf die geschichte in der genesis zurückgeführt werden: als adam und eva vom baum der erkenntnis gegessen hatten, wurde ihnen klar, dass sie nackt und folglich sterblich waren.

sivia micheli, aus der serie: sequences, 2001, s/w baryt, foamboard, 12 cm x 18,5 cm.



Globalisierungskritik nach dem 11. September

Manche Ereignisse verändern den Bezugsrahmen einer Debatte für alle Beteiligten für immer. Sie machen die Ansichten und Argumente all jener irrelevant, die nicht begriffen haben, dass die Debatte in eine neue Phase eingetreten ist, und so tun, als wäre nichts geschehen. Der Fall der Berliner Mauer und der Zusammenbruch des Sowjetmodells des Kommunismus war eindeutig ein solches Ereignis. Vielleicht war das, was am 11. September gegen 9 Uhr früh Lokalzeit passierte, ein weiteres derartiges Ereignis. Der Politikphilosoph John Grey war vielleicht etwas zu dramatisch, als er meinte, wenn der Fall der Berliner Mauer als Zeichen für das Ende des Kommunismus als funktionierendes sozioökonomisches Modell stünde, dann signalisiere der Einsturz des WTC das Ende der Globalisierung. Auf jeden Fall stellt die intellektuelle (ganz zu schweigen von der praktischen) Herausforderung der Terroranschläge auf New York und Washington (die „den schwersten Verlust an Menschenleben in einem militärischen oder paramilitärischen Ereignis seit Nagasaki“ darstellen (Rogers 2001)) sowohl die BefürworterInnen als auch die KritikerInnen der Globalisierung vor gleichermaßen fundamentale Probleme. Vormalig plausibel erscheinende Argumente und vermeintlich haltbare Positionen sehen plötzlich anachronistisch aus. Verdeckte Probleme werden plötzlich offensichtlich.

in zweierlei Hinsicht problematisch. Erstens in Hinblick auf die Rolle des Staates und zweitens in Hinblick auf den Status von Freiheit. Wie die klassischen MarxistInnen (wenn auch aus ganz anderen Gründen) prophezeien auch die Neoliberalen seit langem das Dahinschwinden des Staates, seine Aushöhlung durch die Logik des globalen freien Markts und der unbegrenzten Mobilität von Kapital, Information und Technologie. Die Ausbreitung des Staats und die Vervielfachung seiner Funktionen, insbesondere in Bereichen wie der Wohlfahrt (was Poggi (1990) den „Dienstleistungsstaat“ [serviceable state] nennt), sollten zurückgenommen werden. Die Restrolle des Staates wäre es, sein Gebiet attraktiv zu machen (etwa durch Senkung der sozialen Kosten der Arbeit, niedrigere Besteuerung, schwächere Regulierung) für wirtschaftliche EntscheidungsträgerInnen bei ihren Überlegungen, welcher Staat den besten Deal bieten könnte, in einem Kontext, in dem die Staaten selbst miteinander in einem Wettbewerb stünden. Dies spiegelte sich in den Sozialwissenschaften wider, wo „Globalisierungsvorgänge (auch wenn sie noch so unterschiedlich sind), die Dynamik interner Differenzierung und die Bildung großer Regionen ...“ einen neuen Arbeitsstil hervorgebracht haben, der starke Argumente gegen den Nationalstaat enthält. Solche Arbeiten legen nahe, dass hier ein „abbauender Staat“ heranreift, ein „virtueller Staat“, ein „Staat in Rückzug“, „die Aushöhlung des Staates“, „l'État en retrait“ [der Staat in Häppchen] (Le Galès 2001: 396).

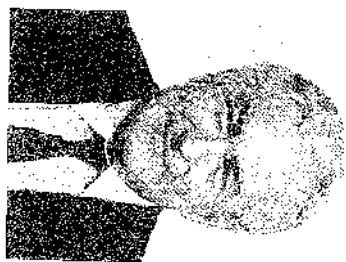
Für die BefürworterInnen der Globalisierung - jene Neoliberalen, deren Stimmen in den 80er und 90er Jahren so viel Einfluss hatten - ist die aktuelle Situation

in der Folge des 11. Septembers „big government is back“. Bob Borosage, von dem ich die Wendung geborgt habe, bemerkt dass „Krieg und Rezession kühne, weit reichende Regierungs-

Die Argumente und Positionen von BefürworterInnen und KritikerInnen der Globalisierung haben durch den 11. September einen strategischen und inhaltlichen Wandel erlebt. Eine Analyse von

Alan Scott

initiativen erfordern“ (Borosage 2001). Er erkennt auch die Ironie, dass „eine Administration, die internationale Institutionen verachtete, sofort die überfälligen Beiträge für die Vereinten Nationen aufbrachte“ und dass „innerhalb weniger Tage nach dem Anschlag der Kongress 40 Mrd. USD für das Militär und für den Wiederaufbau an sich riss, die Hälfte davon vom Präsidenten für den Wiederaufbau von New York City festgeschrieben, das von Konservativen seit langem als Kloake kultureller Korruption und Stimmen liberaler WählerInnen verabscheut wurde. Der Soziologe Paul Hirst drückt es noch schärfer aus: „Der Staat war angeblich am Dahinschwinden angesichts ständig wachsender globaler Vernetzung und der Fähigkeit von Letzten und Information, Grenzen zu überschreiten. Nun kommt dieser Mythos zu anderen (wie dem vom endlosen inflationslosen Wachstum) auf den Abfallhaufen der hochgeliebten Ideen“ (Hirst 2001). Der Nationalstaat ist nicht nur wieder da, er ist es in seiner klassischen Form als Kriegerstaat. „Staaten haben zwar auch andere Aufgaben“ schrieb Michael Mann 1988 in einer Formulierung, die ebenso gut von Max Weber oder Charles Tilly stammen hätte können, „doch haben sie sich im Grunde durch die ganze Geschichte hindurch mit Kriegsführung beschäftigt.“ (1988: 130). Der Staat ist nun gezwungen worden, seine ultima ratio wieder zu entdecken, nämlich



Kriegsvorbereitung und Kriegsführung. Dabei entdeckte er, wie Weber, Ely und Mann argumentieren würden, wahrscheinlich auch seine anderen Funktionen wieder, einschließlich jener, seine BürgerInnen nicht nur in ihrer körperlichen Sicherheit zu beschützen, sondern auch in ihrer sozialen. In dem Ausmaß, in dem unangenehme Tatsachen zutage treten, wie etwa die, dass die laxen Sicherheitsverfahren an US-Flughäfen wahrscheinlich eine Folge der Liberalisierung der Sicherheitsdienste und der dabei entstandenen schwachen Moral schlecht bezahlter Sicherheitskräfte ist, erhält die Forderung nach einer stärkeren Regierung mehr Gewicht. In seiner Antrittsvorlesung in Freiburg 1895 forderte Max Weber, dass die Interessen der Nationalökonomie der Staatsräson unterzuordnen seien. Solche Forderungen könnten bald wieder zu hören sein. Das was Martin Shaw (1990) die „Postmilitarisierung“ der Gesellschaft genannt hat, untermauerte die Argumentation für einen schwachen Staat. Seit dem 11. September sind solche Argumente weniger attraktiv für jene, die seither um ihr Leben und ihren Unterhalt bangen. Ironischerweise haben durch die Wahl des Angriffsziels ausgerechnet jene am meisten zu fürchten, die von den Globalisierungsprozessen am meisten profitierten: Aktienmakler, Konzernmanager und diejenigen an der Vorfront neuer IT-Entwicklungen. Einer von ihnen drückte es so aus: „Der blinde Modernitätsglaube ist dahin, ebenso wie die Aussicht auf eine erweiterte Zone der freundlichen Gelassenheit unter all jenen, die keine Folge von Sex and the City versäumen und auf den rituellen Verzehr von caffè latte bestehen“ (Sarkar 2001). Mitglieder der „nationenübergreifenden KapitalistInnen-Klasse“ (Sklair 1991) haben heute guten Grund, ihren alten Feind, die starke Regierung, als neuen Freund zu betrachten.

Zweitens wurde die Freiheit, oft verstanden als Konsumfreiheit, die uns die Globalisierung und Liberalisierung versprach, nicht überall mit demselben Beifall aufgenommen, wie ihre BefürworterInnen erhofft und erwartet halten. Das überrascht wenig in einem

Kontext, in dem die Konsumfreiheit so oft losgelöst war von der Fähigkeit zu konsumieren. Das führte zu einer Situation, in der jene, die die erwünschten Waren produzierten und/oder einer Werbung ausgesetzt waren, die das Bedürfnis nach solchen Waren wecken sollte, selbst oft nicht in der Lage waren, diese Waren zu erwerben. In dieser „Kulturideologie des Konsums“ ist die spezifische Aufgabe des globalen kapitalistischen Systems in der Dritten Welt die, Konsum unter Leuten zu fördern, ohne Rücksicht auf deren Fähigkeit, für sich selbst zu produzieren und unter nur indirekter Berücksichtigung ihrer Fähigkeit, für das Konsumierte auch zu bezahlen“ (Sklair 1991: 131). Solche Bedingungen bewirken eher Ressentiments gegen (Konsum-)Freiheit als Beifall für diese. Doch selbst immaterielle Freiheiten wie die Redefreiheit werden nicht überall mit dem erwarteten Beifall aufgenommen. Der konservative Philosoph Roger Scruton drückt es so aus:

„...Wenn zur Botschaft der westlichen Medien, wie es heute der Fall ist, auch eine Flut von Pornografie gehört, die der Oberste Gerichtshof unter Bezug auf das Recht auf Redefreiheit garantiert, selbst wenn die „Rede“ hier hauptsächlich aus Stöhnlauten besteht, überrascht es uns dann, wenn die gewöhnliche, fromme Moslemsocle zu dem Schluss kommt, dass sie das Reich des Satans vor sich hat? [Aus dieser Perspektive erscheint die Globalisierung] als unglückliches Nebenprodukt unserer [westlichen] Erfolge... ein Nebenprodukt, das es zu kontrollieren und zu beschränken gilt wie eine gefährliche Droge und das man nicht als das Allheilmittel für alle Krankheiten der Welt verwenden kann.“ (Scruton 2001)

Außerdem waren und sind viele dieser immateriellen Freiheiten genau so ungleich verteilt wie die materiellen. Zygmunt Bauman verwendet die treffende Metapher von den „Touristen und Vagabunden“, um zu zeigen, wie die grundlegendste kapitalistische Freiheit, die Bewegungsfreiheit, von wenigen Privilegierten genossen wird (die „Touristen“ in

seinem erweiterten Sinn), während sie gleichzeitig den Vielen, den Vagabunden verweigert wird: „man muss den anderen genau das Recht auf Bewegungsfreiheit verweigern, das man als höchste Errungenschaft der globalisierenden Welt bejubelt und als Garantie ihres wachsenden Wohlstands“ (Bauman 1998: 76). Heute erscheint es naiv, anzunehmen, wie viele es taten, dass solche Freiheiten eine universelle Selbstlegitimation des globalen Systems abgeben würden, ungeachtet dessen, wie ungleich das System war. Die Reaktion vieler in Amerika auf die Terroranschläge in Washington und New York - „Warum hassen sie uns so sehr?“ - drückt ein echtes Erstaunen davor aus, für die Freiheiten in diesem Sinn so offensichtlich „eine gute Sache“ sind, dass sie kaum begreifen können, wie andere, denen die unmittelbaren Vorteile solcher Freiheiten in ungleich geringerem Ausmaß zugute kommen, diese Einschätzung nicht teilen.

Es sind jedoch nicht nur die BefürworterInnen der Globalisierung, die seit dem 11. September einiges neu zu überdenken haben. Eine solche einseitige Annahme wäre selbstgefällig und/oder denkfaul. Die intellektuelle Herausforderung an jene, die sich als KritikerInnen oder GegnerInnen der Globalisierung begreifen, ist kaum weniger diffizil. Wie viele andere auch habe ich behauptet, dass die Globalisierung in ihrem neoliberalen Gewand eine Form von politischer Rhetorik ist. Sie versucht, das zu bewirken, was sie bloß zu analysieren vorgibt (Scott 1997). Dieser Globalisierungsrhetorik eine nicht weniger rhetorische Anti-Globalisierung entgegenzusetzen heißt, sich einer Reihe von zentralen Fragen zu verweigern. Ein Problem ist ein praktisches: Paul Kingswood, ein Aktivist und früherer Subredakteur der Zeitschrift *The Ecologist*, stellt fest, dass seit dem 11. September eine Kraft am Werk ist, nämlich „die Unterdrückung von abweichender Meinung“. „Könnte es so kommen“ fragt er, „dass der Terrorismus ähnlich benutzt wird wie Joe McCarthy den Kommunismus be-





Noam Chomsky

nutzte, nämlich als Dachbegriff, mit dem man alle belegen kann, die den Interessen der Mächtigen, und besonders denen der USA Widerstand leisten!" (Kingswood 2001). Er meint weiter: „man kann sich nur schwer vorstellen, ... dass große Straßenproteste im Zusammenhang mit Gipfeltreffen und die Gewalt, die unweigerlich dazu gehört, weiterhin von den plötzlich wachsam gewordenen Staaten toleriert werden“. Wir müssen offenbar davon ausgehen, dass sich Versuche häufen und intensivieren werden, die Opposition zu kriminalisieren und damit zu entlegitimieren (wie sie mit den oft brutalen Polizeieinsätzen um den Gipfel in Genua einhergingen), und dass willkürlich friedlicher und gewaltsamer Protest in einen Topf geworfen wird. Die praktische Frage „Was nun?“ stellt sich für die KritikerInnen und GegnerInnen der Globalisierung aber auch durch die Art der Terroranschläge vom 11. September. John Street und ich haben argumentiert, dass Protest in jüngster Zeit immer mehr den Charakter eines Karnevals und spektakulärer Auftritte annimmt (Scott und Street 2000). Wenn auch die Zerstörung des WTC und der Verlust von Menschenleben nichts Karnevaleskes hat, wirft doch die Größenordnung des Anschlags, das Spektakuläre daran, und die neue Assoziation von Spektakel mit Gräueltat ein neues Licht auf jede Form von Protestaktion, der irgendeine Form von Spektakel zugrunde liegt. Das Spektakel als Form gesellschaftlichen Protests hat seine Unschuld verloren, seine Assoziation mit ‚lächerlich Machen‘, Humor und Karneval, und damit auch viel von seiner Legitimation. Kingswood verweist zurecht darauf, dass die äußeren Beschränkungen zunehmen werden, doch gilt das auch für die inneren. Das jüngste Angebot der IRA, nach Jahren des Hinauszögerns ihre Waffen tatsächlich auszuhandigen, ist eine direkte Reaktion auf die Ereignisse des 11. September. Die IRA mus-

sie sich vom Terrorismus in dieser neuen Welt distanzieren. Es wird wohl kaum jemanden geben, die/der damit berleckt sein will. Unklarheiten über die Beziehungen zwischen herkömmlicher Politik und Terrorismus oder gewaltlosem und gewalttätigem Protest werden nun viel problematischer. Mit dem WTC wählten die Terroristen des 11. Septembers ein ähnliches Symbol wie jene, auf die sich die symbolischen Attacken der GlobalisierungsgegnerInnen richteten. Damit schadeten sie den KritikerInnen und GegnerInnen der Globalisierung genau so sehr wie ihrem eigentlichen „Feind“ und das nicht nur, inwiefern sie die äußere Unterdrückung von abweichenden Positionen wahrscheinlicher machten. Die Journalistin und Aktivistin Naomi Klein bemerkt dazu: „Zumindest in Nordamerika hat sich die semiotische Landschaft für Kampagnen, die darauf aufbauen, mächtige Symbole des Kapitalismus anzugreifen, und sei es noch so friedlich, grundlegend verändert. Diese Angriffe waren nämlich nicht nur reale und erschreckende Terroranschläge, sie waren auch symbolische Kriegshandlungen und wurden sofort als solche verstanden.“ (2001).

Derartige Probleme sind jedoch strategischer und praktischer Natur. Ich möchte behaupten, dass der neue Kontext tiefere und Besorgnis erregendere Dilemmata für die Kritik an der Globalisierung aufwirft; Dilemmata, die man nur durch einen differenzierteren kritischen Ansatz überwinden kann, der klarer herausarbeitet, was genau kritisiert wird und mehr über Alternativen zu sagen hat. Undifferenzierte oder grundsätzliche Opposition gegen die Globalisierung ist keine haltbare Position mehr, wenn sie es je war. Ironischerweise haben die BefürworterInnen und KritikerInnen der Globalisierung einige Dilemmata gemein. Die Ambivalenz der aktuellen Situation fängt Paul Hirst treffend ein, wenn er bemerkt, dass einerseits die „internationale Ungleichheit wahrscheinlich zu- und nicht abnehmen wird ... und die entwickelten Länder als Oasen des Wohlstands in einer verarmten Welt [hinterlässt]“, es andererseits „keine alternative Strategie der Modernisierung

gibt, wie es der Dritte-Welt-Sozialismus unter Mao und Nasser zumindest scheinbar war.“ Er folgert daraus: „das bedeutet, dass die meisten Widerstandsideologien gegen die inländischen Reichen opportunistisch und ablehnend ausfallen werden“ (Hirst 2001). Was bedeutet die Tatsache, dass „es keine Alternative gibt“; vielleicht nicht im theoretischen Sinn (utopisches Denken und Schreiben geht weiter) aber in dem banal empirischen Sinn, dass in der heutigen Welt keine alternative Form der Modernisierung angeboten wird? Unter diesen Umständen stehen die GlobalisierungskritikerInnen immer mehr vor einer einfachen Wahl: entweder die Moderne selbst abzulehnen, oder die Globalisierung nicht mehr bloß von außen zu kritisieren, sondern sich eher kritisch damit zu befassen. Das Problem ist besonders akut in Hinblick auf den Marxismus. Der Marxismus war nie bloß Antikapitalismus. Marx war zwar äußerst vage darüber, wie nun eine nachkapitalistische Gesellschaft aussehen könnte, doch verstand er den Kommunismus immer als einen alternativen, nachkapitalistischen Weg der Modernisierung. Marx reservierte viel von seinen beachtlichen polemischen Schmälzungen für jene, die zu irgendeiner Form vorkapitalistischer „ländlicher Dumpfheit“ zurückkehren wollten. Auch war der Marxismus nie bloße Kritik, außer in dem pessimistischen Gewand der „negativen Dialektik“ in Zeiten, wo sich Verzweiflung breit machte. Doch wenn ein gangbarer, alternativer Modernisierungsweg und sogar die Aussicht auf einen solchen fehlt, ist eine grundsätzliche Kritik der Globalisierung ständig in Gefahr, zu bloßem Antikapitalismus und bloßer Kritik zu verkommen; zu einem Marxismus ohne Existenzberechtigung: Deswegen bildete eine bessere Gesellschaft war immer auch das einer modernen Gesellschaft. Unter diesen Umständen kann linker Antikapitalismus nur zu leicht mit konservativem Antikapitalismus verschmelzen, in dem die Modernität selbst zum Objekt der Ablehnung wird. Klein erkennt in dem Artikel, aus dem ich vorhin zitiert habe, das Problem und argumentiert, dass die Botschaft des 11. Septembers nicht (wie viele hoffen mögen) das Ende der

Kritik an der Globalisierung bedeutet, sondern dass diese Kritik dazu verpflichtet, sich nicht länger ausschließlich darüber zu definieren, wogegen man ist. Klein schreibt: „Wir müssen echten Multilateralismus leidenschaftlich verteidigen und ein für allemal den Begriff „Antiglobalisierung“ abwerfen“ (2001). Wir dürfen allerdings nicht vergessen, dass der Begriff „Antiglobalisierung“ oft eine Selbstbezeichnung war und nicht immer die Zuordnung einer feindlichen Presse. Symbolische und in Hirsts Terminologie „ablenkende“ Reaktionen sind einfach nicht mehr genug.

Es gibt jedoch weiterhin viele gute Gründe, der Globalisierung in ihrer jetzigen Form kritisch gegenüber zu stehen. Allerdings haben wir weniger Auswahl an Optionen, wie wir die Kritik anbringen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen bleibt uns keine andere Wahl als die Leistungen und Fehlschläge der Globalisierung an ihren eigenen Standards zu messen, und besonders an ihrem Versprechen von Wohlstand und der Verheißung der Freiheit, die der Kapitalismus immer bereitgehalten hat und die, wie Bauman feststellte, von Anfang an seine Rechtfertigung war. Im folgenden berufe ich mich stark auf eine Auswahl an Argumenten, die Amartya Sen in seinem jüngsten Buch *Development as Freedom* (1999) vorgebracht hat. Dieses Werk wird manchmal falsch (oder gar nicht) gelesen als eine Apologie der Globalisierung (ein Wort, das er sparsam benutzt). Das ist es keineswegs.

Der Grund für diese Fehlinterpretation ist die Tatsache, dass Sens Buch Argumente enthält, die sehr unbequem für GlobalisierungskritikerInnen sind; nicht zuletzt deshalb, weil sie so oft von Leuten vorgetragen wurden, die die Globalisierung selektiv und unkritisch befürworten. An erster Stelle steht dabei das Argument, dass Märkte funktionieren: „in manchen Fällen gibt es ernsthafte Argumente für eine Regulierung. Im Großen und Ganzen jedoch werden die positiven Auswirkungen des Marktsystems heute in viel breiterem Ausmaß anerkannt als vor ein paar Jahrzehnten“ (Sen 1999: 26). Das klingt noch stärker wie eine her-

kömmliche wirtschaftsliberale Position, wenn Sen darauf besteht, dass Marktfreiheiten grundlegende menschliche und individuelle Freiheiten sind: „generisch gegen Märkte zu sein, wäre fast so eigenartig wie generisch gegen Gespräche unter Leuten zu sein“ (1999: 6); oder „wenn man die Freiheit ablehnt, am Arbeitsmarkt teilzuhaben, ist das eine Methode, Leute in Abhängigkeit und Gefangenschaft zu halten“ (1999: 6). Die Argumente, mit denen er diese Behauptung stützt, ähneln auffallend jenen, die Max Weber und Georg Simmel ungefähr ein Jahrhundert früher vorgebracht haben. In seiner Studie der ostelbischen LandarbeiterInnen zeigte sich Weber überrascht darüber, dass sich die LandarbeiterInnen, wo immer sie die Wahl hatten, für die Lohnarbeit und nicht für die Fortführung der Leibeigenschaft entschieden, obwohl sich dadurch ihre materiellen Verhältnisse oft verschlechterten. „Gerade die Arbeit in der Heimat aber ist mit dem traditionellen Herrschaftsverhältnis historisch und gedankennäsig verknüpft: es ist der dunkle Drang nach persönlicher Freiheit, welcher die Arbeiter zur Arbeit in die Fremde treibt.“ (1894: 493). Wenn der „Gutsherr ... nicht ein gewöhnlicher Arbeitsgeber [war], sondern ein politischer Autokrat, der die Arbeiter persönlich beherrschte“ (1894: 474), so Weher, dann wird Lohnarbeit (und sei sie noch so mager) subjektiv mit persönlicher Freiheit assoziiert. In Die Philosophie des Geldes verallgemeinert Georg Simmel dieses Argument mit der Vorstellung von „negativer Freiheit“. Die moderne Marktwirtschaft bietet uns Freiheit von persönlicher Unterdrückung und das ist erwünscht, selbst wenn in Webers Worten, „damit ... für den Arbeiter an Stelle der Fventualität einer brutalen, persönlichen Beherrschung, der er sich durch Wegzug entziehen kann, die andere der geschäftlichen Ausbeutung gesetzt [wird], der er, weil sie äußerlich unmerklicher eintritt, sich tatsächlich schwerer entzieht und als Kleinrentner sich gar nicht zu entziehen in der Lage ist“ (1894: 488). Simmel drückt es so aus:

„...indem so der Druck der unwiderruflichen Abhängigkeit von dem individuell bestimmten Herrn in Wegfall

kommt, ist, bei aller sachlichen Bindung, doch der Weg zu einer persönlichen Freiheit beschritten. Diese beginnende Freiheit anzuerkennen, darf uns ihre häufige Einflusslosigkeit auf die materielle Lage des Arbeiters nicht verhindern...“ (Simmel 1989 [1900]: 399)

Freiheit in diesem Sinn wird offenbar mehr geschätzt als Sicherheit oder unmittebarer materieller Wohlstand. Sen teilt diese Wertvorstellung von wirtschaftlicher Freiheit als Wert an sich: „eine Verweigerung der Gelegenheit zum Austausch durch willkürliche Beschränkungen kann selbst zu einer Quelle der Unfreiheit werden“ (1999: 25).

Sen weicht in seinem Argument jedoch von denen der GlobalisierungsbefürworterInnen ab: er erkennt nicht nur an, dass Märkte auch gelegentlich versagen (d.h. die Versorgung mit öffentlichen Gütern nicht garantieren) und fordert rationale Politik zur Bewältigung solcher Fehlschläge, sondern gewichtet grundsätzlich die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen anders. Sie werden den Nobelpreisträger und Master von Trinity College, Cambridge, zwar kaum bei der nächsten Protestveranstaltung gegen die Globalisierung antreffen, doch entwickelt und präsentiert er eine Reihe von Argumenten, die bei jeder differenzierten Kritik der Globalisierung in ihrer derzeitigen Form eine zentrale Rolle einnehmen sollten. Der Titel, *Development as Freedom*, enthält einen Hinweis. Sen argumentiert nicht für die automatische Gleichsetzung von Handel und Freiheit, sondern verwendet Freiheit als Kriterium für die Bewertung wirtschaftlicher Entwicklung. Genau wie Weber entgegen den Theorien vom Primat der Ökonomie darauf bestand, dass wirtschaftliches Handeln eine Form von sozialem Handeln sei, so besteht Sen darauf, dass „individuelle Freiheit im wesentlichen ein sozi-



Ignacio Ramonet.
Le Monde Diplomatique

„als Produkt ist“ (1999: 31). Wirtschaftliche Freiheit ist nur eine, wenn auch entscheidende Komponente individueller Freiheit. Impliziert wird hier, dass Wirtschaftswachstum nicht, wie für die Wirtschaftsliberalen, ein Ziel an sich ist:

„Die Nützlichkeit von Reichtum liegt darin, was er uns zu tun erlaubt, die wesentlichen Freiheiten, die wir mit seiner Hilfe erreichen. Dieses Verhältnis ist jedoch weder ausschließlich - es gibt entscheidende Einflüsse auf unser Leben außer dem Reichtum - noch einseitig - die Auswirkung von Reichtum auf unser Leben verändert sich durch andere Einflüsse.“ (1999: 14)

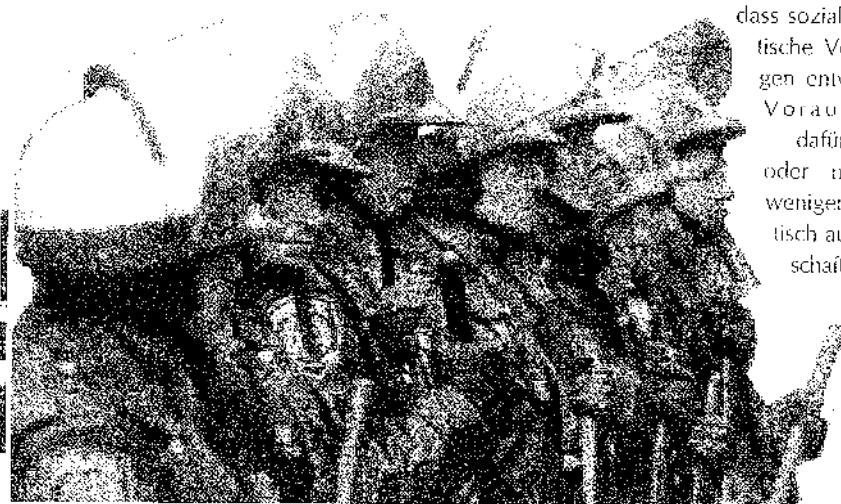
Das Ziel, für das wirtschaftliche Entwicklung lediglich ein Mittel ist, ist die Steigerung der menschlichen Handlungsfähigkeit (agency). Diese und nicht die wirtschaftliche Entwicklung ist das Kriterium, an dem „Fortschritt“ zu messen ist. Wirtschaftliche Freiheiten sind nur insoweit wichtig, als man von ihnen sagen kann, dass sie die menschliche Handlungsfähigkeit steigern. So reduziert es z.B. die Handlungsfähigkeit von Frauen, wenn man sie vom Arbeitsmarkt verbant. Son geht es darum, in unserer Wahrnehmung von Armut einen Gestaltwechsel zu bewirken. Armut ist nicht niedriges Einkommen, sondern „Mangel (Benachteiligung) an Handlungsfähigkeit“, wobei natürlich niedriges Einkommen eine Komponente ist, aber es gibt noch mehr, wie etwa niedrige Lebenserwartung (nicht immer zusammen mit niedrigem Einkommen), Analphabetismus, mangelnder Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung, das

Leben in einer verfallenen (natürlichen oder menschlichen) Umgebung und so weiter. Son zielt darauf ab, ein komplexeres Bild von Benachteiligung zu entwerfen als das in der eingangs zitierten Stelle bei Hirst („die entwickelten Länder als Oasen des Wohstands in einer verarmten Welt“). Er stellt z.B. fest, dass Schwarze in den USA eine niedrigere Lebenserwartung haben und in diesem Sinn „ärmer“ sind als viele BewohnerInnen der Dritten Welt mit niedrigerem Einkommen. „Relative Benachteiligung hinsichtlich von Einkommen kann absolute Benachteiligung in der Handlungsfähigkeit hervorbringen“ (1999: 89). Der Maßstab des Mangels an (der Benachteiligung in der) Handlungsfähigkeit bietet uns nicht nur ein feiner abgestimmtes Bild davon, wo (welche Art von) Armut zu finden ist, sondern dient auch dazu abzuschätzen, wann Liberalisierung wünschenswert ist (weil sie die Reichtum schaffenden Fähigkeiten stärkt, indem sie die Beschränkungen der wirtschaftlichen Aktivitäten abbaut) und wann nicht (weil sie das Gesundheits- oder Bildungssystem so sehr schwächt, dass es die menschliche Handlungsfähigkeit untergräbt).

Ebenso wichtig für die Debatten um eine „menschliche Globalisierung“ ist die Tatsache, dass Sens bescheidene und sehr vernünftige Vorschläge wirtschaftliches, politisches und soziales Handeln wieder miteinander verbinden. Die neoliberale Version des Globalisierungsprojekts entkoppelt diese Handlungsfähigkeiten nicht nur, sie räumt auch dem wirtschaftlichen Handeln Priorität ein mit der Behauptung, dass soziale und politische Verbesserungen entweder eine Voraussetzung dafür seien oder mehr oder weniger automatisch auf das Wirtschaftswachstum oder auch nur den freien Handel folgen würden. Die Fälle

wie etwa Singapur, in denen Wirtschaftswachstum seit langem mit einem autoritären politischen Regime einhergeht, geben den KritikerInnen der Globalisierung guten Grund zu der Befürchtung, dass eine derartige Kombination der neuen politischen Rahmen des Kapitalismus werden könnte (siehe Zolo 2001). Das Auftreten von Wirtschaftsliberalismus zusammen mit einem Wechsel auf autoritärere Regierungsstile in Großbritannien in den 80er Jahren und in letzter Zeit in Österreich und Italien machen solche Aussichten umso wahrscheinlicher. Wenn das Wahlergebnis in der mächtigsten repräsentativen Demokratie der Welt, einem Verfassungsstaat, nicht nur sehr knapp, sondern auch ziemlich zweifelhaft ausfällt und die derart frisch gewählte Regierung sich sofort daran macht, systematisch internationale Verträge und Übereinkommen aufzuheben, beginnt die autoritäre Richtung politischer „governance“ wie ein globaler Trend auszuweisen, sozusagen die notwendige nächste Phase im Globalisierungsprozess.

Das ist ein Problem, wovon schon Hannah Arendt warnte (Arendt 1951): Eine im wesentlichen koloniale Form von „governance“ ist ständig in Gefahr, in die Metropole zurückimportiert zu werden. Wenn die Regierenden von einer regierten Bevölkerung, egal ob Kolonial- oder Wahlvolk, glauben, dass sie ein angenehmes Leben mehr schätzt als Freiheit, wird der Regierungsstil diesen Glauben bzw. dieses Vorurteil widerspiegeln. Son behauptet nicht nur, dass es gute empirische Beweise dafür gibt, dass die Demokratie ein nützliches Instrument zur Förderung wirtschaftlicher Entwicklung ist, er behauptet auch (im Einklang mit seiner Vorstellung von der menschlichen Handlungsfähigkeit), dass Freiheit ein universeller Wert ist. Solcher Universalismus wird oft als „eurozentrisch“ gebrandmarkt, doch ist ein kultureller Relativismus wie der von Larry Siedentop (2000), der unlängst behauptete, dass Freiheit als Wert speziell und ausschließlich christliche Wurzeln hat, nicht nur noch eurozentrischer, er kann außerdem nur zu leicht ein im wesentlichen koloniales Vorurteil



stützen. Man kann ihn z.B. dazu benutzen, die Unterstützung von Regimen zu rechtfertigen, die politisch repressiv, aber gut für das Geschäft und die Ordnung sind. Solche Argumente haben ihr Gegenstück in der so genannten „Debatte über die asiatischen Werte“ („Asian values debate“), die indirekt der eurozentrischen Weltanschauung schmeichelt, indem sie die Behauptung unterstützt, dass Freiheit im Gegensatz zu Ordnung ein westlicher Wert ist. Sen unterstützt universelle menschliche Werte und versucht, anders als etwa Habermas, zu zeigen, dass es in allen kulturellen Traditionen intellektuelle Ressourcen gibt, die Freiheit und Rechte gegen Tradition und Ordnung unterstützen. Umgekehrt bestehen starke ordnungsbasierte Argumente für die Tradition im Westen. Sen anerkennt zwar, dass Individualismus, einschließlich Marktindividualismus, eine Kraft gegen Tradition ist, doch ist dieser Individualismus ein konstanter Bestandteil aller Kulturen und nicht unbedingt ein Import (auch hier finden wir Ähnlichkeiten mit Simmel). Kulturen haben weder einen wesentlichen Kern, noch ein notwendiges Recht auf Fortbestand in ihrer aktuellen Form, es sei denn, ihre Mitglieder als individuell Handelnde wollen es so. Andererseits sind Kulturen, gerade weil sie flexibel und nicht starr sind, oft widerstandsfähiger gegenüber den korrosiven Auswirkungen des Marktes als gemeinhin angenommen wird.

Ich habe versucht zu zeigen, dass sowohl die BefürworterInnen wie auch die KritikerInnen der Globalisierung vom 11. September etwas zu lernen haben. Die BefürworterInnen müssen erkennen, dass eine Globalisierung, die nur ein Export von Konsumwerten ist, als bloßer Kolonialismus angesehen wird und das auch ist. Die KritikerInnen werden vielleicht manche Argumente für ökonomische Freiheit akzeptieren müssen, können aber wie Sen darauf beharren, dass (a) diese Freiheiten ein höheres Ziel, nämlich menschliche Handlungsfähigkeit haben, und (b) dass dieses Ziel nur durch die Verbindung von wirtschaftlichen mit sozialen und politischen Freiheiten erreicht werden kann. Die Frage ist dann nicht „Globalisierung - ja/nein?“, sondern

„Welche Globalisierung?“ Wir müssen aber auch über Sens Analysis hinausgehen und eine Frage stellen, die er nicht behandelt: Sind die Institutionen der repräsentativen Demokratie (im wesentlichen jene der Massendemokratie), die wir geerbt haben, dieser Aufgabe gewachsen?

Alan Scott, ist Professor für Soziologie an der Universität Innsbruck, und ist der Herausgeber des „Companion to Political Sociology“ bei Blackwell.

Literaturhinweise

- Arendt, H.: *The Origins of Totalitarianism*. London: Allen and Unwin, 1951.
- Bauman, Z.: *Globalization: the human consequences*. Cambridge: Polity Press, 1998.
- Borosage, B.: 'Big government is back'. In: www.opendemocracy.net, 1/2/002001.
- Hirst, P.Q.: 'Future war'. In: www.opendemocracy.net, 17/10/2001.
- Kingswood, P.: 'What now for the anti-globalizers?'. In: www.opendemocracy.net, 03/10/2001.
- Klein, N.: 'Between McWorld and Jihad'. In: *The Guardian*, Saturday, 27th October, 2001.
- Le Galès, P.: 'A new phase in the state story in Europe?'. In: K. Nash und A. Scott (Hrsg.) *The Blackwell Companion to Political Sociology*. Oxford: Blackwell, 2001.
- Mann, M.: *States, War and Capitalism*. Oxford: Blackwell, 1988.
- Poggi, G.: *The State: its nature, development and prospects*. Cambridge: Polity Press, 1990.
- Rogers, P.: 'The Paul Rogers view: introduction'. In: www.opendemocracy.net, 03-10-2001.
- Sarkar, R.: 'Shattered faith'. In: www.opendemocracy.net, 10/10/2001.
- Scott, A.: 1997: 'Clonualization: social process or political rhetoric?'. In: Scott (Hrsg.) *The Limits of Globalization*, London: Routledge.
- Scott, A. and Street, J.: 2000: 'From media politics to e-protest: The use of popular culture and the new media in parties and social movements', *Information, Communication and Society*, 3 (2): 215-240 und in: F. Webster (Hrsg.) *Culture and Politics in the information Age: a New Politics?* London: Routledge, 2001.
- Scruton, R.: 'Terror and globalisation: Islam outside the state'. In: www.opendemocracy.net, 15/09/2001.
- Siedentop, L.: *Democracy in Europe*. London: Penguin Books, 2000.
- Sen, A.: *Development as Freedom*. Oxford: OUP, 1999.
- Shaw, M.: *Post-Military Society*. Cambridge: Polity Press, 1990.
- Sklair, L.: *Sociology of the Global System*. London: Harvester Wheatsheaf, 1991.
- Simmel, G.: *Philosophie des Geldes*. Frankfurt am M.: Suhrkamp, 1989 [1900].
- Weber, M.: 'Entwicklungstendenzen in der Lage der ostelbischen Landarbeiter', 1894. In: *Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, J.C.B. Mohr: Tübingen: 470-507.
- Weber, M.: 1895: 'Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik' [Akademische Antrittsvorrede]. In: *Gesammelte politische Schriften*, J.C.B. Mohr: Tübingen: 1-25.
- Zolo, D.: 2001: 'The Singapore Model: democracy, communication and globalization'. In: K. Nash und A. Scott (Hrsg.) *The Blackwell Companion to Political Sociology*. Oxford: Blackwell.





Afrika

Globalisierung & Marginalisierung

Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf die Peripherie? Walter Schicho geht dieser Frage in Bezug auf Afrika nach und zeigt, dass nach Kolonialismus und Unabhängigkeit die „Globalisierung“ für Afrika nur einen neuen Namen für die alte Fremdbestimmung darstellt.

Walter Schicho

Anfang Februar 2002 trafen sich auf dem Weltwirtschaftsforum in New York rund 2.700 ManagerInnen, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen, dazu einige illustre Gäste.

Während Sir Elton John für seinen Auftritt bei der abendlichen Party im vornehmen Hotel Waldorf, wie The New York Times berichtete, 1 Mio. US-\$ kassierte, plädierten U2 Bono und Softwareproduzent Bill Gates für ein stärkeres Engagement des Nordens im Kampf gegen AIDS und für eine bessere Gesundheitsvorsorge für die Menschen des Südens. Horst Köhler, Direktor des Weltwährungsfonds, redete den USA und den europäischen Industrieländern ins Gewissen – so verstanden es zumindest die Medien – und warf ihnen vor, den „billigen Importen aus den armen Staaten“ den Zugang zu den Märkten des Nordens zu verwehren. Währungsspekulant, Milliardär und Wohltäter George Soros meinte etwas zurückhaltender, „man könne nicht alles dem Markt überlassen“.

Hat damit das große Umdenken begonnen? Werden die USA und Europa von den alten Strategien zur Durchsetzung ihrer Interessen ablassen? Wird Bill Gates von seinem papierernen Vermögen von 59 Mrd. US-Dollar 50 Mrd. in die Reparatur dieser ungerechten Welt stecken und von den restlichen 9 Milliarden „friedlich“ und bequem weiter leben?

„Wir unterhalten uns in einem sehr exklusiven Rahmen über Dinge, die Menschenleben betreffen“, sagte Bono. „Über Barbarei zu diskutieren, ist selbst barbarisch. Das ist es, was die Menschen an dem Weltwirtschaftsforum stört. Die Glaubwürdigkeit solcher Diskussionen ist in Gefahr, wenn wir ihnen keine konkreten Handlungen folgen

lassen.“ (The New York Times, 04.02.2002). Bill Gates auf jeden Fall kündigte an, 50 Millionen \$ für den Kampf gegen AIDS in Afrika zu spenden.

Südlich des Äquators, in Brasiliens Porto Alegre, diskutierten zur gleichen Zeit, knapp 5.000 Delegierte des Weltsozialforums über „eine andere Globalisierung“. Dabei waren sich die TeilnehmerInnen weitgehend einig, darüber, wogegen sie waren und gegen wen sie standen. Zu diskutieren waren Mittel und Wege, sowie eine Rangordnung der Ziele im Kampf gegen eine Globalisierung, die sich im Grunde als nichts anderes entpuppte als ein Kapitalismus ohne Begrenzung. „Die neue Zauberformel lautet: Kapitalismus ohne Arbeit plus Kapitalismus ohne Steuern.“ (Beck 1997:20)

Für den Soziologen Waldo Bello heißt die Alternative dazu „Deglobalisierung“, eine „Reorientierung unserer Ökonomien von der Exportproduktion auf eine Produktion für den lokalen Markt“. Die Logik des Marktes und der „Kostenwahrheit“ muss sich sozialen Werten unterordnen. Sicherheit, Gleichheit und Solidarität stehen höher als Markt und Gewinn. Eine erfolgreiche Deglobalisierung setzt freilich die Entmachtung der Internationalen Finanzinstitutionen samt Welthandelsorganisation WTO voraus.

Anderer TeilnehmerInnen streben eine globale politische Kontrolle vor allem der entfesselten Finanzmärkte an, aber auch Maßnahmen gegen den Handel mit gefährlichen Gütern (Waffen, giftige Abfälle) und das Verbot der privaten Kommerzialisierung jener Dinge, die als existenzielle Grundlage oder als gemeinsames menschliches

Gui (wie Saatgut oder lebenswichtige Medikamente) anzusehen sind. (<http://www.portoalegre2002.org/>)

Globalisierung gegen Staat und soziale Sicherheit

Die ExpertInnen der Internationalen Finanzinstitutionen, sowie die VertreterInnen des Kapitals und der transnationalen Unternehmen sind mit Unterstützung mancher Medien seit gut einer Dekade dabei, uns den Prozess der Globalisierung als vorteilhaft für alle und vor allem als unvermeidlich zu verkaufen. Sie vermischen dabei geschickt Konsumanreize, Elemente der globalen Kultur und politische Argumente mit einem Appell an die unvermeidliche „Modernisierung“.

Vermieden wird die Frage, wer die GewinnerInnen und wer die VerliererInnen dieses Prozesses sind. „Globalisierung“ verstanden als die Entfesselung der Kräfte des Weltmarktes und die ökonomische Entmachtung des Staates, ist für die meisten Nationen ein erzwungener Vorgang, dem sie sich nicht entziehen können. Für die USA war und ist es ein Prozess, den ihre wirtschaftliche und politische Elite willentlich in Gang gesetzt hat und aufrecht erhält.“ So beschrieben Mitte der 1990er Jahre Hans-Peter Martin und Harald Schumann in ihrem Bestseller „Die Globalisierungsfälle“ (1996:296) eine für die Betroffenen - die „Vier-Fünftel-Gesellschaft“ - anscheinend ausweglose Situation.

Dabei ist auch das Verhältnis „ein Fünftel GewinnerInnen, vier Fünftel VerliererInnen“ noch zu optimistisch angesetzt. „Von den Vereinigten Staaten weiß man, dass das Wirtschaftswachstum allein die wohlhabendsten

zehn Prozent der Bevölkerung bereichert hat. Diese zehn Prozent haben 96 Prozent des zusätzlichen Reichtums erhalten.“ (Beck 1997:20)

Globalisierung wird in erster Linie als wirtschaftlicher Prozess verstanden, doch sind noch zahlreiche andere Dimensionen damit verbunden bzw. davon betroffen. Durch die Globalisierung entzieht sich das Kapital der nationalstaatlichen Kontrolle und überlässt den Hinterbliebenen die Kosten der staatlichen, vor allem der sozialstaatlichen Organisation. „Die Gladiatoren des Wirtschaftswachstums,“ schreibt Ulrich Beck (1997:19), „die von Politikern unworben werden, unterminieren die Autorität des Staates, indem sie zwar seine Leistungen beanspruchen, aber ihm die Steuern entziehen. Das Pikante ist: Ausgerechnet die Reichsten werden zu virtuellen SteuerzahlerInnen, und ihr Reichtum beruht nicht zuletzt auf dieser Virtuosität des Virtuellen. Sie untergraben auf eine (meist) legale, aber illegitime Weise das demokratische Gemeinwohl, das sie in Anspruch nehmen.“

Das Erstaunliche ist, dass die nationalen Politiker, von links bis rechts, wenn diese Differenzierung heute überhaupt noch Sinn macht, eifrig dabei mithelfen, diesen Prozess als unvermeidlich und fortschrittlich darzustellen, obwohl sie doch eigentlich ihre eigene Entmachtung unterstützen. Die GlobalisierungskritikerInnen fordern daher zurecht politisches Handeln und (wirksame) politische Institutionen jenseits des Nationalstaats. Relativ weit gediehen ist dabei das Konzept der „Tobinsteuer“, einer Abgabe von 0,1% auf alle Devisentransaktionen. Damit würde nicht nur der Umfang der spekulativen Transfers auf dem globalen Finanzmarkt eingebremst - nur noch zwei bis drei Prozent der Finanztransfers dienen heute der Bezahlung von Waren oder Dienstleistungen, alles übrige gehört in den Bereich des „Kasino-Kapitalismus“ - sondern auch Einnahmen von weltweit zwischen 150 und 720 Mrd. US\$ erzielt (Martin/Schumann 1996:120), die nach Vorstellung der ProponentInnen den am wenigsten entwickelten Staaten des Südens zukommen sollten.

Drei Mythen, so meint der Soziologe Beck (1997:108ff) schülzen den Globalisierungsdiskurs davor, als Verschleierungsstrategie entlarvt zu werden: der Undurchschaubarkeitsmythos („alles ist sowieso viel zu kompliziert“), der Dienstleistungsmythos („die Dienstleistungsgesellschaft wird die Arbeitsgesellschaft retten“) und der Kosten-Mythos („wir müssen nur die Lohnkosten in den Keller fahren, dann löst sich das Problem in Luft auf“). So globalisieren wir also fleißig weiter, zum Schaden der Mehrheit der Menschen im Norden und ganz besonders im Süden.

Afrika und die Weltgesellschaft

Die HistorikerInnen sind sich darüber einig, dass spätestens mit der Weltwirtschaftskrise 1929-33 Afrika in seiner Gesamtheit, also bis ins letzte Dorf, in die Weltgesellschaft eingebunden war. Dies galt nicht nur, im Sinne von Waltersteins „Weltssystem“, für die wirtschaftliche Tätigkeit, sondern für alle gesellschaftlichen und kulturellen Bereiche.

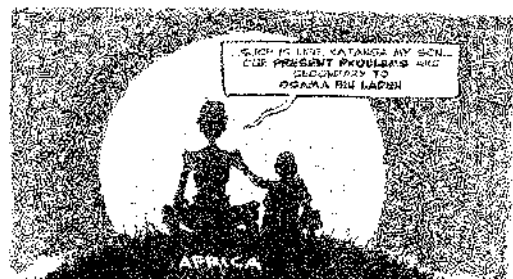
Aus dieser Einbindung folgte eine Geschichte der Enteignung und der globalen Abhängigkeiten; der Preis der afrikanischen Rohstoffe und damit verbunden der afrikanischen Arbeitskraft wurde auf den Märkten des Nordens verhandelt. Die Aktien seiner kolonialen Gesellschaften notierten an den Börsen des Nordens. Die Gewinne, die diese Firmen machten, blieben unbesteuert und wurden nach irgendwo verschoben. Das Kapital öffnete und schloss seine Produktionsanlagen und Märkte nach Belieben.

Die afrikanische Wirtschaft, und alles was daran hing, war auf Gedeih und Verderb den Industriemächten ausgeliefert. Daran änderten die Entkolonisierung und die politische Unabhängigkeit nichts. Die nationalen Regierungen hatten, wie die kolonialen Verwaltungen vor ihnen, nur eine eingeschränkte Macht über die Gesellschaft und eine sehr eingeschränkte Kontrolle über die Wirtschaft. Neben den früheren Kolonialhorren mischten sich nun auch andere Industriestaaten und internationale Organisationen, sowie private GeberInnen von Entwicklungshilfe und Wirtschaftskrediten in

die inneren Angelegenheiten der vorgelblich souveränen Staaten ein. Sie formulierten Wirtschaftspläne und Entwicklungsprojekte, kontrollierten das Finanzwesen und bestimmten (oder verhinderten) regionale Partnerschaften.

Viele der neuen Staaten Afrikas verzichteten von vornherein darauf, das fremde Kapital zu besteuern oder den Transfer der Gewinne einzuschränken. Die „Politik der offenen Tür“ bot den transnationalen Unternehmen lang vor der Zeit der Globalisierung Bedingungen, die sie im Norden erst mit der Krise der 80er Jahre und dem Durchbruch des Neoliberalismus erzwingen konnten. Selbst dort, wo der Staat versuchte, eine Kontrolle des privaten Kapitals (durch Devisenbewirtschaftung und Handelslizenzen zu erreichen, trafen die Maßnahmen eher kleine UnternehmerInnen, vor allem das lokale Kapital, während die multinationalen Firmen über Korruption und Kooperation gemeinsame Sache mit der herrschenden Klasse machte. In diesem Zusammenhang ergab es sich wie selbstverständlich, dass der Staat seine Aufgabe auch darin sah, Arbeitskraft so billig und so diszipliniert wie möglich zu machen. Lange vor Lady Thatcher erzwangen die afrikanischen Regierungen die Resignation der Gewerkschaften und garantierten dem Kapital die Maximierung der Gewinne aus der Verringerung der Kosten von Arbeit.

Die Dankbarkeit des Kapitals hielt sich in Grenzen. Afrika südlich der Sahara war jener Teil der „Dritten Welt“, in dem die globale Krise der 80er Jahre den größten Schaden anrichtete. „Wenn der Westen nieste (wie 1980-82 und 1991), dann bekam das subsaharische Afrika Lungenentzündung.“ (Nafziger 1993:xviii) Das Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung zeigte einen Rückgang; die Lebensmittelproduktion verringerte sich zwischen 1981 und 1991 um 4%. 1990 schätzte man den Anteil der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze in Afrika südlich der Sahara auf rd. 54%; das war deutlich höher als der



Gesamtdurchschnitt der „Entwicklungsländer“ von 31%. Die Schulden stiegen mit jeder Umschuldung noch weiter; 1991 machten sie südlich der Sahara bereits knapp mehr als das gesamte Nationaleinkommen aus.

Afrika bekam immer weniger für die Rohstoffe, die es exportierte; sein Anteil am Weltmarkt sank auf unter 2%. „Die Bemühungen, Afrikas Ökonomien in das globale Wirtschaftssystem zu integrieren, haben sich seit den frühen 1980er Jahren intensiviert. Diese Strategie wird durch Strukturanpassungsmaßnahmen betrieben, mit der Förderung der Exporte und einem Abbau der Kontrollen bei Preisen, Devisen und Importlizenzen. ... Es ist paradox, dass gerade jene Ökonomien, deren Wachstum so völlig von der Weltwirtschaft abhängen, in dieser globalen Wirtschaft die am stärksten marginalisierte Position haben.“ (Mengisteab 1996:17)

Globalisierung leben und erleben

Wir beginnen heute - in Mitteleuropa später als in den USA oder Großbritannien - Globalisierung unmittelbar zu erfahren: in der Verringerung des Wertes unserer Arbeit, in den steigenden Kosten des Sozialstaates, in der Hilflosigkeit gegenüber globalen Akteuren, in der schrittweisen Vernichtung unserer sozialen und kulturellen Identität. Die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen werden an Orten getroffen, zu denen wir nicht nur keinen Zugang haben, sondern von denen wir nicht einmal mehr genau wissen, wo sie liegen. Und wenn wir glauben, es zu wissen und hingehen, um zu demonstrieren, dann setzen die Regierungen der gastgebenden Staaten alles dafür ein, diesen Protest zu kriminalisieren.

Für die Afrikanerinnen und Afrikaner ist das Gefühl der Hilflosigkeit und des Ausgeliefertseins, das uns befällt, keineswegs so neu wie für uns. Die Erfahrungen mit Globalisierung sind freilich auch nicht überall gleich.

In Mauritius, Tunesien, Marokko oder Madagaskar, die bekanntesten Auslagerungsorte industrieller Produktion, garantieren kompetente und disziplinierte Arbeitskräfte, eine billige Herstel-

lung von Waren; das bedeutet Profit für die Unternehmen, aber auch Arbeit und Einkommen für einheimische Arbeitskräfte. Vor allem junge Frauen lösen sich aus patriarchalen Verhältnissen, tatsachen die Abhängigkeit von Vater oder Thoma; gegen das Arbeitsverhältnis in einem fremden Unternehmen.

Zumeist hat die Globalisierung jedoch negative wirtschaftliche und soziale Folgen. Die Maßnahmen der „Strukturanpassung“ verschlimmerten die Situation auch für jene, die bislang zumindest ein Auskommen hatten: Massenentlassungen durch den Staat, Inflation, Abwertung. „Kosteneffizienz“ in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Grundnahrungsmittel und andere „Segnungen des Marktes“ haben das hässliche Gesicht der Gesellschaft in Krise noch hässlicher gemacht.

Wie sehr die Menschen von dieser Entwicklung in Mitleidenschaft gezogen wurden, zeigt nicht zuletzt der hohe Anteil freigesetzter oder aus ihren desolaten Familien geflüchteter Kinder. Kinder als unterbezahlte Arbeitskraft, als vorgewaltigte Objekte perverser Sexualpraktiken, als Kindersoldaten, Krimelle und Drogenabhängige werden seit den 1980er Jahren in der afrikanischen Öffentlichkeit immer deutlicher sichtbar.

Die solidarischen Netze, die sich über die Jahrzehnte der Stadtentwicklung gebildet haben - Organisationen von Herkunftsgruppen, Nachbarschaftshilfe, Kirchen, Vereine - sind nicht mehr instande, die zunehmenden Krisenfälle zu verarbeiten, d.h. Unterkunft und Ernährung über eine Zeit der Arbeitslosigkeit oder Eingewöhnung, Hilfe bei Krankheit oder Todesfall, Kinderbetreuung u.a. mehr. Manchmal verwandeln sich diese Netze auch in Selbsthilfe-Abwehrgruppen gegen Kriminalität oder weiteren Zustrom von Menschen, oft mit eher dubiosen Effekten.

Bei der Produktion agrarischer Rohstoffe oder im Bergbau führen Spekulation und Rezession in anderen Teilen der Welt zu unvorhersehbaren Veränderungen der Preise, zur Einstellung und Verlagerung von Produktionsstätten und zur Verschuldung der kleinen ProduzentInnen wie der nationalen Wirtschaft im großen. Der Staat

verliert darüber Steuern und Exportabgaben. Er versucht den Ausfall durch erhöhte Besteuerung der Bauern und Bäuerinnen wett zu machen und schränkt seine Ausgaben ein; die Gehälter der Staatsangestellten bleiben monatelang aus, für Gesundheit und Bildung gibt es kein Geld mehr und der Zugang, neue Kredite aufzunehmen, unterwirft die nationalen Regierungen der Konditionalität der GeberInnen.

Immer bedeutender wurde in den 80er und 90er Jahren die Rolle, die Geberorganisationen der Entwicklungshilfe spielen. Von der Lebensmittelhilfe bis zur Erziehung zur Demokratie haben die Geberorganisationen alles in ihrem Katalog. Wer immer Kompetenzen und Anpassungsfähigkeit auszuweisen hat, tritt in ihren Dienst. Das Land und seine Bevölkerung bezahlen für diese Dienste auf eine zweifach paradoxe Weise: sie verzichten auf eine Unabhängigkeit, die sie noch nie hatten, und akzeptieren einen brain drain, bei dem die Elite körperlich im Land bleibt.

Andere Dimensionen der Globalisierung

Die Erfahrung der Globalisierung hat noch andere Räume. Die afrikanischen Gesellschaften sind wohl in den vergangenen 20 Jahren ärmer geworden - für einen kleinen Teil ihrer Mitglieder brachten sie jedoch raschen Reichtum. Von der durch die neoliberale Strukturanpassung vorgeschriebenen Privatisierung und der Förderung der Exportproduktion profitierten Angehörige der herrschenden Klasse und lokale UnternehmerInnen. Die 2% bis 3% der Reichsten können ohne Schwierigkeiten mit der globalen Konsumgesellschaft mithalten.

Für die Mittelschicht und vor allem die breite Masse bleibt wenig. Die Öffnung zur Welt signalisieren die B-Movies aus Hollywood und die importierten Seifenoperas im Fernsehen, die verzweifelten Versuche, dem Flend durch Migration zu entgehen, die abgetragenen Kleider aus den Industrieländern, die immer noch zu teuer sind, um sich dezent zu kleiden, der importierte Reis ... und Fußball, Sportereignisse, die Siege afrikanischer AthletInnen in Übersee und das Auftre-

ten einiger prominente: SängerInnen und MusikerInnen.

„Niemand, so sagt man uns, hat eine Kontrolle über diesen Prozess der Globalisierung,“ so Issa G. Shivji, der tanzanische Jurist und Aktivist der Zivilgesellschaft, in einem Vortrag im Sommer 2001, „denn sie wird von der unsichtbaren Hand des Marktes gesteuert, der ganz zufällig ein höchst geschickter Verteiler der Ressourcen ist. Unsere politischen Führer erzählen uns, wir müssen uns entweder dieser Globalisierung anpassen oder wir werden untergehen. Die Globalisierungsexperten erzählen uns, und unsere Politiker plappern es ihnen wie Papageien nach, dass Globalisierung Chance und Herausforderung bedeutet. Damit wir diese Chancen aber nutzen dürfen, haben wir uns gefälligst gut zu benehmen: wir haben hinsichtlich der Werte der zivilisierten Welt aufzuholen, wie Freiheit, Individualismus, gute Regierungsführung und Menschenrechte. Wir müssen natürlich auch das geeignete Umfeld schaffen, um Entwicklungsgelder anzulocken, indem wir unseren Staat, Grund und Boden, Arbeitskraft, Bodenschätze, Wasser und Luft und Raum den Investoren gratis zur Verfügung stellen. All dies klingt nach Karikatur und Zynismus. Wir alle wissen, dass es in der internationalen Gemeinschaft keine Interessensgemeinschaft gibt; dass Globalisierung nur ein anderer Name für Imperialismus ist; dass global village den global pillage in sich trägt und dass good governance nur ein anderes Wort für die Legitimierung ökonomischer Despotie ist.“

Literatur

- Beck, Ulrich. 1997. *Was ist Globalisierung?* Frankfurt: Suhrkamp.
- Martin, David Peter & Harold Schumann. 1996. *Die Globalisierungsthese. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*. Reinbek: Rowohlt.
- Murugutshy, Kidave. 1996. *Globalization and auto-centrism in Africa's development in the 21st century*. Trenton: Africa World Press.
- Ndlovu, Wuyiso E. 1993. *The debt crisis in Africa*. Baltimore: Johns Hopkins Univ. Press.
- Walter Schicht ist Professor für Afrikanistik an der Universität Wien und Autor des „Handbuch Afrika“, (Kielang Bd.1 u. 2) erschienen bei Vandenhoeck & Ruprecht.

le lillipuziane e i lillipuziani tentano di legare gulliver

Simonetta Stringari

Il nodo altoatesino della Rete Lilliput nasce nel novembre 2000.

Il comitato „Mai al Mai“, che già aveva attuato diverse iniziative in Provincia e del quale facevano parte circa 17 associazioni, accoglie l'invito che Alex Zanotelli, aveva rivolto all'arcipelago associativo nazionale di mettersi in rete per „un'economia di giustizia e rispettosa dell'ambiente“ e cambia il suo nome diventando „Rete Lilliput“. In breve tempo aderiscono 30 associazioni attive nel campo sociale, ambientale e della cooperazione nord-sud e una trentina di persone singole (per conoscere le associazioni aderenti consultare il sito www.consumer.bz.it/lilliput).

Il nodo di Bolzano si è fatto promotore di diverse iniziative: ha tradotto e presentato in provincia (Bolzano, Merano e Bressanone) la mostra itinerante „Weltumspannend arbeiten“ dell'organizzazione austriaca „Ökonomie del sindacato dell'Alta Austria sui temi della globalizzazione.

È intervenuta criticamente in occasione del Congresso annuale dell'European Economic Association tenutosi dal 30.08 al 02.09.2000 (vedi lettera aperta alla Libera Università di Bolzano).

In febbraio 2001 ha organizzato un incontro con due parlamentari europei (Michl Ebner e Kreissl-Dorfler) sulla sicurezza alimentare; l'incontro è stato seguito in particolare dal Bauernbund. Ha organizzato dibattiti con Alex Zanotelli, Rigoberla Menchu ed altri relatori di rilievo.

Ha aderito alla campagna „Banche armate“, facendo un'indagine fra gli istituti bancari altoatesini per verificare il loro coinvolgimento nell'export bellico autorizzato e l'eventuale offerta di prodotti etici; l'iniziativa è stata poi

conclusa con una conferenza stampa alla quale era presente l'esperto Francesco Terenzi che ha commentato l'esito dell'indagine.

Ha promosso e organizzato la partecipazione alle manifestazioni contro il G8 a Genova, distribuendo materiale informativo a livello locale ed organizzando tre pullman per la manifestazione del 21 luglio. Dopo gli eventi di Genova ha partecipato alla successiva mobilitazione e ha organizzato un incontro per raccogliere le testimonianze, molte delle quali sono state inviate al Genoa Legal Forum.

Dopo l'esperienza di Genova si è avvertito un crescente interesse e voglia di partecipare; così in ottobre 2001 è stato organizzato un incontro allargato (soci Lilliput e altre associazioni e partiti che avevano partecipato alla mobilitazione di Genova) per verificare le modalità con cui andare avanti.

Vi sono già diverse iniziative in cantiere per il 2002.

Per proseguire sul filone „armi e finanza“ in febbraio si è tenuta una conferenza sulla campagna „banche armate“ con Giorgio Beretta, della redazione di *Missione Oggi*.

In marzo, in collaborazione con il Filmclub, verranno proiettati i video su Genova: alla proiezione verranno invitati anche i parlamentari Koiler e Bressa membri della commissione di indagine parlamentare ed un rappresentante del Genoa Legal Forum.

In luglio l'associazione Empezzamos ospiterà alcuni/o brasiliani/o facenti parte di progetti di cooperazione in Brasile e organizzerà, in collaborazione con la Rete, un dibattito sui temi della democrazia.

Altre iniziative sui temi della globalizzazione, dello sviluppo sostenibile, della giustizia sociale e della pace verranno

presentate dalle associazioni aderenti nei prossimi mesi e mosse in rete a cura del nodo (è stata anche creata una mailing list a la quale ci si può iscrivere per contribuire attivamente al dibattito e all'organizzazione delle iniziative).

Lilliput inoltre aderirà ad iniziative promosse da altre componenti del movimento: una di queste sarà la campagna sulla Tobin Tax per la quale, a livello nazionale, si stanno già raccogliendo firme per un'iniziativa di legge popolare.

Naturalmente il nodo è in collegamento anche con la realtà nazionale (ormai ci sono circa 80 nodi in tutta Italia). Da poco si è tenuta la seconda assemblea nazionale a Marina di Massa nella quale faticosamente si sono definiti i contorni di un'organizzazione che vuole mantenere i caratteri di una „struttura leggera“, molto legata ai contenuti ma anche molto attenta alle metodologie: in particolare è stata ribadita la scelta della nonviolenza come condizione imprescindibile per qualsiasi iniziativa e anche per la collaborazione di Lilliput con altre realtà del movimento più allargato. Peraltro la scelta della nonviolenza si è dimostrata l'unica percorribile sia dal punto di vista etico (coerenza con le tematiche che si propongono!) che strategico (da un contesto violento è possibile uscire solo adottando nuovi parametri e „spazzando“ l'avversario). Quello della nonviolenza è un tema così sentito che è nato un Gruppo Tematico a livello nazionale che promuoverà iniziative di formazione che coinvolgeranno anche i nodi locali.

Altro tema molto sentito per quest'anno, nel quale ci sarà l'incontro internazionale Rio+10 a Johannesburg, è quello sulle tematiche della sostenibilità e dell'ambiente: Lilliput si è fatta promotrice di un workshop al Forum Sociale di Porto Alegre che lavorerà sull'individuazione di nuovi indicatori di benessere che vadano a sostituire l'obsoleto PIL, in nome del quale sono state fatte scelte politiche ed economiche „sviluppiste“ che hanno contribuito al degrado della Terra e all'aumento del divario tra ricchi e poveri.

La realtà di questo movimento, che nella sua molteplicità e diversità trova la sua forza, è la realtà di una grande



quantità di persone impegnate non solo a livello politico ma in campo sociale (associazioni, movimenti cattolici e non...) e animate da una forte spinta etica, che comporta una conversione non solo nel mondo delle idee personali ma anche in quello delle proprie azioni. L'avvicinamento a particolari realtà (povertà del Sud, forme di emarginazione sociale...) crea consapevolezza rispetto alle interconnessioni tra esse e il proprio modo di vivere, i propri stili di vita. La presa di coscienza di tali interdipendenze ha determinato anche un modo pragmatico di fare „politica“ per cui, se è vero che siamo responsabili individualmente di situazioni molto lontane, è anche vero che abbiamo il potere di fare molto per cam-

biare anche a livello individuale o meglio ancora in gruppi organizzati (ad esempio con campagne, consumo critico, boicottaggi...).

Migliaia di associazioni in tutto il mondo si battono per riaffermare diritti antichi e nuovi, con l'intelligenza di chi guarda al proprio territorio in una prospettiva globale.

Nel nostro piccolo anche noi a Bolzano ci stiamo provando: attendiamo nuovi contributi e stimoli da persone e gruppi interessati, scrivere a lilliput@consumer.bz.it

Pirella Göttsche Lowery, lavoro in cartolina, coordinatrice del nodo autolettore della rete Lilliput

„Der Neoliberalismus gibt sich als progressive Bewegung, dabei ist er eine zutiefst konservative Revolution. Es ist eine Restauration, die im Mäntelchen der Neuerung auftritt. Die neoliberale Botschaft ist konservativ: Arbeitet viel, ohne Garantie und Sicherheit! Es handelt sich um einen Rückschritt hin zum Untermertum des 19. Jahrhunderts.“

aus:
Interview mit
Pierre Bourdieu.
In: Tagesanzeiger,
20/05/2000



rammento tratto dalla tesi di diploma di Helmut Heiss: **SECONDA NATURA: codice, gioco, cosmologia, architettura** che propone la rete come concetto di base per una comprensione basilare della globalizzazione.

LA RETE

Helmut Heiss

La rete è un concetto che negli ultimi decenni sembra sia diventato sempre più importante e, infatti, ovunque ci muoviamo si estendono le reti. La stanza vuota nella quale si trova una lampadina, un rubinetto, o un telefono in realtà non è vuota, ma fa parte di un sistema che ci fornisce di una serie di servizi: acqua, elettricità, gas... Le reti ci forniscono e ci smaltiscono; hanno la capacità di farci attraversare lo spazio - la terra, l'acqua, l'aria - sia simbolicamente che materialmente. Si è abituati a chiamare questo insieme di reti *infrastruttura*. »Infra« dal latino significa quello che c'è »sotto«, la struttura che c'è sotto l'apparenza.

Così come si espande il reticolato delle infrastrutture realmente nello spazio, su continenti e oceani, similmente il concetto di reticolato - capace di trasgredire i confini delle singole discipline - si espande su tutto il nostro pensiero. *Logica retificata.*

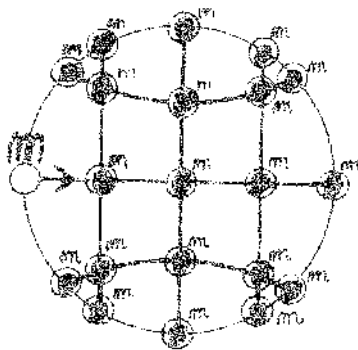
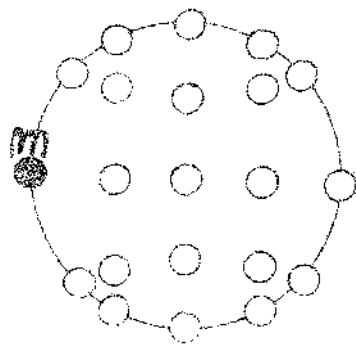
I sistemi a rete hanno la capacità di crescere, sono flessibili, sono costruiti per una cosa specifica. Queste caratteristiche intrinseche anche al pensiero reticolato - distinguono la rete dai sistemi di ingranaggio. Così come

l'invenzione delle prime macchine ha dato luogo e spunto alla riorganizzazione del pensiero logico fino all'evocazione di una *«cosmologia dell'ingranaggio»* [1], anche le reti, con la loro continua espansione, hanno provocato una simile reazione. A questo punto mi sembra giusto porre la seguente domanda: ma cos'è una rete?

Una rete nel suo significato originario è un intreccio di bande annodate, un reticolato. Questo reticolato, indipendente dalla sua complessità, troverà sempre posto nella semplicità della rete. Una rete non è composta di più parti, ma crea una connessione: è *semplice*.

La rete come tale è vuota. Il vuoto è intessuto nella rete e perciò ne costituisce un elemento strutturale. La rete esiste perché qualcosa si possa intessere all'interno di essa. Adattandosi alla superficie e al movimento della cosa catturata aderisce ai corpi come una pellicola esiranea, come una *seconda pelle*. Circondando e seguendo i movimenti del corpo lo determina in tutti i suoi movimenti nello spazio.

Con la rete si possono catturare solo le cose alle quali si è pensato costruendo



Ground Zero der Deregulierung

"Ich glaube an Gott und die freien Märkte", bekannte vor einem Jahr Kenneth Lay, Enrons Chief Executive Officer (CEO). Und dann stilisierte der Boss des Energiegiganten auch noch Jesus Christus zu einem Superliberalen im Sinne der 1990er-Jahre: "Er wollte, dass die Menschen die Freiheit der Entscheidung haben." Was Enron in den Neunziger Jahren vollbracht hat, wäre demnach ein Werk Gottes gewesen: die Privatisierung und Deregulierung der Stromerzeugung; die Mutation von einem Unternehmen, das Erdgasröhren herstellt, zu einem Energiehandelskonzern, der im Zuge einer ungehemmten Deregulierung die "Freiheit der Entscheidung" dazu nutzt, seine Profite zu maximieren. Am klarsten äußerte sich die Gunst des Allmächtigen in den Bonuszahlungen, die Lay sich für das Jahr 2000 genehmigte: 141,6 Millionen Dollar - ein Zuwachs von 184 Prozent gegenüber 1999. Kein Wunder, dass Jeff Skilling, der frühere Enron-CEO, gegenüber Business Week

bekanntes: Wir haben die Engel auf unserer Seite. In jeder Branche, in der wir tätig wurden, waren wir die guten Jungs." Das Unternehmen Enron hat sich stets seiner maximalen Transparenz gerühmt. Doch als es seine Zahlungsunfähigkeit erklärte, kam heraus, dass es sich um ein chaotisches Gespinnst von Lügen, Nepotismus und gefälschten Bilanzen handelte. Und als sich herausstellte, wie fantasievoll Enron seine Gewinnmeldungen aufgeblasen hatte, gerieten die Investoren in Panik, und das Energieimperium mit einem Jahresumsatz von über 100 Milliarden Dollar brach in sich zusammen. Sein Börsenwert schrumpfte in kürzester Zeit auf ein 350stel. Dieser Absturz führte auch zu einer erneuten Debatte über die Pensionsfonds solcher Unternehmen, denn 60 Prozent der Gelder, die für die Alterssicherung der Enron-Angestellten zurückgelegt wurden, waren in Aktien der eigenen Firma angelegt. Der Enron-Bankrott ist zwar aus diversen Faktoren zu erklären, doch die haben alle mit der Ideologie des Unternehmens zu tun,

la rete. Se tentassimo di catturare una farfalla con una rete da pesca ed essa ci dovesse sfuggire, è perché la rete appunto al momento della sua costruzione non era stata pensata per questa specifica creatura e ci accorgiamo di una cosa molto interessante: il vuoto intessuto nella rete non è vuoto, ma costituisce già il negativo di ciò che dovrebbe essere catturato.

Quando viene posata qualsiasi rete si cattura proprio quello che prima si era programmato dentro di essa. Il riempimento quindi, è l'attuazione di ciò che già era stato prescritto in forma di negativo dentro la struttura della rete. >schilling prophecy<

Alla fine ha poco senso voler pensare la rete come concetto; importante è che lo scopo della rete si esaurisca. In questo senso la texture della rete descrive una regola che diventa visibile quando la rete si riempie. La rete forse potrebbe essere la prima e più semplice forma di un programma.

In ogni caso, il fine della rete non si esaurisce nel catturare qualcosa, ma si estende anche alla possibilità che la rete possa essere utilizzata come proiezione, come scudo. La rete è un reticolato che determina un certo passaggio, definisce la porosità di un mondo. Essa funziona come il setaccio del tè: lascia passare l'acqua, ma trattiene le foglie. Cattura la sostanza e protegge l'essenza.

Fin'ora abbiamo parlato di reti materiali ma possiamo individuare le stesse caratteristiche sintetizzate poco fa anche nelle reti immateriali. Un esempio molto interessante possiamo ricavarlo dalla Bibbia, precisamente dall'episodio della cattura dei pesci: la

rete diventa qui il motivo costitutivo per l'incarico missionario del cristianesimo. Essa è pensata per catturare il pensiero delle persone e non si parla più di una rete materiale, ma della scrittura stessa, di quella texture simbolica in cui si attua una connessione divina. La missione dei profeti consisteva nel posare la rete della parola sacra in modo che le persone, ascoltando i missionari, si trasformassero in membri, in credenti, in pesci venivano inglobati nella rete.

Con l'immaginazione di questo reticolo simbolico la texture del testo riuscì a staccarsi dai significati terreni e per la prima volta la parola venne contemplata come un'unità capace di inglobare tutti i tempi in eternità. Con la rete delle sacre scritture si determina l'idea di una lingua universale, di una benda spirituale la cui connessione è già stata prescritta nel principio [genes]. La parola prescritta si incarna nel corso della storia e viene così annodata la struttura di una possibile rete capace di catturare l'esistenza intera. Il reticolato in questo esempio è un codice che cerca di dominare il Mondo, o, in altre parole, si tratta di un tentativo di sostituire al Mondo un'immagine di esso ben calibrata, in modo che quest'ultima si sottometta al reticolato onnipotente della scrittura. (in principio era il verbo) Cattura del Mondo o creazione di un fantasma? -Seconda Natura-

Un'altro esempio di rete onnipotente è la telegrafia e tutte le altre reti di comunicazione che la susseguono. Con l'invenzione della telegrafia lo sviluppo delle reti globali subisce un salto qualitativo tale, da permettere ad ogni partecipante alla rete di smaterializzarsi attraverso il simbolo inviato. La pro-

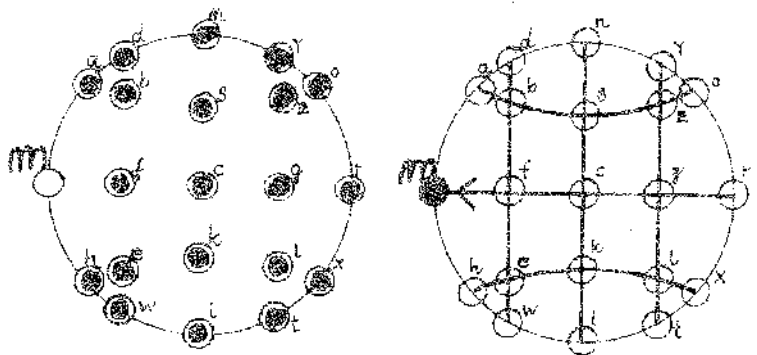
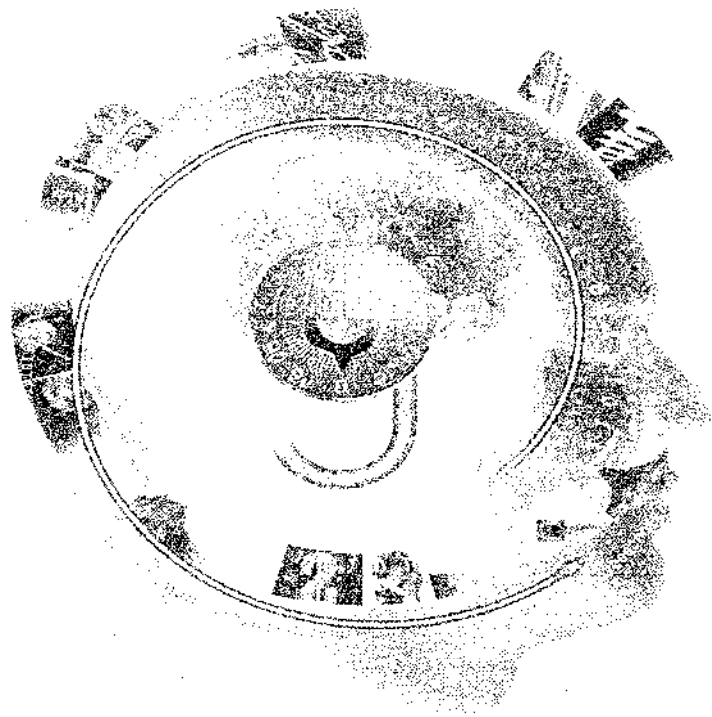


fig. 2



senza cessa di delineare i confini del corpo. Viaggiando attraverso la rete come voce, come scrittura, come immagine diventata possibile significa essere simultaneamente sia qui che altrove [2].

Nella rete di comunicazione ogni punto cronologico ha la capacità di espandersi: viene per così dire messo *in onda* e quindi diffuso, ingrandito. Se quindi il *>hic et nunc<* [3] si estende in un *simultaneo* e *altrove*, allora necessariamente ogni attimo preciso perde di nitidezza percettiva. Il *qui* e *adesso* si diffonde, perde concretezza e con questo smette di indicare le forme esperienziali di spazio e tempo. Ciò che accade *adesso* e *qui* può succedere anche *adesso* e *altrove*. Questa possibilità si può estendere affinché l'altrove si espanda in un *dappertutto*.

Questo è il punto focale della rete di comunicazione, la prospettiva globale: il mondo viene compresso in un unico momento (fig. 1) e vice versa un grande momento viene espanso e diventa mondo (fig. 2).

Così come la cattedrale gotica presupponeva di rappresentare il cielo sulla terra, così la rete di comunicazione evoca il mondo, ovvero un oggetto artificiale che finge di essere il mondo materiale.

Sotto questo punto di vista, la retificazione della terra diventa architettura.

Questa frase, che a prima vista potrebbe sembrare una melonimia, è invece ancorata profondamente nel sentimento umano. Possiamo incontrare la radice comune di costruire e tessere nella parola latina *textum*. *Textum* significa tessuto, *textor* - tessitore, *texere* - tessere, intessere, intrecciare, costruire. Infatti dopo una considerazione più approfondita possiamo vedere che sia il *textum* del vestito sia quello dell'edificio ci proteggono dall'ambiente esterno. Si tratta di una pelle artificiale di stoffa, di sassi, di legno, di vetro... È interessante far notare come la lingua ignora la differenza materiale delle due pelli, così che il significato di *textum* non dipende dai materiali, bensì dall'artificialità di comporli in maniera che questi diventino un'unità e possano assumere un compito di protezione.

Per questo Archi-textura (architettura) sottende il principio della *complexio* ad un'unità e quindi alla risoluzione del problema della materialità.

La parentela tra rete e architettura fa sì che la rete di comunicazione assomigli alla cattedrale tardomedievale sotto diversi aspetti: l'elemento caratterizzante della costruzione gotica è la volta a nervatura, invenzione ingegnosa attraverso la quale gli architetti riuscirono a compiere il miracolo di unire altezza e luminosità fino allora mai raggiunto. Se

mit seiner fanatischen, nachgerade sektiererischen Anbetung des freien Marktes. Enron kämpfte verbissen dafür, die staatliche Aufsicht über seine Geschäfte zu begrenzen oder ganz abzuschaffen. Es ist kein Zufall, dass diejenigen, die in ihren Anzeigen über die regierungsamtlichen Aufsichtsbehörden spotten und selbstgefällig ihre massiven Regelverstöße feiern, sich am Ende als Manager erweisen, die buchstäblich alle Regeln verletzt und alle Vorschriften unangegangen haben. Enron war der erklärte Liebling aller derer, die freie Märkte für den absoluten Höhepunkt der Schöpfung halten. Deshalb ist die Ruine dieses Unternehmens auch der beste Ort, um sich in aller Ruhe hinzusetzen und über den Stand der deregulierten, privatisierten Dinge nachzudenken, der in den letzten zehn Jahren so gnadenlos herbeigeführt wurde. Welche Einblicke bietet also dieser Ground Zero der Deregulierung? Wir sehen Spitzenmanager, die sich mit hunderten Millionen Dollar davonmachen, während die Beschäftigten



ihre Firmenpensionen einbüßen und den Stromkunden ständige Stromausfälle zugemutet werden. Wir sehen Bilanzprüfungsfirmen, die besondere Nachsicht üben, weil die geprüften Unternehmen sie auch für ihre Beratertätigkeit bezahlen. Wir sehen gekaufte Politiker, Schlagertrüppchen, geplatze Seifenblasen an den Börsen, kurzum: das Resultat eines ungehemmten Spiels der Marktkräfte. Enron hat die Finanzexperten allesamt hinter sich geführt. Noch instruktiver ist aber im Grunde ein anderer Aspekt dieses Schattentheaters, nämlich der "politische" Erfolg der Enron-Bosse. Sie konnten die ganze Welt von der Idee überzeugen, dass ihre Passion für den freien Markt im Allgemeinen und für eine deregulierte Energiebranche im Besonderen nichts anderes als eine "Revolution" bedeute, die Freisetzung von "Kreativität", ja die Freiheit schlechthin. Die Unternehmen müssten wie säkularisierte Götter mit der ganzen Welt hantieren können, erst damit sei die Demokratie, ja die Macht des Volkes zu realisieren.

ora quindi provassimo a togliere queste nervature dal loro contesto e le considerassimo a se stanti come uno scheletro ci accorgeremmo subito della somiglianza che questa struttura ha con una possibile rete capace di catturare o interessare le forze attive [4].

L'enorme complessità strutturale non è l'unico carattere che unisce cattedrale e rete telegrafica ma anche l'entusiasmo che la società esprime verso la creazione di un'unità ne è esempio fondamentale. Se la cattedrale medievale si concentrava nell'evocazione di un'unità divina (almeno per finta) da poter essere spacciata come rappresentazione del paradiso terrestre, ogni rete di comunicazione (globale) cerca di costruire un edificio simbolico, capace di ospitare il mondo intero, di sommarlo in un unico momento, in un unico sistema.

Sensazione di appropriarsi il mondo.

La cattedrale quindi, rispecchiando e sottolineando perfettamente le intenzioni e la funzione della parola sacra, della Bibbia, è talmente vicina alla rete telegrafica e intrinsecamente a tutte le reti di comunicazioni, che potremmo chiamare queste ultime le cattedrali del diciannovesimo secolo.

Per quanto riguarda la rete, lo spazio tra i nodi e i fili è spazio inesistente, è spazio morto. Per questo la rete globale tende a stringere le proprie maglie per trattenere più informazioni possibili, per riuscire a pescare anche i pesci più piccoli. Con l'infittirsi della rete riusciamo a tirare a galla sempre più contenuto e possiamo affermare che sono i nodi i punti cruciali, poiché tengono insieme il tutto. Essi sono l'accesso alla rete. Ogni nodo riesce a rappresentare

la rete e con questo anche il mondo intero, poiché tutte le informazioni intrinseche alla rete riescono a concentrarsi in ognuno di essi.

il fenomeno dell'espansione della rete si potrebbe chiamare *globalizzazione del mondo*.

Proprio come la cattedrale gotica spinge si verso l'alto, verso il cielo con costruzioni sempre più vertiginose, così anche la rete globale stringe le sue maglie affinché non possa sfuggire più nulla: tutto avrà preso il suo posto, tutto sarà individuabile e connesso nelle coordinate della rete; il mondo sarà diventato un tutto calcolato?!

Polmat Ferras Besuchte die Accademia di Belle Arti in Bologna, lebt und arbeitet als freischaffender Künstler in Bozen.

Note

[1] Con "cosmologia dell'ingranaggio" intendo la concezione del mondo costituitasi dopo le prime costruzioni di macchine ad ingranaggio come l'orologio e diversi altri automata. In quel periodo il fascino che comportavano queste macchine era così grande che anche la natura veniva paragonata ad automatismi molto complessi. Si pensava bastasse scoprirne tutti i meccanismi per riuscire a impadronirsi del segreto delle leggi eterne del cosmo. Quindi tutto il cosmo veniva paragonato ad un ingranaggio estremamente complesso e il compito di Dio si limitava alla manutenzione di esso.

[2] La voce del telefono, privata dei loro corpi si avvicina molto a concezioni religiose dell'anima.

[3] per approfondire il concetto vedi anche: Walter Benjamin: *L'opera d'arte nell'epoca della sua riproducibilità tecnica*; Einaudi editore, Torino 1966

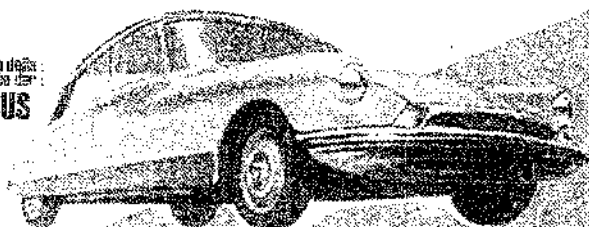
[4] In effetti, la novità consisteva nella trascrizione del peso in linee di forza calcolabili, manovrabili.

Bibliografia

Benjamin Walter: *L'opera d'arte nell'epoca della sua riproducibilità - arte e società di massa*; 1966 Einaudi editore s.p.a., Torino
 Burkhardt Martin: *Metamorphosen von Raum und Zeit - Eine Geschichte der Wohnformung*; 1997 Campus Verlag, Frankfurt/New York
 Goodman Nelson: *Weisen der Weltzeugung*; 1998 Suhrkamp, Frankfurt am Main
 Felderer Brigitte: *Wunschmaschine Weltentindung*; 1996 Kunsthalle Wien; Springer Verlag, Wien

mettiti in rete e vai... www.walsh.it

il servizio della
 SHASUS



SHASUS

SHASUS

Utopia ist nur eine Ahnung, ein Land, das man nicht betreten kann. Utopia ist ein Nirgenddorf, nicht mehr als eine Orientierungshilfe, ohne die keine Bewegung möglich ist. Und diese Bewegung kann nur mit einer Negation beginnen - der Negation des Bestehenden (nach Müller 1997)



Global denken - regional handeln

von Michael Groier

AussteigerInnenlandwirtschaft

Globalisierung und Regionalentwicklung

Der Globalisierungsprozess reduziert sich derzeit vor allem auf die Durchsetzung von ökonomischen Interessen

und eine neoliberale Wirtschaftspolitik, die einigen wenigen globalen Akteuren - wie z.B. transnationalen Konzernen, Banken und Investmentfonds - schnelle Profite auf Kosten der sozialen Ausgewogenheit und unter Ausbeutung der natürlichen Ressourcen garantieren. Diese neoliberale Spielart der Globalisierung hat nicht zu einer allgemeinen Hebung des Wohlstandes oder Bildungsniveaus geführt, sondern die Kluft zwischen Arm und Reich sowohl auf globaler, nationaler aber auch regionaler Ebene verstärkt. Da bei einer Globalisierung die Schaffung menschlichen und sozialen Mehrwerts im Mittelpunkt stehen muss, sollte sie nach dem Prinzip der nachhaltigen Optimierung menschlicher Bedürfnisse anstelle der kurzfristigen Gewinnmaximierung ablaufen. Dazu unabdinglich sind die Kontrolle, Gestaltung und auch eine Verlangsamung der Vernetzungsprozesse, die sozial und ökologisch verträglich ablaufen müssen. Hierfür wiederum sind Überlegungen zur Schaffung neuer demokratisch legitimierter globaler Regelwerke (globale Mindeststandards) und Institutionen weiterzutreiben und umzusetzen.

Gerade im Zuge der Globalisierungsprozesse gewinnt die Region als sozio-ökonomisches und soziokulturelles Aktionsfeld immer mehr an Bedeutung. Während transna-

tionale Konzerne mit Hilfe internationaler Institutionen wie der WTO, dem IWF etc. auf globaler Ebene ihre Interessen durchsetzen und SpekulantInnen auf den internationalen Kapitalmärkten das Schicksal ganzer Volkswirtschaften

und damit auch Regionen aufs Spiel setzen, ist für den Großteil der Menschen das reale Leben in der Region die zentrale Bezugsebene. Hier ist ihr Aktionsraum (Wünsche, Bedürfnisse), hier sind sie in politische, soziale, ökonomische und kulturelle Netzwerke eingebunden. In der Region werden global und national gefasste Beschlüsse und Regelungen für die Menschen wirksam. Mit der nationalstaatlichen Schwächung ohne globale Kompensation (siehe auch UNCED-Prozess) wird die Regionalpolitik deshalb als Gestaltungsinstrument immer wichtiger. Aus dieser Perspektive wird Regionalpolitik also zu einem Instrumentarium der Optimierung konkreter Lebensbedingungen, des Ausgleichs globaler und regionaler Interessen, aber auch des Widerstandes gegen unerwünschte Globalisierungsentwicklungen.

Im historischen Rückblick der Entwicklung der Regionalpolitik in Österreich finden sich interessante Parallelen zur derzeitigen Globalisierung. In den 60er und 70er Jahren versuchte man ohne großen Erfolg, periphere Regionen durch Ansiedlung von Großbetrieben weiter zu entwickeln. Viele dieser Betriebsansiedlungen dienten nur als Werkbänke größerer Kon-

zerne, um die billigen Arbeitskräfte zu nutzen. Waren sie abgeschrieben oder unrentabel, wurde vielfach wieder zugesperrt. Ähnliches praktizieren multinationale

Konzerne auf globaler Ebene in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Dieser Art der Regionalentwicklung wurden Modelle und Projekte der sogenannten eigenständigen oder endogenen Regionalentwicklung entgegen gestellt: in einem Bottom-up-Prozess werden von der Bevölkerung der Region vor allem unter Nutzung eigener Ressourcen die vorhandenen regionale Potentiale (Bsp. LEADER) weiterentwickelt. Die Landwirtschaft spielt in solchen Konzepten als integraler Teil des Regionalgefüges/der Regionalwirtschaft aufgrund ihrer räumlichen Dimension sowie der vielfältigen Vernetzungsmöglichkeiten (regionale Synergien) eine wichtige Rolle.

Auf globaler Ebene dominieren die großen Agrarproduzenten (USA, CAIRNS-Länder) über die WTO. Die Weichen (mit Einschränkungen auch in der EU) sind in Richtung einer weiteren Liberalisierung der Agrarmärkte gestellt. Für die kleinstrukturierte, bergbäuerlich dominierte österreichische Landwirtschaft bedeutet das zukünftig eine weitere Verschärfung des Konkurrenzkampfes (Preisverfall, Einkommensverluste, Dynamisierung des landwirtschaftlichen Strukturwandels, negative ökologische Effekte) mit Massenproduzenten. Als Antwort ist nur eine konsequente Positionierung der Landwirtschaft in Richtung Qualitätsproduktion auf Basis



ökologisch verträglicher Bewirtschaftungsmethoden zielführend.

Aussteigerhaushalte in ländlichen Regionen

Seit den 70er Jahren haben unterschiedliche Entwicklungen sowohl in städtischen als auch ländlichen Regionen zur Herausbildung des Phänomens der sogenannten AussteigerInnen geführt:

- # Strukturwandel in der Landwirtschaft: Konzentrations- und Industrialisierungsentwicklungen, Bauernsterben (Verlust des Arbeitsplatzes Bauernhof), ökologische Probleme, Gefährdung der Lebensmittelsicherheit u.v.m.;
- # Wertewandel in den urbanen Zentren (Naturprojektionen, Subsistenzsüchte), aber auch in ländlichen Regionen (Adaptierung städtischer Lebensstile und kleinstädtischer Wertemuster);
- # Abwanderung aus den urbanen Ballungszentren wegen schlechter Lebensqualität: Stadtlucht, PendlerInnenproblematik, Zersiedelung des Stadtumlandes, Suburbanisierung;
- # Abwanderung der bäuerlichen/ländlichen Bevölkerung vor allem aus peripheren Regionen: Landflucht, Überalterung der Bevölkerung, Ausdünnung der Infrastruktur, Mangel an außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen, Destabilisierung des ländlichen Raumes.

Im Zuge dieser komplexen Anpassungs- und Austauschprozesse zwischen urbanen und ländlichen Räumen sind in diesem Zusammenhang vor allem zwei gegenläufige Bewegungen interessant. Speziell in peripheren Regionen im Norden (Waldviertel), aber auch Südosten Österreichs (Mittel- und Südburgenland), die sowohl in agrarischer, industrieller und touristischer Hinsicht traditionell betrachtet Ungunstlagen darstellen, entstand als Ausgleich zur Landflucht eine neue „Szene“: Menschen, die aufgrund verschiedenster Motivationen aus der Stadt aufs Land ziehen, aufgelassene Höfe kaufen oder pachten und in verschiedenen Ausprägungen Landwirtschaft betreiben. Die Bandbreite reicht dabei von Hobbyschaubäuerinnen,

-bauern und Reithöfen über Bioetriebe bis hin zu alternativen, ganzheitlichen Ansätzen der Lebensgestaltung, im Rahmen derer die Landwirtschaft meist Subsistenzcharakter hat.

AussteigerInnen kommen aus unterschiedlichen Milieus und orientieren sich nach sehr unterschiedlichen Wertemustern und Ideologien. Es handelt sich dabei um junge Menschen aus der Grünalternativszene, kritische ChristInnen und AnthroposophInnen, JungakademikerInnen, die ihren Beruf am Land ausüben wollen, KünstlerInnen, Esoterikgurus und Naturfreaks, vom Berufsleben frustrierte Menschen, UnternehmerInnen und PensionistInnen, die sich ihren Jugendtraum einer Hobbylandwirtschaft erfüllen, Arbeitslose, die in der Stadt keine Perspektive mehr sehen sowie HeimkehrerInnen, die nach dem Leben in der Stadt aufs Land zurückkehren.

Der weitaus größte Teil der AussteigerInnen kommt aus Städten, einige sind am Land geboren, danach in die Stadt gezogen, wo viele in urban-alternativen Milieus sozialisiert wurden, um danach wieder aufs Land zu ziehen. Es gibt aber auch Fälle, wo junge Menschen aus traditionellen dörflichen Milieus ausgestiegen sind und sich danach in alternativen Gruppierungen (Aussteigerszene) - ebenfalls am Land - integriert haben.



Motivationen des Aus- und Einsteigen

Eine der wichtigsten Fragen ist jene nach den Motivationen, aus dem Gewohnten auszusteigen, bzw. am Land ein neues Leben zu beginnen. Dabei kristallisierten sich folgende Motivgruppen heraus:

- # Gesellschaftskritik: Realisierung alternativer Lebensentwürfe (Arbeit, Zusammenleben, Ökologie, Spiritualität usw.);
- # Stadtlucht: Wunsch nach Arbeit und Leben in und mit der Natur, Tierliebe, Kinder sollen am Land aufwachsen
- # Lebens- und Sinneskrisen: Suche nach Selbstfindung und Selbstverwirklichung;
- # Arbeitsplatzqualität: Wunsch nach überschaubaren, begreifbaren, sinnerfüllten Tätigkeiten, sozialer Aspekt der Arbeit, Muße;
- # Ökonomische Gründe: Arbeitssuche (z.B. Tierärzte), Abschreibeposten Landwirtschaft; Stadtleben zu teuer.

Diese Motive erklären, warum für die meisten AussteigerInnen die Ausübung landwirtschaftlicher Tätigkeiten eigentlich eine logische Konsequenz ist.

Wohnort

Nachdem der Entschluss aufs Land zu ziehen gefasst ist, ist der nächste Schritt die Wahl der Region. Wichtige Faktoren sind dabei Kindheits- und Jugenderlebnisse am Land, Urlaube bei Verwandten, frühe, spielerische Kontakte zur Landwirtschaft, die besondere Atmosphäre und Stimmung dieser Region und die spezielle soziokulturelle Anziehungskraft der Aussteigerszene im Waldviertel.

Neben Märiem, alten Gutshöfen, aufgelassenen Industrieobjekten wie etwa ehemalige Hammerwerke, Knopfabriken oder ArbeiterInnenhäuser sind natürlich die waldviertler Dreiseithöfe in Einzellage am verbreitetsten.

Soziale Integration

Ein zentraler Problembereich für viele AussteigerInnen ist die Überwindung der soziokulturellen Barrieren beim Wechsel von der Stadt in ein kleines Dorf. Also vom offenen, anonymen Stadtmilieu in das überblickbare, aber

fremde und enge Sozialgefüge eines kleinen Dorfes. Für die AussteigerInnen ist die Konfrontation ihrer urbanalternativ geprägten Lebensstile mit den noch stark bäuerlich orientierten Wertvorstellungen in den Dörfern oft sehr konfliktreich. Das Aufeinanderprallen von unterschiedlichen Verhaltensmustern, Ideologien, Bildungsniveaus, Lebensweisen, Bedürfnisse und fehlenden Gemeinsamkeiten führt oft zu gegenseitigen Vorurteilen, zu Neid, Misstrauen, Verunsicherung und Angst vor dem Fremden. Erschwerend wirkt, dass AussteigerInnen relativ selten in traditionelle Sozial- und Kommunikationsstrukturen eingebunden sind. Statt dessen errichten sie eigene Netzwerke (Heimschulen, Kunsthandwerksvereine, Nachbarschaftshilfe, AussteigerInnenfeste etc.).

Von der Land-Wirtschaft zum Land-Leben

Der Bauernhof stellt für die meisten AussteigerInnen primär nicht einen landwirtschaftlichen Produktionsbetrieb dar, sondern dient als Stützpunkt und Ausgangspunkt vielfältiger Aktivitäten. Nicht die agrarische Produktion, sondern die Beschäftigung mit Tieren, das Arbeiten in der Natur, die Verwirklichung gesamtheitlicher Lebenskonzepte stehen im Mittelpunkt des Interesses. Der anfänglich unbelastete und oft „naïve“ Zugang zur landwirtschaftlichen Praxis ohne entsprechende Ausbildung wirft anfangs viele Probleme auf, stellt aber gleichzeitig eines der größten Potentiale von Aussteigerlandwirtschaften dar. Gerade die kleinen Subsistenzbetriebe mit geringem Marktbezug und deshalb auch geringen Marktzwängen bieten ideale Voraussetzungen für ein relativ risikoarmes Experimentieren mit alten Kulturpflanzen, Haustierrassen oder umweltfreundlichen Produktionsmethoden.

Die AussteigerInnenlandwirtschaft ist generell sehr kleinstrukturiert. Die Bandbreite reicht von Kleinlandwirtschaften mit 2000 m², den typischen Subsistenzbetrieben mit ca. 4 ha über die relativ professionell geführten, durchschnittlich großen Landwirtschaften (DirektvermarkterInnen von Schaf- oder Ziegenkäse) bis hin zu

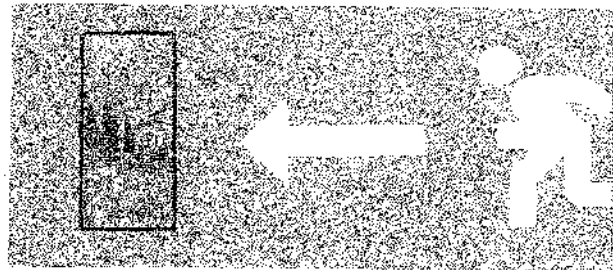
Pferdegestüten; wohlhabender Wirtschaftstreiber mit 60 ha. Entsprechend der häufig anzutreffenden Subsistenzorientierung wird auf vielen Höfen in verschiedenen Verarbeitungs- und Veredelungsstufen eine vielfältige Palette landwirtschaftlicher, handwerklicher und künstlerischer Produkte hergestellt. Direktvermarktung ist oft ein integraler Bestandteil der Produktion. Viele der AussteigerInnenhöfe machen einen typischen Entwicklungsprozess durch. Auf die Einstiegsphase (Hofrenovierung, Aufbau der Landwirtschaft) folgt eine Lern- und Experimentierphase, in der der Ausbau und die Differenzierung der Landwirtschaft sowie die Diversifizierung des Haushalts vorangetrieben werden. Danach kommt es oft zur Frustrations- und Reflexionsphase (Überdenken aktueller Probleme), die meist in eine Konsolidierungsphase (Neuorientierung) mündet. Im Zuge der Spezialisierung des Haushaltes kommt es dabei nur in einigen Fällen zur Professionalisierung der Landwirtschaft. Meistens wird die Landwirtschaft aber marginalisiert und außerlandwirtschaftliche Einkommensquellen erschlossen.

- # ProfessionalistInnen (Landwirtschaft wichtigste Einkommensquelle);
- # Klassische ErwerbskombiniererInnen - Nebenerwerb (landwirtschaftliches Einkommen spielt untergeordnete Rolle);
- # Subsistenzbetriebe (Landwirtschaft als Eigenvorsorgung, Tausch von Überschüssen);
- # Hobbybetriebe (kein ökonomischer Druck, Sozialeinkommen - Pension kann wichtigen Einkommensbestandteil bilden).

Meist wird die Landwirtschaft also als integraler Bestandteil einer „umfassenden Lebens- und Hofphilosophie“ verstanden.

Felder regionaler Aktivitäten

Trotz häufiger Integrationsprobleme entwickeln viele AussteigerInnen auf lokaler und regionaler Ebene in vieler Hinsicht beachtliche Aktivitäten, wobei ihnen oft ihre städtische Biographie - also das Nutzen früherer Beziehungen,



Ressourcen, bessere Ausbildung, der offenere und unkonventionelle Zugang zu Problemen sowie die relative soziale Ungebundenheit im Dorf und in der Region - zugute kommen. So werden neben landwirtschaftlichen Tätigkeiten Einnahmequellen in den Bereichen Veredelung/Direktvermarktung, Kleingewerbe und Kunsthandwerk (Textilkunst, Instrumentenbau), Arbeitslosenbetreuung und Sozial- und Bildungs- und Beratungsarbeit und Kultur (Konzept der Kulturhöfe; Kulturinitiativen) erschlossen.

Gesellschaftliche Impulse und regionale Innovation

Entsprechend der Lebensmaxime des „Veränderns durch Vorbildwirkung“ durch das Vorleben alternativer Lebensentwürfe, Haushaltskonzepte und landwirtschaftlicher Innovationen konzentrieren sich Aktivitäten oft auf den Betrieb, wodurch sich die Außenwirkung dieser Betriebe eher auf langfristig wirksame, indirekte Impulse beschränkt. Andere Haushalte agieren hingegen offensiver und sind direkt in konkrete, regionale Direktvermarktungs-, Sozial- und Kulturprojekte eingebunden.

- # Beitrag zur Sicherung des Arbeitsplatzes „Bauernhof“;
- # Beitrag zur Sicherung der Mindestbesiedelung, der Stabilisierung und Befestigung des Regionalgefüges;
- # Impulse zur Entlastung, aber auch Stimulation des lokalen Arbeitsmarktes;
- # Die Bewahrung alter Bausubstanz.

Der stagnierende Zuzug von AussteigerInnen seit Mitte der 90er Jahre führt zu einer Verringerung deren regionaler Innovationskraft.

Es wäre auch zielführend, den regionalen Wert von Kleinlandwirtschaften unter diesen Gesichtspunkten neu zu diskutieren. Man sollte auch nicht vergessen, dass die AussteigerInnenzene

im Waldviertel zu einer Änderung des Regionalimages beigetragen hat. Das ist in dieser wirtschafts- und strukturschwachen Region insofern interessant, da sich - in letzter Zeit von öffentlichen Stellen auch aktiv unterstützt - Modelle des sanften Tourismus an das Natur-, Kunst- und Esotrikimage des Waldviertels koppeln lassen.

Resümee

Schlussendlich ist der bekannte Denk- und Handlungsansatz „global denken - lokal/regional handeln“ im Licht der gegenwärtigen Entwicklungen aktueller denn je. Globalisierung kann nicht generell abgelehnt werden, sondern die Art und Weise, wie sie derzeit betrieben wird, muss kritisch analysiert werden. Gegenmodelle und Gegenstrategien gegen unsoziale und umweltfeindliche Globalisierungsentwicklungen und -effekte, die wenigen nützen und vielen schaden, müssen auf unterschiedlichen Ebenen erarbeitet und umgesetzt werden. Insofern ist das Phänomen der AussteigerInnenlandwirtschaften als ein interessanter und hoffnungsvoller Versuch zu werten, dem gesellschaftlichen Mainstream alternative Lebensformen mittels konkreter Projekte entgegenzusetzen, um durch Veränderungen auf individueller/lokaler Ebene die regionalen Lebensbedingungen zu verbessern. Neben parallel dazu laufenden politischen Aktivitäten auf globaler Ebene sind Regionalisierungskonzepte ein wesentlicher Teil einer Zukunftsstrategie, um die derzeit ablaufende Spielart neoliberaler Globalisierung zu bremsen und längerfristig der Utopie einer weltweiten sozial, ökonomisch und ökologisch gerechten Weltordnung ein Stück näher zu kommen.

Michael Groißer arbeitet als Sozialwissenschaftler an der Bundeskanzler für Betriebsangelegenheiten (BAG) in Wien. Eine Detaillektüre Studie zu diesem Thema ist als Forschungsbericht Nr. 4 „Neu in Blau“ beim Sozialkulturbüro und Ökonomische Aspekte von AussteigerInnenlandwirtschaften in Österreich“ in der BAG publiziert worden und cost erhältlich.



DAS PRIVILEG AUSGEBEUTET ZU WERDEN

von Matthias Mühlberger

Die oft militärisch bewachten sogenannten „Freien Produktionszonen“ (FPZ) sind einer der beunruhigendsten Aspekte im Prozess der Globalisierung

Weltweit sind derzeit etwa 4,5 Millionen Menschen, vor allem Frauen, unter extrem repressiven Bedingungen in rund 70 afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern tätig.

Entstanden sind solche FPZs in Irland: Als Anfang der 60er Jahre Düsenflugzeuge das Aufhaken vor der Atlantiküberquerung auf dem Shannon-Flughafen im Westen Irlands zusehends überflüssig machten, wurde der Flughafen und das umliegende Gelände zu einer Freihandelszone erklärt. Die Idee war, dass Herstellungsbetriebe dort Material importieren, weiterverarbeiten und wieder exportieren konnten, ohne dafür Zoll zu bezahlen. Durch die diesbezüglichen günstigen Bedingungen hatte die Initiative großen Erfolg und es fanden sich viele ausländische InvestorInnen.

Die irische Idee wurde dann von UN-Organisationen wie UNIDO oder UNCTAD aufgegriffen und den Entwicklungsländern als vielversprechendes Instrument zur Industrialisierung des Landes empfohlen. Neben der Zollfreiheit sollten auch noch andere Begünstigungen, wie keine oder nur geringe Umweltauflagen, freie Gewinnrückführung, kaum Gewerkschaften und kostenlose Infrastruktur, die InvestorInnen anlocken. So entstanden Mitte der 60'er

Jahre die ersten Freien Produktionszonen in Asien, Mexiko und der Karibik. Auf Grund seiner Nähe zu den USA und seiner Wirtschaftspolitik war Mexiko federführend bei der Entwicklung der FPZ, die man hier auch als Maquiladora-Industrie bezeichnet. Maquila hieß in der Kolonialzeit das Maßgeld, das der Müller für seine Arbeit einsteckte, also eine Teilarbeit auf dem Weg von der bäuerlichen Aussaat zum Brot. Und als Maquiladora taufte man in Mexiko jene Montageindustrie, die integriert ist in einen von andermorts - zumeist von den USA aus - gesteuerten Produktionsprozess, der billige Arbeitskräfte benötigt, um hohe Gewinne abzuwerfen. 1966 startete Mexiko ein eigenes Maquiladora-Programm zur Industrialisierung der an die Vereinigten Staaten grenzenden Region.

Mitte der 70er Jahre begannen dann auch mittelamerikanische Länder mit der Einrichtung von FPZ, doch begann deren Aufschwung erst Anfang der 90'er Jahre. Führend sind hier Honduras, Costa Rica, Guatemala und El Salvador. Mehr als 80% der mittelamerikanischen Weltmarktfabriken produzieren für die Bekleidungsbranche. Auch in der Karibik - hier vor allem in der Dominikanischen Republik, Haiti und Jamaika - ist der Großteil der Maquila-Beschäftigten in der Textilindustrie tätig.



Weiters verlagern immer mehr US-Firmen aus dem Datenverarbeitungssektor ihre Produktion in die karibische Region. Auf Grund der wirtschaftlichen Stärke mehrerer Staaten des südasiatischen Raums - die sogenannten „Tiger“ - haben auch diese Länder in den letzten Jahren verstärkt ihre Produktion ausgelagert, und zwar entweder in die mittelamerikanische Region oder in die noch verbliebenen Billiglöhnländer der eigenen Umgebung, wie etwa Vietnam.

In den Fabriken arbeiten zu 85 Prozent Frauen - unter menschenunwürdigen Bedingungen. Frauen werden deswegen bevorzugt eingestellt, weil ihnen mehr Geschicklichkeit zugeschrieben wird, aber vor allem, weil sie sich seltener wehren und billiger als männliche Arbeitskräfte sind. Offiziell gelten zwar die nationalen Gesetze, also auch das Arbeitsgesetz, aber der politische Wille, die Unternehmen ins Land zu holen, räumt alle Hindernisse aus dem Weg. Es herrscht unter den Ländern Zentralamerikas ein scharfer Konkurrenzkampf um die besten Investitionsbedingungen: Wer erlaubt die niedrigsten Löhne, wer gewährt den Unternehmen die meisten Freiheiten, wer bietet die investorenfreundlichsten Arbeitsbedingungen.

Für den Alltag der ArbeiterInnen bedeutet das, 12 bis 14 Stunden zu arbeiten für einen Lohn, der oft nicht einmal zum Überleben reicht. Produziert wird im Akkord. Oftmals dürfen die Frauen nicht zum Arzt gehen; zwar werden ihnen die Sozialversicherungsbeiträge

vom Lohn abgezogen, doch werden sie bei den Versicherungen nicht angemeldet. Sie sind psychischen und physischen Misshandlungen ausgesetzt. In manchen Firmen müssen die Frauen beim Verlassen der Fabrik eine Tablette einnehmen - angeblich gegen



Malaria - in Wirklichkeit handelt es sich um Antikonzektiva. Oder aber es finden regelmäßige Kontrollen statt, ob die Frauen schwanger sind, was ein Grund für sofortige Entlassung wäre. Entlassungen vor Weihnachten sind die Regel, um die Zahlung eines Weihnachtsgeldes zu umgehen. Die Liste der Arbeitsrechtsverletzungen ließe sich beliebig fortsetzen.

Widerstand gegen diese Arbeitsbedingungen ist schwierig. Die Unternehmen genießen den Schutz der Regierungen und die Frauen sind auf die Arbeit angewiesen, da es Alternativen für sie fast nicht gibt. Gewerkschaftliche Organisierung in den Maquilas wird mit Entlassung sanktioniert, wodurch traditionelle Gewerkschaftsarbeit im Sinne von Organisierung am Arbeitsplatz fast unmöglich wird. Den Gewerkschaften in Mittelamerika fällt es schwer, auf diese Gegebenheiten angemessen zu reagieren, zumal die Menschen auf ihre Arbeit angewiesen sind. Denn obwohl die Arbeit vielfach einer Sklavinnenarbeit gleichkommt, ist es immer noch besser eine Arbeit zu haben, als keine. Die Zahl derer, die jede Woche auf der Suche nach Arbeit vor den Eingängen der FPZs stehen, ist groß.

Durch ein gesteigertes mediales Interesse und ein entstehendes Bewusstsein seitens der KonsumentInnen für derartige Ausbeutungsmechanismen sind bereits einige Erfolge im Kampf gegen menschenunwürdige Arbeitsbedingungen zu verzeichnen: Einige der größeren Textilkonzerne öffnen sich schon externen Kontrollen durch NGOs, teilweise gründen die KäuferInnen in „Dritte-Welt-Ländern“ eigene Fabriken, in denen unter besseren Arbeitsbedingungen produziert wird. In jedem Falle muss aber der/die aufgeklärte VerbraucherIn im Norden, der „Ersten Welt“, Zeichen setzen und durch den Kauf dieser eventuell etwas teureren, aber unter weniger unmenschlichen Bedingungen produzierten Textilien die Anstrengungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Maquilabeschäftigten unterstützen. Helfen kann nur ein breites gesellschaftliches Interesse an diesen Problemen in den Konsumnationen und sinnvoll angewandter Druck auf die Textilkonzerne.

Weitere Infos erhält man unter anderem auf folgenden Webseiten:

- # <http://www.cleanclothes.org/> Gegen die Ausbeutung in der Textilindustrie
- # <http://www.globalworkplace.org/> für eine Globalisierung von Gewerkschafts- und Arbeitsrechten
- # <http://www.saubere-keilung.de/> Deutscher Ableger der Clean Clothes Kampagne mit Infoversand
- # <http://www.nicnet.org/> US-Menschenrechtsgruppe für international gerechte Handelsbeziehungen und ArbeiterInnenrechte
- # <http://www.sweatshopwatch.org/> US-Kampagne gegen Missstände in Bekleidungsherstellern
- # <http://www.thailandour.org/> Informiert über Arbeitsbedingungen bei thailändischen Zulieferbetrieben

Matthias Wehlhänger, 1978 Student der Philosophie, 80 und Redakteur bei *kurze-zeitschriften* in Wien.



Dichiarazione finale del secondo incontro nazionale della Rete Lilliput

Marina di Massa, 18, 19 e 20 gennaio 2002

„Nel momento in cui le leggi del profitto pretendono di dominare ogni ambito del vivere umano, distruggendo la base naturale su cui si fonda la vita del Pianeta, e la politica è incapace di contrastare lo strapotere dell'economia dominante, noi, oltre mille tra semplici cittadini, associazioni e gruppi, rivendichiamo il diritto di riappropriarci della facoltà di decidere del nostro futuro, e ci sentiamo parte integrante di una nuova forma di cittadinanza sociale“.

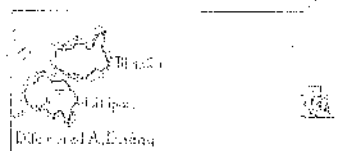
Questa consapevolezza ci ha orientati e accompagnati nel corso di un anno, il 2001, segnato da tragici avvenimenti che hanno lacerato il mondo acuendo le divisioni e le contraddizioni.

I principi ispiratori, i valori e gli stili che stanno alla base della nostra identità di Rete, ci hanno sostenuto nel corso di questo tragico anno, consentendoci di continuare ad agire a favore della giustizia, della pace e di uno sviluppo in armonia con la natura.

I nostri principi rappresentano l'unica strategia di azione per credere in un futuro diverso e per costruire un altro mondo.

La scelta della non violenza viene da noi oggi ribadita come unica e più efficace modalità di azione e di vita, che è necessario rafforzare e diffondere sempre più al nostro interno, attraverso un'adeguata formazione e la creazione di gruppi di azione nonviolenta.

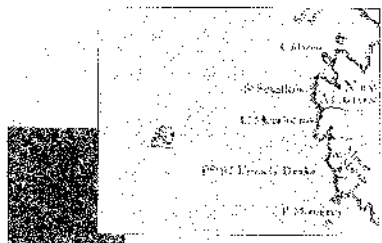
La formazione sui temi che sono al centro della nostra azione è una componente fondamentale del nostro percorso e dovrà essere sempre più articolata e partecipata al fine



di coinvolgere i gruppi, i nodi e tutti i Lillipuziani. Accanto a questo impegno proseguirà l'opera di intensa sensibilizzazione dei cittadini allo scopo di indurre un cambiamento personale e collettivo verso i valori in cui crediamo.

Considerando che nel 2002 avranno luogo eventi da noi ritenuti fondamentali

- il secondo incontro del movimento mondiale a Porto Alegre alla fine di gennaio, dove la Rete organizza uno specifico seminario sugli indicatori della qualità della vita;
- la Conferenza delle Nazioni Unite su Finanza per lo Sviluppo a Monterrey Messico in marzo,



- il summit sulla sicurezza alimentare promosso dalla FAO in giugno a Roma,
 - il Summit Mondiale delle Nazioni Unite sullo Sviluppo Sostenibile „Rio +10“ a Johannesburg a fine agosto.

La Rete concentrerà la sua attenzione ed azione su:

- # l'opposizione alla guerra e la promozione di modelli di difesa alternativa nonviolenta, assumendo la Campagna di obiezione di coscienza delle cittadine e dei cittadini per il disarmo economico e militare;
- # la sfera finanziaria in enorme espansione, raf-

molte delle imprese responsabili di gravi violazioni dei diritti dei lavoratori e ambientali;

l'impatto del negoziato in corso nell'ambito dell'Organizzazione Mondiale del Commercio, a partire dall'accordo su commercio e servizi che consente di evidenziare il legame tra accordi internazionali e qualità della vita delle comunità locali;

l'organizzazione di una settimana dell'impronta ecologica e sociale che avrà luogo in occasione della Giornata Mondiale dell'Ambiente (5 giugno) e un percorso di formazione e sensibilizzazione che si concretizzi in una serie di iniziative per diffondere il concetto dell'impronta ecologica e sociale;

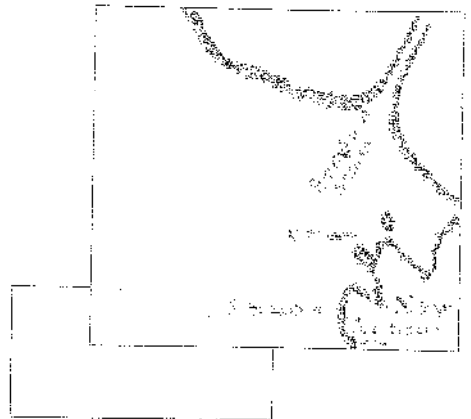
l'apertura di un serio ed approfondito dibattito su nuovi indicatori di benessere in grado di dare strumenti adeguati ai decisori politici ed alla società civile, ricollocando il PIL nella sua funzione di indicatore meramente economico;

la diffusione di una carta del nuovo municipio e iniziative di democrazia partecipativa.

Consapevole inoltre di essere una componente fondamentale, ma non esclusiva della società civile organizzata mondiale, la Rete si impegna a collaborare con Campagne e azioni promosse da altri soggetti, tra le quali:

la Campagna per un contratto mondiale sull'acqua,

La Campagna per l'introduzione di una tas-



sazione sulle transazioni finanziarie (Tobin Tax);

L'azione per la costituzione di una forma di arbitrato internazionale sul debito e l'applicazione della legge italiana sulla cancellazione dei debiti dei paesi più poveri;

Un'azione di denuncia del fallimento delle politiche neoliberiste, a partire dalla crisi dell'Argentina.

Con questa Assemblée si è concluso il lungo e intenso percorso che ha oggi portato la rete a dotarsi di un modello organizzativo sperimentale che verrà sottoposto a verifica in occasione del prossimo incontro nazionale.

Chiudiamo questa nostra seconda Assemblée nazionale constatando che ancora una volta la voglia di agire concretamente per un cambiamento globale dal basso terrà uniti i nostri percorsi individuali e di gruppo per la costruzione di un mondo diverso e sicuramente migliore.

forzando in particolare le campagne sulle banche e le assicurazioni, obbligandole ad una maggiore trasparenza e a interrompere finanziamenti moralmente illeciti quali il commercio di armi e di sostanze tossiche e coinvolgere i cittadini risparmiatori in scelte per una finanza di giustizia;

il settore produttivo, per monitorare il comportamento delle imprese nazionali e multinazionali e indurle alla trasparenza e al rispetto degli standard sociali e ambientali, coinvolgendo i consumatori in particolare in occasione della Coppa del Mondo di calcio che vede coinvolto come sponsor



Mexiko

Mexico ist ein Erfolgsmodell für diese Globalisierung: Es zeigt, wie durch Deregulierung, Privatisierung und Exportwirtschaft die Reichen reicher und die Armen ärmer werden, wie durch billige Importe die Landwirtschaft zerstört wird: Dies alles war so erfolgreich, dass das NAFTA-Abkommen nun als Modellkonzept für die gesamtamerikanische Freihandelszone (FTAA) dienen soll.

Thomas Viehweider



International wie national galt Mexiko lange Zeit als Erfolgsmodell für eine neoliberale Strukturanpassungspolitik. Anfang der 80er Jahre begann

Mexiko mit der Liberalisierung des Außenhandels zum Zweck einer „besseren“ Integration in die Weltwirtschaft. Etappen auf diesem Weg waren der Beitritt zur OECD, das GATT-Abkommen (1986) und insbesondere das am 1. Januar 1994 in Kraft getretene nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA, North American Free Trade Agreement). Diese Entwicklung brachte sowohl in wirtschaftlicher, als auch in sozio-kultureller Hinsicht tiefgreifende Veränderungen für die mexikanische Gesellschaft mit sich. Nach Ansicht mancher HistorikerInnen erreicht diese neoliberale Transformation ein ähnliches Ausmaß wie die Veränderungen durch die Unabhängigkeit von Spanien oder die Mexikanische Revolution von 1910-17. Mexiko galt bereits seit den ersten Interventionen seitens des Internationalen Währungsfonds als Musterbeispiel für neoliberale Politik. Die Öffnung der Märkte, Strukturanpassungsprogramme nach dem Motto „Deregulierung, Privatisierung und Exportwirtschaft“ und die strikte Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und ihren Institutionen sollten angeblich den Eintritt Mexikos in die „erste“ Welt ermöglichen.

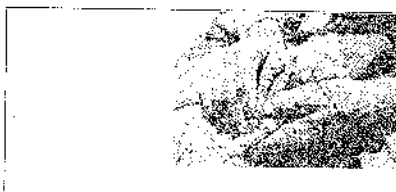
Obwohl eine oberflächliche Betrachtung wirtschaftlicher Daten auf eine „positive“ Entwicklung schließen lässt, ist bei näherer Betrachtung der mexikanischen Wirklichkeit diese Einschätzung nicht aufrecht zu erhalten.

Ziel dieses Artikels ist es, die aktuelle Lage Mexikos als Konsequenz des vor zwanzig Jahren eingeschlagenen neoliberalen Regierungskurses aus verschiedenen Gesichtspunkten zu beleuchten.

Die Vorreiterrolle des NAFTA-Abkommens wurde im April vorigen Jahres bei dem in Quebec stattgefundenen „Amerikagipfel“ für die Errichtung einer Interamerikanischen Freihandelszone (FTAA) augenscheinlich. Bezeichnenderweise für neoliberale Wirtschaftspolitik fanden die Verhandlungen unter Ausschluss der Zivilgesellschaft statt.

NAFTA: Strukturumwälzung und ihre Konsequenzen

In der Ära des Staatspräsidenten Carlos Salinas de Gortari (1988-1994) wurde der von seinem Vorgänger Miguel de la Madrid (1982-1988) eingeleitete Wandel von einer abgeschotteten, auf Importsubstitution ausgerichteten Volkswirtschaft zu einer exportorientierten Industrialisierung wesentlich beschleunigt. Mit dem NAFTA-Abkommen öffnete sich Mexiko in einer noch nie da gewesenen Form für ausländisches Kapital und ausländische Produkte. Zentrale Elemente dieses Handelsabkommens zwischen den hochentwickelten Industrieländern USA und Kanada und dem Schwellenland Mexiko sind der Abbau der Han-



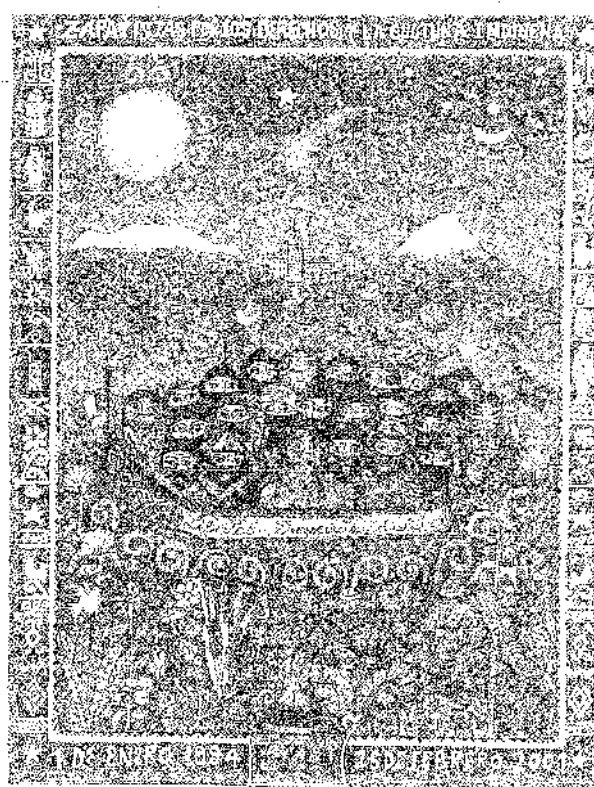
DAS MUSTERBEISPIEL

gelsbarrieren und die Verbesserung der Investitionsmöglichkeiten. Auf den ersten Blick scheint die Bilanz trotz der großen Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsstaaten beachtlich: Die mexikanischen Exporte in die USA haben sich seit 1994 vervierfacht. Der erhoffte Wirtschaftsaufschwung für die gesamte mexikanische Wirtschaft hat allerdings nicht stattgefunden, da dieser enorme Exportanstieg vor allem auf den Boom der sogenannten „Maquila-Industrie“ (Billiglohnfabriken) zurückzuführen ist. Dabei importieren die Maquiladoras vorgefertigte Produkte aus den USA, welche in arbeitsintensiven Prozessen weiterverarbeitet und dann zollfrei zurückexportiert werden. Die Tatsache, dass lediglich 2% (!) der Inputprodukte des Maquilasektors von mexikanischen Unternehmen produziert werden [1], unterstreicht die fehlende Anbindung der Maquila-Industrie an andere mexikanische Wirtschaftssektoren. Obwohl durch die Entstehung dieser Billiglohnfabriken, vor allem an der Grenze zu den USA, zahlreiche Arbeitsplätze (ca. 1 Million) geschaffen wurden, sind die Nutznießer in erster Linie US-amerikanische Produktionsbetriebe, welche von den niedrigen Löhnen (bis zu 8 Mal so wenig), den fehlenden Gewerkschaften und den leichter zu umgehenden Umweltschutzgesetzen profitieren. Dem Anstieg der Produktivität zum Trotz ist in diesem Sektor keine Steigerung der Arbeitslöhne eingetreten. Die in den Maquilas tätigen mexikanischen Männer und Frauen verdienen lediglich 2/3 der Löhne im Industrie- und Fertigungssektor. Bezeichnend für die schlechten Arbeitsbedingungen ist die hohe Rate an Arbeitsrotation, welche laut Regina Galhardi im Maquilasektor jährlich bei 150% liegt. Doch die Auswirkungen der drastischen Marktöffnung beschränken sich keineswegs auf die Maquila-Industrie. Das Gros der Klein- und Mittelbetriebe, so klagt der Vorsitzende der Nationalen Import- und Export Vereinigung ANIERM, Fernando Correa Mota, hat von der Zollbefreiung nicht profitiert. Mangels industriepolitischer Steuerung hat die Freihandelspolitik statt zu Prosperität eher zu einer Polarisierung des Landes geführt, wie der Ökonom Enrique Dusel Peters schreibt [2].

Die Beschleunigung der „Maquilisierung“ Mexikos seit dem Einsetzen der neoliberalen Politik in den 80er Jahren hat mit dem Inkrafttreten des NAFTA-Abkommens ihren Höhepunkt erreicht. Es ist stark zu bezweifeln, ob der Anstieg der Arbeitsplätze aufgrund des NAFTA-Vertrages substantiell war und langfristig als positiv für den mexikanischen Arbeitsmarkt angesehen werden kann. Jedenfalls ist es sehr bedenklich, dass die Gesamtzahl der IndustriearbeiterInnen im Vergleich mit der Situation zu Beginn der neoliberalen Umstrukturierung der mexikanischen Wirtschaft Anfang der 80er Jahre gesunken ist. NAFTA-BefürworterInnen argumentieren, dass die Strukturumwandlung noch im Gange sei und erst in der zweiten Phase die erhofften Verbesserungen für Industrie und ArbeiterInnen eintreten werden. Jetzt liege es in der Hand der mexikanischen Regierung, die Vorteile des Maquilasektors auf die ganze mexikanische Industrie auszuweiten. Mexikos Lage erlaubt jedoch nur in geringem Maße eine unabhängige nationale Wirtschaftspolitik, denn zu groß ist die Abhängigkeit vom Weltmarkt, den USA und internationalen Institutionen wie dem IMF, was sich im Anstieg der Auslandsschulden verdeutlicht (zur Zeit 187 Mio. Dollar). Zur Deckung dieser Schuldenlast zahlt Mexiko jährlich über 20 Millionen Dollar, die 14% des Haushaltsbudgets ausmachen [3].

Neben dem Maquila-Sektor ist vor allem der Agrarsektor Mexikos vom NAFTA-Abkommen schwer betroffen. Mexiko ist das beste Beispiel eines bimodalen landwirtschaftlichen Systems, mit einer kleinen Zahl mächtiger, kapitalkräftiger Unternehmen und einer großen verarmten und marginalisierten Mehrheit. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung bezieht ihren Lebensunterhalt aus der Landwirtschaft. Durch die Beseitigung der Zollbarrieren zwischen Mexiko und den USA ist nun das unter-

armte landwirtschaftliche System Mexikos gezwungen, gegen den mächtigsten und am stärksten kapitalisierten landwirtschaftlichen Block der Welt zu konkurrieren. Besonders dramatisch sind die Auswirkungen auf das Grundnahrungsmittel Mais, dessen Anbau etwa mehr als die Hälfte der bebauten Fläche und 4/5 der Getreideproduktion ausmacht. In den USA liegt der durchschnittliche Ertrag pro Hektar viermal so hoch wie in Mexiko, die Produktionskosten pro Tonne machen nur die Hälfte aus, und die Arbeitsproduktivität liegt 18 mal höher. Dies hat zur Folge, dass die Kosten für aus den USA importierten Mais um 72% (!) unter den nationalen Preisen liegen. Diese Kombination aus geringer Produktivität und Marktöffnung führt(e) dazu, dass der traditionelle Maisanbau für den Großteil der klein- und mittelständischen Bauern und Bäuerinnen keine Basis zum Überleben mehr bietet. Schon unter Salinas de Gortari wurden die Preisbestimmungen von Mais und Bohnen im Sinne der Deregulierung abgeschafft. Seit Beginn der 90er Jahre haben zwischen 500.000 und 700.000 Subsistenzbauern und -bäuerinnen die Landwirtschaft aufgegeben. Eine andere Schätzung geht gar von 600.000 MaisproduzentInnen aus, die alleine 1996 aufgeben mussten [4].





Besonderen Unmut löst auch die Tatsache aus, dass aufgrund der nötigen Angleichung der Rechtsverhältnisse in den drei NAFTA-Mitgliedsstaaten der seit der mexikanischen Revolution gültige Artikel 27 der Verfassung 1992 von der Regierung Salinas abgeändert werden musste. Er beinhaltet die Möglichkeit des kollektiven Landbesitzes, eine Errungenschaft der mexikanischen Revolution. Der Staat übertrug ländlichen Gemeinden die sogenannten Ejidos, kollektive Grundstücke, welche

an die Bauern weitergegeben wurden. Offiziell blieb das Land zwar in Staatsbesitz, die Gemeinden und damit die Bauern hatten jedoch ein unbegrenztes Nutzungsrecht; der Boden war unverkäuflich. Durch gemeinschaftlichen Landbesitz wurde also die Selbstversorgung der Landbevölkerung sichergestellt. Seit der „Reform“ des Artikels 27 im Zuge des NAFTA-Abkommens ist nun der Besitz von Land durch ausländische Aktiengesellschaften möglich, und die Privatisierung von Ejido-Land (Gemeindeland) legalisiert.

„Ya basta!“

Die oben beschriebene politische und wirtschaftliche Situation, insbesondere aber die extreme Marginalisierung im südlichsten Bundesstaat Mexikos haben 1994 zum Aufstand der Zapatistinnen geführt. Chiapas gehört, nicht nur aufgrund seiner vorwiegend landwirtschaftlichen Struktur, zweifelsohne zu den großen VerliererInnen der neoliberalen Politik. Nicht zufällig war der 1. Januar 1994 und somit der Tag des Inkrafttretens des NAFTA-Vertrages als Tag des Aufstandes gewählt worden, als die Zapatistinnen sechs chiapanekische Städte besetzten und ihre Forderungen nach Land, Demokratie,

Gerechtigkeit, Gesundheit, Ernährung, Bildung an die Weltöffentlichkeit verkündeten. Nach sechstägigem Kampf begannen die langwierigen Verhandlungen zwischen der EZLN und der mexikanischen Regierung. Dank der starken internationalen Solidarität konnte die Militäroffensive der Regierung 1995 gestoppt werden. Daraufhin optierte letztere für die im Vietnamkrieg nach US-amerikanischem Modell entstandene Strategie des „Krieges der Niedrigen Intensität“.

Menschenrechtsverletzungen durch das in Chiapas zahlreich stationierte mexikanische Heer und die dort aktiven paramilitärischen Gruppierungen prägen seither die Realität der Konfliktzone, trotz der Präsenz zahlreicher Organisationen und internationaler BeobachterInnen (siehe beistehenden Kasten über Menschenrechtsbeobachtung). Die ZapatistInnen kämpfen mit friedlichen Mitteln für die Autonomierechte der dort vorwiegend indigenen Bevölkerung. Aber eine Autonomie, welche eine Mitbestimmung der lokalen Bevölkerung über die Ressourcen der Region bedeuten würde, ist nicht im Sinne der wirtschaftlichen Interessen der Regierung und der dahinterstehenden Unternehmen. So sind die Friedensabkommen von San Andrés 1997, die den Indigenas ein Autonomierecht in kultureller, politischer, juridischer und wirtschaftlicher Hinsicht zusichern würde, von der mexikanischen Regierung zwar unterzeichnet, aber immer noch nicht umgesetzt worden.

Die mexikanischen Bäuerinnen und Bauern sind weiters von jenen Abkommen stark bedroht, welche im Rahmen des NAFTA-Vertrages Fragen der intellektuellen Urheberrechte und des geistigen Eigentums regeln (TRIPS, Trade related Intellectual Property Rights oder Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum). US-Konzerne sichern sich immer mehr Patentrechte mexikanischer

Agrarprodukte, welches kulturelles Erbgut vor allem der indigenen Bevölkerung sind. Das Gefahrenpotential liegt im großen wirtschaftlichen Interesse pharmazeutischer und biotechnologischer Unternehmen an der enormen Biodiversität Mexikos und dem traditionellen Wissen, das damit verbunden ist. Vermehrt werden Vorfälle von Biopiraterie unter dem Schutzmantel des Freihandelsabkommens publik. So kaufte die US-Saatgutfirma POD-NERS in Sonora, Mexiko, den Samen von gelben Bohnen. Zwei Jahre später beantragte und erhielt sie ein exklusives Patent (US#5984079) für einen als Endola bezeichneten Bohnensamen, und verklagte daraufhin zwei mexikanische Nahrungsmittelproduzenten wegen des Exports von gelben Bohnen in die USA [5]. Beide Firmen würden ihr Patent unterlaufen, weshalb sie eine „Lizenzgebühr“ für den Verkauf der gelben Bohnen verlangte, paradoxerweise seit Jahrhunderten neben Mais das wichtigste Grundnahrungsmittel Mexikos und nun in Händen dieses US-Unternehmens.

Der Artikel 11, „Herzstück“ des NAFTA-Abkommens beinhaltet die Bestimmungen bezüglich grenzüberschreitender Investitionen. Er führt eine Reihe von Rechten und Schutzmaßnahmen für InvestorInnen an, in erster Linie das Recht der Konzerne auf rechtlichem Wege gegen Gesetze,

Rechtsvorschriften und Praktiken eines Unterzeichnerstaates vorzugehen, wenn diese Profitseinbußen für die InvestorInnen bewirken [6]. Aufgrund dieser Bestimmungen kann der fehlende Schutz geistiger UrheberInnenrechte als Profitverlust interpretiert werden. Auch Umweltschutz, Schutzmaßnahmen in Hinblick der alimentären Sicherheit und Souveränität sowie Arbeitssicherheit werden somit wirtschaftlichen Interessen ausländischer InvestorInnen untergeordnet. Der Artikel 11 ist die „bilaterale Version“ des MAI (Multilaterales Abkommen





über Investitionen), dessen Verhandlungen seit 1996 aufgrund des Vetos Frankreichs und auch dank starker Proteste stillstehen. Die zahlreichen bi- und trilateralen Freihandelsabkommen (ca. 130 auf Weltenebene) gehen meist noch einen Schritt weiter als die für alle WTO- (Welthandelsorganisation) Mitgliedsländer gültigen globalen Bestimmungen.

Der Artikel 11 wurde beispielsweise vom US-amerikanischen Abfallentsorgungsunternehmen Metalclad erfolgreich angewendet, als es seine Aktivität im Bundesstaat San Luis Potosí 1996 einstellen musste. Ein geologisches Gutachten hatte gezeigt, dass die Betriebsanlagen das lokale Trinkwasser im hohen Maße verschmutzen. Nach einer Klage des Bundesstaates durch das Unternehmen entschied ein NAFTA-Gericht im August 2000 zugunsten des ausländischen Unternehmens und verurteilte den mexikanischen Staat zu einer Schadenersatzzahlung von 16,7 Millionen US-Dollar [7]. Ähnliches geschah vor Jahren in Kanada, als die kanadische Regierung 50 Millionen US-Dollar Schadenersatz an die Ethyl Corp. aus Virginia zahlen musste; nachdem sie, konform mit der Konvention von Basel den Verkauf von Produkten verbot, welche den Giftstoff MMT enthielten. Laut Kapitel 11 stellt dies erneut den Fall einer nationalen Bestimmung dar, aufgrund deren das US-Unternehmen Profit einbüßen ausgesetzt war.

Ganz nach dem Vorbild des NAFTA-Abkommens sollen nun seine Bestimmungen auf ganz Amerika ausgeweitet werden. Die Rede ist vom Interamerikanischen Freihandelsabkommen der

FTAA (Free Trade Area of the Americas bzw. AICA bzw. ZIFA), welches aller Voraussicht nach 2005 in Kraft treten wird und das größte jemals unterzeichnete Freihandelsabkommen darstellen würde. Darin kann man erkennen, dass der mit dem NAFTA-Abkommen eingeschlagene Weg noch einen Schritt weiter begangen wird. Nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen würde das FTAA alle Bestimmungen des von der WTO vorgeschlagenen internationalen Dienstleistungsabkommens (GATS: General Agreement on Trade in Services) und auch jene des multilateralen Abkommens über Investitionen (MAI) übernehmen. Das GATS-Abkommen, derzeit in Verhandlung im WTO, würde es Unternehmen erlauben, in aller Welt öffentliche Dienstleistungen zu übernehmen. Laut Maude Barlow [8] führt dies und der oben genannte Artikel 11, welcher auch einer der Hauptpfeiler des FTAA sein wird, dazu, dass nun die transnationalen Unternehmen das Recht haben, in den von Nationalstaaten subventionierten Sektoren wie Erziehung, Gesundheits- und Sozialwesen, Kultur und Umweltschutz zu konkurrieren. Die nationalen Institutionen werden diese Konkurrenz schwer überleben, was soviel bedeutet wie den Ausverkauf des Sozialstaates an ausländische Unternehmen, deren Aktivitäten der Profitmaximierung und nicht dem Wohle der Bevölkerung untergeordnet sind.

Wie schon so oft enthält das FTAA-Abkommen, gleich wie die WTO und der NAFTA-Vertrag, keine Garantien bezüglich Menschenrechten, Arbeitsrechten, Umweltschutz, Gesundheits- und Sozialwesen.

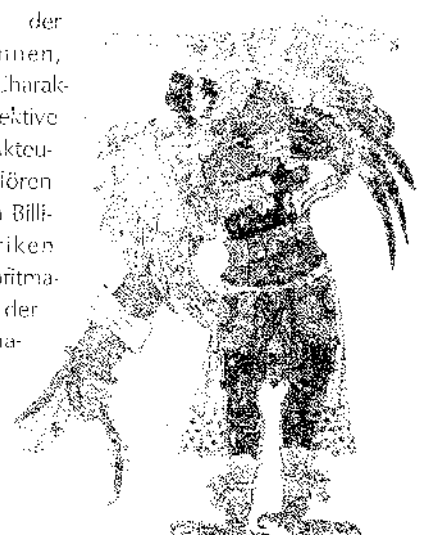
Der Plan Puebla Panamá (PPP) - „Armutsbekämpfung“ auf neoliberale Art

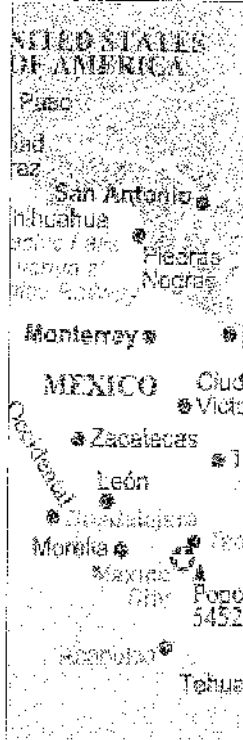
Der vom Ministerpräsident Fox im Mai vorigen Jahres vorgestellte PPP soll die zahlreichen Probleme Zentralamerikas in Angriff nehmen und für einen wirtschaftlichen Aufschwung im Sinne der Armutsbekämpfung sorgen. Dieses Megaprojekt mit einem Budget von 8 Mrd. Dollar soll einen sogenannten „Entwicklungskorridor“ von Mexikos zentralem Bundesstaat Puebla durch sechs zentralamerikanische Länder bis nach Panama schaffen. Vorgesehen sind in erster Linie der Aufbau eines

Strassen- und Eisenbahnnetzes in der Region, ein Ausbau der Häfen und Flughäfen Zentralamerikas, und eine Verbesserung der Investitionsbedingungen für ausländische Unternehmen. Der Isthmus von Tehuantepec (die Verbindung der Häfen Veracruz und Coatzacoahuas im mexikanischen Golf mit Salina Cruz an der Pazifikküste) soll hingegen den Verlust des Einflusses Nordamerikas auf den Panamakanal kompensieren. Dort sollen eine Containerverbindung und achtspurige Autobahnen die Handelsverbindung zwischen dem Atlantischen Ozean und der produktiven Ostküste der USA zum Pazifischen Ozean und den neuen aufstrebenden Märkten Südostasiens gewährleisten. Entlang der neuen Transportwege sollen im Rahmen des PPP neue „Maquiladoras“ in ganz Zentralamerika entstehen. Diese Billiglohn-

Verarbeitungsstätten sollen die Arbeitslosen, die Landlosen und die Aufständischen - also all jene, deren Existenzgrundlage durch die neoliberale Umstrukturierungspolitik gefährdet oder zerstört worden ist - in die ökonomische Dimension (eines KonsumentInnen-ProduzentInnen-Verhältnisses) einbinden. Vor allem in Chiapas sind zahlreiche hydroelektrische Projekte - man spricht von 71 (!) neuen Staudämmen - geplant, welche der neu entstehenden Maquila-Industrie die notwendige Energie liefern sollen und Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung mit sich bringen würden. Die ländliche Bevölkerung, schwer getroffen durch die Marköffnung und die dadurch entstandene Krise des Agrarsektors soll nun in die Städte umsiedeln. Dies bedeutete eine Ent-

wurzelung der Arbeiterinnen, die ihren Charakter als kollektive soziale Akteurinnen verlieren und nun in Billiglohnfabriken für die Profitmaximierung der transnationalen Unternehmen schuften sollten.





Das zurück gelassene Land und seine Ressourcen wie Rohstoffe, Wasser und den Artenreichtum und die immense biologische Vielfalt (Bio-diversität) würden somit für die wirtschaftlichen Aktivitäten zugänglich. Für Zündstoff neuer Konflikte und Rebellionen ist in jeglicher Hinsicht gesorgt. Mit dem Baubeginn im Isthmus von Tehuantepec gab es schon die ersten Gegenreaktionen der Bevölkerung, welche

konkrete Maßnahmen angesichts der extremen sozialen Situation fordert und den Glauben an neoliberale Großprojekte verloren hat. Die ArchitektInnen des PPP wissen von der Unpopularität ihres Vorhabens; so hat der US-Kongress im Jahre 2001 die Entsendung von 100.000 neuen Soldaten in die Region, vor allem ins Grenzgebiet zwischen Chiapas und Guatemala, bewilligt. Auch erholt sich Nordamerika durch den Umbau Zentralamerikas in eine „Produktionsstätte“ eine Eindämmung des immer mehr wachsenden Süd-Nord-Migrationflusses. Finanziert wird der PPP von einem eigens eingerichteten mexikanischen Treuhandfond, welcher von der Interamerikanischen Bank für Entwicklung (BID) und der Weltbank verwaltet wird. Steuergelder, neuerliche Auslandsverschuldung, Streichung von Subventionen und vor allem die Privatisierung von Flughäfen, Häfen, Gas, Wasser und des mexikanischen Erdöl-giganten PEMEX sorgen für die notwendigen Finanzmittel des PPP.

Thomas Wiesinger ist Wirtschaftsingenieur und Gründungsmitglied des Chiapaner Solidaritätskollektives „el durito“ in Bozen. Bisherig leistet er seinen Zivildienst als Kriegsdienstverweigerer bei autokratischen Regimen in Honduras

Fußnoten

- [1] Rogério M. A. Calhaz, *Miquiladoras prospects of regional integration and globalisation. Employment and Training Department, International Labor Office Geneva, 1998, p.19*
- [2] Anne Hiltschmid, *Der größte Marktplatz der Welt*
- [3] *La Jornada*, Jänner 2002; www.jornada.unam.mx
- [4] C. Pamreiter, A. Nany, K. Fischer (Hrsg.), *Peripherie der Globalisierung*, Brandes & Apsel/Stüdwind, 1999
- [5] *Biopiraterie - eine neue Bedrohung für indigene Rechte und Kultur in Mexiko: Global Exchange, April 2001; <http://www.globalexchange.org/campaign/mexico/biopiraterie.html>*
- [6] *Fundación Gale/GRANN: Conflicto entre Comercio Global y Biodiversidad; N°6 - Septiembre 2001*
- [7] & [8] Maude Barlow, *Area de libre comercio de las Americas, 14.06.2000 oder siehe: The Ecologist, 19.4.01; www.ohi.org/ohi/tpool*

Als Menschenrechtsbeobachterin nach Mexiko

Seit März 1995 koordiniert das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas in San Cristobal, Chiapas die Entsendung von nationalen und internationalen BeobachterInnen in die seit dem Aufstand der EZLN im Januar 1994 vom Militär besetzten Gebieten. Ziel der mehrwöchigen Menschenrechtsbeobachtung ist zum einen die Dokumentation der Menschenrechtssituation, sie dient aber auch der Schaffung von Räumen für die Zivilgesellschaft, damit die Gemeinden möglichst unbehelligt vom Militär ihre Eigendynamik erhalten und entfalten können. Seit heuer ist auch in Guerrero, einem Bundesstaat nördlich von Chiapas, eine FriedensbeobachterInnen-tätigkeit in Zusammenarbeit mit den örtlichen Menschenrechtszentren möglich und erwünscht.

Vorbereitungsseminare

Die Menschenrechtszentren haben ausdrücklich darum gebeten, Freiwillige umfassend auf ihren Aufenthalt in den Gemeinden vorzubereiten und akzeptieren nur BeobachterInnen, die ein Empfehlungsschreiben von einer ihrer Partnerorganisationen vorweisen können. Zu diesem Zweck organisiert die aus Solidarität mit dem Kampf der ZapatistInnen entstandene Organisation "el durito" in Zusammenarbeit mit der OEW (Organisation für eine solidarische Welt) seit Sommer 2000 Seminare, die auf die verantwortungsvolle Arbeit der Menschenrechtsbeobachtung vorbereiten sollen.

Vorraussetzung neben der Teilnahme an einem dieser Vorbereitungsseminaren ist politisch-soziales Interesse, physische und psychische Belastbarkeit, eigene Finanzierung der anfallenden (Reise)kosten und Spanischkenntnisse. Die Freiwilligen fahren auf eigene Verantwortung.

ZAPATA VIVE - LA LUCHA SIGUE!

Nächstes Vorbereitungsseminar: 8./9. Juni 2002

Nähere Informationen:

durito - Bozen

e-mail: duritochiapas@hotmail.com, Beppolo@gmx.net

Tel.: +39/333/9145959

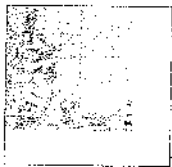
Für Interessierte in Österreich:

Mexiko-Plattform Österreich mit Sitz in Wien

<http://www.oneworld.at/mexiko-plattform/>



Don Durito

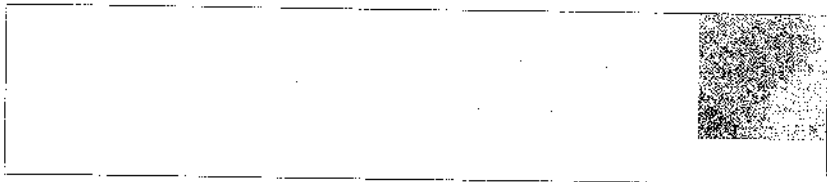


FRAMMENTI

sulla Globalità

La globalizzazione, questo processo molto attuale e più o meno emergente, ci porta alla globalità. Ma cosa vuole dire questo? Avremo una società mondiale, transnazionale e cosmopolita governata dalle nazioni unite o dalla WTO? Avremo l'omogeneizzazione della cultura e quindi un'unica global culture, oppure l'eterogeneizzazione delle culture e quindi la rivalorizzazione, il diversificarsi e la trasformazione delle culture locali nel contesto globale? Cosa succederà agli stati nazionali: manterranno le loro funzioni e il loro potere, oppure lo dovranno condividere sempre di più con le aziende multinazionali e altri attori internazionali? In che direzione si evolve il mercato e l'economia mondiale? Riusciremo a regolamentare l'integrazione di tutto il mondo in un unico mercato mondiale e riusciremo anche solo in modo approssimativamente a garantire giustizia sociale alla maggioranza dei cittadini globali? Idee e osservazioni frammentate sulla società mondiale.

Florian Seebacher



„Nel bene e nel male, siamo catapultati in un ordine globale che nessuno comprende del tutto, ma che sta estendendo i suoi effetti su tutti noi“ [1].

Coca Cola, Nokia, Microsoft e Adidas, Blue Jeans, Tamagochi, Hamburger e Internet, CNN, mondiali di calcio, fondamentalismo e bombe su Kabul, AIDS, fame nel mondo. El Niño e distruzione ambientale. Tutto questo rientra in qualche modo nel discorso che stiamo per intraprendere. Bevande, telefonini, software, pantaloni, giocattoli, panini, notiziari, avvenimenti sportivi, atti di terrorismo, guerre, malattie, carestie e cambiamenti del clima hanno raggiunto impatti o dimensioni globali e interessano, influenzano o minacciano per ciò la maggior parte dei sei miliardi di persone che abitano sul ormai piccolo pianeta terra. Il nostro mondo così complesso e differenziato si sta in qualche modo sempre più unendo, intrecciando e integrando, basti pensare a tutti i processi, istituzioni e soprattutto ai problemi che hanno rag-

giunto delle dimensioni globali: la minaccia nucleare, il terrorismo e la guerra, l'effetto serra, la povertà e le migrazioni, per citarne solo alcuni.

Con il concetto globalizzazione viene descritto l'intreccio e l'influenza globale delle strutture e dei processi economici, ecologici, politici, sociali e culturali. Un flusso di beni, di idee e di persone che oltrepassa i confini nazionali, religiosi ed etnici esiste da tanto tempo. Basti pensare ai commercianti, conquistatori, missionari e viaggiatori di tutte le epoche, alla scoperta dell'America e al colonialismo mondiale da parte europea. L'ultima e forse la più significativa tappa nella storia della globalizzazione costituiscono gli ultimi venti o trent'anni: in questa fase il processo in questione ha vissuto l'intensificazione più evidente per quanto riguarda velocità, estensione e varietà. Solo in quei anni si forma una rete globale di processi, relazioni e flussi che oltrepassano ogni tipo di confine [2]. La globalizzazione è oggi l'insieme di tutti i processi, azioni, relazioni; reti e

flussi transnazionali e trans-confinari, che portano a un mondo sempre più connesso, intrecciato, interdipendente, differenziato ed unico. La globalizzazione è la trasformazione che ci porterà verso la globalità e verso „una società globale cosmopolita: Noi siamo la prima generazione a vivere in questa società, i costumi della quale riusciamo a distinguere a malapena“ [3]. Una cosa è sicura, il processo in questione, che sotto molti aspetti è veramente rivoluzionario e travolgente, è difficile da cogliere perché molto complesso, multidimensionale e anche molto contraddittorio. Prendiamo per esempio la globalizzazione culturale dove possiamo osservare due tendenze: da una parte la standardizzazione ed omologazione delle culture, la convergenza delle culture in un unico *melting pot* (la cosiddetta *mcdo-*nalizzazione delle società); e dall'altra parte la diversificazione/differenziazione culturale e la rivalorizzazione delle culture locali, regionali e nazionali. Possiamo parlare delle ambiva-

lenze, dei paradossi o della dialettica della globalizzazione culturale. Quando si parla di globalizzazione si parla sempre anche di localizzazione [4]. Unificazione, omogeneizzazione o standardizzazione del consumo, del gusto e dei stili di vita e diversità culturale, ritorno o rilettura del locale in chiave globale sono le due facce contraddittorie della medaglia globalizzazione. Non dobbiamo scordarci che globale vuole dire essere in più luoghi contemporaneamente, translocale. Globale e locale non si escludono a vicenda. La cultura globale non è mai statica, ma sempre contingente e dialettica, non c'è globale senza locale. In questo senso, più che di globalizzazione, si dovrebbe parlare di una globalizzazione culturale nella quale processi, simboli e modi di comportamento apparentemente contraddittori diventano possibili e reali [5]. La tendenza all'unificazione è contempora-

neamente il terreno di coltura per fondamentalismi etnici, religiosi e nazionali. Il politologo americano Benjamin Barber chiama questo megatrend globale „Dschihad contro McWorld“. Secondo lui, il terzo millennio potrebbe essere non solo „postnazionale“, ma allo stesso tempo irrimediabilmente postdemocratico“ [6].

Se in futuro le nazioni unite diventeranno più forti e più democratiche? Se otterranno più peso politico ed economico? E se riusciranno a stabilire una pace duratura e giustizia sociale per tutto il mondo? Credo che tutti noi ce lo auguriamo. Purtroppo l'immediato futuro della dura realtà sociale non promette la realizzazione di questo scenario ancora troppo idealistico.

La politica mondiale diventa sempre più policentrica. Ancora poco tempo fa, gli stati nazionali hanno dominato e monopolizzato la politica internazionale. Ora, però, questi sono troppo piccoli per i problemi globali e per questo

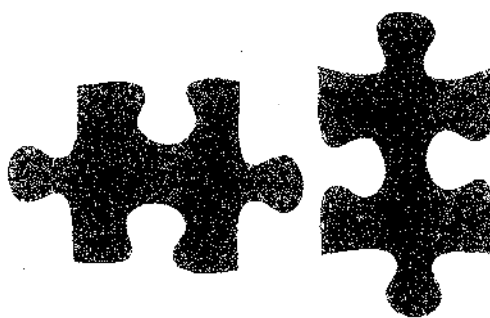
devono dividere il potere e lo scenario globale con organizzazioni internazionali, imprese transnazionali e con movimenti sociali e politici transnazionali. È in atto il passaggio daifera nazionale a quella post-nazionale. Da una parte abbiamo l'insieme dei stati nazionali, dall'altra abbiamo la sub-politica transnazionale, nella quale agiscono attori molto diversi quali le multinazionali, Greenpeace, Amnesty International, la mafia internazionale, la Banca mondiale, la chiesa cattolica, le Nazioni Unite, la Nato, l'Unione Europea, tutte le organizzazioni non governative, ... Lo stato nazionale, che tuttora è l'attore centrale nella politica internazionale, deve e dovrà fare sempre più spazio a una politica mondiale policentrica dominata da tanti attori nazionali, transnazionali e mondiali [7].

Purtroppo sono soprattutto le grandi imprese multinazionali che hanno un

luoghi e mercati. Dagli anni Settanta in poi sempre più e sempre nuovi luoghi, nazioni e imprese vengono integrati in un sistema di produzione e di commercio mondiale. L'economia transnazionale agisce secondo il credo centrale del capitalismo: ridurre i costi e massimizzare i profitti. Per fare questo le multinazionali si avvalgono del global sourcing, ovvero, comprano, vendono, producono, amministrano e pagano tasse (se le pagano) dove, su scala mondiale, ci sono le „migliori“ condizioni. La conseguenza è che cresce la concorrenza fra le diverse nazioni per posti di lavoro, capitale, investimenti e che i governi perdono sempre più potere in confronto all'economia. Le imprese transnazionali si trasferiscono o minacciano di trasferirsi in luoghi dove i standard ecologici, sindacali, dello stato sociale e delle tasse sono minori. Grazie alle moderne tecnologie e alla forte liberalizza-

zione dell'economia mondiale, un'impresa può comprare la materia prima dove non ci sono leggi ecologiche, produrre dove non esistono sindacati, amministrare dove i costi sono bassissimi e pagare le tasse dove queste praticamente non si pagano. L'economia mondiale toglie le risorse e le fonda allo stato e all'economia nazionale. Le imprese che agiscono globalmente hanno un ruolo centrale non solo nella progettazione dell'economia, ma più in generale per tutta la società, anche perché sono in grado di sottrarre le risorse materiali (capitale, tasse, posti di lavoro). Tutto questo, ci ricorda Ulrich Beck, succede senza regolamentazione da parte di un parlamento o un governo nazionale o internazionale [8]. La globalizzazione crea in sempre più dimensioni una società mondiale e questa relativizza e mette in crisi lo stato nazionale. Beck riporta l'esempio delle tasse: come già accennato, le imprese possono scegliersi liberamente dove

assetto politico mondiale (caduta del sistema comunista) e grazie alla crescente liberalizzazione dei mercati e del commercio (WTO), le imprese transnazionali operano su tutto il pianeta e conquistano sempre nuovi



zione dell'economia mondiale, un'impresa può comprare la materia prima dove non ci sono leggi ecologiche, produrre dove non esistono sindacati, amministrare dove i costi sono bassissimi e pagare le tasse dove queste praticamente non si pagano. L'economia mondiale toglie le risorse e le fonda allo stato e all'economia nazionale. Le imprese che agiscono globalmente hanno un ruolo centrale non solo nella progettazione dell'economia, ma più in generale per tutta la società, anche perché sono in grado di sottrarre le risorse materiali (capitale, tasse, posti di lavoro). Tutto questo, ci ricorda Ulrich Beck, succede senza regolamentazione da parte di un parlamento o un governo nazionale o internazionale [8]. La globalizzazione crea in sempre più dimensioni una società mondiale e questa relativizza e mette in crisi lo stato nazionale. Beck riporta l'esempio delle tasse: come già accennato, le imprese possono scegliersi liberamente dove

produrre, dove chiedere aiuto allo stato o dove pagare le tasse. Ebbene le imprese transnazionali pagano sempre meno tasse, ma contemporaneamente pretendono tutte le prestazioni da parte dello stato. Fra il 1989 e il 1993 in Germania la tassa sugli utili delle imprese è scesa di 13,6 per cento. Così le multinazionali non sottraggono soltanto le risorse materiali, ma anche le fondamenta allo stato nazionale. Secondo il sociologo tedesco cresce il conflitto fra chi paga le tasse in modo virtuale (le imprese transnazionali, i ricchi) e chi le paga in modo reale (le piccole e medie aziende, i lavoratori e i poveri) [9].

È un dato di fatto che i poveri diventano sempre più poveri e i ricchi sempre più ricchi, e questo avviene su scala nazionale e su scala mondiale. Si potrebbe parlare tanto di questo processo o si potrebbero riportare tanti dati. Mi li-

ha la brutta faccia di un'occidentalizzazione neo-coloniale, sono tutt'altro che incoraggianti. La quota di reddito globale del quinto più povero della popolazione mondiale è crollata dal 2,3 all'1,4 per cento fra il 1989 e il 1998; la percentuale incamerata dal quinto più ricco, invece, è aumentata. Tutto sommato, più che di un global village (villaggio), si potrebbe anche parlare di un global pillage (saccheggio) [12].

Nell'era della globalizzazione la grande domanda della giustizia sociale è molto lontana da una sua risposta soddisfacente.

Florian Reichner, Lab. Sozialwissenschaftlichen in Bologna studiert und mit einer Arbeit über Totalismus abgeschlossen, zur Zeit Mitarbeiter.

Rassismus Tötet!

Fast drei Jahre nach dem Tod von Marcus Omofuma (1973 - 1999) findet ab 4. März 2002 vor dem Landesgericht Korneuburg bei Wien der Prozess gegen drei Fremdenpolizisten statt. Die Anklage gegen die drei Fremdenpolizisten lautet auf "Quälen eines Gefangenen mit Todesfolge".

Die Vorgeschichte

Am Samstag, dem 1. Mai 1999 starb Marcus Omofuma. Er wurde von drei Fremdenpolizisten begleitet, die den Auftrag hatten, ihn außer Lan-

mito a un esempio eloquente: Le 358 persone più ricche del mondo sono ricche quanto le 2,5 miliardi persone più povere [10]. Io non so da dove si potrebbe partire per risolvere questo problema; introdurre una tassa sulle speculazioni, la molto discussa tobin tax?, ritornare a un protezionismo keynesiano? oppure continuare con la liberalizzazione del mercato, ma riformare radicalmente l'IMF, la WTO e la banca mondiale? L'unica cosa certa è che l'attuale assetto capitalista neoliberale dell'economia globale non riesce a distribuire la ricchezza e il benessere che crea [11]. Liberalizzazione, deregolamentazione e privatizzazione: con questa formula ferrea e con l'aiuto della banca mondiale, del fondo monetario e dell'organizzazione mondiale del commercio (governati da USA e UE), europei occidentali e americani cercano di integrare tutto il mondo nel mercato mondiale e così, cioè nel loro sistema economico, sociale e culturale. I risultati di questa integrazione, che a volte

Bibliografia

- [1] Giddens, *Il mondo che cambia. Come la globalizzazione ridisegna la nostra vita*, Mulino, Bologna, 2000, pag. 19.
- [2] Cf. Hansen, *Globalisierung und lokale Kultur*, Lit Verlag, Hannover, 1999, pag. 12.
- [3] Giddens, *opera citata*, pag. 31.
- [4] Cf. Beck, *Was ist Globalisierung? Substanz*, Verlag, Frankfurt am Main, 1998, pag. 85.
- [5] Cf. Beck, *opera citata*, pag. 85-90.
- [6] Cf. Der SPIEGEL, NR. 27/1999, pag. 122.
- [7] Cf. Beck, *Was ist Globalisierung? Substanz*, Verlag, Frankfurt am Main, 1998, pag. 67-69.
- [8] Cf. Beck, *opera citata*, pag. 14-17.
- [9] Cf. Beck, *opera citata*, pag. 21.
- [10] Cf. Der Spiegel, NR. 13/1998, pag. 122.
- [11] "Negli ultimi cinquanta/settanta anni i paesi dell'unione europea sono diventati più ricchi del cinquanta/rettanta per cento. L'economia è cresciuta più in fretta che la popolazione. Tuttavia, nell'unione europea si contano venti milioni disoccupati, cinquanta milioni poveri e cinque milioni senzatetto. Cosa è successo con la ricchezza addizionale?" si chiede con solo André Corz in un'intervista nella FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) del 1. agosto 1997, pag. 35.
- [12] Cf. Giddens, *opera citata*, pag. 28.

des zu schaffen. Dazu wurde Marcus Omofuma von ihnen mit Klebeband an den Sessel gebunden und ihm der Mund verklebt. Er erstickte noch vor der Zwischenlandung in Sofia. Marcus Omofuma wurde Opfer der rassistischen Politik Österreichs und der EU. Das einzige Vergehen, dessen er sich "schuldig" gemacht hatte, war es, illegalisiert in Österreich zu sein. Bereits wenige Stunden nach Bekanntwerden des Todes kam es zu spontanen Demonstrationen. In den folgenden Tagen und Monaten gab es breite Proteste von MigrantInnen und MehrheitsösterreicherInnen. Gefordert wurde der sofortige Rücktritt der verantwortlichen PolitikerInnen und Beamten.

die Einführung von Antidiskriminierungsge-
setzen, der sofortige
Stopp aller Abschiebun-
gen und die Abschaffung
aller rassistischen
Gesetze.

Operation Spring

Die repräsentative Antwort
des österreichischen
Staates auf die laustar-
ken Proteste gegen seine
Abschiebemethoden, die
Polizei und den Innenmi-
nister blieb nicht aus.
Am 27. Mai und 27. Sep-
tember 1999, jeweils
kurz vor Wahlen, fanden
österreichweit Razzien
statt. Beinahe 200 Men-
schen, großteils afrika-
nischer Herkunft, wur-
den mit fadenscheinigen
Beweisen als Drogen-
händlerInnen kriminali-
siert, unter ihnen auch
einige antirassistische
AktivistInnen. Diese
Praxis wird von der
offiziellen Politik, den
kommerziellen Medien
und weiten Teilen der
Bevölkerung getragen.

Kein Einzelfall

Der Tod von Marcus Omo-
fuma im Zuge einer
zwangsweisen Deporta-
tion ist kein Einzel-
fall. Der Europarat hält
in einem Bericht fest,
dass in Ländern der EU
seit 1998 mindestens 10
Personen im Zuge
zwangsweiser Deporta-
tionen ums Leben gekom-
men sind. Im Bericht
werden besonders jene
Praktiken kritisiert,
bei denen die Atemwege
teilweise oder voll-
ständig verlegt werden,
aber auch Knebelungen
mit Klebeband, die Ver-
wendung von Gift- oder
Reizgas, Verabreichung
von Beruhigungsmitteln
gegen den Willen der
Betroffenen, jede Form

Bildung als Ware?

Sami Rabieh

Multinationale Konzerne, die Unter-
richtsinhalte bestimmen? Marktkonfor-
mer Wettbewerb an Schulen statt
Chancengleichheit? Szenarien, die auf-
grund der Pläne der Welthandelsorga-
nisation (WTO) bald Realität werden
können. Eine Neufassung des „Gene-
ral Agreements on Trade in Services“
(GATS) soll den globalen Transfer von
Dienstleistungen - einschließlich Bil-
dungsangeboten - liberalisieren. Im No-
vember hat ein Ministertreffen in Katar
die Verhandlungen offiziell eröffnet.

Dass die 1995 gegründete WTO
(www.wto.org) jetzt auch im engen
Zusammenhang mit der Entwicklung
des deutschen Bildungssystems ges-
ehen werden muss, mag manche
zunächst überraschen. Hier bringt man
noch das Kürzel mit der vor zwei Jah-
ren gescheiterten Konferenz in Seattle
in Verbindung. Dort wurden nicht nur
die harten Konfliktlinien zwischen ver-
schiedenen Fraktionen von Mitglieds-
staaten (zurzeit 142 Länder) sichtbar,
sondern zugleich der mittlerweile
symbolträchtige Widerstand einer glo-
balisierungskritischen Bewegung. In
der Welthandelsorganisation konnte
daraufhin über ein Jahr kein Land ge-
funden werden, das bereit war, die
nächste Verhandlungsrunde auszurich-
ten. Vom 9.-13. November 2001 fand
nun in Doha (Katar) die vierte Minister-

konferenz der WTO statt. Lediglich
hier, wo Parteien und Parlament verbo-
ten sind, schien man sich schließlich
vor Protesten sicher zu sein.

Für dieses Treffen liefen bereits seit An-
fang 2000 am Sitz der WTO in Gené
Vorverhandlungen zur weiteren Libera-
lisierung des Dienstleistungshandels im
Rahmen des GATS. Eingeschlossen
sind neben Telekommunikation, Fi-
nanzdiensten, Tourismus, Transport
usw. auch Bildung und Erziehung. Eine
Abschlussvereinbarung wird bis Ende
2002 angestrebt. Was GATS eigentlich
bewirkt bzw. beinhaltet und was neu
vereinbart werden soll, ist jedoch in der
Öffentlichkeit weitgehend unbekannt.

Die Konsequenzen für Bildungssy-
steme bei einer erfolgreich abgeschlos-
senen Verhandlungsrunde sind
zunächst einmal leicht auszumachen:
Nach Gerichtsbarkeit der WTO wäre
die nahezu ausschließliche Lizenzie-
rung von nicht-profitorientierten Orga-
nisationen im Bildungsbereich eines
Staates eine unnötige Beschränkung
des Handels, weil die Schulqualität
ebenso in privaten Schulen
gewährleistet werden kann - auch
wenn sich dadurch soziale Ungleich-
heiten verstärken. Private Bildungsan-
bieterInnen bzw. InvestorInnen
würden somit deutlich besser gestellt

als heute. Sie erhielten die Berechtigung, in anderen Ländern Filialen zu eröffnen und eigene Lehrangebote und die damit verbundenen Zertifikate verkaufen zu können. Arbeitsverhältnisse würden zunehmend prekärer und staatliche Bildungsangebote könnten in die Funktion von Verwahranstalten für sozial Benachteiligte getrieben werden. Demokratisch legitimierte Bildungsziele oder emanzipatorische Ideale würden voraussichtlich völlig marginalisiert. Die Profitmaximierung stände in einem Bereich im Vordergrund, der nach wie vor über Lebenschancen in der Gesellschaft entscheidet.

Das seit 1994 bestehende GATS-Abkommen zielt v.a. darauf, nationalstaatliche Barrieren für den internationalen Wirtschaftswettbewerb im Dienstleistungssektor umfassend abzubauen. Die Erbringung von Dienstleistungen ist im Allgemeinen stärker durch Qualifikationsanforderungen, Lizenzen, staatliche Monopole, tarifliche Bestimmungen, Arbeitsnormen etc. reguliert als der internationale Warenhandel. Deshalb gerät bei GATS primär die innerstaatliche Politik ins Visier, wenn die Systeme der sozialen Infrastruktur vom Gesundheits- bis zum Bildungswesen auf globaler Ebene liberalisiert bzw. privatisiert werden sollen. Insbesondere Artikel VI setzt fest, dass ein Staat beweisen muss, dass Gesetze und Vorschriften erstens unbedingt nötig und zweitens für den Handel nur im geringstmöglichen Maße störend sind. Wenn dies nicht der Fall ist, muss eine Öffnung des Sektors für private AnbieterInnen aus dem In- und Ausland erfolgen. Dies schließt auch öffentliche Auftragsvergabe, Subventionen und die Formulierung von Sicherheits- und Qualitätsstandards ein.

Die schon bestehenden Regelungen des GATS sollen jetzt erweitert werden. Die „eigentlichen“ Verhandlungen werden dann wie folgt verlaufen: Jeder Staat gibt Angebote von und Förderungen nach konkreten Liberalisierungsverpflichtungen ab, die für einzelne Zielländer und Dienstleistungen konkretisiert werden. In allen offiziellen Verlautbarungen dazu wird

entsprechend der liberalen Doktrin ein genereller Wohlfahrtszuzugewinn durch freien Handel propagiert. Hier zeigt sich allerdings, dass jede Regierung meist nur dann daran glaubt, wenn sie die Gewinne durch zunehmende Exportmöglichkeiten in einem Sektor höher einschätzt als die Verluste durch Importe. Unbeschadet des multilateralen Charakters der Verhandlungen, setzen alle Staaten ihre - höchst ungleich verteilte - Macht in Form von finanziellen, wissenschaftlichen und personellen Ressourcen auf allen ihnen zur Verfügung stehenden Ebenen ein, um ihre Ziele durchzusetzen. D.h., in relevanten Sektoren sollen Marktöffnungen, Investitionsschutz und eine möglichst günstige Regulierung für „ihre“ Konzerne erreicht werden. Diese, z.B. zusammengefasst im European Services Forum (www.esf.be) oder der US-Coalition of Services Industries (www.uscsi.org), sind beratend an den Verhandlungen beteiligt und erhoffen sich verstärkten Zugang zu den Wachstumsmärkten der Dienstleistungsbranche rund um den Globus. Andere zivilgesellschaftliche AkteurInnen organisieren den Widerstand: Viele kritische Nicht-Regierungs-Organisationen (www.xs4all.nl/~ceo/gatswatch) fordern eine Herausnahme von Bildung aus den Verhandlungen, um soziale Spaltungen zwischen und in Gesellschaften nicht weiter vertiefen zu lassen. Auch die Bildungs-Internationale (www.ei-ie.org), der internationale Zusammenschluss der Bildungsgewerkschaften, dem auch die GEW angehört, hat auf ihrer 3. Weltkonferenz in Jomtien (Thailand) im Juli 2001 bereits eine Resolution gegen GATS verabschiedet. Sie warnt davor, Bildung als Ware zu betrachten und fördert Bildung als Menschenrecht anzuerkennen.

Eine detaillierte Zusammenfassung über GATS, herausgegeben von der Bildungs-Internationale, gibt es unter http://www.gew.de/standpunkte/schlagzeilen/bildung/gats_great_expectations.pdf

Quelle: GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Deutschland) www.gew.de

der Fesselung außer mit Handschellen an den Handgelenken sowie das Tragen von Masken oder Kapuzen durch begleitende Beamte. Laut Bericht sind auch Übergriffe durch Exekutivbeamte keine Einzelfälle. Zu einem Verbot von Zwangsabschiebungen konnten sich die Mitgliedstaaten nicht durchringen. Diese bauen vielmehr mit nationalstaatlich umgesetzten gesetzlichen Regelungen der europäischen Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik die Mauern der Festung Europa.

Für die Freiheit von Bewegung!

Alle Menschen, die sich hier aufhalten, sollen gleiche politische und soziale Rechte haben - unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, sozialem Status und Geschlecht. Differenzierende Instrumente wie Schubhaft und Deportationen, rassistische Gesetze und Praxen können nicht verbessert, sondern nur verhindert und abgeschafft werden. Sie sorgen dafür, dass Menschen ausgegrenzt werden und andere davon profitieren. Abschiebungen unmöglich zu machen, sowie Flüchtlinge und MigrantInnen aktiv zu unterstützen, ist Teil zivilen Ungehorsams gegen institutionalisierten Rassismus und praktische Solidarität mit verfolgten Menschen.

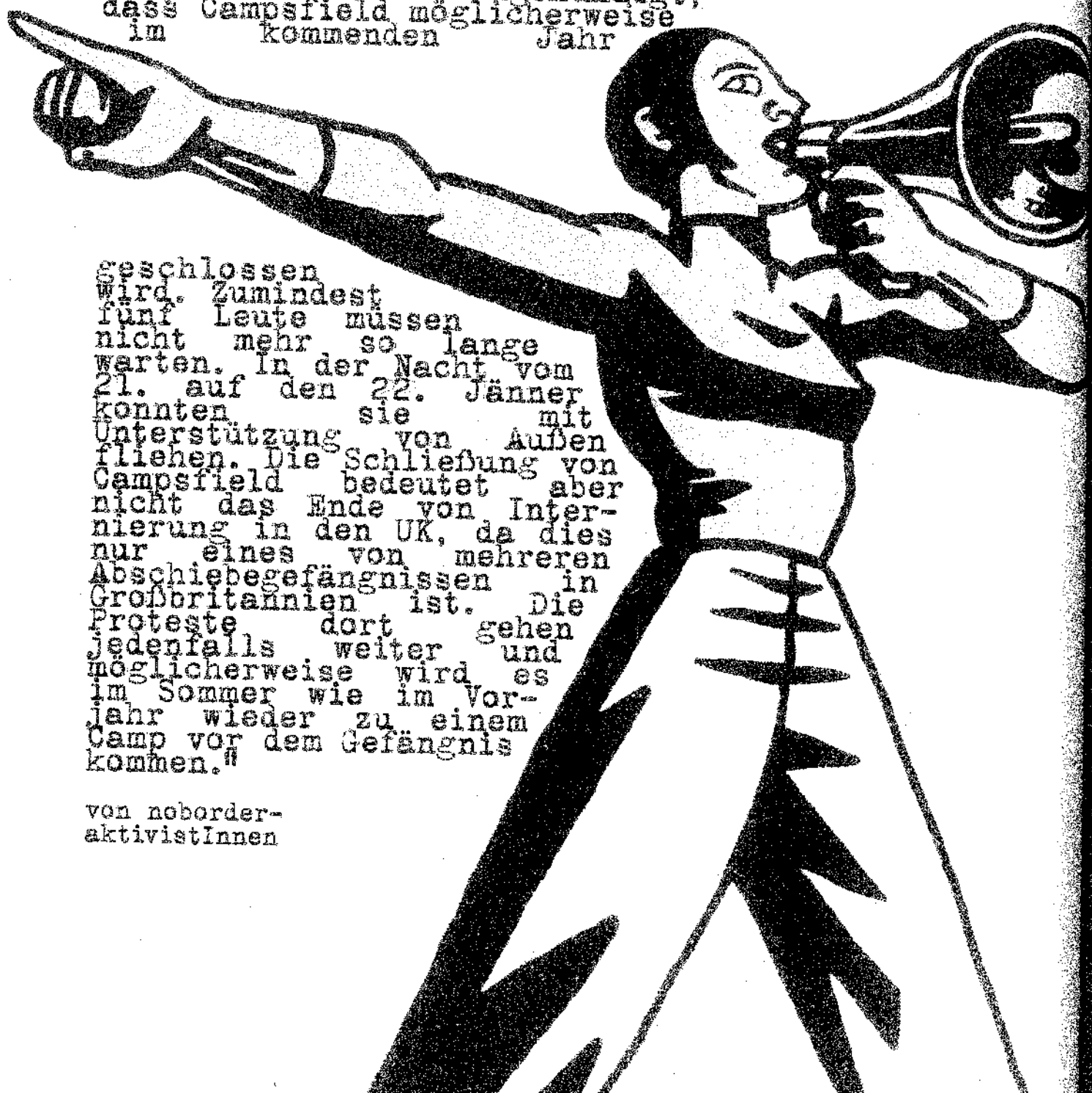
von noorder-AktivistInnen
Weitere Informationen und Kontakt: Für eine Welt ohne Rassismus
email: fawor@no-racism.net
w3.no-racism.net/racismkills

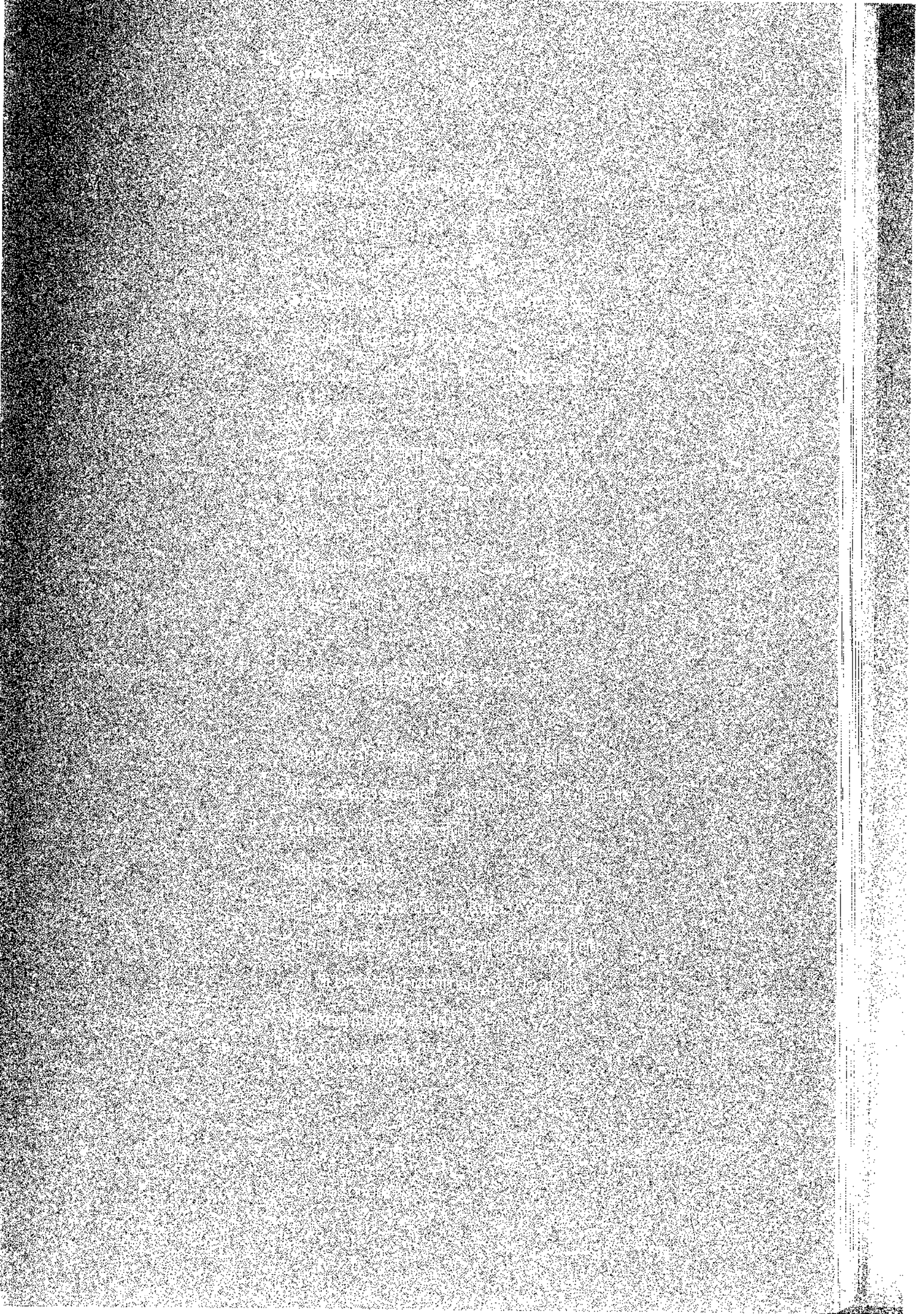
Die Grenze ist überall!

"Grenzen werden an Gefängnismauern sichtbar, hinter denen Menschen allein aufgrund ihrer fehlenden oder falschen" Papiere für Monate (und zunehmend auch Jahre) eingesperrt werden. So befindet sich in Campsfield, UK, seit 1993 ein Gefängnis, in dem Flüchtlinge interniert sind. Seit einiger Zeit finden dort regelmäßig Demonstrationen und Camps statt. Am 7. Februar wurde nun vom Home Secretary David Blunkett angekündigt, dass Campsfield möglicherweise im kommenden Jahr

geschlossen wird. Zumindest fünf Leute müssen nicht mehr so lange warten. In der Nacht vom 21. auf den 22. Jänner konnten sie mit Unterstützung von Außen fliehen. Die Schließung von Campsfield bedeutet aber nicht das Ende von Internierung in den UK, da dies nur eines von mehreren Abschiebegefängnissen in Großbritannien ist. Die Proteste dort gehen jedenfalls weiter und möglicherweise wird es im Sommer wie im Vorjahr wieder zu einem Camp vor dem Gefängnis kommen."

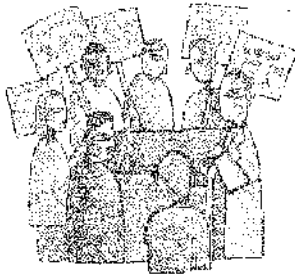
von noborder-
aktivistInnen





Es geht nicht um Extreme, sondern um Prioritäten!

Mexiko hat in den letzten zwanzig Jahren eine rasante Entwicklung vollzogen, die durch Öffnung und Liberalisierung der Märkte und Integration in den Weltmarkt gekennzeichnet ist: Neoliberale BefürworterInnen der Globalisierung sehen darin ein nachahmenswertes, positives Beispiel für die Anwendung ihrer Rezepte. Der von uns interviewte Ökonom Enrique Dussel Peters zeigt in seinen Analysen („Ökonomie der Polarisierung“) hingegen ein anderes Bild und weist darauf hin, dass dies eine beschränkte Sichtweise der Dinge ist.



skolast Wie verhält es sich nun mit der „Erfolgsgeschichte“ Mexikos? Enrique Dussel Peters strikt nach den Voraussetzungen und den Prinzipien der exportorientierten Industrialisierung (EOI) beurteilt, ist Mexiko ein Musterbeispiel von Entwicklung im Sinne von Institutionen wie dem IWF und der Weltbank. Leider weist dieser theoretische und politische Ansatz, der sich als Mainstream in der Wirtschaftspolitik in Lateinamerika und Mexiko seit den 80er Jahren durchgesetzt hat, schwerwiegende Probleme und Widersprüche auf. Einerseits ist die alleinige Konzentration auf die Makroökonomie sehr beschränkt und primitiv: Themen wie Beschäftigung, Reallöhne und Einkommensverteilung sind scheinbar „makroökonomisch“ irrelevant, obwohl sie, etwa aus einer Perspektive wie der Paul Samuelsons, fundamental sind. Andererseits ist es wichtig festzustellen, dass die EOI zu einer enormen Polarisierung beigetragen hat, d.h. aus der Perspektive von Firmen, Wirtschaftssektoren, Haushalten und Regionen innerhalb der Länder

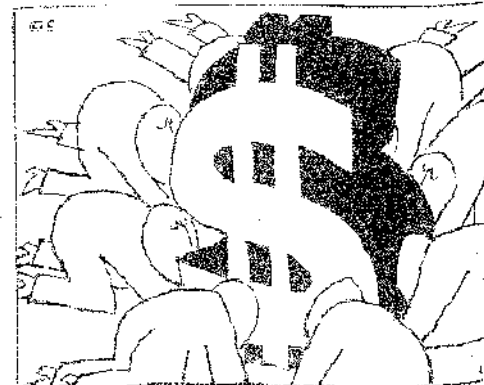
haben sich nur wenige sozioökonomische Einheiten durch Exporte in den Weltmarkt integrieren können. Diese dramatische Polarisierung wirft Fragen der Nachhaltigkeit der kurz- und mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung auf. Zusätzlich gibt es heutzutage eine Gruppe von anderen theoretischen Ansätzen (von den Strukturalisten zur Cepal und der Regulationstheorie, unter vielen anderen), die sehr kritisch zur EOI stehen und Alternativen aufzeigen.

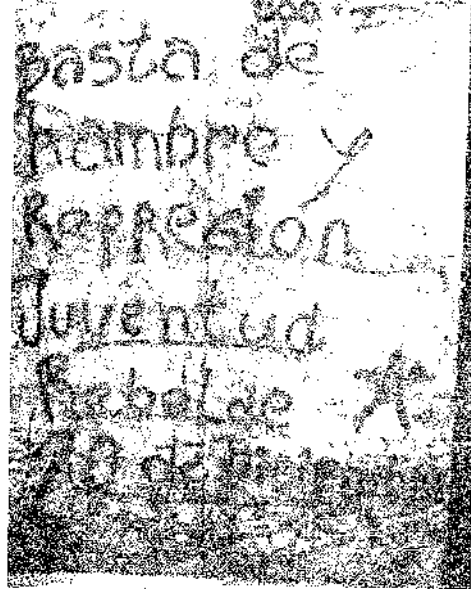
Was muss man alles ausblenden, um in der Entwicklung Mexikos eine Erfolgsgeschichte zu erkennen?

Theoretisch und in der Wirtschaftspolitik hat sich die EOI in Lateinamerika und Mexiko seit den 80er Jahren durchgesetzt, die wenig (!) mit Neoliberalismus zu tun hat, weiter theoretisch noch historisch noch wirtschaftspolitisch. Theoretisch ist der Neoliberalismus - siehe Analysen wie z.B. von Franz Hinkelammert und Elmar Altwater, u.a. - mit Friedrich August von Hayek, Milton Friedman und der Chicago Schule gleichzusetzen. Historisch entstand dieser Ansatz schon in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts und hat sich in Lateinamerika (Argentinien, Chile und Brasilien, u.a.) in den 60ern und 70ern durchgesetzt. Wirtschaftspolitisch stellt sich der Neoliberalismus gegen totalitäre Regimes und ist durchaus „bereit“, politische Freiheiten und Demokratie u.a. in Kauf zu nehmen, um die „wirtschaftliche

Global zeichnet sich der Trend ab, dass sich sowohl zwischen Nord und Süd als auch innerhalb dieser Staaten die Einkommensschere vergrößert. Hier nur eine Statistik der UNDP aus 2000: das Vermögen der 3 reichsten Milliardäre hat sich seit 1994 verdreifacht und ist größer als das Bruttoinlandsprodukt der 48 ärmsten Länder.“

Karin Lukas,
feministATTAC austria





Freiheit" zu erreichen. Diese wirtschaftspolitische Diskussion stellt sich hingegen bei der neuen Brut von EOI-ÖkonomInnen und PolitikerInnen in Lateinamerika - von Cavallo zu Salinas - nicht. Und es sicherlich zu einfach, oder theoretisch, historisch und wirtschaftspolitisch irreführend, wenn Leute wie Pinochet und Salinas gleichgesetzt werden. Strikt wirtschaftstheoretisch und -politisch haben sie einen sehr unterschiedlichen Hintergrund.

Aus meiner Perspektive ist die „territoriale Endogenität“, oder der Grad, in dem sich Räume in den Weltmarkt integrieren, entscheidend, um die EOI zu evaluieren. Länder wie Mexiko stellen eine „Erfolgsgeschichte“ aus der Perspektive der Exportbilanz (in Bezug zum BIP) und der makroökonomischen Stabilisierung dar (hauptsächlich Inflations- und Haushaltsdefizitkontrolle). Unabhängig von diesen scheinbaren „Erfolgen“ ist es jedoch wichtig zu fragen, welche die wichtigsten Prioritäten in Lateinamerika und Mexiko sind: Inflation oder Beschäftigung, Haushaltskontrolle oder Realloohnerhöhung? In der Wirtschaftspolitik gibt es leider keine „Schwarz-weiß-Malerei“, es geht nicht um Extreme, sondern um Prioritäten.

Nach dem verlorenen Jahrzehnt der 80er Jahre (siehe Cepal), sind die 90er bisher nicht besser ausgefallen. Aus dieser Perspektive sind Themen wie die Auswirkungen auf die produktive Struktur seit den 80er Jahren, die steigende Importabhängigkeit, die sinkende Qualität der neuen Beschäftigung, und das territoriale „Gefälle“ in den meisten lateinamerikanischen Ländern genauer zu überprüfen, was bisher aus der Perspektive der EOI nicht geschah ist.

Wie können wir die angebliche „makroökonomische Erfolgsgeschichte“ einordnen, kontextualisieren?

Die Makroökonomie ist bis jetzt als Selbstzweck betrachtet worden, in diesem Sinn war die Operation erfolgreich, der Patient (Lateinamerika und Mexiko) jedoch dabei getötet worden. Wie weit kann dieser Prozess weitergehen? Aus meiner Perspektive ist er weder wirtschaftlich, noch politisch, noch sozial, noch gar militärisch durchzusetzen. Der Prozess der Polarisierung führt zu enormen Herausforderungen. Die mexikanische „Erfolgsgeschichte“ ist 2002 nicht weit entfernt von Argentinien und anderen Ländern! Die Obsession der Makroökonomie ist für Lateinamerika im Jahr 2002 im besten aller Fälle nicht genügend, und muss überprüft werden. Aus einer kritischen Perspektive ist die Stabilisierung der Makroökonomie unnützlich.

Wie würden Sie die Auswirkungen des NAFTA-Abkommens beurteilen? Ist dies ein Modell für die geplante FTA, die gesamtamerikanische Freihandelszone?

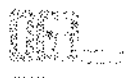
NAFTA erfüllt die sozioökonomischen Herausforderungen Mexikos nicht, und FTA nicht jene für Lateinamerika. Am Fallbeispiel Mexikos wird sehr deutlich, dass ein kleines Segment der mexikanischen verarbeitenden Industrie nicht den Herausforderungen der mexikanischen Gesellschaft gewachsen ist. Es geht nicht um einen „Krieg gegen die EOI“, sondern schlicht und einfach um die Integration der lateinamerikanischen Gesellschaft in den Weltmarkt: Bisher haben nur wenige Firmen, Haushalte und Territorien an dieser Integration teilgenommen; der Prozess des Ausschlusses und der Polarisierung hat aber tiefgreifende Konsequenzen, und NAFTA hat diese Prozesse vertieft.

Wie verhält es sich Ihrer Ansicht nach mit der angeblichen Unausweichlichkeit oder Alternativlosigkeit dieser Globalisierung?

Die scheinbare Alternativlosigkeit ist eine der „Hauptstärken“ der EOI. Der Fall Argentinien ist hier leider sehr deutlich: Domingo Cavallo, Wirtschaftsminister unter Menem und Hauptverursacher der Peso-Dollar Parität Anfang der 90er Jahre, ist 2001, unter einer neuen und alternativen po-

„Staatsprotektionismus und öffentliche Subventionen für die Reichen, Marktdisziplin für die Armen.“ Diese Ideologie ruft nach Kürzungen bei den Sozialausgaben und Gesundheitskosten für die Armen und Älteren, verweigert Hilfen für Kinder und kürzt die Wohlfahrtsprogramme - für die Armen. Sie verlangt ebenfalls steigenden Wohlstand für die Reichen, auf die klassische Weise: zurückhaltende fiskalische Maßnahmen und vorbehaltlose Subventionen. Das erste meint steuerliche Ausnahmen für Unternehmen und die Wohlhabenden, Abschaffung von Kapitalertragssteuern usw., das zweite meint Zuschüsse aus Steuermitteln für Investitionen in Fabriken und Betriebsanlagen, bessere Abschreibungsmöglichkeiten, Zerschlagung des Regulationsapparates“

aus: Chomsky, Noam: Globalisierung im Cyberspace. Horlemann.



Comperudo



COMITÉ DE DEFENSA, 4 de mayo de 2002

Wie bewerten Sie die Bewegungen des Widerstandes, die sich gegen diese Entwicklung richten: einerseits die mexikanische EZLN mit ihren 1.111 Dörfern; andererseits die globalisierungskritische Bewegung, deren Spur von Seattle bis Porto Alegre führt?

Der Prozess der Kosten entscheidend. Genauso wichtig ist gleichzeitig die Entscheidung über die künftig zu wählende Strategie, d.h. wie werden der private und öffentliche Sektor den produktiven Sektor wieder aufbauen, der ein Jahrzehnt lang systematisch zugrunde gerichtet wurde? Wie werden neue Arbeitsplätze geschaffen und das Einkommen der ArgentinierInnen erhöht? Auf diese Fragen ist bisher wenig eingegangen worden.

Der Plan Puebla Panama sieht eine Neuordnung von Mittelamerika vor, ein Entwicklungsprojekt der 'Maquiladorisierung', der 'Migrations-Grenzverschiebung' nach Süden, der Bio-Industrie unter militärischer Absicherung. Welche Auswirkungen könnte der PPP für Mexiko nach sich ziehen, welche für die anderen Länder Mittelamerikas?

Der PPP ist bis jetzt ein Projekt, welches erst noch „ausreifen“ muss. Bisher haben nur die Interamerican Development Bank (IDB) und die mexikanische Regierung Mittel zur Verfügung gestellt, hauptsächlich für Infrastrukturprogramme und um den Handel zwischen den PPP-Ländern auszubauen und zu vertiefen. Es besteht die Möglichkeit, dass dadurch die PPP-

litischen Partei erneut Wirtschaftsminister, und es ist nicht auszuschließen, dass er 2002 wieder Wirtschaftsminister wird. Das scheinbare Fazit aus dieser Perspektive ist traurig: Unabhängig von politischen Parteien bleibt die Wirtschaftspolitik gleich! Es ist wichtig, die theoretischen Diskussionen und Debatten zu verfolgen, und nicht nur bei allgemeinen Kritiken des Neoliberalismus stehen zu bleiben. Generell ist die EOJ zu hinterfragen, ihre Prioritäten und Effekte in Lateinamerika.

Zygmunt Bauman hat gemeint, die Globalisierung sei „das, was uns allen passiert“, um den Eindruck einer nicht gesteuerten oder nicht steuerbaren Entwicklung zu beschreiben.

Seit den 90er Jahren ist eine zunehmende Kritik an dem Vorschlag „Globalisierung = Freihandel + Minimalstaat“ entstanden. Mexiko ist in diesem Zusammenhang wichtig: Am selben Tag (1.1.1994), an dem das NAFTA-Abkommen in Kraft getreten ist, hat auch die EZLN ihren Aufruf „Ya basta“ hören lassen. Seattle, Porto Alegre und viele andere Aufrufe zur Kritik an der neoliberalen Globalisierung haben heutzutage zu einem interessanten und wichtigen Konsens geführt, der auch theoretisch zu untersuchen ist. Von Samir Amin zu Wallerstein, Altvater und Stieglitz, unter vielen anderen, ist global auf die Gefährlichkeit dieser Form der Globalisierung hingewiesen worden.



Zumindest in Lateinamerika ist dies nicht der Fall. Globalisierung hat in Lateinamerika sehr unterschiedliche Effekte gehabt, und hat „uns alle nicht gleich“ getroffen. Die Globalisierung ist nicht eine historische Notwendigkeit und kann sehr wohl sehr schnell wieder rückgängig gemacht werden, wie andere Geschehnisse im 19. und 20. Jahrhundert zeigen. Wachsender Protektionismus, Kriege, wirtschaftliche- und politische Krisen u.a. können die Prozesse der Globalisierung sehr schnell wieder rückgängig machen.

Wie bewerten Sie die Krise in Argentinien, welche Kreise wird sie noch ziehen?

Die Krise in Argentinien wird, leider, sehr viel länger dauern, als viele es sich wünschen würden. In diesen Tagen und Wochen beginnt der Prozess der Sozialisierung der Kosten der Krise, d.h.: Wer wird diese Kosten tragen? Die Arbeitslosen, die bankrotte Industrie, der Staat, oder...? Kurzfristig sind Themen wie Wechselkurse, mögliche Zahlungen an den IWF und private Gläubigerbanken usw. wichtig, längerfristig ist jedoch der Umverteil-

Länder neue Integrationsprojekte durchführen, um ihren territorialen Bedürfnissen antworten zu können. Es ist jedoch auch möglich, dass die mexikanische Polarisierung und das mexikanische Entwicklungsmodell weiter nach Süden transferiert wird, was mit verheerenden Folgen für die Region verbunden wäre.

Das Interview führte pepe

Enrique Manuel Pelera ist Politologe & Ökonom, er lehrt an der „Facultad de Economía, División de Posgrado“ an der UNAM in Mexiko City

WENN STAATEN BANKROTT GEHEN...

Kunibert Raffer

Die jüngste Befürwortung einer Insolvenz für Staaten durch die Erste Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin des IWF, Anne Krueger, hatte offenbar die Wirkung jenes Ziegels, dessen Fall die gesamte Mauer mit sich reißt. Zwar handelt es sich keinesfalls um einen neuen Ansatz wie ihr Vortragstitel glauben machen will, doch verstärkte sie die neue Dynamik, die diese Idee in jüngster Zeit entwickelte. Wichtige Finanzminister der G7 hatten sich kurz zuvor für eine internationale Insolvenz ausgesprochen, und zwei Herren der Bank of England und der Bank of Canada, A. Haldane und M. Kruger, präsentierten einen Vorschlag, der auf den Prinzipien aller Insolvenzverfahren aufbaut, selbst allerdings nicht explizit als solches bezeichnet wird. Spätestens seit Krueger ist das Wort „Insolvenz“ nun kein Tabu mehr. Viele Argumente der BefürworterInnen eines internationalen Chapter 9 Verfahrens werden - weil auch von ihr vorgebracht - plötzlich akzeptiert. Beispiele sind der sowohl präventive als auch eine Lösung erleichternde Charakter der bloßen Existenz eines Verfahrens, die Überprüfung aller Forderungen zu Verfahrensbeginn (als ich dies vor etwa 15 Jahren vorschlug noch als nicht machbar und illusorisch bezeichnet), oder dass dieses Verfahren auch die Gläubiger* vor vermeidbaren Verlusten schützt. Dies ist ein Verdienst Frau Kruegers.

Schiedsgerichtsbarkeit und Insolvenz

Da offensichtlich viele Länder ihre Verpflichtungen nicht in voller Höhe zahlen können, besteht die Notwendigkeit festzustellen, um wie viel die Verpflichtungen zu reduzieren sind, damit das Überschuldungsproblem gelöst wird.

Die Frage stellt sich, wer diesen Prozentsatz feststellen soll. In keinem zivilisierten Rechtssystem ist es denkbar, dass der Insolvenzrichter auch betroffener Gläubiger wäre. Kernpunkt jeder Insolvenzlösung ist ein unabhängiges Gericht - bzw. im Falle souveräner Schuldner ein Schiedsgericht. Es ist das Fundament jedweder Rechtsstaatlichkeit, dass niemand Richter in eigener



Sache sein darf. Leider verletzen die Gläubiger noch immer dieses absolute Minimum an Rechtsstaatlichkeit in eklatantester Weise, da sie Richter, Gutachter, Geschworene und Gerichtsvollzieher - manchmal selbst Anwalt des Schuldners - in einen sind. Diese Machtposition der Gläubiger führte zu ökonomisch ungenügenden Schuldenreduktionen und verschleppte die Krise. Jene Rechtsstaatlichkeit, die OFCD-Regierungen ihren Schuldnerstaaten so gerne und eindringlich predigen, verweigern sie diesen gleichzeitig im Falle der Überschuldung. Selbst zur Zeit der Schuldknochtschaft konnten Gläubiger nicht einfach Selbstjustiz üben, ihre Schuldner ergreifen und versklaven,

sondern es bedurfte rechtlich hierzu der Entscheidung einer unbeteiligten Instanz, einer Kontrolle der Gläubiger, die im Rahmen der Drittweltschulden fehlt.

Das Wesen aller Insolvenzverfahren lässt sich durch zwei Grundsätze darstellen: die Rechtsstaatlichkeit, sowie den allgemeinen Rechtsgrundsatz, dass Vertrags Erfüllung (nicht nur bei Krediten) nicht verlangt werden darf, wenn dies unzumutbar ist, z.B. weil sie einen Vertragspartner physisch gefährden oder seine Menschenwürde verletzen würde. Jedes Insolvenzrecht ist eine Kollisionsnorm, die den Widerspruch zweier, allgemein anerkannter Rechtsgrundsätze löst: des Rechtes der Gläubiger auf Rück- und Zinszahlung und des Schuldnerschutzes. Insolvenzrechte anerkennen somit die Berechtigung der betroffenen Gläubigeransprüche, begrenzen aber im Konfliktfall - und nur in diesem - die Durchgriffsmöglichkeit, indem sie trotz grundsätzlich berechtigter Forderungen ein bestimmtes Minimum an Ressourcen („Existenzminimum“ bei Privaten) dem Gläubigerzugriff entziehen.

Forderungen ohne ausreichende Rechtsgrundlage bedürfen keines Insolvenzrechtes. Konsequenterweise wird auch im Falle Südafrikas nicht eine Insolvenz verlangt, sondern mit dem Instrument der „ouious debts“ operiert, weil die Rechtmäßigkeit der Apartheid-schulden in Frage gestellt wird.

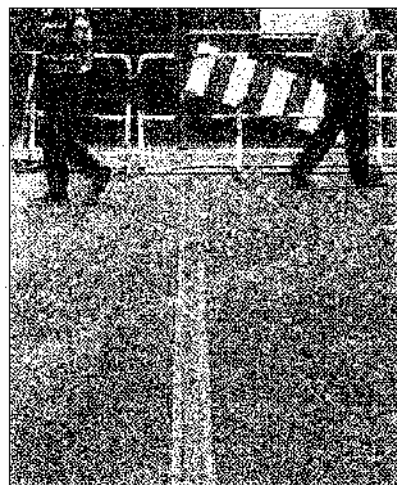
Insolvenz oder ein Schiedsverfahren mit Schuldnerschutz - wie es manche NGO lieber nennen und wie es die deutschen und österreichischen Erlas-sjahrkampagnen, die britische und die

internationale Jubilee Kampagne verlangen - ist somit essentiell dasselbe, doch hat „Insolvenz“ den Vorteil unmittelbarer Verständlichkeit. Es muss nicht erklärt werden, was gemeint ist. Letztlich ist es die Unabhängigkeit des Verfahrens zur Bestimmung der notwendigen Schuldenreduktion, die insbesondere öffentliche Gläubiger scheuen - ob das nun Insolvenz heißt oder nicht.

Private Gläubiger wissen, dass ein gewisser Prozentsatz verlorener Kredite ebenso Teil des Geschäftes ist, wie ein gewisser Anteil verdorbener Ware beim Gemüschändler. Sie äußern oft - z.B. die deutsche Commerzbank - Sorge bezüglich der Fairness eines internationalen Verfahrens, eine Sorge, die als berechtigt angesehen werden muss. In der Tat muss eine internationale Insolvenz ein fairer Mechanismus sein, der auch die Interessen der Gläubiger berücksichtigt, wie dies innerstaatliche Insolvenzordnungen tun. Sonst würde sie nicht generell akzeptiert und wäre als Lösungsmechanismus wertlos.

Derzeit stellt die unfaire Behandlung einer Gruppe von Gläubigern durch andere Gläubiger ein wichtiges Problem dar. Es wird das „bailing-in“ privater Gläubiger verlangt - d.h. eine (größere) Beteiligung dieser an Schuldenreduktionen - damit Internationale Finanzinstitutionen (IFI), wie IWF und „Weltbank“, weiterhin geschont werden können, obwohl diese die Verwendung ihrer Mittel wesentlich stärker beeinflussen, ja den Schuldner die Wirtschaftspolitik diktieren. Dies ist irreführend und sowohl gegenüber den Schuldner als auch den privaten Gläubigern unfair. Irreführend ist es, weil gerade Geschäftsbanken - nicht allerdings die Inhaber verbriefter Forderungen - im Rahmen der üblicherweise nach dem damaligen US Finanzminister benannten Brady-Initiative (die allerdings schon vorher von seinem japanischen Kollegen Miyazawa angeregt worden war) einigen Ländern massive Reduktionen gewährten. Die IFI erhöhten demgegenüber ihre Kredite an dieselben Schuldner. So war Mexiko nach seiner Brady-Miyazawa-Reduktion etwa gleich hoch verschul-

det wie zuvor, da eine Reduktion der Geschäftsbanken von 35% durch neue öffentliche Kredite - namentlich von IWF, „Weltbank“ und japanischer Regierung - mehr oder weniger ausgeglichen wurde. Im Falle Ekuadors reduzierten die Geschäftsbanken ihre Forderungen um 45%, dennoch führte dies nur zu einer sehr geringen Verringerung der Gesamtschuld. Dies belegt eindringlich, dass auch recht massive Schuldenreduktionen einer einzigen Gläubigergruppe nicht ausreichen.



Hätten alle Gläubiger um lediglich 35% reduziert, wäre Ekuador wohl wirtschaftlich saniert. Die jüngste Zahlungskrise wäre dem Land wahrscheinlich erspart geblieben. Es wäre auch gegenüber den Banken fairer gewesen. So aber sollen jene, die bereits einmal Schulden reduzierten, dies nochmals tun, während gerade die Gläubiger, die massiv die Wirtschaftspolitik des Schuldners bestimmten, verschont bleiben und so für ihre Fehler belohnt werden. Durch die Verschiebung der Schuldenstruktur zu einem höheren Anteil multilateraler Schulden wird das Schuldenmanagement erschwert, da IFI weit weniger flexibel sind als private Gläubiger. In den ärmsten Ländern mit einem höheren Anteil multilateraler Schulden wird das Problem noch deutlicher, da wirtschaftliche Sanierung ohne namhafte Reduktion multilateraler Schulden meist unmöglich ist. Es muss daher ein „bailing-in“ der IFI gefordert werden. Diese müssen endlich finanzielle Verantwortung übernehmen, indem sie ihre Forderungen reduzieren - was in den Statuten aller Entwicklungsbanken im

übrigen auch explizit vorgesehen ist. Da IFI - im Unterschied zu Geschäftsbanken - ihren „Kunden“ detaillierte Wirtschaftspolitik aufzwingen, ist deren Vorzugsbehandlung im Sinne eines Entscheidens ohne Verantwortung ökonomisch widersinnig. Fairness sowohl gegenüber Schuldner als auch gegenüber Gläubigern gebietet somit eine Gleichbehandlung aller Gläubiger.

Der ägyptische Bankrott 1876 zeigt die Unterschiede zwischen öffentlichen und privaten Gläubigern besonders klar. Diese Krise wurde zur Gänze von den privaten Gläubigern gemanagt. Die Kommission zur öffentlichen Verschuldung schlug als Vertreterin der Gläubigerinteressen vor, sich bei der Lösung an den ägyptischen Regelungen des „Privatbankrotts“ zu orientieren, die wie alle Insolvenzordnungen eine Abwägung von Gläubigerbefriedigung und Schuldnerschutz vornahmen. Ähnlich dem Regime des IWF und der „Weltbank“ wurden alle Maßnahmen durch die Vertretung der Gläubiger, namentlich durch deren Repräsentanten, Evelyn Baring, angeordnet. Hiermit allerdings endet die Analogie. Zahlungen des Staates für Löhne und Renten hatten weiterhin voll und in bar zu erfolgen. Ausgaben für Gesundheit und Erziehung blieben gesichert und fielen - wie z.B. auch Investitionen zur Verbesserung des Bewässerungssystems - keiner Austeritätspolitik zum Opfer. Steuern und Gebühren wurden sogar gesenkt. Binnen rund sieben Jahren war Ägypten finanziell saniert. Kapitalisten des 19. Jahrhundert managten die Krise nicht nur wirtschaftlich effizienter sondern auch humaner als der IWF, die „Weltbank“ und die öffentlichen Gläubiger von heute.

Es gibt kein überzeugendes Argument gegen eine internationale Insolvenz. Wäre Insolvenz nicht ökonomisch sinnvoll, hätte sie sich nicht gegen den Schuldner durchgesetzt und mensch würde ihre Abschaffung für alle Schuldner fordern. Nach der Asienkrise ist genau das Gegenteil der Fall. Es erhebt sich nur die Frage, ob sie auch für staatliche Schuldner durchführbar ist. Der Ausgleich von Fir-

me), wie auch bei uns bekannt, kann wegen des Problems der Souveränität nicht auf Staaten angewandt werden, wie auch sofort gegen den Vorschlag einer internationalen Insolvenz durch Saratgar (einem britischen Bankier), UNCTAD und andere Mitte der Achtzigerjahre eingewendet wurde. Doch gibt es in den USA ein Insolvenzrecht für Schuldner mit Hoheitsgewalt (og. municipalities). Die Finanzkatastrophen der 1930er zeigten, dass Neubeginn durch Insolvenz für alle Parteien vorteilhaft ist. Die USA führten dieses Verfahren zur Vermeidung dessen ein, was man dem Süden seit 1982 unter Hinweis auf ökonomische und moralische Notwendigkeiten aufzwingt. Verfahren nach Kapitel 9 werden seit Jahrzehnten durchgeführt - es gab etwa 500 Fälle zwischen 1937 und 1995.

Praktisch kann man unter municipalities Stadtgemeinden, Bezirke, aber auch Versorgungsbezirke (etwa für Wasser) verstehen. Municipalities können bei Gericht um Schutz nach Kapitel 9 ansuchen, wenn sie insolvent oder unfähig ist, ihre Schulden zeitgerecht zu bedienen. Dadurch verlieren Gläubiger-Forderungen automatisch ihre Durchsetzbarkeit in separaten Verfahren und können nur noch im Rahmen des Ausgleiches befriedigt werden. Die endgültige Lösung ist in einem fairen und offenen Verfahren zu erreichen, ohne Übervorteilung, wie gering auch immer. Zur Festlegung der Ausgleichsquote werden Einnahmen und Ausgaben des Schuldners betrachtet, wobei die Möglichkeiten Steuern einzubeheben und das Ausmaß, in dem Steuererhöhungen sowohl notwendig als auch durchführbar sind, berücksichtigt werden. Die Gläubiger, deren Interessen im Verfahren ebenfalls zu berücksichtigen sind, sollen erhalten, was unter den gegebenen Umständen vernünftigerweise erwartet werden kann. § 904 verbietet dem Gericht, in die Entscheidung des Schuldners, welche Dienstleistungen und Vergünstigungen er seinen Bürgern bereitstellt, einzugreifen.

Eine erste von municipalities selbst vorgeschlagene Version wurde vom US Kongress wegen möglicher Einmischung in den Hoheitsbereich als verfassungswidrig abgelehnt. Erst ein

Vorschlag, der jede Einmischung in die hoheitlichen, politischen und steuerlichen Angelegenheiten verbietet, jedoch vorsah, dass die Schulden in einer für alle fairen und gerechten Weise anzupassen seien, wurde akzeptiert. Die Gläubigerinterventionen, unter denen Entwicklungsländer und ihre Bevölkerungen leiden; erschienen dem US-Gesetzgeber für US-amerikanische öffentliche Schuldner inakzeptabel. Dies macht Kapitel 9 auf souveräne Schuldner anwendbar. Es schützt den Staatsbereich des öffentlichen Schuldners und gibt der betroffenen Bevölkerung ein Anhörungsrecht (bez. Details v. <http://mailbox.univie.ac.at/~rafferk5>) in einem fairen, offenen und rechtsstaatlichen Verfahren.

Schiedsgerichtsbarkeit und Schutz der Bevölkerung

Da im Rahmen der neuen Annusstrategie der Schuldnerschutz offiziell Eingang fand - es bleibt abzuwarten inwieweit dies auch geschehen wird - bleibt als „inakzeptabler“ Stolperstein offenbar nur die Rechtsstaatlichkeit. Vor allem Regierungen und multilaterale Finanzinstitutionen sind bislang gegen ein faires und offenes Verfahren. Es stellt sich somit die Frage, warum es so starken, inhaltenden Widerstand gegen ein bekanntes und bewährtes Verfahren geben kann, das sofort anwendbar wäre, ökonomisch sinnvoll ist und menschliches Leid verhüten könnte. Diese Fragen können letztlich nur jene beantworten, die sich dagegen wehren. Sie sollten aufgefordert werden, dies zu tun, auch wenn ihnen dies unangenehm sein sollte. Hier kann nur auf einige Fakten verwiesen werden, die aus rein logischer Perspektive betrachtet werden.

Das Argument, Schiedsgerichtsbarkeit sei in dieser Sache unmöglich, ist leicht widerlegt. Sowohl das Londoner Schuldenabkommen Deutschlands, als auch in der Zwischenkriegszeit internationale Anleihen begebende deutsche Städte sahen Schiedsgerichtsbarkeit als zur Klärung allfälliger Auffassungsunterschiede mit den Gläubigern vor. Selbst im Rahmen der Drittweltverschuldung nach 1982 ist Schiedsgerichtsbarkeit kein Novum. Das Umschuldungsab-

kommen 1991 der Geschäftsbanken mit Nigeria sah zur Klärung von Auffassungsunterschieden über vom Öleinkommen abhängige Zahlungen eine(n) Schiedsrichter(in) vor, der/die vom Präsidenten des London Court of International Arbitration zu bestimmen wäre. Auch im Falle Uruguays (1990) war ein(e) Schiedsrichter(in) ausdrücklich vorgesehen. In Brasilien besteht eine gesetzliche Verpflichtung des Bundes, Divergenzen mit internationalen Gläubigern durch Schiedsgerichte zu regeln, die auch praktiziert wurde. Im Rahmen der WTO und der NAFTA wurde sie eingeführt, und bei den OECD-Regierungen erfreut sich die Schiedsgerichtsbarkeit so großer Beliebtheit, dass man auch in das geplante MAI Schiedsentscheidungen zwischen Investoren und Staaten aufnehmen wollte. Bedenken gegen Schiedsgerichtsbarkeit werden lediglich geäußert, wenn es gilt, die Armen im Süden und ihre Menschenwürde zu schützen.

Zur Sicherstellung, dass unter dem Titel Schuldnerschutz erlassene Forderungen auch tatsächlich zugunsten der armen Bevölkerung verwendet werden, sollte ein Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit eingerichtet werden, der die Sicherung der Finanzierung von Minimalstandards für die Armen bzw. für den Wiederaufbau („fresh start“) des Landes notwendigen Mittel verwaltet, wie von Ann Petáfor anlässlich eines Treffens mit Beamten der G7-Regierungen und Vertretern der Bretton-Woods-Institutionen vor dem Kölner Gipfel vorgeschlagen. Es ist rati-



sam, ein Insolvenzverfahren nicht zu überfrachten, also nicht zu versuchen, alle Details vorab festzulegen, da dies - ebenso wie

die Gründung eines eigenen internationalen Gerichtshofs - die Umsetzung weiter verzögern würde. Vielmehr sollte im Verfahren der notwendige Betrag dimensionsmäßig festgelegt und bereitgestellt werden. Die genaue Durchführung könnte danach - etwa im Rahmen eines Po-

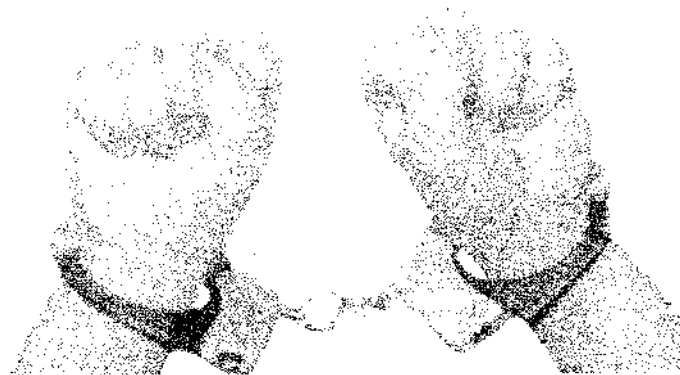
verty Action Fund - geplant und durchgeführt werden.

Der Umstand, dass nichtöffentliche Gläubiger Nettoausfälle - definiert als Nominale minus Betrag der Risikovorsorge - durch Risikovorsorge an die veränderten wirtschaftlichen Umstände anpassen, mag wohl auch erklären, warum diese dem Gedankengang einer Insolvenz meist offener gegenüberstehen. Dies ist eben normaler, wenn auch für Gläubiger weniger erfreulicher Fixbestandteil jedes Bankgeschäfts. Zu Recht könnten aber gerade Banken geltend machen, dass sie zwar der Bereitstellung von Mitteln für die Armen zustimmen, aber nicht selbst entwicklungspolitisch tätig werden wollen, da dies weit außerhalb ihres Geschäftsbereichs liege.

Schließlich müssen Geschäftsbanken im Unterschied zu öffentlichen Gläubigern die Kosten der Umschuldungsverhandlungen selbst verdienen, was ökonomisch einen Anreiz gegen unnötige Verzögerungen darstellt. Demgegenüber überwälzen multilaterale Finanzinstitutionen diese Kosten zur Gänze auf ihre Schuldner. Sie verdienen daran und beziehen daraus zumindest teilweise ihre Existenzberechtigung. In der Ökonomie wird dies moral hazard genannt.

Es gibt keinen technischen Grund, Schuldnern im Süden jene Mindeststandards an Rechtsstaatlichkeit und Schuldnerschutz vorzuenthalten, die sich auch aus wirtschaftlichen Gründen in allen anderen Fällen durchsetzen. Daher ist der Privalsektor eher bereit - wenn auch ohne Enthusiasmus - eine Regelung, die schon der „Vater der Nationalökonomie“, Adam Smith, als beste Regelung für Staaten empfahl, zu akzeptieren. Gebremst wurde bisher von den öffentlichen Gläubigern, doch geben die neuesten Entwicklungen Anlass zur Hoffnung auf eine Änderung zum Besseren.

Karlbert Puffer ist außerordentlicher Professor am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Universität Wien.



Was ist der IWF?

Der Internationale Währungsfonds wurde 1944 im amerikanischen Bretton Woods gegründet, zeitgleich mit der Weltbank. Derzeitiger Generaldirektor des IWF ist der Deutsche Horst Köhler. Innerhalb des IWF haben die Mitgliedsländer Stimmrechte. Die Stimmanteile verteilen sich nach ihrer Wirtschaftskraft, nicht nach den Bedürfnissen ihrer Bürger oder dem Anteil an der Weltbevölkerung. Die USA, in der nur fünf Prozent der Weltbevölkerung leben, verfügen über 17 Prozent der Stimmen. Auf die G7, die sieben reichsten Länder der Welt, entfallen insgesamt 45 Prozent der Stimmen - genug, um ihre Interessen durchzusetzen. Im Interesse der reichsten Länder der Welt, allen voran der USA, überwacht der IWF die Weltwirtschaft und fördert den freien Markt.

Martin Sattler, Farouk Ahmed Tarah



KLEINE KREDITE FÜR KLEINE LEUTE VON DER KREDIT-WÜRDIGKEIT

Helmut Waldert

Die eigentliche Aufgabe der Banken ist per definitionem die Versorgung der Volkswirtschaften mit Geld. Trotzdem werden Menschen massenweise vom UnternehmerInnen und freien Märkten ausgeschlossen. Dass es innerhalb der gängigen Marktwirtschaft auch profiterzeugende Alternativen dazu gibt, beweist das Beispiel der Grameen-Bank. Hier eine Radiosendung* zum Thema

Die Menschenwürde - was ist das schon? lässt sich konkreter fassen: sie ist auch Kreditwürdigkeit. Das ist schon was. Dazu Feststellung Nr. 1:

Der Zugang zu herkömmlichen kommerziellen Krediten ist mehr als zwei Dritteln der Menschheit verschlossen. Kommerzielle Banken sind nicht bereit, mittellosen Menschen einen Kredit einzuräumen, da sie materielle Sicherstellungen verlangen.

Diese Feststellung stammt aus einem Befund über die wirtschaftliche Entwicklung in der 3. Welt. Wo also nichts Materielles ist, kommt auch nichts Materielles hinzu. *Null-Entwicklung* - das ist so ein ähnlicher Begriff wie *Null-Defizit*. Für die Banken scheint es Menschen zu geben, die nur aus Defizit und Risiko bestehen, die nicht kreditwürdig sind. Und so stammt Feststellung Nr. 2 von einer Finanz-Managerin aus London, der auf ihren Wegen in der Finanz-Metropole eine Menge mittel- und wohnungslose Leute auffielen, die zudem chancenlos waren, von einer Bank auch noch so kleine Beträge geliehen zu bekommen, um sich damit eine eigene Existenz bauen zu können:

Kreditwürdig sein, hieß eigentlich einmal: in der Lage sein, das geliehene Geld zurückzuzahlen. Heute bedeutet es: in der Lage sein, der Bank Profite zu verschaffen.

Wenn das stimmt, hat sich bzw. würde die wirtschaftliche Aufgabe des Kredits g ändern: sollte er ursprünglich einen Geldmangel ausgleichen, dient er nun der Geldvermehrung des Kreditgebers. Das spiegelt sich im Kleinen wie im Großen: Unter dem Titel *Entwicklungshilfe* fließen in einem Jahr 56 Milliarden US-Dollar von den Industrieländern an Entwicklungsländer, sagt die OECD, aber mehr als doppelt soviel, 135 Milliarden US-Dollar, sagt die Weltbank, fließen an Zinszahlungen an die reichen Kredit-Geber-Länder, die solcherart zu Nehmer-Ländern werden. Daher folgt Standpunkt Nr. 3:

Janine Reyhani Ich vertrete den Standpunkt, dass die Weltbank in den letzten Jahren durch Großprojekte mit unüberschaubaren Dimensionen Entwicklungshilfe ge-

leistet hat, die teils ihr Ziel verfehlt hat - sprich: die armen Menschen sind dadurch nicht motiviert wurden, sich aus der Armutsfalle zu befreien, sondern man hat ihnen Almosen gegeben und den Selbsthilfewillen nicht gestärkt.

Janine Reyhani hat in einer Arbeit an der Universität Graz untersucht, warum das große und mächtige Geld das Elend der geld- und machtlosen Leute nur vergrößert hat, - mehr als 2 Milliarden Menschen haben mit weniger als 2 Dollar pro Tag auszukommen, mehr als 1 Milliarde Menschen mit weniger als 1 Dollar, von der Gesundheits- und Bildungs-Versorgung gar nicht zu reden oder von der Versorgung mit Wasser und sanitären Einrichtungen. **Reyhani** untersucht weiters, wie und warum es eines alternativen und innovativen Systems von Mikrokrediten bedurfte, das auf die Situation der mittellosen Menschen zugeschnitten ist, also die Zielgruppe wirklich erreicht.

Janine Reyhani Die Vergabe von Mikrokrediten ist eine Möglichkeit, den Selbsthilfewillen der armen Menschen zu

* Dieser Text ist ein Ausschnitt des Manuskripts der Ö1-Sendung „Radiokollekt“ zum Thema „Banken - Die Räder in der großen Geldmaschine“ vom 23.01.2002.

stärken und zu mobilisieren, und das sieht auch die Weltbank mittlerweile so, d.h. die Weltbank legt heute auch sehr großen Wert auf die Vergabe von Mikrokrediten, nur ist sie nicht in der Lage, Mikrokredite so zu vergeben, wie das NGOs tun, weil sie wegen der Größe ihrer Organisation eine solche Verwaltung nicht durchführen kann, d.h. die Weltbank legt großen Wert auf NGOs, mit denen sie kooperiert, die Mikrokredit-Projekte durchführen.

...um die Armen mit mehr Macht auszustatten. Zu dieser Einsicht haben der Weltbank auch ihre KritikerInnen verholten, wie der Nobelpreisträger und ehemalige Chef-Ökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, der auch die traditionellen Bedingungen der Kreditvergabe kritisiert.

Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds wurden 1944 gegründet, die Weltbank damals mit der Aufgabe der Finanzierung des Wiederaufbaus, heute ist ihre Hauptaufgabe: die Armutsbekämpfung. Sie fungiert als Kreditgeberin und Kreditvermittlerin zu öffentlichen Finanziers wie Staaten, und privaten InvestorInnen. Die Weltbank gehört zwar etwa 180 Mitgliedsstaaten, aber den Ton geben die wenigen großen Industrieländer an, und sie steht an der Spitze eines internationalen Bankensystems, in das auch kommerzielle Banken eingebunden sind. Diese Banken gehen dabei so vor: Sie stuft Dritte-Welt-Kredite nach ihrer Sicherheit der Rückzahlung und Bedienung ein - je höher das Risiko, umso höher die Zinsen, bis zu 20-30%. Ändert sich bei der jährlichen Überprüfung des Kredits im Rating-Verfahren das Risiko, nehmen die Banken eine Wertberichtigung vor, d.h. sie setzen eine Forderung bei einem drohenden Verlust in ihren Büchern nicht mehr mit 100 % an, sondern nur mehr z.B. mit 30 %. Um den Betrag dieser Wertberichtigung kürzen sie dann ihre Gewinnmittlung, und sparen damit Jahr für Jahr Steuern. Manche Banken schaffen sich mit diesen Wertberichtigungen und Rückstellungen einen schönen Polster.

Janine Reyhani Ich glaube, dass kommerzielle Banken kein Interesse haben, den Wohlstand von mittellosen Menschen zu heben. Kommerzielle Banken sind auf Profit ausgerichtet, und gerade im Mikrokredit-Bereich ist nicht der Profit das Ausschlaggebende, sondern Ziel ist, den Menschen einen Weg zu bieten, wie sie sich aus der Armut befreien können. Die kommerziellen Banken haben eben keinerlei Interesse, in solche Projekte zu investieren. Erstrebenswert ist also eine Kooperation zwischen einer Nicht-Regierungs-Organisation (NGO), die die Betreuung der Mikrokredit-NehmerInnen macht, und einer kommerziellen Bank, die eine Summe für die Vergabe von Klein-Krediten bereitstellt. Das ist aber heute noch nicht der Fall. D.h. die Mikrokredit-Organisationen sind bestrebt, den kommerziellen Banken zu zeigen, dass sie sehr wohl Erfolge erzielen durch die Vergabe von Mikrokrediten, und das spiegelt sich auch in der Rückzahlungsquote: Mikrokredit-Banken weisen eine Rückzahlungsquote von 95% auf, kommerzielle Banken können so hohe Rückzahlungsquoten kaum aufweisen.

Pionierin unter den Kleinkredit-Banken ist die Grameen-Bank (was soviel wie Dorf-Bank bedeutet) in Bangladesh, Anfang der 80er-Jahre - als Herausforderung für und Alternative zu den kommerziellen Banken - gegründet und aufgebaut, nicht von einem Banker, sondern von Muhammad Yunus, einem Mann, der in Amerika studiert hatte, dann an die Universität von Chittagong zurückkehrte, dort mit seinen StudentInnen an einem ländlichen Entwicklungsprogramm arbeitete.

Janine Reyhani Er hat herausgefunden, dass der Zugang zu kommerziellen Krediten genau jener Zielgruppe von Menschen verwehrt ist, nämlich Leuten, die es am dringendsten notwendig hätten und dadurch gezwungen sind, zu WuchererInnen zu gehen oder sich bei ZwischenhändlerInnen Kapital auszuborgen und dabei stark ausgenutzt werden, wenn sie viel mehr zurückzahlen müssen, als sie ausgeborgt haben. Sie werden von ihren eigenen Leuten im Land ausgebeutet. Z.B. holen sich Frauen morgens Material vom ZwischenhändlerInnen, um etwa Körbe herzustellen

und abends müssen sie dem Händler 80 % vom produzierten Wert abliefern. Es bleiben den Frauen also nur sehr kleine Gewinne, mit denen sie gerade überleben können. Yunus hat herausgefunden, wenn er den Leuten nur ein paar Dollar borgt, dass das genügen würde, um Material zu kaufen, um damit z.B. Körbe herzustellen. Durch Mikrokredite können sie aus der



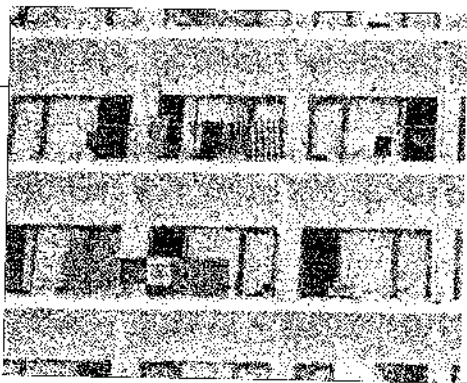
Abhängigkeit von ZwischenhändlerInnen heraus, sie könnten damit Material kaufen und hätten tägliche Profite, um ihre Familien zu ernähren und die Kredite zurückzuzahlen. Die Mikrokredit-Banken halten es so, dass die Kredite wöchentlich zurückgezahlt werden, in kleinen Raten aufs Jahr verteilt. Diese Kredite sind kurzfristige Kredite, die es den KreditnehmerInnen ermöglichen, die Kredite in regelmäßigen Abständen zurück zu zahlen.

Das Startkapital wurde mit Hilfe der Zentralbank organisiert, andere Banken wurden verpflichtet, wenigstens Zweigstellen zur Verfügung zu stellen. Die durchschnittliche Höhe der vergebenen Kredite liegt bei 100 US-Dollar, kann also auch weit geringer sein. Damit werden landwirtschaftliche Geräte oder Tiere angeschafft, Nähmaschinen, Einrichtungen für einen Handwerksbetrieb wie eine Bäckerei, Töpferei, etc. Häuser werden damit gebaut. Das Programm heißt also: Emanzipation aus der Abhängigkeit von Armut hin zu einer eigenständigen wirtschaftlichen Tätigkeit. Die Kredite werden an Menschen vergeben, die eine einzige Voraussetzung erfüllen müssen: sie müssen arm und mittellos sein, ohne Besitz, - sie haben also keinerlei Sicher-

heit zu bieten, außer sich selbst, und das funktioniert so:

Janine Reyhani Die Vergabe von Mikrokrediten bei fast allen Organisationen setzt voraus, dass sich eine Gruppe von etwa 5 bis 7 Personen zusammenschließt. Diese Gruppe wird Solidaritätsgruppe genannt. Die Mitglieder der Gruppe haften für die Kreditnahme eines jeden Gruppenmitglieds. Das ist faktisch die einzige Sicherstellung, die eine Mikrokredit-Bank hat, nämlich durch die Bürgschaft jedes und jeder einzelnen für die anderen. Die Grameen-Bank geht z.B. so vor: wenn sich eine solche Gruppe gebildet hat, bekommen zuerst zwei Mitglieder der Gruppe einen Kredit, zahlen die erfolgreich wöchentlich ihre Raten zurück, kriegen zwei weitere Gruppenmitglieder einen Kredit und schließlich dann der/die GruppenleiterIn als letzter. Die Bank stellt so sicher, dass die Menschen die Kredite wirklich zielführend investieren, denn oft, wenn nur Almosen an die Leute verteilt werden, haben die Menschen keine Ambition, mit dem erhaltenen Geld etwas aufzubauen. Aber bei einer Mikrokredit-Vergabe sieht man sofort, ob die Menschen diesen Kredit sinnig verwenden, denn nur dadurch sind sie in der Lage, auch wöchentlich die Tilgungsraten und die Zinsen zurückzuzahlen.

Herkömmliche Banken verlangen als Sicherheiten für Kredite Grundstücke, Immobilien, Maschinen, sie vertrauen also in die Sicherheit des fragwürdigen und unverlässlichen Werts von Sachen,



falls etwas schief geht, und sie misstrauen grundsätzlich dem KreditnehmerInnen. Zudem sind kommerzielle Banken nicht dem Interesse ihres

Kreditkündinnen verpflichtet, sondern dem Interesse ihrer AktionärInnen und der Vermehrung von deren Gewinnen. Bei der Grameen-Bank wird der Kredit auf seinen ursprüngliche Bedeutung zurückgeführt: Credit heißt: ich glaube, ich vertraue.

Die Mikrokredit-Bank bezieht - das ist eine andere Art von Geschäfts-Philosophie - ihre Sicherheit von Menschen:

Janine Reyhani Nicht nur genau so viel, sondern eben mehr Sicherheit, weil die Menschen ein so starkes Solidaritätsgefühl haben, dass sie eben die hohen Rückzahlungsquoten erzielen können, und die Bürgschaft füreinander zählt eben viel mehr als jegliche Wertsicherung, die man hierzulande geben könnte.

Diese Bank baut nicht nur auf Solidarität auf, sie produziert auch sozialen Zusammenhalt - das ist das Gegenteil einer Konkurrenz-Gesellschaft. Und das drückt sich auch in der Konstruktion der Bank aus: ursprünglich gehörte sie noch mehrheitlich dem Staat und zum geringeren Teil den KreditnehmerInnen, jetzt gehört sie zu 90% ihren KreditnehmerInnen und nur mehr zum geringen Teil dem Staat. Das musste gegenüber der Regierung aber erst durchgesetzt werden. Wenn die KreditnehmerInnen selbst die Aktionäre sind, wird deren Rendite-Interesse neutralisiert. Die Grameen-Bank verfügt mittlerweile über mehr als 1.000 Zweigstellen, ist in mehr als 40.000 Dörfern aktiv - das sind mehr als die Hälfte der Landgemeinden, sie hat mehr als 2 Millionen Mitglieder und KreditnehmerInnen, die nach und nach zu Sparern werden und mit ihren Einlagen Gold hercit stellen. Die Bank arbeitet also nicht zentral, sondern extrem dezentralisiert - im Gegensatz zu profitorientierten Banken. Die MitarbeiterInnen von Grameen suchen die Menschen in ihren Dörfern auf und machen sich zuerst mit deren Situation vertraut. In ihren Leitlinien heißt es unter anderem:

Man muss mit dem Problem beginnen und nicht mit der Lösung: ein Kreditssystem muss auf einer Untersuchung des sozialen Hintergrundes basieren, statt auf einer vorgefertigten Banktechnik. Man muss eine progressive Einstellung haben: Entwicklung ist ein langfristiger Prozess. Man muss sicherstellen, dass das Kreditssystem den Armen hilft und nicht umgekehrt.

Der Zinssatz für geliehenes Geld wurde von 20 auf 16% gesenkt, das ist für unsere Ohren immer noch relativ viel, aber der Zins ist hier nicht nur der Preis für Geld und Risiko:

Janine Reyhani Im Zinssatz ist ein sehr hoher Anteil an Arbeit enthalten, und der muss auch damit abgedeckt werden. Das Geschäft der Mikrokredit-Banken ist sehr beratungsintensiv: die Menschen müssen vorbereitet werden, es muss ihnen der Umgang mit Krediten beigebracht werden, und daher sind die Zinsen natürlich höher als bei uns. Im Lauf der Zeit hat sich aber gezeigt, dass es kein Problem ist, einen höheren Zinssatz zurückzuzahlen, wenn dafür die Betreuung der Menschen durch die Mikrokredit-Organisation dementsprechend ist. Es gibt z.B. eine sehr erfolgreiche Entwicklungs-Universität in Südamerika, FUNDAEC: sie bildet lokale EntwicklungshelferInnen aus, die in die Dörfer gehen und den Menschen dort eine angepasste Erziehung ermöglichen, d.h. sie machen die Menschen bekannt damit, wie sie Mikrokredite verwenden können. Und das ist eine optimale Kombination einer Entwicklungshochschule wie FUNDAEC und der Vergabe von Mikrokrediten: einerseits wird den Menschen das Wissen vermittelt und gleichzeitig haben sie die Möglichkeit, an Geld heranzukommen, um eben ihre Ideen umzusetzen.

Die Regeln der Bank für ihre Mitglieder zielen auf eine Veränderung und Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen, nicht nur allein der wirtschaftlichen, zum Beispiel:

Wir werden darauf achten, weniger Kinder zu haben. Wir wollen für eine schulische Ausbildung unserer Kinder sorgen und die Mittel bereit stellen, um eine solche Ausbildung zu ermöglichen. Wir werden für unsere Söhne keine Mithilfe verlangen, so wie wir unseren Töchtern auch keine mitgeben werden. Die Mithilfe ist in unseren Zentren verboten.

Im kommerziellen Bankwesen bekommen hauptsächlich Männer Kredite, bei Citicream ist es umgekehrt: zu mehr als 90 % erhalten Frauen die Kredite.

Janine Reyhani Frauen haben sich als die wesentlich besseren Kreditnehmerinnen erwiesen und die meisten Mikrokreditorganisationen vergeben Kredite bevorzugt an Frauen, weil die Frauen nachweislich ihre Gewinne in ihre Kinder, Familien, die Ernährung und Erziehung investieren, Männer hingegen ihre Gewinne für sich selbst beanspruchen. Auch hier könnte das kommerzielle Bankwesen in Europa ansetzen, indem man vermehrt versucht, Frauen als Kreditnehmerinnen zu gewinnen.

Guðrun Ernstbrunner arbeitet und spricht für die Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit, die vor 25 Jahren im holländischen Amersfoort gegründet wurde, und zwar als Kreditgenossenschaft auf Anregung des Ökumenischen Rats der Kirchen. Die selbst gewählte Aufgabe: Investieren in Gerechtigkeit, also: Investitionskapital mobilisieren, von: Kirchen, kirchlichen Gruppen, Gemeinden, Förderkreisen, Einzelpersonen, Gewerkschaften, Banken. Das Anteilska-

pital derzeit: angewachsen auf 130 Mio. EURO, bestimmt für Produktivunternehmen, nicht als Spenden oder Geldgeschenke, sondern in Form von Krediten.

Guðrun Ernstbrunner Die Art der günstigen Darlehen wurde gewählt, damit sich die ProjektpartnerInnen nicht als AlmosenempfängerInnen empfinden, was bei Spendengeldern eher der Fall ist, sie fühlen sich dann abhängig von Spenden, aber bei Darlehen wissen sie, dass sie dafür verantwortlich sind und wieder zurückzahlen müssen - es ist eine viel größere Motivation da, ein Projekt auch durchzuführen, als wenn sie nur etwas bekämen, für das sie dann keine Rechnung legen müssen und sagen können, es ist eben schief gelaufen. Gleichzeitig haben sie auch die Verantwortung, weil andere nicht anfangen können, wenn sie den Kredit nicht zurückzahlen könne.

Die Kredite fließen an Menschen und Unternehmen aller Art in benachteiligten Regionen in Lateinamerika, Asien, Afrika, aber auch in Osteuropa. Gemanagt wird das Kreditunternehmen von Bankfachleuten, aber nicht mit der herrschaftlich-hierarchischen Arroganz von Geldgebern:

Guðrun Ernstbrunner Es wurden bewusst eine genossenschaftliche Struktur gewählt, damit die armen Länder nicht mehr so von den reichen abhängig sind. In diesem Modell hat jedes Mitglied eine Stimme, egal wie viel Geld es eingebracht hat und es können alle Mitglied werden, die mindestens einen Anteil zeichnen. Es gibt auch viele Mitglieder in den Ländern des Südens, kirchliche Einrichtungen, evangelische und katholische, Alternativbanken in Ländern des Südens, und es gibt auch die Möglichkeit für ProjektpartnerInnen, nach einer gewissen Laufzeit Mitglied zu werden, und mit ihrem Anteil haben sie dann genauso eine Stimme wie jene, die 1.000 Anteile gezeichnet haben.

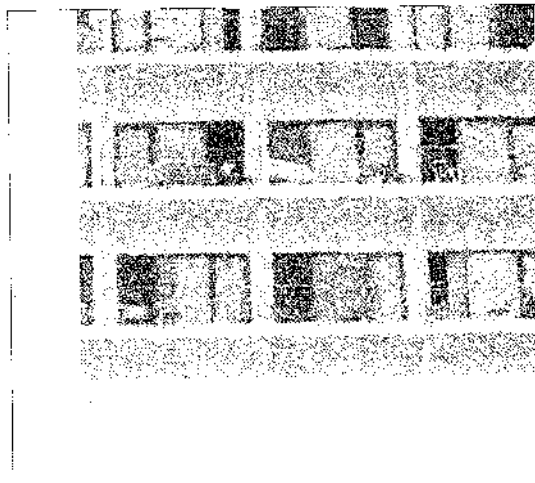
Ein Anteil beträgt 200 EURO, es können beliebig viele Anteile erworben und auch wieder gekündigt werden. Das Ziel dieser Geldanlage ist nicht der eigene Profit, sondern die Befähigung von benachteiligten Menschen durch Kreditgeld, ihre Fähigkeiten in wirtschaftlichen Sinn umzuwandeln. Die AnlegerInnen können aber doch eine Rendite von 2% erwarten.

Guðrun Ernstbrunner Die Rückzahlung - das ist ein harter Punkt - muss in harter Währung erfolgen, in US-Dollar, weil der Kredit meist in US-Dollar vergeben wird, und weil das Kapital der AnlegerInnen eben auch seinen Wert erhalten muss. Würden die AnlegerInnen zu viel von ihrem Geld verlieren, würden sie ihr Geld zurückziehen und damit wäre die Idee gestorben.

Schwierigkeiten werden gemeinsam getragen: Bei der Verschlechterung des Wechselkurses zu Ungunsten eines Partners können zur Abdeckung Mittel aus einem Sonderfonds genommen werden. Von den AnlegerInnen wird andererseits erwartet, dass sie das Risiko mittragen, dass ihnen bewusst ist, dass bis zu einem gewissen Maß Risikokapital ist.

Die Kreditzinsen betragen 9%, sind aber je nach den Umständen verhandelbar. Ein Teil davon dient der Bildung von Rücklagen und der Risikoabsicherung für das ganze Unternehmen, falls sich Projekte als nicht durchführbar herausstellen oder hinter den wirtschaftlichen Plänen zurückbleiben. Auch darin liegt der Sinn der genossenschaftlichen Konstruktion:

Guðrun Ernstbrunner Durch die breite Trägerschaft ist wirklich das Risiko von allen getragen, von den PartnerInnen, aber auch von den AnlegerInnen, es wird gemeinsam getragen, und je mehr PartnerInnen es gibt, umso weniger trifft es die einzelnen.



Seit mehr als 25 Jahren funktioniert die Sache mit dem kreditierten Vertrauen: Ofokredit erwirtschaftet Erträge, zuerzert mehr als 3 Millionen EURO im Jahr;

Gudrun Ernstbrunner Es sind nur wenige Projekte, die abgeschrieben werden müssen. Die meisten ProjektpartnerInnen zahlen regelmäßig zurück, man sieht das auch an den Zinsrückläufen, dass wir immer einen Gewinn haben, trotz der Rücklagen, die wieder aus den Zinsrückläufen gebildet werden.

Nach dem Funktionsprinzip der Gramscen-Bank wurden Mikrokredit-Systeme in Mittel- und Südamerika, Afrika, Indien, in den südlichen Staaten der ehemaligen Sowjetunion ins Werk gesetzt, mit variierenden Schwerpunkten wie z.B. der Gründung kleiner dörflicher Banken zwecks Unabhängigkeit von den Geldapparaten kommerzieller Banken. Durchwegs wird von einer merklichen Einkommensverbesserung der TeilnehmerInnen berichtet. Die System-Idee findet zurück in die sogenannten reichen Staaten:

Janine Keyhani Z.B. hat die Organisation ACCION nicht nur zum Ziel, mittellose Menschen zu unterstützen, sondern Mikro-UnternehmerInnen generell, und die müssen auch nicht nur in einem Entwicklungsland leben, sondern ACCION hat auch KreditnehmerInnen in Amerika, also die Ärmere in der Bevölkerung, an die diese Kredite vergeben werden, und die können sich dann eben in den USA so ein Mikro-Unternehmen aufbauen.

Und in London beendete die ehemalige hochdotierte Finanzmanagerin bei Goldkonzernen, *Rosalind Copisarow*, ihre Jobs und zog das Mikrokreditsystem Street UK auf, samt einem Projekt in Polen, nachdem sie einen Artikel in der Financial Times über Mikrokreditsysteme gelesen hatte. Ihre Begründung: Vielen Leuten geht es nicht schlecht genug, um Sozialhilfe zu bekommen, und nicht gut genug, um von den Banken Geld gelehnt zu bekommen. Mikrokreditsysteme haben allerdings ein Grundproblem: Beim Start brauchen sie frisches Kapital, das sie dann quasi im Recycling-Verfahren verleihen können, und wenn sie expandieren wollen oder sollen, um nicht auf ihren KundInnenkreis beschränkt zu bleiben und um mehr mittellose Menschen zu erreichen, brauchen sie weiter frisches Kapital. Wie das zu bewerkstelligen wäre, ohne eine Abhängigkeit von kommerziellen Banken zu erzeugen, dazu hat *Janine Reyhani* folgende Überlegung:

Janine Reyhani Es gibt die Idcc. Importe aus Entwicklungsländern in die EU mit einer 2%igen Steuer zu belegen. Das mag vielen als recht krass erscheinen, wenn Importe aus Entwicklungsländern auch noch mit einer Steuer belegt würden. Es sollte aber so funktionieren: z.B. beim Import von Kaffee sollte ein 2%iger Aufschlag bei den EU-Außenzöllen einbehalten werden, die an die KonsumentInnen weitergegeben werden. Die KonsumentInnen würden das aber nicht durch eine 2%ige Erhöhung des Kaffee-Preises spüren, weil sich der Aufschlag nur auf den Import-Wert des Rohkaffees bezieht. Insgesamt gäbe es nur eine minimale, kaum spürbare Verteuerung des Kaffees, aber insgesamt würde das einen Betrag von 6 Mrd. Euro pro Jahr ergeben, womit eine Vielzahl von Mikrokrediten vergeben werden könnten bzw. Investitionen in Entwicklungshochschulen erfolgen könnten. Da es sich dabei um Kredite handeln würde, die mit Zinsen zurückgezahlt würden, könnten von Jahr zu Jahr mehr Kredite vergeben werden.

Immer wieder wird die Frage gestellt: Wann fangen die Reichen endlich an, sich wirklich um die Armen zu kümmern? An der Frage, wie man das praktisch macht, kann die Antwort (Lösung) nicht scheitern. Zweitens: es gibt Banken, die im Auftrag ihrer EigentümerInnen Geld für sie verleihen, und es gibt Banken, die das für die Kredit-Unwürdigen tun. Dementsprechend verteilt sich der wirtschaftliche Nutzen auf viele oder der Profit nur auf wenige.

Darum haben die, welchen dies Blatt zukommt, folgende zu beachten:

1. Sie müssen das Blatt sorgfältig außerhalb ihres Hauses vor der Polizei verwahren;

2. Sie dürfen es nur an treue Freunde mitteilen;

3. denen, welchen sie nicht trauen wie sich selbst, dürfen sie es nur heimlich hinglegen;

4. würde das Blatt dennoch bei einem gefunden, der es gelesen hat, so muß er gestehen, daß er es eben dem Kreisrat habe bringen wollen;

5. wer das Blatt nicht gelesen hat, wenn man es bei ihm findet, der ist natürlich ohne Schuld.

Friede den Hütten!
Krieg den Palästen!

Georg Büchner. Der Hessische Landbote. Erste Botschaft.

Darmstadt, Juli 1834.

103
BRUNNEN

Das Kapitel aus der Erzählung „Martin Weiss“

Wiederholungsfragen

1.

Während seiner die sprachverändernden Künsten am Hofe in Paris, die selbst das in Frankreich vertrieben, trug er auch mit dem sehr geschickten Kunst des Zaubers sich, und dem großen Interesse, welches für verführerische Zaubertränke, die er sich anfertigte, und seine Gesichte, welche vom prächtigen mit Silber besetzten Schmucke, und dem kostbaren Schmucke.

Das war die alte Erzählung, die von seinen merkwürdigen Taten, die er in Frankreich, die ich für ein Märchen gehalten, durch den Himmel, auf das Göttervertrauen, die Kunst, die er sich durch die Wissenschaften erwarb, endlich durch die Kunst, die er sich durch die Wissenschaften erwarb, endlich durch die Kunst, die er sich durch die Wissenschaften erwarb.

Die Geschichte von Bedlam ist hier

Während der langen Jahre, die er in Bedlam zubrachte, hatte ich viele Gelegenheiten, mich mit den verschiedenen Arten der Geisteskrankheiten zu beschäftigen, und ich habe viele interessante Beobachtungen gemacht.

Nachdem ich die Geschichte von Bedlam gelesen hatte, wurde ich sehr interessiert, und ich habe viele Gelegenheiten, mich mit den verschiedenen Arten der Geisteskrankheiten zu beschäftigen, und ich habe viele interessante Beobachtungen gemacht.

Ich habe bei dieser Gelegenheit die Geschichte von Bedlam gelesen, und ich habe viele Gelegenheiten, mich mit den verschiedenen Arten der Geisteskrankheiten zu beschäftigen, und ich habe viele interessante Beobachtungen gemacht.

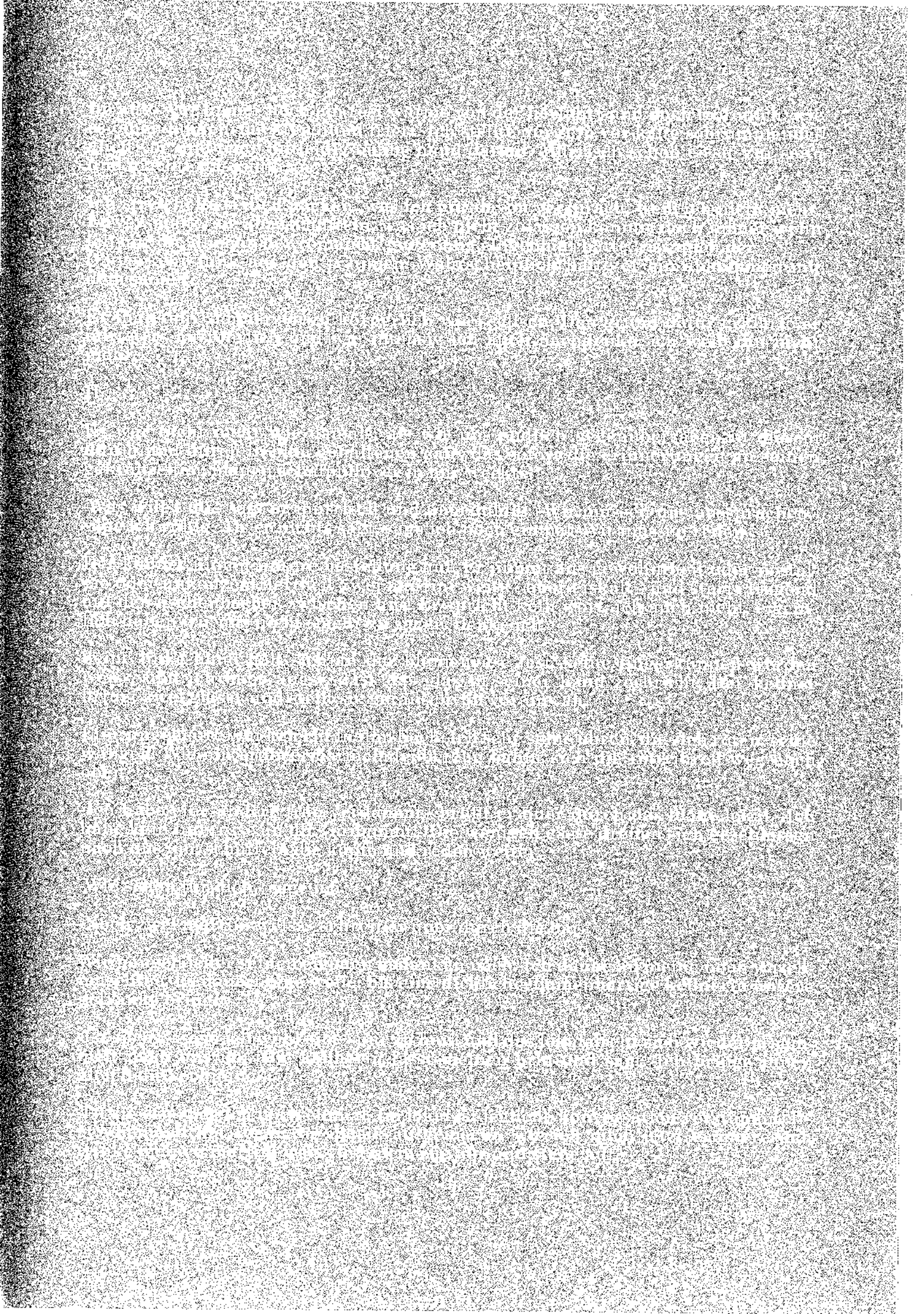
Wenn ich die Geschichte von Bedlam gelesen habe, wurde ich sehr interessiert, und ich habe viele Gelegenheiten, mich mit den verschiedenen Arten der Geisteskrankheiten zu beschäftigen, und ich habe viele interessante Beobachtungen gemacht.

Während er sich in der Geisteskrankheit befand, hatte er viele Gelegenheiten, sich mit den verschiedenen Arten der Geisteskrankheiten zu beschäftigen, und ich habe viele interessante Beobachtungen gemacht.

Nachdem ich die Geschichte

Seine Geschichte war sehr interessant, und ich habe viele Gelegenheiten, mich mit den verschiedenen Arten der Geisteskrankheiten zu beschäftigen, und ich habe viele interessante Beobachtungen gemacht.

Die Geschichte von Bedlam ist hier, und ich habe viele Gelegenheiten, mich mit den verschiedenen Arten der Geisteskrankheiten zu beschäftigen, und ich habe viele interessante Beobachtungen gemacht.



DIE GLOBALISIERTEN IDENTITÄTEN & IHR DOPPELTER BODEN



1 Interview mit Hakan Gürses

Skolast Vielleicht sollten wir zu Anfang klären, worüber wir sprechen, wenn wir von Globalisierung sprechen.

Hakan Gürses ‚Globalisierung‘ ist ein Schlagwort, das in den letzten zehn Jahren besonders populär geworden ist und von sehr vielen Leuten auf sehr verschiedene Art und Weise gebraucht wird. Bourdieu und andere haben überdies darauf hingewiesen, dass der Begriff ‚Globalisierung‘ zu jenen Begriffen gehört, die so etwas wie eine selbsterfüllende Prophezeiung darstellen, das heißt, dass sie zur Entfaltung dessen beitragen, was sie zu beschreiben vorgeben. Andererseits ist ‚Globalisierung‘ ja eigentlich kein neues Phänomen: bereits um die Jahrhundertwende hat man von einem neuen Imperialismus, einem Kulturimperialismus gesprochen, später von einem Weltsystem etc.

Also viel Lärm um nichts?

Vielleicht meint Globalisierung auf der ökonomischen Ebene etwas Neues, nämlich dass die Akkumulation des Kapitals bzw. die Produktion von Mehrwert nicht mehr so sehr auf der Nationalökonomie beruht, sondern auf einer Produktion, die ständig verlagert werden kann, auf einer globalen Arbeitsteilung, d. h. hier in der Ersten Welt gibt es Kapital, in der Dritten Welt die Arbeitskraft, da den Markt usw. ‚Globalisierung‘ kann also diese neue Phase des Kapitalismus bezeichnen, diesen Prozess der ‚Entgrenzung‘, bei dem die Grenzen immer dort in Frage gestellt werden, wo die Interessen des Kapitals oder der Produktion, also des

Kapitalismus dadurch eingeschränkt würden.

Ist nicht auch der Eindruck der Nichtsteuerbarkeit dieser Prozesse kennzeichnend für diese Globalisierung?

Ich möchte überhaupt in Frage stellen, ob sich der Kapitalismus je ‚gesteuert‘ entwickelt hat. Es gab wohl immer wieder Versuche, ihm von staatlicher Hand so etwas wie eine Stoßrichtung zu geben, z.B. in Krisenzeiten, doch letztendlich wurden diese Steuerungsversuche immer als ein Hindernis für den prinzipiell „anarchischen“ Kapitalismus angesehen. Neu, wenn wir so wollen, ist vielmehr die Gleichzeitigkeit der Entwicklungen in der Informationstechnologie, in der Vernetzung der Kommunikation und vielleicht in der Verlagerung der Arbeitskraft, der Produktion usw. Diese Prozesse sind sicher nicht erst jetzt entstanden, aber erreichen jetzt vielleicht einen sichtbaren Höhepunkt.

Was aber von den KritikerInnen dieser Prozesse oft und zu Recht gesagt wird, ist, dass die politischen Globalisierungsprozesse, die politischen Organisationsformen sich nicht parallel zu diesen ökonomischen Prozessen entwickelt haben, sondern dass im Gegenteil die Geometrie der politischen Mitsprache-Rechte von einer immer stärker werdenden Ungerechtigkeit geprägt ist, so dass vielleicht eine noch nie da gewesene Kluft zwischen der politischen Partizipation einerseits und den ökonomischen Prozessen andererseits sichtbar wird.

Das Thema unseres Interviews könnten wir vielleicht so zusammenfassen: Uns interessiert, was die Globalisierung mit den Identitäten macht, oder anders: Was passiert mit den Identitäten zu Zeiten der Globalisierung? Zerbröseln sie und verlieren sich in einer globalen Eintönigkeit, Ununterscheidbarkeit? Oder erwachen sie von neuem aus einer Art von langsamem Einschlafen der Differenzen und überraschen uns mit neuer, partikularistischer und abschottender Kraft?

Wie macht sich diese Kluft bemerkbar?

Es gibt mindestens zwei Bereiche, in denen die aus dieser Kluft zwischen Politik und Ökonomie resultierenden Widersprüche sichtbar werden: einerseits den Bereich der Migration, andererseits einen, wenn wir so wollen, postkolonialen, zum Teil national oder gemeinschaftlich geprägten, Widerstand.

Es gibt Gruppen, Regionen, Schichten, Minderheiten v.a. in den Gesellschaften der so genannten Dritten Welt, die zunehmend von den Konsequenzen der bereits erwähnten ökonomischen ‚Entgrenzung‘ getroffen werden. Weil sie als billige Arbeitskräfte fungieren und in freien Handelszonen unter schlimmsten Bedingungen arbeiten und leben, oder indigene Bauern wie z.B. in Mexiko, aber auch ganze Schichten wie in Argentinien: Davon



ausgehend gibt es tatsächlich so etwas wie einen Widerstand, der sich vielleicht noch nicht in einer Identität ausdrückt, aber in Aufständen, Demonstrationen.

Von der Bewegung der Sem Terra, der Landlosen in Brasilien, über die Zapatistas bis zu den Protesten in Argentinien?

Ja. Aber auch wo sich noch kein sichtbarer oder vernehmbarer Widerstand artikuliert, sind die Konsequenzen trotzdem erkennbar, z.B. in der Türkei, die im letzten Jahr eine sehr ähnliche Krise wie jüngst Argentinien erlebt hat, also eine tiefe ökonomische Krise, welcher eine politische Krise auf dem Fuß folgt. Diese ökonomischen Prozesse, die eine politische Instabilität zur Folge haben, können durchaus als Teil des Globalisierungsprozesses gesehen werden.

Auf einer anderen Ebene gibt es etwas, das ich ‚Vernunftkriege‘ nennen würde, also Kriege, die im Namen der Vernunft, im Namen der „zivilisierten Welt“ etwa gegen „Schurkenstaaten“ geführt und stets durch die Vernunft gerechtfertigt werden. Ich denke hier an den Golfkrieg, all das, was im ehemaligen Jugoslawien passiert ist, dann in Afghanistan, und was vielleicht demnächst im Irak oder Iran passieren könnte. Ich glaube nicht, dass wir diese militärischen Konsequenzen der Neuen Weltordnung, die Bush so verkündet hat, als unabhängig von der Globalisierung betrachten können. Die Wahrnehmung eines Problems in irgendeinem Land als ein globales Problem der zivilisierten Welt und die geschlossene Reaktion darauf - das

sind zumindest ideologische Konsequenzen des Globalisierungsprozesses. Also abgesehen davon, ob diese militärischen Aktionen jetzt als Absicherung der globalen liberalen Marktwirtschaft gesehen werden müssen oder nicht, sie werden auch im Namen der Globalisierung als einer Ideologie geführt.

Was macht nun die Globalisierung mit den Identitäten? Was wäre aus dieser Perspektive dem Interview mit dir im letzten Skolast über Identität(en) hinzuzufügen?

Im letzten Interview habe ich, glaube ich, versucht, die Identitäten zu beschreiben, so wie sie heute wahrnehmbar sind, das heißt in Zeiten der Globalisierung. Allerdings gibt es etwas, was in der Globalisierung vielleicht noch stärker zum Ausdruck kommt, und was beim letzten Gespräch nicht so rausgekommen ist. Identitäten bekommen einen doppelten Boden, erfüllen eine Doppelfunktion, wodurch sie einen sehr

interessanten Schauplatz des politischen Kampfes darstellen.

Wie ist diese Doppelfunktion zu denken?

„Große“ Identitäten, globale Identitäten können jetzt entstehen, und sie entstehen auch. Welche sind das? Das sind Identitäten, die sich auf die „Weltgesellschaft“ beziehen, auf das „globale Dorf der Menschheit“ etc. Aber sie haben dennoch ganz klare Bezugspunkte, die zwar nicht mehr im Nationalen liegen, aber doch nicht so umfassend sind wie das „globale Dorf“. Also globale Identitäten im Vergleich zu den Nationalidentitäten, aber deshalb noch keine „Weltgesellschaft“ Identitäten - was ja ein Paradoxon wäre. Wir müssen davon ausgehen, dass es keine Identität ohne Ausschluss gibt, weil der Ausschluss konstitutiv für jede Identität ist, insofern muss auch die globalste Identität ein Außen haben, etwas ausschließen. Wir sehen also so etwas wie eine größer werdende Einheit, die als Basis für eine größere Identität dient, z.B. Europa, das

einer geographisch-politisch zu definierenden Einheit entspricht, welche stets Grenzen hat, und bestimmte Leute, z.B. Drittstaatsangehörige, Nicht-EU-BürgerInnen, ausschließt. Diese Identität hat so etwas wie eine quasi-objektive Referenz, eine juristisch-politische Basis, auf welche sie sich bezieht.

Aber ‚Europa‘ wurde bis jetzt auch über eine kulturelle Identität definiert: diese kulturelle Definition bezog sich auf das historische Abendland, das Christentum, jenseits der Differenzen, die ja innerhalb Europas auch historisch bestehen. Also abgesehen von konfessionellen, ethnischen oder politischen Differenzen, abgesehen von Minderheitenproblemen, absehend von klassen- und genderbezogenen Problemen wird eine europäische Identität entworfen. Diese europäische Identität schließt natürlich bestimmte Identitäten aus, hat aber auch Verbündete, etwa die amerikanische Identität.

Genauso gibt es aber auch Definitionen von Europa über Eigenschaften wie den Rechtsstaat, die liberale Demokratien, die Menschenrechte etc.

Ja, dabei handelt es sich um ‚kulturalisierte‘ politische Eigenschaften, die idealisiert, stilisiert werden und ‚so‘ nirgends existieren, die aber als charakteristisch für Europa angesehen werden, d.h. possessiv gebraucht werden.

Gegen was grenzt sich diese ‚globale‘ Identität ab, was schließt sie aus?

Vielleicht kann man wirklich sagen, alles, was politisch instabil ist, was noch religiös geprägt, aber nicht christlich ist, was nicht ökonomisch entwickelt ist, fungiert als das konstitutive Außen dieser ‚vergrößerten‘ Identitäten wie etwa ‚Europa‘, ‚Asien‘ etc. Und ich glaube, dass „globale Identitäten“ als eine Fusion, jedenfalls als ein Netz dieser vergrößerten Identitätsbasen betrachtet werden. Aber ein Netz, das erst aufgrund der größer werdenden Identitäten im Westen oder Norden Konturen bekommt. Der Nationalstaat mag ausgedient haben, aber nicht auf der ganzen Welt, sondern bloß im Norden bzw. Westen.

Dadurch wird allerdings auch offenkundig, dass die Globalisierung nicht ein Prozess ist, der kein Zentrum hätte: Es gibt durchaus ein Zentrum, ‚Globalisie-

rung‘ ist der Name eines intendierten Prozesses, der aus dem Norden, aus dem Westen kommt, einen Impuls von dort erhalten hat, und auch den Interessen der nördlichen und westlichen supranationalen Einheiten sehr gut entspricht.

Das wäre so etwas wie ein größere Identität, die sich eine politische Organisationsform gibt. Zugleich gibt es aber auch so etwas wie eine ‚westliche Identität‘, um die es bei der Rede von der ‚Verwestlichung‘ der Welt geht?

Das habe ich nicht gesagt. Ich mache einen Unterschied zwischen der Identität und der Lebensform, den Lifestyle-Typen. Ich habe nur davon gesprochen, wie sich bestimmte Ideen, bestimmte politische Bewegungen oder auch eine bestimmte kulturelle Hegemonie benennen. Das hat noch mit der Lebensform nicht direkt zu tun. Ich meine, überall auf der ganzen Welt wird ferngesehen, fast überall werden z.B. irgendwelche Sit-Coms konsumiert, die entweder fast alle aus dem gleichen Land kommen, oder nach gleichem Muster funktionieren, d.h. der Lebensstil, grob gesagt „arbeiten gehen, nach Hause kommen, fernsehen und dann irgendwann mal schlafen gehen“, das ist ja überall auf der Welt mittlerweile fast gleich.

So betrachtet könnte man schon von einer Homogenisierung sprechen, aber das ist es ja nicht: Denn es gibt eine bestimmte Gruppe, die trotzdem sagt: „Ihr seht zwar fern, aber wir haben auch die Demokratie“, oder „Wir sind aber christlich und ihr nicht.“ Und: „Es kommt auf die Sprache an, in der das Fernsehen läuft!“ D.h. diese Art von Differenzen werden in Identitäten festgemacht, und müssen nicht unbedingt bestimmten Lebensformen entsprechen. Ich rede also nicht von einer ‚Verwestlichung‘ der Welt, sondern von einer größer werdenden Einheit der Identitäten, die aber keineswegs ohne konstitutives Außen auskommt.

Du meinst, es könne zwar überall auf der Welt die westliche Lebensform geben, sie hänge aber nicht notwendig mit einer westlichen Identität zusammen?

Ja. Das haben wir, glaube ich, auch bei den Ereignissen des 11.

September gesehen. Schon vorher gab es die These, die dann mit dem 11. September als verwirklicht angesehen wurde: „Sie werden uns mit unseren eigenen Werten schlagen.“ D.h. die Lebensform, die Technologie ist die gleiche, aber die Identität eine andere, mit der Aussage: „Wir haben andere Ziele, gehören einer anderen Gemeinschaft an, glauben an etwas anderes.“ Das ist sicher etwas, was mit der Globalisierung viel deutlicher wird: Es gibt große Identitäten, größer werdende, umfassendere Identitäten, die aber umso deutlicher auch zeigen, dass das Außen dieser Identitäten, ihr Anderes, zwar als immer widersprüchlicher, als immer gegensätzlicher, als immer distinkter und differenter artikuliert wird, es aber in der Lebensform zugleich große Annäherungen gibt.

Das wäre also die eine Seite der Identität, diejenige der größer werdenden Identitäten.

Ja, die andere Seite, die andere Funktion der Identitäten in diesem Globalisierungsprozess, ist es, die Identitäten umgekehrt zu verkleinern, also lokale, regionale Identitäten zu forcieren. Dies sieht man in bestimmten sozialen Bewegungen, politischen, ökonomischen Bewegungen, wo sich nicht nur ein Widerstand im Sinne des klassischen linken Widerstands entwickelt, sondern es durchaus auch nationalistische, rechtsextreme ‚Widerstandsformen‘ geben kann. Also zu sagen: „Wir sind nicht Europäer, sondern vor allem Österreicher, oder vor allem Kärntner.“ Und unterhalb der nationalen Ebene regionale Identitäten zu betonen.

Heißt das, diese Tendenz zur Betonung des Lokalen, Regionalen etc. sei sowohl



bei rechten als auch bei linken Bewegungen zu beobachten?

Ich denke schon: Beispielsweise an der Forderung nach einem „Europa der Regionen“ kann man diese Doppelfunktion sehen, das kann ja zum Beispiel heißen, von der nationalen Ebene abzugeben, weil sie letztendlich eine imaginierte ist, um den Besonderheiten einer Region gerecht zu werden; genau so kann es aber auch wie bei Lega Nord eine Konstruktion einer regionalen Identität bedeuten, die viel stärker auf Abschottung, Abgrenzung zielt als der Nationalstaat:

Du hast nun einerseits von größer werdenden Identitäten, andererseits von der Tendenz zu ihrer Verkleinerung gesprochen. Wie können wir nun aber das Verhältnis der beiden denken? Als Antagonismus, Aktion und Reaktion oder eher als zwei Seiten ein und desselben Prozesses?

Es wurde schon von verschiedener Seite darauf hingewiesen, dass diese Prozesse nicht unbedingt Gegensätze darstellen. Ich möchte das alles nicht wiederholen und behaupten, dass es hier sicherlich kausale Beziehungen gibt, das interessiert mich aber weniger. Was mich mehr interessiert ist, dass diese Doppelfunktion der Identitäten im Rahmen der Globalisierung meiner Ansicht nach auch so etwas wie eine Doppel-Identität schafft: Nämlich dass jeder Mensch eine globale Identität besitzt oder sich zu einem globalen großen Subjekt bekennt und gleichzeitig zu einem kleinen, kleineren.

Meinst du so seltsame Mischungen wie jene von Stoiber, der von „Laptop und Lederhosen“ redet?

Ich meine das deswegen nicht, weil das wieder diese Lebensform hineinbringt, und davon rede ich nicht. Ich glaube nicht, dass wir Identitäten an Symbolen von Lebensformen festmachen sollten, Identität drückt sich für mich am besten in Organisationsformen aus, in politischen Bewegungen, ich rede von kollektiven großen Identitäten, rekrutierenden.

Was ich meine ist, dass globale und lokale Identitäten gleichzeitig und in gleichem Maße stärker werden. Letztendlich bekommen dann die ganzen lokalen, partikular aussehenden Identitäten einen universalen Charak-

ter. Das ist ein Prozess, der vielleicht tatsächlich das Neue an der Globalisierung ausmacht.

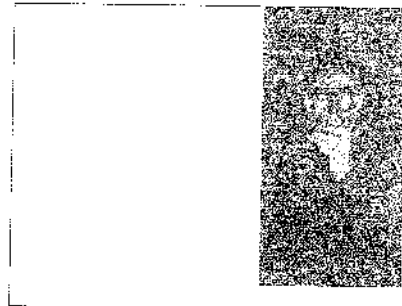
Kannst du das näher erklären?

Wenn man sich zum Beispiel die ganze Rechte, auch extreme Rechte anschaut: Die sind keineswegs mehr nur partikuläre Bewegungen, die sagen würden, dass „Deutschland den Deutschen“ gehört, oder „Wir wollen keine Fremden“, und die Sache hat sich. Sondern sie gehen sich jetzt (vielleicht war das immer schon so, aber das wird jetzt deutlich), wenn man so will, universalistisch, in dem sie sagen: „Was wir hier haben, ist ein anthropologisches Problem. Es ist das Problem, wie wir den Menschen sehen: Der Mensch lebt immer in Gemeinschaften, und diese Gemeinschaften existieren, indem sie andere ausschließen, indem sie ihre eigenen ethnischen etc. Grenzen schützen.“ Es gibt eine ganze Reihe von soziobiologischen Theorien, die im Moment Hochkonjunktur haben, wo zum Beispiel gesagt wird, dass die Gene eine Sprache sprechen, eine determinierende Kraft haben, und wenn man die Sprache der Gene versteht, dann wird man sehen, warum es so etwas wie Xenophobie gibt, z. B. dass Xenophobie etwas angeborenes ist usw. Das sind Dinge, die durchaus universalistische Züge tragen und auch so etwas wie eine rechte Internationale bewirken können, was bis jetzt für ein Paradoxon gehalten wurde. Es ist durchaus möglich, dass eine rechte Bewegung sich auf solche universalistische, quasi- oder pseudowissenschaftliche Rechtfertigungen beruft und gleichzeitig so etwas wie ein partikulares Interesse vertritt.

Gilt diese Bewegung auch für die Linke?

Ich denke schon, nur diesmal mit der Betonung der anderen Seite: „Wir müssen natürlich in großen Maßstäben denken, aber in diesen großen Maßstäben muss immer so etwas Lokales vorhanden sein, das ist es, was die Menschen bewegt oder zusammenhält.“

Ein gutes Beispiel dafür wäre die Ethnomusik, die ganze Ethnowelle. In ihr wird sichtbar, dass nichts vor der Globalisierung sicher ist: Es gibt keine Form der ethnischen Musik, die nicht irgendwann einmal mit Synthi-Begleitung und mit anderen Elementen



vermischt auf dem großen Popmarkt landet.

Ich meine damit auch, dass Ethno zu einem formalen Bestandteil der Musik geworden ist. Das gab es teilweise schon, z. B. in der Romantik, jetzt erleben wir das in Bezug auf den Pop, dass es so etwas wie eine Ethnisierung gibt, umgekehrt aber auch eine Ent-Ethnisierung des Ethnischen: Alles was Pop ist, enthält bereits so etwas wie ein Ethnoelement, und alles was Ethno ist, muss in Kauf nehmen, Mainsream zu werden.

Der Witz wäre dann, dass die Ethnomusik das gleiche ist wie World Music?

Genau. Was als „Ethno“ gilt, ist ja gerade nicht die griechische, oder die türkische, oder die mongolische etc. Musik, sondern von vornherein eine Fusion. Früher hat man von Folklore gesprochen, jetzt reden wir ja von Ethno im Sinne von World Music, sobald es Überschneidungen, Cross Over etc. gibt. Wenn wir Elemente aus anderen Traditionen übernehmen, so fusionieren wir, machen etwas Neues, und das gibt uns ständig das Gefühl, Teil einer vielfältigen Gemeinschaft zu sein, aber zugleich haben wir darin Elemente der lokalen Identitäten, die wir in „World“ als „Ethno“ wiedererkennen.

Das beschreibt, denke ich, sehr gut, wie Identitäten heute funktionieren: Jede Identität, die sich heute groß gibt, global gibt, muss in irgendeiner Form irgendeine Lokalität haben, muss sich stets auf bestimmte Lokalitäten beziehen können. Und umgekehrt muss sich jedes Lokale in irgendeiner Form in einem größeren Rahmen ausdrücken können. Vielleicht ist es das, was die Identitäten heute kennzeichnet: Beides, das Globale und das Lokale, werden gleichzeitig stark. Dieses Ereignis muss man als solches sehen.

Das heißt, du würdest auch das Wiedererstarken der Partikularismen in diesem

Mechanismus lokalisieren, etwa den polnischen Sezessionismus von Bossi?

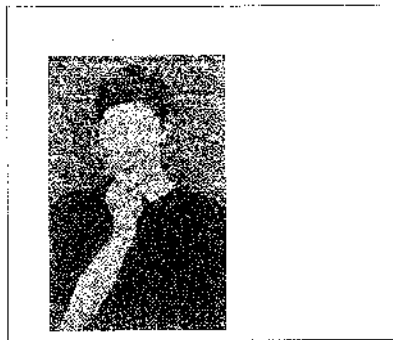
Auch Bossi zieht immer wieder Argumente heran, die von so etwas wie einer zivilisierten Welt künden. Auch er versucht zu zeigen: „Wir sollen schon einmal als ein Ganzes im Schoß von Europa landen, aber unser Europa schaut ein bisschen anders aus. Da gehören alle fremden Elemente weggeschnitten.“ Welche sind diese fremden Elemente? In seinem Fall ist das der rückschrittliche Süden, im Falle von Haider und anderen rechts stehenden „Populisten“ können damit die MigrantInnen gemeint sein, der Islam, je nachdem. Immer ist die Idee eines Neuen, eines Entstehenden in diesen Dingen enthalten, auch in ‚rückschrittlich‘ anmutenden Identitäten. Ich habe nie an die Theorie des ‚Ethnic-Revival‘ geglaubt oder an das Wiedererstarken von etwas Vergangenen. Vielleicht bin ich in diesem Punkt zu sehr Marxist. Ich glaube nicht, dass sich in der Geschichte etwas auf diese Weise wiederholen kann. Es artikulieren sich alle Dinge immer neu. Es gibt durchaus Ähnlichkeiten zwischen Identitätsformen, aber alles, was neu entsteht, ist auch neu, oder wir sollten uns zumindest das Neue daran anschauen und versuchen, es zu verstehen. Das sind nicht alte Sehnsüchte und Mythologien, die wieder auferstehen, sonst hätten sie diese Kraft nicht.

Also keine „Rückfälle“?

All jene Theorien, die von „Rückfällen“ sprechen, meinen eigentlich, wir würden einen vernünftigen Weg gehen, der seine eigenen Ziele hat und auf so etwas wie einen Telos, auf ein rationales und notwendiges Ziel, hinsteuert, dann gäbe es diese rückschrittlichen Elemente, die als Rückfälle oder Abfälle von der Vernunft zu denken wären. Das glaube ich nicht, es sind immer Teile desselben Prozesses: Die Vernunft kann sich niemals behaupten oder begründen ohne

Unvernunft, ohne das Irrationale. Unvernunft ist immer Teil der sich als Vernunft gebenden Prozesse.

Zeichnen sich die Identitäten in der Globalisierung nicht auch dadurch aus,



dass wir glauben, wir könnten ständig und nach Belieben unsere Identitäten wechseln?

Wir haben vielleicht so etwas gewonnen, wie eine ‚innere Freiheit‘. Wir glauben, wir könnten überall hinreisen, uns jeden Tag eine andere Identität zulegen, aber diese innere Freiheit im Sartreschen Sinne entspricht nicht unbedingt der realen Freiheit der einzelnen Individuen. Vielleicht für einen Frdteil und dort für bestimmte Schichten in einem bestimmten Rahmen.

Oben hast du als einen der Bereiche, in denen die Ungerechtigkeit und Ungleichheit dieser Globalisierung sichtbar werden, Migration genannt...

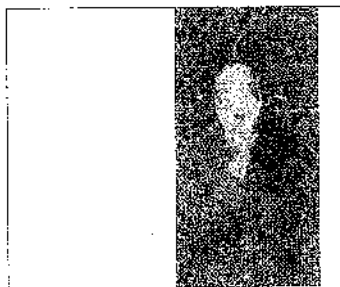
Es wird meistens ausgeblendet, dass die Globalisierung sehr stark mit Migration zu tun hat. Dass der Prozess der Globalisierung einerseits Migration bewirkt (und umgekehrt), dass sich durch die Globalisierung andererseits auch die Form der Migration verändert. Es gibt beispielsweise die berühmten IT-Kräfte, von denen in letzter Zeit oft die Rede war. Das kann uns auch das Gefühl vermitteln, „wenn man gut ist, kann man überall hinfahren etc.“ In der Tat ist es so, dass eine bestimmte Gruppe von gut ausgebildeten Menschen in bestimmten Branchen und aus bestimmten Ländern im Stande ist, im Ausland einen gut bezahlten Arbeitsplatz zu finden und sich das Zielland ihrer Migration auszusuchen. Wenn wir daraus aber auf alle schließen wollten, so wäre das ein fataler Fehler. Denn im selben Land gibt es eine unvergleichlich größere Gruppe, die nicht einmal ein Hundertstel dieser Reisefreiheit besitzt. Nun wird oft ausgeblendet, dass es für

die Globalisierung wahnsinnig wichtig ist, dass diese Leute eben nicht wegfahren, sondern zu Hause bleiben, weil sie nämlich die billigen Arbeitskräfte darstellen, welche die verlagerte Produktion voraussetzt. Das heißt, diese Leute, die zu Hause bleiben müssen, weil sie anderswo nicht erwünscht sind, was sich in Form von Visa, Quotenregelungen, Abschottungen usw. zeigt - diese Leute haben also auch eine Funktion: Sie müssen zu Hause bleiben, damit sie eben als billige Arbeitskräfte fungieren. Dabei geht es ja nicht nur um Reisefreiheit, sondern vor allem um das Menschenrecht schlochthin, nämlich dort leben zu können, wo man ein Leben in Menschenwürde vermutet. Die Ungleichheit in diesem Bereich wird immer krasser: Je mobiler das Kapital wird, je mobiler die Waren werden, je mobiler eine bestimmte Gruppe oder Schicht von Menschen werden, desto unbeweglicher, verarmter und unreicher werden bestimmte andere Menschen.

Was mich oft verwundert, ist die Selbstverständlichkeit, mit der das Menschenrecht auf Freizügigkeit unter den Tisch fällt, etwa in der EU für Nicht-EU-BürgerInnen, wo zwar Binnengrenzen jede Bedeutung verlieren, aber gleichzeitig eine Festung gebaut wird.

Das habe ich gemeint mit dem Begriff der Globalisierung als einem Prozess, der von vornherein gutgeheißen wird, von vorneherein als Fortschritt betrachtet wird. Deshalb werden natürlich Leute, die diese Prozesse kritisch betrachten, als Globalisierungsgegner abgetan. Deshalb wird ihnen vorgeworfen, sie wären nicht welttoffen, sie wären Kleingeister.

Noch etwas, das mir sehr wichtig scheint, möchte ich erwähnen: Obwohl hier groß von Demokratie und Menschenrechten gesprochen wird, werden mit der Migration gleichzeitig Unrechtsverhältnisse und Ungleichverhältnisse importiert, einfach dadurch, dass Menschen, die nach Europa kommen, in ihren Ländern in bestimmten sozialen Bereichen vollkommen entrechtet sind, und diese Entrechtung hier nur noch verstärkt wird. Etwa die Beziehung zwischen Mann und Frau, die ja in den Ländern der so genannten Dritten Welt eine große Ungleichheit aufweist und vom



Norden düftig kritisiert wird: Wenn wir uns die österreichischen Gesetze anschauen, so darf eine Frau, die durch Familienzusammenführung hierher kommt, so und so viele Jahre nicht arbeiten, ist so und so viele Jahre abhängig von dem Mann, darf sich zum Beispiel nicht scheiden lassen, um den Aufenthaltstitel nicht zu verlieren, sie muss all diese Jahre sozusagen unter männlicher Herrschaft leben, in völliger Abhängigkeit. Das heißt, wir importieren und übernehmen diese Unrechtsverhältnisse, die wir kritisieren, führen sie hier weiter, um daraus auch ökonomisches Kapital zu schlagen.

Welcher Widerstand formiert sich hier, wie sieht er aus?

Es würde, glaube ich, deutlich, dass der Widerstand gegen solche Prozesse von vornherein ein vernetzter Widerstand ist, aber genauso auch lose, schließlich genauso unterschiedlich wie die Auswirkungen der Globalisierung. Diese zieht ja nicht nur eine bestimmte Schicht oder ein bestimmtes Land als Nationalstaat in Mitleidenschaft, sondern tatsächlich sehr viele unterschiedliche Gruppen, Schichten, und betrifft sehr viele unterschiedliche Lebensbereiche, von der Umwelt, über die Ökonomie, über die Migration, bis hin zum Lebensstil etc... Dadurch sind natürlich auch die Menschen, die Widerstand leisten und ihn vernetzen, sehr unterschiedlicher Provenienz. So ist auch der Widerstand ein transversaler, eine Allianz zwischen transversalen Kräften, nicht eine lineare, monolithische. Er ist von vorne herein heterogen, bunt, vielfältig, und dadurch gewissermaßen dazu verurteilt, kein sehr klare Identität, kein sehr klares Programm zu haben, vielleicht stets im Negativen zu existieren, im Bereich der Negation. Das macht aber gleichzeitig auch die Stärke dieses Widerstandes aus, weil dadurch das Ganze immer größer werden kann und offener ist...

Das Interview führte Pepe.

Dakan Gürses, geboren 1961 in Istanbul/Türkei, lebt seit 1981 in Wien. Studium der Philosophie und Theaterwissenschaft an der Universität Wien. Musiker (Gitarre, verschiedene Lauten, Saz, Surlu, Querflöte), Theaterregisseur, Dramenist & wissenschaftliche Tätigkeiten. Lehrbeauftragter an den Universitäten Innsbruck, Wien und Graz. Chefredakteur der Zeitschrift "ART" von und für Kinderheilen.

Türme misst man an ihren Schatten

(chinesisches Sprichwort)

Verena Steiner

Mit dem Beitritt der Volksrepublik China (VRCH) zur WTO (Welt-Handels-Organisation) am 11. Dezember 2001 fanden die seit Jahren (ja fast Jahrzehnten) geführten, harten Verhandlungen über die Bedingungen dieses Beitritts ein glückliches Ende. Für die WTO und ihre Mitglieder (vor allem die USA) liegen die Vorteile der Aufnahme Chinas auf der Hand: Die marktwirtschaftliche Erschließung der VRCH mit ihren 1,3 Milliarden EinwohnerInnen bzw. „potenziellen KonsumentInnen“, den Freihandelszonen, billigen und reichlich vorhandenen Arbeitskräften und dem Reichtum an Ressourcen verspricht ein voller wirtschaftlicher Erfolg zu werden.

Ob der WTO-Beitritt Chinas auf lange Sicht von Vorteil für die chinesische Bevölkerung sein kann, wird sich zeigen. Sicher ist jedoch, dass - vor allem im landwirtschaftlichen Bereich - in den nächsten fünf bis zehn Jahren mit einer Verschlechterung der ohnehin schon angespannten Situation gerechnet werden muss.

Besseres Getreide für weniger Geld? - Auswirkungen auf die Landwirtschaft

Die Zahl der Bäuerinnen und Bauern ist im Zeitraum zwischen 1978 und 1999 von 298 Millionen auf 321 Millionen gestiegen, was bedeutet, dass mehr Bäuerinnen und Bauern gleich viel bzw. weniger Land bearbeiten; dies hat zu einer eklatanten Senkung der Löhne im landwirtschaftlichen Sek-

tor geführt. Hinzu kommt das zunehmende Fallen der Kornpreise - von 1997 bis 2000 um mehr als 30% - welches zwar die Lage der ArbeiterInnen in den Städten erleichtert, nicht jedoch die Lage der Menschen in den ländlichen Gebieten. Bedingt durch diese Schwierigkeiten und aufgrund der besseren Arbeitssituation in den Städten wollen bzw. müssen ca. 200 Millionen LandarbeiterInnen vom landwirtschaftlichen in andere Sektoren wechseln. Dies geschieht zu einem

Zeitpunkt, wo das immer noch steigende Wirtschaftswachstum Chinas nicht mehr automatisch zur Schaffung von Arbeitsplätzen führt.

Die Besorgnis der Bevölkerung ist daher groß, dass diese schon bestehenden Trends in der Landwirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt durch den Beitritt zur WTO noch verstärkt werden könnten. Da die chinesischen Kornpreise etwas höher als die Preise auf dem Weltmarkt liegen, ist zu erwarten, dass der chinesische Markt mit billigem Getreide besserer Qualität überschwemmt werden wird - dadurch würde die Versorgung in den Städten verbessert, die Situation der Bäuerinnen und Bauern jedoch stark verschlimmert. Regierungsnahen Quellen zufolge würden die Getreideimporte von 2 Mio. Tonnen auf 5 Mio. Ton-

■ 似乎上帝
 了。昨天她來
 ■ 我們將來
 在這裏將要展
 這些武裝部
 從美國偷回來
 ■ 我此行到
 「消消氣」，另
 打個小。
 ■ 而吳夫人
 上一個廣告，
 from U.S.A.
 國，所以我就
 (好三話)。
 ■ 而

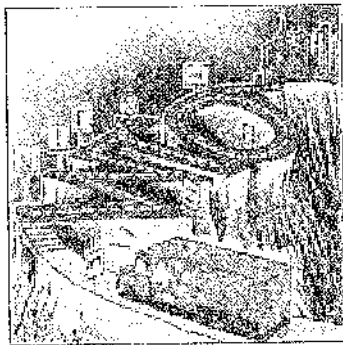
ner ansteigen; weniger optimistische Schätzungen sprechen von einer Steigerung auf über 9 Mio. Tonnen. Die durch die Steigerung der Importe bedingten Verluste sollen einerseits durch höhere Exporte von Fleisch, Fisch und Obst wettgemacht, andererseits durch eine Senkung der Fünfjahrespreise für Pestizide, Dünger und Futtermittel abgedeckt werden. Tatsache ist jedoch, dass wirtschaftlich schwache Regionen wie der Norden, Westen und die Regionen im Landesinneren auch bei einer starken Verbilligung von Pestiziden etc. die finanziellen Mittel für den Kauf derselben nur sehr schwer aufbringen können. China wird daher damit rechnen müssen, dass sich die Gräben zwischen der ländlichen und der urbanen Bevölkerung, sowie die Unterschiede zwischen der reichen und entwickelten Ostküste und den oben genannten schwächeren Regionen vertiefen werden.

Menschen- und ArbeiterInnenrechte

Auch was die ArbeiterInnen- und Menschenrechte angeht, steht zu befürchten, dass der Beitritt zur WTO für die Bevölkerung hauptsächlich negative Konsequenzen haben wird. Schon jetzt ist die Situation der ArbeiterInnen wahrlich keine rosige.

Obwohl China einige internationale Vorträge bezüglich der Wahrung der Menschenrechte unterschrieben hat und als UNO-Mitglied eigentlich zur Verwirklichung der Menschenrechte verpflichtet wäre, ist es kein Geheimnis, dass es um einige dieser Rechte milde ausgedrückt - nicht gut bestellt ist. Ein Beispiel stellt der „International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights“ (ICESCR) dar. Die chinesische Regierung bemüht sich zwar im Allgemeinen um die Einhaltung der Bestimmungen, einige der Artikel werden jedoch großteils ignoriert. Artikel 7 etwa handelt von sicheren und gesundheitswährenden Arbeitsbedingungen; jedoch fehlen in zahlrei-

chen Fabriken und auch an anderen Arbeitsstätten Sicherheitsmaßnahmen (Feuerlöscher, Notausgänge oder Fluchtwege, Belüftung etc.) zum Teil oder gänzlich. Dies hat verheerende, oft sogar tödliche Folgen für die ArbeiterInnen: Im „Schwarzbuch Markenfirmen“ schildern Klaus Werner und Hans Weiss das traurige Schicksal von Xiao Shen, einer jungen Chinesin, welche der Armut in ihrem Dorf entfliehen will und in Shenzhen, einer Freihandelszone im Süden Chinas, ihr Glück in einer Spielzeugfabrik sucht. Ihr Arbeitsplatz, der gleichzeitig auch als Unterkunft dient, wird ihr zum Verhängnis, als ein Feuer ausbricht, das sich aufgrund der überall vorhandenen leicht brennbaren Chemikalien rasend schnell verbreiten kann. Es gibt keine Feuerlöscher, keinen Notausgang. Stattdessen sind alle Türen versperrt und alle Fenster vergittert (um die ArbeiterInnen am Verlassen des Gebäudes zu hindern?). Von zweihundert Menschen überlebt fast die Hälfte das Feuer nicht; Xiao Shen gelingt es, ein vergittertes Fenster im zweiten Stock aufzubrechen. Beim Sprung bricht sie sich beide Knöchel und muss vier Monate im Krankenhaus verbringen. Den versprochenen Schadenersatz hat sie bis heute nicht erhalten [1].



Das Schicksal von Xiao Shen und ihren ArbeitskollegInnen teilen jährlich Tausende von Menschen, vor allem in den gepriesenen Freihandelszonen. Dort sind die Arbeitsbedingungen oft besonders prekär. Da die Gründung von freien Gewerkschaften verboten ist und jeder Schritt in diese Richtung mit Verhaftung oder Exil bestraft wird, haben die ArbeiterInnen keine Möglichkeit, Sicherheitsmängel und extrem niedrige und willkürlich schwankende Bezah-

lung sowie Kinderarbeit anzuzeigen; geschweige denn, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Die Situation der Kinder ist ein weiteres Kapitel, in welchem China äußerst schlecht abschneidet.

Nach Angaben der chinesischen Regierung besuchen nur 2% der schulpflichtigen Kinder keine Schule; Menschenrechtsorganisationen halten diese Zahl allerdings für viel zu klein. Es gibt Millionen von EinwandererInnenkindern, welche keinen Zugang zu Schulbildung erhalten - obwohl dies eine Verletzung ihrer Rechte darstellt. Sie stellen eine schier unerschöpfliche Quelle billiger, recht- und wehrloser Arbeitskräfte für profitorientierte Konzerne vor allem in den Freihandelszonen dar.

Die chinesische Regierung ist durch den WTO-Beitritt zum Verkauf, zur Zusammenlegung oder gar Schließung einiger ihrer größeren und meist „marktwirtschaftlich unrentablen“ Konzerne (der sog. „State Owned Enterprises“ SOE) gezwungen (bzw. hat schon in den vergangenen Jahren manche Fabriken verkauft oder geschlossen, wodurch in den Jahren 1996 bis 1998 22 Millionen Menschen arbeitslos wurden, von welchen jedoch nur 17 Millionen eine Beschäftigung in der Privatwirtschaft fanden). Die Schließung von SOEs, welche einigermaßen gute Arbeitsbedingungen und gleichbleibende Löhne bieten, trifft vor allem Frauen, ältere Menschen und ArbeiterInnen mit wenig Bildung, welche mit den stetig aus den ländlichen Gebieten in die Städte strömenden Menschen um weniger werdende Arbeitsplätze mit schlechter Bezahlung kämpfen müssen.

Die kulturelle Debatte rund um den WTO-Beitritt

Das Lager der chinesischen Intellektuellen ist in Bezug auf den WTO-Beitritt gespalten. Die Mehrheit sieht der WTO - nicht nur aus wirtschaftlichen

Gründen - skeptisch gegenüber. Eines der Hauptargumente wird folgendermaßen artikuliert: „The benefits of joining the WTO at this time are uncertain but the costs are very real (indeed, even proponents of WTO recognize that the costs are likely to be in the short term and the gains only in the more distant future)“ [2]. Die Angst davor, dass vor allem die dominierenden USA nach dem Beitritt Chinas jede Gelegenheit nutzen werden, um sich zu

hung der sog. „Neuen Linken“ (xin zuopai), einer Gruppe von Intellektuellen, welche nicht nur dem WTO-Beitritt kritisch gegenüberstehen, sondern dem Liberalismus, Kapitalismus und der neoliberalen Globalisierung im allgemeinen. Ihre Kritik bezieht sich jedoch hauptsächlich auf den Westen (obwohl sie sich durchaus auch auf westliche Denker wie Michel Foucault und Edward Said berufen) und ist stark nationalistisch geprägt, indem sie ein durchwegs positives Bild Chinas zeichnet, vom Westen als Unterdrücker spricht, die in China praktizierte Unterdrückung (Tibet, Xinjiang) jedoch ignoriert.

Der WTO-Beitritt ist das bisher letzte Kapitel einer schmerzhaften, weiß von vielen Brüchen und Tafsöhlen gekennzeichneten Entwicklung, welche mit dem Tode Maos ihren Anfang nahm: Weg von der Revolution Maos hin zu Öffnung und Reformen nach westlichem Muster. Das Konterfei Maos hat für die meisten Menschen - abgesehen von einer kleiner werdenden Gruppe alternder Revolutionäre, welche das Andenken Maos mit Hingabe und Wehmut pflegen - seine ideologische Kraft und Bedeutung verloren. Stattdessen zieht es T-Shirts, Seidenpyjamas und sogar diamantbestückte Golduhren zum Preis von US \$ 10 000 das Stück. Dass die Rechte und der Lebensstandard jener Menschen, welche diese Souvenirs herstellen, mit dem WTO Beitritt kaum Verbesserungen erfahren werden, scheint weder die chinesische Regierung noch etwa die USA zu berühren, deren größte Sorge in Bezug auf den Beitritt der VRCH es ist, ihre Rechte an geistigem Eigentum gewahrt zu wissen. Und es wäre wohl mehr als heuchlerisch, würden die USA, welche sich selbst standhaft weigern, die Kinderrechtskonvention zu ratifizieren, sich für die Rechte der chinesischen Kinder einsetzen.

Fußnoten

[1] vgl. Werner, K. und Weiss, H.: S. 175 ff. Schwarzbuch Markenfirmen. Die Machenschaften der Weltkonzerne. (Wien-Frankfurt/M., Deuticke, 2001)

[2] Fewsmith, J.: The Political and Social Implications of China's Accession to the WTO in: The China Quarterly: 167 (London, SOAS - University of London, 2001)

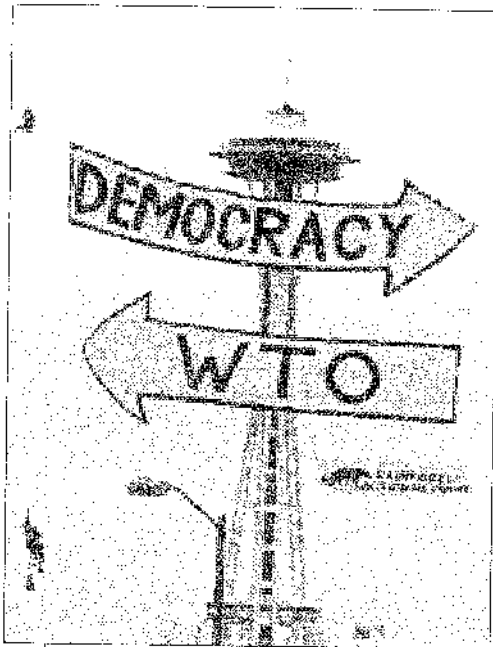
Verena Steiner - Ex-Studentin der Ethnologie an der Uni Wien

Was ist die WTO?

Die Welthandelsorganisation wurde 1995 gegründet, als Abschluss der Uruguay-Runde des GATT, dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen. Mit einem Regelwerk setzt sie die Spielregeln des freien Marktes weltweit durch. Präsident der WTO ist der US-Amerikaner James Wolfensohn.

Die Streitschlichtungsgastelle der WTO kann Sanktionen gegen Länder verhängen, die sich diesen Regeln nicht beugen wollen. Die WTO-Regeln haben Vorrang vor allen anderen internationalen Abkommen, selbst vor nationalen Gesetzen. In der WTO, die sozusagen ein Kind der UNO ist, sind Länder vertreten. Jedes Land hat in der WTO nur eine Stimme. Das hat die USA, die EU, Japan und Kanada, die so genannten Quads, aber nicht daran gehindert, sich gegen die ärmeren Länder durchzusetzen. Denn die Quads haben als einzige das Recht, die Tagesordnungen der Treffen festzulegen. Diese undemokratische Verfahren legitimiert, dass auch die WTO von den reichsten Staaten als Instrument benutzt werden kann, um ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

Martin Sattler, Farouk Ahmed Farah



ihrem Vorteil in die Angelegenheiten Chinas einzumischen, ist groß; auch wird befürchtet, dass das Land etwa durch wirtschaftliche Sanktionen zu untragbaren Reformen gezwungen werden wird (gesehen in Lateinamerika, Russland u.s.w.). Noch mehr fürchten einige Intellektuelle die „Überschwemmung Chinas mit westlichen Werten“. Eine positive Folge dieses durchaus realen Szenarios könnte die Erosion des Ein-Parteien-Staates und mehr Transparenz in der Politik der Regierung sein. Nach mehr als einem Jahrzehnt von Reformen nach westlichem Muster, welche vor allem zur Vergrößerung der auch unter Mao bestehenden sozialen Ungleichheiten, zur Verschlimmerung der Korruption und zu einer stärkeren Verknüpfung von ökonomischer und sozialer Macht geführt haben, herrscht jedoch die Desillusionierung bezüglich der positiven Folgen von westlichen Einflüssen vor. Ein in diesem Zusammenhang interessantes Phänomen ist die Entste-

Globalisierung

- Vom Weltmarkt zur Welt(bürger)gesellschaft?

Vor ca. 150 Jahren hat ein Mann, der sich mit den wirtschaftlichen Umbrüchen und gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen seiner Zeit befasste - nämlich Karl Marx - in einem berühmten Manifest konstatiert: „Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus“. 150 Jahre später hat sich dieses Gespenst gründlich verflüchtigt. Neuerdings geht aber wieder ein Gespenst um, das für Aufregung, Irritation und kontroverse Diskussion sorgt: Das Gespenst der Globalisierung.

1. Uneinheitliche Stimmungslage

Interessant ist, daß beim Gespenst des Kommunismus (von dem Marx gesprochen hat), Befürchtungen und Hoffnungen noch eindeutig zuordenbar waren: Für das Bürgertum war der Kommunismus eine dunkle Existenzbedrohung, für die Arbeiterschaft der Aufbruch in eine lichte Zukunft. Beim Gespenst der Globalisierung ist die Situation hingegen weniger eindeutig: Arbeitnehmer, Bauern und Mittelstand, die ihre Besitzstände im Auge haben, fühlen sich durch die neue internationale Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt bzw. auf dem Warenmarkt überwiegend bedroht. Unternehmen hingegen (sofern sie groß genug sind, um als „global player“ auftreten zu können) sehen durch die neuen weltweiten Bewegungsmöglichkeiten neue Wachstumspotentialie. Außerhalb der hochindustrialisierten Welt ist die Stimmungslage angesichts der Globalisierung ebenfalls uneinheitlich: Die „emerging markets“ der Schwellenländer, die sich für den globalen Markt gerüstet fühlen und für ausländisches Kapital attraktive Anlagebedingungen

Wohl kein Schlagwort beschäftigt die öffentliche Meinung gegenwärtig mehr als das der Globalisierung - und keines polarisiert stärker. Wie die Ereignisse von Seattle bis Genua zeigen, hat die Globalisierung eine Gegnerschaft auf breiter Basis ausgelöst, wie zuletzt nur in der Anti-Atomkraftbewegung der siebziger und achtziger Jahre. Zu Recht? Weil Globalisierung ein komplexes Geschehen ist, ist ein differenziertes Verstehen erforderlich. Die folgenden Ausführungen (die auf einem Vortrag, gehalten im Rahmen der Meraner Veranstaltung „Lo sviluppo sostenibile nella globalizzazione dei mercati“ aufbauen), verstehen sich als Mosaikstein zu einem möglichst umfassenden Bild der Vorgänge, die unsere Welt - zum Besseren oder zum Schlechteren - tiefgreifend verändern werden.

von Elmar Waibi

bieten, sehen in der Globalisierung die Möglichkeit, zum Wohlstandsniveau der führenden Industrieländer aufzuschließen, während die armen Länder befürchten, im offenen internationalen Wettbewerb noch tiefer in die Armutsfalle zu geraten.

Im öffentlichen Meinungsbild sind Standpunkte ebenfalls denkbar gegensätzlich: Die zahlreichen Cassandras, welche die Globalisierung auf den Plan gerufen hat, werten die Entwicklung als

gewaltiges Bedrohungsszenario, das alle unsere positiven Errungenschaften zunichte zu machen droht. Exemplarisch dafür sind Hans-Peter Martin und Harald Schumann, die in ihrem gleichnamigen Erfolgstitel die „Globalisierungsfalle“ beschwören und in der Globalisierung einen „Angriff auf Demokratie und Wohlstand“ sehen. Aber auch die UNO hat im „UN Development Program“ scharfe Kritik geübt, weil die Globalisierung nur die Reichen (welche die Vorteile der Globalisierung für sich nutzen können) reicher macht, wodurch sich die globale Wohlstandsschere noch weiter öffnet. Wirtschaftsexperten sowie Vertreter der Welthandelsorganisation halten dem entgegen, daß in den letzten Jahren an die 500 Mio. Menschen dank der Globalisierung aus der Unterentwicklung herausgekommen seien. Meinung steht somit gegen Meinung, wobei häufig auf beiden Seiten eine gewisse Tendenz zur ideologischen Einbunkerung besteht, wo es hauptsächlich darauf ankommt, sein politisches Territorium zu verteidigen. Ein Dialog zwischen Globalisierungsgegnern und Globalisierungsbefürwortern erscheint unter diesen Vorzeichen denkbar schwierig, wenn nicht unmöglich.

2. Was ist Globalisierung?

Globalisierung ist der Prozeß der zunehmenden internationalen Vernetzung der Märkte und Kulturen. Globalisierung ist der Prozeß, der die lokalen und nationalen Märkte zunehmend zu einem einheitlichen Weltmarkt transformiert und die Menschheit, die in vielfältige Gesellschaften aufgespalten ist, zunehmend

zu einer einheitlichen Weltgesellschaft integriert.

Nun ist dieser Prozeß freilich nicht ganz neu: Seit Marco Polo, Kolumbus, Vasco da Gama mit ihren Entdeckungsfahrten die geographischen Schranken der Alten Welt durchbrochen haben, findet Kontaktnahme nach außen - d.h. globale Weiterschließung - statt. Neu ist freilich die ungeheuerliche Beschleunigung, die dieser Prozeß neuerdings (vor allem durch die Nutzung der elektronischen Kommunikationsmittel) erfahren hat.

Die beschleunigte Ausbildung eines Weltmarktes für Kapital, Waren, Information und Arbeit, die heute unter dem Stich- und Reizwort „Globalisierung“ in aller Munde ist, knüpft auch in anderer Hinsicht an ältere Entwicklungen an: Globalisierung ist nichts anderes, als ein weiterer und zusätzlicher Modernisierungsschub, also die konsequente Fortschreibung des „Projekts der Moderne“ im globalen Maßstab.

„Moderne“ ist (in wenigen Schlagworten umrissen) faustischer Expansionsdrang und prometheischer Umbau der Welt. „Moderne“ steht synonym für Verwissenschaftlichung und Rationalisierung, Mechanisierung und Technisierung, Anonymisierung und Versachlichung der sozialen Beziehungen. Weil diese gesellschaftlichen Charakteristika in den USA am fortgeschrittensten ausgeprägt sind, verstehen viele den Prozeß der Globalisierung deshalb als Prozeß einer weltweiten Amerikanisierung: Die ganze Welt ein „global village“, wo sich alles um Geld dreht; wo alle die Software von Bill Gates kaufen müssen; wo alle sich von Coca Cola und McDonald's ernähren und in der Freizeit „soap operas“ von Hollywoods Kulturindustrie konsumieren.

Zum Verständnis der kleengeschichtlichen Herkunft der Globalisierung gehört aber auch zu sehen, daß Globalisierung (der Märkte, aber nicht nur der Märkte) die konsequente Fortschreibung des philosophischen Liberalismus ist. Liberalismus ist im wesentlichen die programmatische Überzeugung, daß jeder - ohne Beschränkung und paternalistische Bevormundung - frei sein soll, nach eigener Façon selig zu werden und sich in der Welt entsprechend seinen Vorstel-

lungen und Präferenzen zu behaupten. In wirtschaftlicher Hinsicht steht Liberalismus für freien und unregulierten Austausch nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage (Prinzip der Handelsfreiheit); für das Recht eines jeden, als Anbieter am Markt auftreten zu dürfen (Prinzip der Gewerbefreiheit) sowie für die Forderung, daß jeder am Ort seiner eigenen Wahl seine Marktchancen wahrnehmen darf (Prinzip der Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit). In weltanschaulicher Hinsicht ist Liberalismus wesentlich die

Überzeugung, daß niemandem eine Wertorientierung aufgezwungen werden darf (Prinzip der Religions- und Bekenntnisfreiheit) - was bedeutet, daß (analog zum freien Warenmarkt) unterschiedliche Wertorientierungen auf einem pluralistischen Markt der Ideen mit- und nebeneinander bestehen sollen. Wer als Liberaler der Überzeugung ist, daß freie Märkte (für Waren und Ideen) der bessere Weg sind, Wohlstand und Freiheit (Wohlstand in Freiheit) zu sichern, kann nicht auf halbem Weg stehen bleiben. Globalisierung ist deshalb der konsequent zu Ende gedachte Liberalismus. Ein halbiertes Liberalismus (Liberalisierung nach innen, auf dem eigenen Binnenmarkt; protektionistische Abschottung nach außen, in den internationalen Handelsbeziehungen) ist selbstwidersprüchlich und inkonsistent (und es ist exakt dieser halbierte Liberalismus, der die EG mit ihrem Gerölde von freier Marktwirtschaft bei gleichzeitiger protektionistischer Agrarpolitik in der Welt so unglaubwürdig macht).

Liberalismus ist - um es mit einem Wort von Karl Kraus zu sagen - kein Fiaker, in den man beliebig ein- und aussteigen kann. Weil Liberalismus keine Einbahnstraße sein kann und das Prinzip der Marktoffenung und des freien Marktzutritts selbstredend für alle gelten muß, kann sich die von den industrialisierten Ländern als wirtschaftliche Chance angesehene Liberalisierung der globalen Handelsbeziehungen, freilich auch als Risiko entpuppen - dann nämlich, wenn im Zug der Marktlibera-

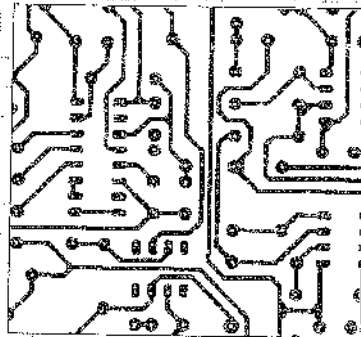
lisierung vermehrt ausländische Konkurrenz auf den eigenen heimischen Markt drängt.

Da das Konzept des Marktes keine geographischen (noch sonstige) Schranken kennt, ist die liberale, kapitalistische Marktgesellschaft von vornherein auf Globalität angelegt. Die Beweglichkeit des Kapitals (unterstützt von immer besseren Verkehrs- und Kommunikationswegen) zeichnet die Entwicklung vor, daß sich die lokalen und nationalen Märkte immer mehr in den einen internationalen Weltmarkt

transformieren. Der an den Beginn dieser Abhandlung gestellte Karl Marx hat mit großer prognostischer Klarsicht beschrieben, daß es in der Bestimmung der Bourgeoisie liegt, das marktwirtschaftliche Prinzip zu universalisieren, d.h.

zu globalisieren. Die Bourgeoisie, die (so Marx im „Manifest“) in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalerer Produktionskräfte geschaffen (hat) als alle vergangenen Generationen zusammen“, betreibt „fortwährende Umwälzung der Produktion, (...) ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände“ und löst „alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit (...) ihren altherwürdigen Vorstellungen und Anschauungen“ auf. „Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Böden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet (...) An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.“ Im expansiven Streben nach neuen Märkten „reißt (sie) (...) alle Nationen in die Zivilisation (...) sie schafft sich eine (!) Welt nach ihrem eigenen Bilde“.

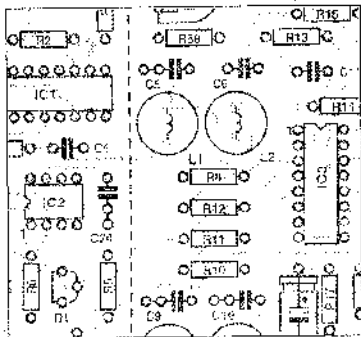
Es entbehrt nicht der historischen



schen Ironie, daß ausgerechnet der Mann, der nach dem Ende des Ostblock-Kommunismus ein für alle Mal ad acta gelegt schien, heute - im Zug der Globalisierung - als Gesellschaftstheoretiker wieder zu gewissen Ehren kommt.

Kapitalismus ist - in der Definition Max Webers - eine ausschließlich auf die Kapitalrechnung ausgerichtete, d.h. von allen außerwirtschaftlichen (religiösen, ethischen, ethnischen und emotionalen) Restriktionen befreite Wirtschaftsform. Wenn Weber die kapitalistische Entwicklung als einen Prozeß der Versachlichung und Entzauberung darstellt, dann schließt dies ersichtlich an die Finschätzung an, die Marx im „Kommunistischen Manifest“ gegeben hat: „Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entehrt, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“

Daß „alles Ständische und Stehende verdampft“, daß in der entwickelten, globalisierten Marktwirtschaft unternehmerische Entscheidungen noch stärker als bisher nach rein betriebswirtschaftlichen Gründen erfolgen, war



(um ein Beispiel mit Südtirol-Bezug zu sehen, als die Firma Zuegg ihren Betrieb von Lana nach Verona ausgesiedelt hat. Exemplarisch sind in der dabei geführten Diskussion die Globalisten (auf der einen Seite) und Territorialisten bzw. Traditionalisten (auf der anderen Seite) aufeinandergeprallt. Die Territorialisten haben die Tradition beschworen und gemeint, daß ein so traditionsreicher Betrieb nicht einfach Südtirol den Rücken kehren kann. Es war von Loyalitätspflichten gegenüber dem Land und seinen Menschen die Rede - von ethischen und von ethnischen. Gesiegt aber hat das Weberische Kriterium der Kapitalrechnung. Dieses „outplacing“ hat sich zwar nur zwischen Lana und Verona ereignet, war aber doch ein Stück Globalisierung

im lokalen Umfeld - und für die Südtiroler eine Lektion in Sachen Globalisierung, die (nach Marx) die Menschen dazu zwingt, „ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen“. So betrachtet war der Weggang von Zuegg für Südtirol ein Lehrstück in Sachen Ernüchterung und eine Belehrung darüber, wieviel die Uhr der Geschichte (vorangetrieben vom Prozeß der Globalisierung) - auch für dieses traditionsverhaftete Land - geschlagen hat. Nüchtern betrachtet, d.h. frei von Emotionen und traditionellen Vorstellungen, ist die Sache ganz eindeutig: Wo freier Kapitalverkehr herrscht, geht das Kapital (auf Grund seiner natürlichen Beweglichkeit) dorthin, wo es die besten Standortbedingungen vorfindet. Und wenn das (im Fall von Zuegg) morgen nicht mehr Verona ist, sondern Dschibuti oder irgendein Ort der Welt, dann geht man mit derselben Selbstverständlichkeit, wie man von hier weggegangen ist. Diese Bewegungsfreiheit ergibt sich schlüssig aus dem allgemeinen Freizügigkeitsprinzip: Wenn nach liberalem Credo jeder Mensch das unverbrüchliche Recht hat, Arbeitsverhältnisse nach freiem Entschluß einzugehen und auch zu kündigen sowie seinen Wohn- und Arbeitsplatz dorthin zu verlegen, wo sich die besten Lebensmöglichkeiten anbieten, dann hat auch ein Unternehmen das Recht, seine Mitarbeiter zu kündigen und dorthin zu gehen, wo sich ihm die besten (sprich: lukrativsten) Marktchancen bieten. Von „Pflichten“ zu reden wäre nach Marx unter dem Vorzeichen des Marktliberalismus eine überholte Sentimentalität.

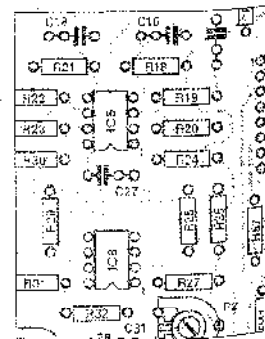
3: Wer fällt in die Globalisierungsfalle?

Daß die Globalisierung eine böse Falle sei, in die wir uns hineinbewegen, wenn wir ihr nicht Widerstand leisten, ist eine heute fast schon notorisch geäußerte Befürchtung. Fragt man, was und wer in die Globalisierungsfalle fällt, dann lautet die Antwort: Der soziale Wohlstand, die Umwelt, die Kleinen und Schwachen, sowie auf politischer Ebene die Demokratie.

Zunächst zur Umwelt: Die zunehmende internationale Arbeitsteilung und Wirtschaftsverflechtung bedeutet zwangsläufig eine gewaltige Zunahme der (energie- und abgasintensiven) Verkehrswege und Transportvolumen: Beispiel EU: Jährlich kommen 12.000 Tonnen holländische Tomaten nach Italien. Hat Italien keine Tomaten - oder zuwenig? Keine Rede, sonst könnte nicht umgekehrt Italien 12.000 Tonnen Tomaten nach Deutschland exportieren. In Deutschland hergestellte Kekse werden per LKW nach Mailand gekarrt, dort mit Schokolade überzogen und zur Verpackung wieder nach Deutschland zurücktransportiert. Oder ein Beispiel aus dem heimischen Umkreis: Das Krankenhaus Innichen läßt neuerdings die Krankenhauswäsche aus Kostengründen in Dornbirn waschen. - Fazit: Offene Märkte sind vielleicht gut für die Konsumentenpreise - aber sind sie auch gut für die Umwelt? Angesichts der tausende LKW, die täglich (und mit weiter steigender Tendenz) unser kleines Land überrollen, spüren wir dieses Problem hautnah und wissen von den enormen ökologischen Kosten, die in die reine Marktrechnung nicht eingehen.

Was im Zug der Globalisierung auch unter die Räder gerät, ist die Nahversorgung durch lokale Produzenten. Jeden Tag fallen in den Alpen sechs Bauernhöfe der internationalen Verdrängungskonkurrenz zum Opfer, weil sie mit den kostengünstigeren Produktionsbedingungen der großen Agrarfabriken und Nahrungsmittelkonzerne nicht Schritt halten können. Der Verlust dezentralisierter Märkte aber bedeutet zwangsläufig eine Zunahme langer Verkehrswege und ein Mehr an Energieverbrauch und Abgasen. Was (so hat man nachgerechnet) in einem Durchschnittsfrühstück auf den Tisch kommt, ist (z.B. für Tee und Kaffee) durch 5000 km Flug-, Schiff- und Auto-transport zusammengekarrt (die Orangen aus Südafrika und die Winter-Erdbeeren aus Israel usf. gar nicht eingerechnet).

Beim Vorwurf „Globalisierung kühlt Umwelt“ fällt immer auch das Schlagwort vom „Öko-Dumping“.



Umweltschutzmaßnahmen sind in Entwicklungsländern größtenteils ein Fremdwort. Wer keine oder weniger strenge Umweltauflagen zu beachten hat, produziert naturgemäß kostengünstiger und hat damit einen Wettbewerbsvorteil. Die Globalisierungskritiker sehen nun die Gefahr, daß durch diese Wettbewerbsverzerrung („Schmutzkonzurrenz“) die mühsam durchgesetzten umweltpolitischen Standards unserer Länder wieder ins Wanken geraten und demontiert werden, weil der Wettbewerb für die Produzenten eine „Anpassung nach unten“, d.h. an den kostengünstigsten Anbieter, erzwingt.

Zur sozialen Wohlfahrt: Die Globalisierung (so der Vorwurf) vernichtet Arbeitsplätze und gefährdet damit unseren gewachsenen sozialen Wohlstand: Unternehmen, die der Spur der billigen Arbeitskraft folgen, verlagern entweder Arbeitsplätze in die Billiglohnländer oder importieren (weil die Marktöffnung ja auch für den Arbeitsmarkt gilt) billige Arbeitskräfte. Das ausländische Angebot an billiger Arbeitskraft (so die Befürchtung) verdrängt in den hochentwickelten Ländern die Menschen von ihrem Arbeitsplatz bzw. setzt durch die erhöhte Konkurrenz am Arbeitsmarkt die Löhne unter Druck, was abnehmenden Wohlstand bedeutet.

Zu den Kleinen und Schwachen: Das Recht auf Freihandel (so die Kritik) ist das Recht des Stärkeren. Kleine Entwicklungsländer (wie z.B. Bhutan oder Kiribati) würden total überrollt, wenn sie ihre heimische Produktion nicht mehr protektionistisch vor ausländischer Konkurrenz schützen können. Das gilt z.B. auch für das große, aber landwirtschaftlich schwache China, wo die Marktöffnung Millionen Bauern arbeitslos machen könnte, weil sie nicht in der Lage sind, den wesentlich billigeren Produkten der hochtechnisierten amerikanischen und europäischen Landwirtschaft standzuhalten. „Die wohlfeilen (Waren)Preise“ (so nochmals Marx) „sind die schwere Artillerie, mit der sie (die Bourgeoisie) alle chinesischen Mauern in den Grund schießt“.

Zu bedenken ist auch, daß der Weltmarkt nicht nur von einer zunehmenden verkehrstechnischen, sondern von

einer zunehmenden kommunikativen Vernetzung geprägt ist. Heute schon erfolgt ein großer Teil des kommerziellen Dienstleistungsaustausches über das Internet. Europäische Fluggesellschaften beispielsweise lassen die gesamte Lohnverrechnung in Indien machen - via elektronische Medien. Auch andere Geschäftsbeziehungen gehen zunehmend über das Internet. Dieses Medium aber ist nicht kostenlos. In unseren hochentwickelten Ländern ist heute schon ein erheblicher Prozentsatz der Haushalte an das Internet angeschlossen, wodurch wir Akteure von virtueller globaler Präsenz sind. Woher aber soll in den Armenländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas das Geld kommen, die Menschen an die globalen Kommunikationsnetze anzuschließen? Von der Hardware (Telephon-Netze, Computer) abgesehen: Analphabeten (und das sind in manchen Entwicklungsländern bis zu 80% aller Menschen) sind auch unfähig, mit den neuen elektronischen Medien zu kommunizieren - und damit am Weltmarkt mit seinen neuartigen Markttechniken zu partizipieren.

Um sowohl die ökologische Dimension der Globalisierung als auch die Folgen für den sozialen Wohlstand im Gesamtzusammenhang zu sehen, sind folgende Gesichtspunkte zu erwägen: Marktwirtschaft ist für die Programmatiker des Wirtschaftsliberalismus die Wirtschaft freier Konkurrenz - aber innerhalb gleicher Wettbewerbsbedingungen. Der Ordnungsrahmen definiert das Spielfeld, auf dem alle Mitspieler nach einheitlichen Spielregeln im Wettbewerb gegeneinander antreten. Wesentlich ist dabei, daß es zu keinen unfairen Wettbewerbsverzerrungen kommt, d.h. daß alle mit gleich langen Speißen fechten. Nur so ist sichergestellt, daß der Beste gewinnt. Aus diesem Grund ist beispielsweise Bestechung mit dem marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerb unvereinbar, weil dort, wo Korruption herrscht, nicht der beste

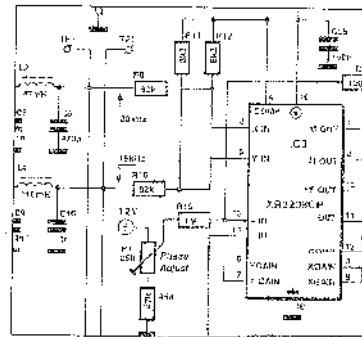
Anbieter gewinnt, sondern derjenige, der am meisten besticht.

Die Frage ist nun, wie man mit den unterschiedlichen Umwelt- und Sozialstandards am globalen Markt verfahren soll. Wer giftige Abwässer einfach in die Flüsse abläßt oder im Boden versickern läßt, statt sie für teures Geld zu entsorgen; wer keinen Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz kennt und

selbst zehnjährige Kinder zu Minilöhnen sechzehn Stunden am Tag arbeiten läßt (anstatt sie für teures Geld in die Schule zu schicken), hat natürlich einen gewaltigen Kosten- (und damit Wettbewerbs-)Vorteil. Bei

uns wird demnächst die Schleppnetzfischerei endlich verboten sein, wodurch bekanntlich tausende Seevögel und Meeresschildkröten ungewollt zugrunde gehen. Wenn nun die USA den Import von Thunfisch aus Mexiko verbieten, wo diese Einschränkung nicht gilt - ist dies Wirtschaftsprotektionismus, der sich hinter einem moralischen Argument versteckt, oder ist es das ehrliche Anliegen, das Verbot der Schleppnetzfischerei endlich weltweit durchzusetzen?

Die Welthandelsorganisation (WTO) hat sich bekanntlich (nicht zuletzt auf Betreiben der Dritte-Welt-Länder) gegen eine Vereinheitlichung von Umwelt- und Sozialstandards ausgesprochen, weil ansonsten den Entwicklungsländern die komparativen Vorteile verloren gingen, ohne die sie am freien Markt nicht gegen die Industrieländer bestehen könnten. Diese Vorteile sind es aber, die in den Entwicklungsländern Entwicklung in Gang setzen sollen, wodurch langfristig auch der Umwelt und den sozialen Anliegen gedient wäre. Umweltschutz kostet Geld, d.h. Umweltschutz gibt es erst, wenn man ihn sich leisten kann. Ebenso kostet Schulbildung Geld, d.h. Kinderarbeit hört erst auf, wenn man so weit aus der Armut heraus ist, daß man Kinder (um der Familie das nackte Überleben zu sichern) nicht mehr ausbeuten muß, sondern von Arbeit frei-



stellen kann (nicht anders, als es bei uns der Fall war, und es ist illusorisch, zu meinen, daß in der Dritten Welt über Nacht geschehen kann, wofür wir hunderte Jahre gebraucht haben). Globalisierung bewirkt in den armen Ländern zunächst sicher beträchtliche (und nicht unbedenkliche) Umbrüche. Aber längerfristig kann die - durch Partizipation am Weltmarkt in Gang gesetzte - Wohlfahrtssteigerung auch für die Entwicklungsländer der erste Schritt sein in eine nachhaltige ökologische und soziale Entwicklung („sustainable development“).

4. „Sustainable development“

„Sustained“ ist, was auf Dauer gestellt, anhaltend und zukunftsfähig ist. Im Deutschen kommt der Begriff „Nachhaltigkeit“ bekanntlich aus der Forstwirtschaft, wo nachhaltige Bewirtschaftung meint, dem Wald nicht mehr Holz zu entnehmen, als nachwächst. Nachhaltig ist ein Wirtschaften somit, wenn die Menschen vom nachwachsenden Ertrag leben (von den Zinsen), statt das Kapital aufzuzehren. Nachhaltig ist ein Wirtschaften, das die Menschen nicht nur heute ernährt, sondern auch noch morgen. Das Gegenteil von nachhaltiger Wirtschaft ist eine kurzsichtige Raubbauwirtschaft, welche Wechsel auf die Zukunft zieht; oder bildlich gesprochen: die das Huhn schlachtet, das die Eier legt; die heute ein kurzes Strofeuer veranstaltet um den Preis, morgen vor verbrannter Erde zu stehen. Nachhaltigkeit wird oft verkürzt als rein ökologische Kategorie verstanden. Weil aber Umweltschutz, sozialer Wohlstand und Wirtschaftsentwicklung in einem wechselseitigen Bedingungsverhältnis zueinander stehen, ist Nachhaltigkeit mehr als (isoliert gesellener) Umweltschutz, sondern umfaßt ebenso Wirtschaftswachstum und Wohlfahrtsentwicklung. Der Grund dafür ist das wechselseitige Bedingungsverhältnis zwischen den genannten Komponenten: Armut verursacht Umweltzerstörung (siehe die Brandrodungen im Amazonas), wie umgekehrt

Umweltzerstörung (durch entwertete Böden oder vorrückende Wüsten) Armut verursacht. Armut verursacht weitere Bevölkerungsexplosion: Wo das Geld für soziale Sicherungssysteme (z.B. Altersversorgung) fehlt, sind Kinder die einzige Vorsorgemöglichkeit. Die vielen Kinder aber perpetuieren und verschärfen wiederum die Armut, weil dort, wo jeder Produktivitätszuwachs sofort vom Zuwachs an Babies aufgeessen wird, keine Sparrücklagen gebildet werden können. Und wo (mangels erspartem Kapital) weder Investitionen in die Produktion noch Investitionen in die Ausbildung der Kinder getätigt werden können, ist auch kein Ausweg aus der Misere zu erwarten. Und der gestiegene Bevölkerungsdruck erhöht aus naheliegenden Gründen auch wieder den Druck auf die Umwelt: je mehr Menschen, desto mehr Energieverbrauch, Abwässer und Abfälle.

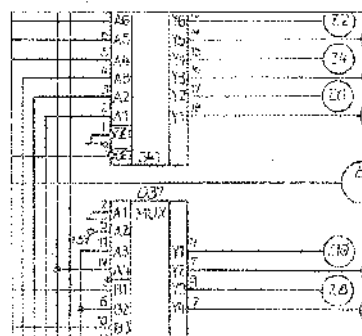
Wenn wir von nachhaltiger Entwicklung reden, dann ist klar, daß eine explodierende Weltbevölkerung mit einer zukunftsfähigen Erde unvereinbar ist. Oder um es mit Aldous Huxley zu sagen: „Ungelöst wird dieses Problem alle unsere anderen Probleme unlösbar machen.“ Der verhängnisvolle Konnex von Bevölkerungsexplosion, Umweltzerstörung und Armut ist nur aufzubrechen, wenn die Entwicklungsländer aus der Armutsschleife herauskommen. Dazu gehört (nicht nur, aber auch) ihre ungehinderte Partizipationsmöglichkeit am Weltmarkt und das Ende unserer protektionistischen Maßnahmen, sie vom freien Marktzutritt auszusperrten. Daß Südtirols Obstbauern (um nochmals ein lokales Beispiel heranzuziehen) mit Apfelimporten aus Südamerika keine Freude haben, ist verständlich. Daß Äpfel, die aus Südamerika in ein Apfel-land wie Südtirol über tausende Kilometer importiert werden, ökologisch gesehen ein Wahnsinn sind, ist auch klar. Aber wie sollen die armen Länder aus ihrer Armut herauskommen, wenn

kurrenz leichte Wohlstandseinbußen hinzunehmen hätten. Aber wäre (wenn damit andere zum Zug kämen) die internationale Öffnung der Märkte (d.h. die Globalisierung) nicht ein Stück überfälliger Wohlstandsausgleich?

5. Ende der autonomen Politik? Zersetzung der Demokratie?

Zu der Frage: „Wer fällt in die Globalisierungsschleife?“ gehört auch notorisch die Antwort: Der Nationalstaat, die staatliche Politik. Wenn Unternehmer mit Abwanderung drohen können, wird der Staat erpreßbar. Wenn den Investoren eine bestimmte Politik nicht gefällt, setzt - mit den heutigen Möglichkeiten, Kapital hin- und herzuverschieben - schlagartig eine Massenfucht der Investoren ein. Die Folge davon ist (so Ernst Ulrich v. Weizsäcker) die „Kapitalhörigkeit der Politik“. Demokratietheoretisch heißt das, daß nicht mehr der Demos (das Volk eines bestimmten Landes) mit seinen Mehrheitsentscheiden bestimmt und regiert, sondern die internationalen Finanzmärkte, deren Druck die gewählten Politiker sich zu akkomodieren haben. Die nationale Politik verliert an autonomer Gestaltungsmöglichkeit, der Nationalstaat an Souveränität.

Der Vollständigkeit und Ehrlichkeit halber muß freilich gesagt werden, daß die Globalisierung nicht nur die Demokratie vor neue Herausforderung stellt, sondern selbst ein Produkt der Demokratie ist. Wir haben sie sozusagen (unwissentlich und unwillentlich) herbeigewählt. Weil in jeder Gesellschaft die meisten Menschen den Eindruck haben, in der Verteilung zu kurz zu kommen, entscheidet sich dort, wo die Politik durch demokratische Abstimmung gemacht wird, die Mehrheit der Bevölkerung für Umverteilungspolitik (von oben nach unten). Die Folge davon ist, daß den Unternehmen immer mehr Gewinnerträge via Steuern für die Finanzierung des Sozialstaats weggenommen werden. Mit der Globalisierung (vor allem mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs) haben die Unternehmen nunmehr die Möglichkeit, sich diesem Druck zu entziehen - und zurück bleibt der unfinanzierbar gewordene Sozial- und Wohlfahrtsstaat.



Die neue Möglichkeit, sich dem Druck des Steuerstaates durch Standortverlegung in ein Land mit attraktiveren steuerlichen Standortbedingungen

entziehen zu können, hat freilich auch demokratietheoretisch ihr Gütes. Durch den internationalen Steuerwettbewerb werden dem ausufernden Steuerstaat endlich

Grenzen gezogen.

Dem Staat wird

klargemacht, daß

Politik nicht einfach

darin bestehen

kann, kontinuierlich

an der Steuer-

schraube zu

drehen und den

Leuten mit raubrit-

terlichen Metho-

den das Geld aus

der Tasche zu ziehen - um es dann

(nach Abzug unverschämter

Politikerbezüge) populistisch und pa-

ternalistisch an die Beraubten

zurückfließen zu lassen (was letztlich

nichts anderes ist als eine raffinierte

Form von Stimmkauf im Dienst der

politischen Machtsicherung). Die inter-

ationale Steuerkonkurrenz, d.h. die

Möglichkeit, sich im Zug der Globali-

sierung dem Steuerzugriff eines be-

stimmten Staates zu entziehen, hat

somit eine wichtige korrigierende und

disziplinierende Wirkung auf die Poli-

tik. Die Staaten sind endlich gezwun-

gen, mit dem Geld ihrer Bürger

kaufmännisch (d.h. effizient und kostens-

parend) zu wirtschaften - was bis-

her nicht notwendig war, da der Staat

seine Steuerzahler quasi in Geiselschaft

hatte und die ausufernden Staatskos-

ten mit immer höheren Steuern auf

die Bürger abwälzen konnte. So ges-

ehen macht die Globalisierung endlich

Schluß mit dem Machtwortgebrauch des

Steuerstaates. Zu bedenken ist freilich

wiederum, daß die Möglichkeit, sich

den Repressalien des Steuerstaates zu

entziehen, nicht allen gleichermaßen

offensteht. Die „Immobilien“, denen

(einkommensbedingt) entweder das

Vermögen oder (bildungsmäßig) das

Know-how für internationale Beweg-

lichkeit fehlt, bleiben zurück und

gehören zu den Verlierern der Globali-

sierung. Da der (aus den geschilderten

Gründen) in seiner politischen Autono-

mie eingeschränkte alte Nationalstaat

immer weniger über den Spielraum

verfügt, diese Verlierer zu kompensie-

ren und loyal an sich zu binden, ist die

Gefahr nicht von der Hand zu weisen,

daß sich Teile der Bevölkerung aus Res-

sentiment antidemokratischen Bewe-

gungen zuwenden und die Demokratie

auch in dieser Hinsicht unter Druck

gerät. Diesem pessimistischen Szenario

steht freilich die optimistische Annahme

entgegen, daß sich - im Zug der Globali-

sierungsdynamik - Fr

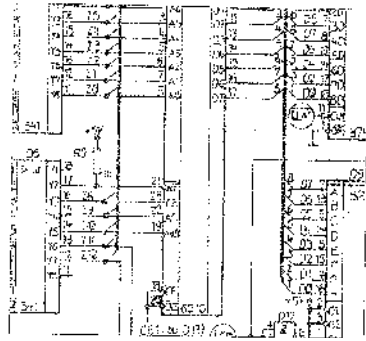
ruhenschaften der

Zivilgesellschaft auf

internationaler

Ebene durchsetzen

werden.



6. Vom Weltmarkt zur Welt(bürger-)gesellschaft?

In der Sozialphilosophie ist heute viel von Bürger- oder Zivilgesellschaft („civil society“) die Rede. Der Bürger, der hier gemeint ist, ist nicht der Bourgeois, sondern der Citoyen (deshalb „Zivil“gesellschaft). Und dieser Citoyen verkörpert ein eminent liberales Ideal: Dieser „cives“ ist der freie, eigenbestimmte, mit Bürger- und Menschenrechten ausgestattete Mensch, der nicht unter autoritärer staatlicher Fremdbestimmung lebt, sondern in einem (subsidiär auf die Kernkompetenzen reduzierten) liberalen Minimalstaat autonom und souverän, d.h. selbstbestimmt lebt und das Zusammenleben mit den Mitmenschen in Eigeninitiative und in freier Interaktion (sozusagen nach marktwirtschaftlichem Paradigma) organisiert.

Daß die zunehmende Globalisierung der Märkte die Menschen mehr und mehr zusammenbringt, ist keine Frage. Wirtschaftstätigkeit über die kulturellen Grenzen hinweg baut zwangsläufig Berührungsgänge ab. Die Frage ist aber, ob die so entstehende globale Marktgesellschaft auch eine Weltbürgergesellschaft sein wird (wie die Klammern im Titel andeuten). Oder anders und direkter gefragt: Ist der zunehmend Gestalt annehmende Weltmarkt ein Wegbereiter der Demokratie und der Zivilgesellschaft?

Sicher nicht zwangsläufig; dies anzunehmen wäre ein halber Kurzschluß. Wenn die Globalisierung den Entwicklungsländern Wohlfortschritt verschafft, dann könnte dies diktatorischen Regimes (wie z.B. China) zur politischen Legitimation dienen (man tut sozusagen etwas für das Volk, das sich schließlich eine Wohlfortschrittssteigerung erwartet, auch wenn ihm die Bürger- und Menschenrechte vorzuenthalten werden). Manche Theoretiker freilich meinen, daß Rechtsstaatlichkeit für ausländische Investoren einen attraktiven Standortvorteil darstellt, weshalb nicht-rechtsstaatliche

Entwicklungsländer im Wettbewerb um Investitionen unter Druck geraten müssen. Wie aber das ehemalige Apartheid-Südafrika oder Chile, Argentinien und Korea zeigen, sind undemokratische Regimes kein zwingender Grund für Investoren, ihr Geld nicht dort zu placieren. Sich von den globalisierten Märkten automatisch einen Zugewinn an Demokratie in der Welt zu erwarten, ist deshalb wohl eine überzogene Hoffnung.

Stärker werden es die neuen globalen elektronischen Medien sein, die undemokratische Regime unter Druck setzen und zu einer Verbreitung der Demokratie in der Welt beitragen. Partizipation am globalen Markt ist ohne breite Einbindung in das weltumspannende Datennetz des Internet gar nicht möglich. Dadurch sind aber auch die Menschen in einem diktatorischen Regime in den freien und pluralistischen Markt der Ideen eingebunden, was die auf autoritäre Meinungskontrolle aufbauende - Politik der undemokratischen Regime auf kurz oder lang unterminieren muß.

Wenn die Meinung vertreten wird, daß eine Zivilgesellschaft für ihren Zusammenhalt einen gemeinsamen weltanschaulichen Nenner (eine Art „Zivilreligion“) benötigt, dann stellt sich die Frage: Gilt dies auch im globalen Maßstab? Braucht auch die Weltgesellschaft einen gemeinsamen Nenner, um auf ein stabiles, zukunftsfähiges Fundament gestellt werden zu können?

Die Welt, die heute durch die Globalisierung der Märkte in rasantem Tempo zusammenwächst, war lange Zeit das Nebeneinander von kulturellen Son-

"Ich behaupte, daß der Neoliberalismus die grundlegende Natur der Politik verändert hat. In der Politik ging es üblicherweise darum, wer wen regiert und wer welches Stück vom Kuchen bekam. Gewisse Aspekte dieser beiden zentralen Fragen bleiben natürlich, doch aus meiner Sicht ist die neue große Frage der Politik: 'Wer hat das Recht zu leben, und wer hat das nicht?' Radikale Ausgrenzung ist jetzt an der Tagesordnung und das meine ich todernt."

Susan George, Direktorin
des Transnationalen
Institutes, Amsterdam

derweiten, die einander kaum wahrgenommen haben (und wenn, dann oft negativ, zum Zweck der Absicherung der kulturellen und religiösen Eigenidentität). Es hat freilich andererseits frühzeitig Versuche gegeben, fremde Kulturen zu verstehen und so etwas wie ein globales Bewußtsein auszubilden: Das Interesse der Romantiker am Orient und an Indien; später das Interesse des Westens am fernöstlichen Buddhismus sowie generell das Interesse der Ethnologen an fernen Kulturen.

Globalisierung ist kein rein wirtschaftlicher Vorgang. Das Zusammenwachsen der Märkte ist wahrscheinlich der Initiator und Schrittmacher - aber Globalisierung ist mehr, nämlich auch das geistige Zusammenwachsen. Damit dieses Zusammenwachsen (angesichts der beträchtlichen kulturellen Verschiedenheit der Menschen) gelingt, ist „Kulturverstehen“ ein wichtiges Gebot der Stunde. Kulturverstehen ist Globalisierung der Köpfe - und damit auch eine wichtige Komponente für eine nachhaltige Entwicklung der globalen Märkte, weil nur durch eine wechselseitige geistig-kulturelle Vertrautheit eine gedeihliche kontinuierliche Zusammenarbeit in der Wirtschaft möglich ist.

Folgt aber aus dem Kulturverstehen automatisch, alles Andersartige zu billigen, auch wenn es gegen eigene Überzeugungen verstößt? Ist globaler (kulturübergreifender) Wertpluralismus ein völliger Wertrelativismus?

Eine Konvivenz der Kulturen kann nur auf dem Boden der Toleranz gelingen. Aber wie weit kann, und soll sich das Toleranzprinzip erstrecken? Muß es auf Wechselseitigkeit beruhen, oder schließt es auch die Forderung ein, die Intoleranten zu tolerieren? Verlangt das Toleranzprinzip von uns, aufklärerische Ansprüche preiszugeben? Ist es kultureller Hegemonismus, wenn wir auf manchen unserer Wertüberzeugungen beharren bzw. in aufklärerischer Absicht versuchen, die Menschen in fremden Kulturräumen davon zu überzeugen, daß es sich beispielsweise bei der weiblichen Circumzision oder beim Schächten von Tieren um grausame archaische Praktiken handelt?

Daß das Anliegen - der Aufklärungsphilosophie seine Berechtigung hat, sehen wir an unserer eigenen Geschichte: Wir haben beispielsweise (bis vor nicht allzu langer Zeit) Frauen als Hexen verbrannt - bis Philosophen aufgetreten sind und uns dazu gebracht haben, diese schreckliche Praxis einzustellen. Könnte Ähnliches auch gegenüber anderen Kulturen geschehen? Toleranz schließt Geringschätzung und Herabwürdigung der anderen strikt aus. Toleranz schließt Hass strikt aus. Aber muß sie auch (konstruktiven) Streit ausschließen? Und wie kann Streitkultur im interkulturellen, globalen Kontext aussehen?

Interkulturalität muß offene Diskussion zulassen. Über kulturelle Grenzen hinweg aufeinander zugehen heißt ja auch, sich kritisch mit dem anderen auseinanderzusetzen. Toleranz, die sich mit dem anderen gar nicht auseinandersetzt (sondern das Andere einfach ohne Zusehen gelten läßt) ist eigentlich eine Form des Nichtwahrnehmens und des Nicht-Einsnehmens - und so gesehen eher eine Form der Mißachtung des anderen als Toleranz. Der Theologe Hans Küng fordert bekanntlich ein globales Ethos (ein Weltethos), d.h. ein Minimum verbindender Werte, das sowohl Menschen verschiedener Religionen als auch Religionslose teilen können und das als gemeinsame Wertbasis dienen kann für eine zusammenwachsende Menschheit.

An dieser Idee ist zu arbeiten. Aber man sollte sich nicht der Illusion hingeben, daß dies immer schmerzlos und quasi über Nacht erfolgen kann. Tatsache ist, daß die meisten Menschen über Jahrhunderte in (meist ziemlich strikt abgegrenzten) kulturellen und religiösen Separat- und Sonderwelten gelebt haben. Wenn die Welt jetzt beschleunigt zu einer Einheit zusammenwächst, so erfolgt dies für viele Menschen viel zu schnell. Die Folge ist, was man „Globalisierungsstress“ nennen könnte, der vielfach unerwartete Reaktionen auslöst. Globalisierung bedeutet (daran kann kein Zweifel bestehen) Komplexitätszuwachs, und auf Komplexitätszuwachs reagiert der Mensch zunächst meist mit der Versuch, die „neue

„Unübersichtlichkeit“ durch Komplexitätsreduktion zu bewältigen. Aus diesem Grund haben wir paradoxerweise im Zug der Globalisierung eine wachsende Tendenz zu neuen Regionalismen. So hatten wir (um nochmals bei einem lokalbezogenen Beispiel zu bleiben) bis vor kurzem in Südtirol einen Topmanager eines international agierenden Konzerns, der - im Gegensatz zu seinem globalen Denken am Schreibtisch - am Wochenende den Anzug mit der Schützenuniform vertauscht und einer Kirchturmspölitik das Wort geredet hat. Ein Widerspruch? Oberflächlich gesehen, ja; psychologisch gesehen, nicht unbedingt. Denn je mehr der Mensch im Zug der Globalisierung den Eindruck gewinnt, sich in den globalen Weiten zu verlieren, desto stärker könnte ein verbreitetes kompensatorisches Bedürfnis nach lokaler Verwurzelung und Verankerung werden.

Dezentrale Gegengewichte zur Zentralisierungs- und Vereinheitlichungstendenz des Weltmarktes sind für die Akzeptanz der Globalisierung wichtig. Nur wenn wir zugestehen, daß die globalisierte Welt bloß den einheitlichen Rahmen darstellt, der (in einem friedlichen, pluralistischen Nebeneinander) auf unterschiedliche Weise gefüllt werden kann, nehmen wir den Menschen die Befürchtung, daß Globalisierung kulturelle Nivellierung bedeutet. Weil die Nachhaltigkeit des globalen Wirtschaftsmarktes wesentlich auch von der überwirtschaftlichen (d.h. geistig-kulturellen) Akzeptanz abhängt, ist es von zentraler Wichtigkeit, die Globalisierung so auszugestalten, daß sich die Menschen nicht enteignet und überfahren fühlen müssen.

Die internationale Vernetzung im Zug der Ausbildung des Weltmarktes bringt uns vermehrt zu Bewußtsein, was die Erde immer schon war: Ein Lebensraum, wo wir (siehe globales Umweltproblem, siehe globales Migrationsproblem) auf kurz oder lang nur gemeinsam als Überlebensgemeinschaft überleben können. Die wirtschaftliche Globalisierung ist die Chance, die Menschheit zusammenzuwachsen zu lassen und zu dem Kollektiv zu machen, ohne das die großen kollektiven Probleme der Menschheit nicht zu bewältigen sind und das nach-

haltige Leben der Menschen auf dem blauen Planeten nicht gesichert ist. Es sollte aber deutlich geworden sein, daß dieses Zusammenwachsen nicht nur eine wirtschaftliche Angelegenheit sein kann.

Vor einigen Jahren hat Francis Fukuyama mit seinem Schlagwort vom „Ende der Geschichte“ von sich reden gemacht. Mit dem Ende des Kommunismus, d.h. nachdem der Liberalismus siegreich aus dem Streit der Ideologien hervorgegangen ist, hätte (so Fukuyama) das Modell von freien Märkten für Waren und Ideen angeblich keine Gegnerschaft mehr und wäre im Begriff - universell - zum Weltmodell zu werden.

Sicher ist, daß mit der beschleunigten Globalisierung der Liberalismus heute in ein neues Stadium eintritt. Und sicher ist auch, daß ihm damit eine gewaltige Bewährungsprobe erst bevorsteht. Für den Fall, daß das Wohlfahrtsversprechen der Globalisierung uneingelöst bleibt, dürften die „Anti-Globalisten“ (die „Territorialisten“ und Protektionisten) noch mehr Aufwind bekommen. Und wenn die Schwachen im freien globalen Wettbewerb von den Starken hegemonistisch überrollt und an die Wand gedrückt werden, sind neue Spielarten des Fundamentalismus und Radikalismus nicht ausgeschlossen - möglicherweise neue Varianten von Faschismus und Rassismus, weil Faschismus sich ja immer aus dem Antrieb herleitet, die eigene Schwäche und Unterlegenheit durch (nationalistische oder rassistische) Selbstüberhöhung (bei gleichzeitiger Herabsetzung der anderen) zu kompensieren.

Mehr als eine offene Frage ist bis zur Stunde auch, wie der riesige Kulturraum des Islam sich zur Globalisierung verhalten wird. Die zwiespältige bis ablehnende Haltung gegenüber allem „Westlichen“, die islamischen Kulturraum anzutreffen ist, muß den optimistisch gestimmten Globalisierungsenthusiasten zu denken geben. Ebenso offen ist, wie traditionelle bzw. traditionsverhaftete kollektivistische Kulturen (z.B. in der Südsee, in Afrika und Ostasien), denen unser westlicher Individualismus fremd ist, auf die globale Ausweitung des Marktkonzepts reagieren, das zentral auf die Autonomie und

Eigenverantwortlichkeit des Individuums aufbaut.

„Ende der Geschichte?“, wie Fukuyama gemeint hat? Wohl kaum. Tatsache ist, daß die geschichtliche Zukunft heute offen ist wie kaum zuvor. Gesellschaftliche Umbrüche, wo man mit liebgewonnenen Gewohnheiten hat brechen und sich an neue Entwicklungen, hat anpassen müssen, hat es in der Geschichte zwar immer wieder gegeben. Mit der Globalisierung aber kommt neu ins Spiel, daß sich ein tiefgreifender Umstrukturierungsprozeß im globalen Maßstab ereignet. Mit der Globalisierung stehen wir heute in einer Situation, wo die Karten neu gemischt und das Spiel neu aufgelegt wird. Wie dieses Spiel ausgehen wird (d.h. wer die Gewinner, wer die Verlierer sein werden, oder ob alle dabei gewinnen) ist ungewiß. Gewiß ist nur, daß bei diesem Spiel viel auf dem Spiel steht: nämlich die Chance, die zersplitterte Menschheit zu einer Weltgemeinschaft zu machen, die gemeinsam an der Bewältigung der immensen Zukunftsprobleme arbeitet. Damit ist klar, daß es sich um die wohl gewaltigste Herausforderung handelt, vor welche die Menschheit je gestellt war.

Elmar Weibl, geboren 1952 in Bruneck, ist Professor für Philosophie an der Universität Innsbruck mit den Schwerpunkten Philosophische Anthropologie, Sozialphilosophie, Ethik und Ästhetik. Er ist Leiter der Abteilung für Angewandte Ethik und Autor der Werke „Ökonomie und Ethik. Die Kapitalismuskritik in der Philosophie der Neuzeit“, „Ökonomie und Ethik. Die Kapitalismuskritik von Nietzsche bis Foucault“, „Wörterbuch philosophischer Fachbegriffe Deutsch-Englisch/Englisch-Deutsch“ (ger. mit P. Hardinger, auch als CD-ROM). Unlangst ist sein Buch „Praktische Wirtschaftsethik“ erschienen, das u.a. Kapitel über „Globalisierung“, „Armut“, „Kinderarbeit“, „Nachhaltigkeit“, „Internationale Schuldenkrisen“, „Multinationale Konzerne“ enthält. Für weitere Informationen siehe (ohne wahl): <http://philosophy.uibk.ac.at>



SKRUPELLOS & CO.

Bekannte und beliebte Markenfirmen verletzen Menschenrechte, beuten Kinder aus, finanzieren Krieg und Waffenhandel und zerstören die Umwelt. Was der Konsument/die Konsumentin dagegen tun kann, versucht das „Schwarzbuch Markenfirmen“ zu zeigen. Eine Recherche von

Klaus Werner

Die Erdölfirma Shell ist einer der größten Geldgeber für Sozialprojekte im westafrikanischen Nigerdelta. Fast 60 Millionen Euro pro Jahr gibt der Konzern in der verarmten Region im Süden Nigerias für Schulen und Gesundheitseinrichtungen aus. In Europa zählt sich Shell zu den größten Fördererinnen der Sonnenenergie: Der Ölmulti baut dort Solaranlagen. „Wir sind davon überzeugt, dass nur diejenigen Unternehmen erfolgreich sein können, die drei Ziele verfolgen: Wettbewerbsfähigkeit, soziale Verantwortung und ökologische Orientierung“ heißt es in einer Werbebroschüre.

Dabei war der Konzern lange Zeit das Feindbild von Umwelt- und Menschenrechtsgruppen. Als Shell im Jahr 1993 die Ölplattform Brent Spar in der Nordsee versenken wollte, boykottierten Millionen AutofahrerInnen die Tankstellen mit dem gelben Muschel-Logo, bis der Konzern einlenkte. Den zweiten Imageschaden erlitt die Firma im selben Jahr, als der nigerianische Dichter Ken Saro Wiwa ermordet wurde. Shell wird als wichtigstem Erdölproduzenten Nigerias die Kooperation mit dem Militärregime zur Last gelegt, das den lästigen Kämpfer gegen die Ölindustrie einfach beseitigte. Nach wie vor sei Shell verantwortlich für die Zerstörung der Lebensgrundlagen Tausender Familien, behaupten die Betroffenen vom Volk der Ogoni heute. Sie schätzen, dass Shell seit Beginn seiner Tätigkeit in Nigeria Erdöl im Wert von rund 35 Milliarden Euro aus dem Boden geholt hat. Allein die damit verbundenen Umweltschäden wurden schon 1992 mit rund vier Milliarden Euro beziffert.

Da stehen die 60 Millionen, die der Konzern nach eigenen Angaben für soziales Engagement aufwendet, plötzlich in einem anderen Licht: als ein vergleichsweise kleiner, aber uniso-

effizienterer Posten im Werbebudget. Denn Shell's karitatives Wirken wird in den internationalen Medien als Paradebeispiel für unternehmerische Verantwortung gerühmt.

Die Konzerne haben ihre Lektion gelernt. Etwa ab den Siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts wurden viele bekannte Firmen zur Zielscheibe von Menschenrechts- und UmweltaktivistInnen. Boykottaufrufe gegen den Nahrungsmittelhersteller Nestlé („Nestlé tötet Babys“), gegen McDonald's, Siemens und Shell gingen in die Geschichte ein. Auch heute legen immer mehr KonsumentInnen Wert darauf, dass bei der Herstellung ihrer Lieblingsprodukte Menschen nicht unter inhumanen Bedingungen arbeiten müssen oder ganze Völker ihre Lebensgrundlagen verlieren. Das bringt aber auch Verunsicherung: Was kann ich überhaupt noch kaufen?



Das „Schwarzbuch Markenfirmen“ gibt darauf eine Antwort. Es kratzt am Image der erfolgreichsten Marken in Deutschland, Österreich und der Schweiz und deckt auf, welche von ihnen am meisten Dreck am Stecken haben. Es zeigt aber auch, welche Macht die KonsumentInnen haben, um die Konzerne zu einer Änderung ihrer Geschäftspraktiken zu zwingen. Detaillierte Porträts von 50 Unternehmen samt Produktlisten und konkreten Tipps machen das Buch zu einem Einkaufsführer besonderer Art.

Die „Hitliste der Bösen“ wird von Bayer, TotalFinaElf und McDonald's angeführt: Bayer finanziert unerlaubte Medikamentenversuche, Bayer bringt gefährliche Gifte in Umlauf und Bayer

ist einer der wichtigsten Geldgeber für den Handel mit blutigen Rohstoffen in einem afrikanischen Kriegsgebiet. Der Tanksteilen-Multi TotalFinaElf ist fast überall dort aktiv, wo Menschenrechtsverletzungen und Erdölförderung zusammentreffen: In Myanmar, im Sudan, in Angola und in Nigeria. Und McDonald's wird nicht nur wegen der Folgen seines industriellen Fleischverbrauchs für Umwelt und Viehzucht kritisiert: Für die Herstellung von Spielwaren, mit denen der Hamburgerkonzern europäische Kinder in seine Restaurants lockt, wurden chinesische Kinder ausgebeutet.

Mittlerweile veröffentlichen fast alle großen Unternehmen regelmäßig dicke Umwelt- und Sozialberichte. Sie beschäftigen Menschenrechtsbeauftragte und haben so genannte „Codes of Conduct“ etabliert, Verhaltensnormen, mit denen sich die Konzerne mehr oder weniger strenge Regeln zur Beachtung ökologischer und sozialer Prinzipien auferlegen. Firmen wollen sogar „gute Bürger“ eines Landes oder des ganzen Globus sein. So betätigten sich etwa 120 leitende Siemens-Angestellte im Oktober 2000 freiwillig und unentgeltlich als Bauarbeiter bei der Errichtung eines Sommercamps für deutsche und tschechische Heimkinder. Damit sei nicht nur sozial Schwachen geholfen: Die Aktion habe auch den Teamgeist gestärkt. Und nicht zuletzt sei's auch gut fürs Image. Teamgeist beweist Siemens allerdings nicht nur beim Aufbau von Ferienlagern, sondern auch bei zahlreichen Beteiligungen an mehr als fragwürdigen Bauprojekten: So entstehen mithilfe des Münchner Konzerns zahlreiche Riesenstaudämme in Ländern der „Dritten Welt“, als deren Folge Millionen von Menschen teilweise mit Gewalt zwangsumgesiedelt werden und ihre Lebensgrundlagen verlieren, ohne angemessen entschädigt zu werden.

Und Siemens ist noch immer führend im Bau gefährlicher Atomkraftwerke in aller Welt. Viele dieser Reaktoren sind nachweislich unrentabel und belasten das Budget hochverschuldeter Staaten. Der Wert eines Unternehmens lasse sich steigern, wenn man bereit sei, „auch eine soziale Verantwortung im Unternehmen und in der Gesellschaft zu übernehmen“, meint Mercedes-Boss Jürgen Schrempf. Ob die Waffenproduktion ebenfalls Teil dieser Verantwortung ist, sagte der Konzernherr allerdings nicht. DaimlerChrysler, oder vielmehr eine Tochterfirma des Autokonzerns, ist an der Entwicklung von Atomwaffen beteiligt. Und nicht nur das: Die Konzerntochter Deutsche Aerospace produziert auch Landminen.

Ein Unternehmen mit besonders großem Nachholbedarf in Sachen Imagepflege ist die amerikanische Sportbekleidungsfirma Nike. Seit amerikanische Medien Mitte der Neunziger Jahre pakistanische Kinder dabei filmten, wie sie das Nike-Logo, den „Swoosh“ auf Fußballer nähten, ist Nike zum Lieblingsgegner von Menschenrechtsgruppen und GlobalisierungskritikerInnen geworden. Nike's berühmter Werbespruch „Just Do It!“ wurde zu „Just Boycott It!“ - boykottier es einfach - umgedichtet.

Nike ging in die Offensive, gestand viele der vorgeworfenen Missstände ein und gelobte Besserung. Die gab es da und dort tatsächlich: Einige der „Sweatshops“ genannten Hinterhofbetriebe in den Herstellerländern erhielten endlich Sicherheitseinrichtungen wie Feuerlöscher und Notausgänge. Arbeitsplätze wurden verschönert und es fanden schärfere Kontrollen gegen Kinderarbeit statt. Doch am Kernproblem hat sich wenig geändert: Weder Nike noch andere Konzerne, die ebenfalls ihre Produkte in ärmeren Ländern herstellen lassen, sind bereit, angemessene Löhne zu bezahlen. Im Gegenteil: Seit die unternehmerisch unabhängigen Zulieferbetriebe die von Nike & Co. geforderten Standards einhalten müssen, bleibt noch weniger Geld für soziale und faire Arbeitsbedingungen. Das zeigt auch das Problem von Boykotten: Der Nike-Konkurrent Reebok etwa versuchte das negative Image des Marktführers für sich umzumünzen

und verleiht seitdem jährlich einen Menschenrechtspreis für Engagement gegen Kinderarbeit und repressive Regime in aller Welt. In Wahrheit werden die Reebok-Sportschuhe vielfach von den selben Näherinnen im selben Betrieb zu denselben miserablen Bedingungen wie bei Nike, Adidas und Co. zusammengeheftet. Wenn nun in einem solchen Betrieb etwa ein Fall von Kinderarbeit ans Licht der Öffentlichkeit gerät und so das Image berührt ist es den multinationalen Konzernen ein Leichtes, dem Lieferanten die Aufträge einfach zu entziehen und zum nächsten weiterzuwandern. Zurück bleiben oft Heere von Arbeitslosen. In Indien haben sich sogar Initiativen gegen allzu gutgemeinte Boykotte gebildet, in denen die Kinder ihre Arbeitsplätze zurückfordern: die waren nämlich meist immer noch besser als das, was sie auf der Straße erwarteten. Konsumernbargos, die nicht von den Betroffenen selbst getragen werden, dienen oft nur dazu, westlichen WohlstandsbürgerInnen ein reines Gewissen zu verschaffen. Stattdessen wäre es notwendig, mit dem Kauf eines Produktes auch die massive Forderung nach gerechten Herstellungsbedingungen zu verbinden und diese Forderung auch in den Konzernzentralen zu deponieren. Die Möglichkeiten dazu sind vielfältig: So druckt etwa die Kampagne für Saubere Kleidung (<http://www.saubere-kleidung.de>) kleine Einkaufskärtchen mit den wichtigsten Forderungen, die man beim Einkauf in den Geschäften deponieren kann. Auch das „Schwarzbuch Markenfirmen“ führt die Adressaten an, an die man seine Proteste richten kann. Solche Aktionen werden in den Vorstandsetagen durchaus wahrgenommen: Immer mehr Firmen treten mit Menschenrechtsorganisationen in Kontakt, um sich bei der Umsetzung von Maßnahmen beraten zu lassen. Bislang scheitert das meist am Knackpunkt der unabhängigen Kontrolle allfälliger Verbesserungen und an der Bereitschaft, faire Löhne zu garantieren. Hier gilt es nachzuhaken - eine Aufgabe, die zugegebenermaßen mehr Engagement erfordert als das relativ einfache Mittel des Boykotts.

Die Proteste in Seattle, Prag und zuletzt in Genua haben gezeigt, dass die



wirtschaftliche Globalisierung ohne Wenn und Aber nicht mehr widerspruchsfrei hingenommen wird. In Deutschland erklären sich laut Meinungsumfragen bereits 75 Prozent der BürgerInnen prinzipiell mit den Zielen der sogenannten „Globalisierungsgegner“ einverstanden. Darunter befinden sich natürlich auch jene, die einem nationalen Protektionismus das Wort reden. So trauern manche GewerkschaftsvertreterInnen in Europa der Verlagerung zehntausender Arbeitsplätze in Billiglohnländer nach. Und auch die nationalistische Rechte versucht die Bewegung zu instrumentalisieren, um möglichst schnell alle Grenzen dicht zu machen. Doch bei der Mehrheit der KritikerInnen müsste man eigentlich von GlobalisierungsbefürworterInnen sprechen: Es geht um eine Globalisierung nicht nur der Wirtschaft, sondern auch sozialer und ökologischer Standards. Die Forderung seriöser Konzernkritiker konzentriert sich denn auch auf eine demokratische Kontrolle der internationalen Wirtschaft - und nicht auf ihre Zerschlagung.

Eine vernünftige Konzernkritik muss die Tatsache anerkennen, dass das Zerbröckeln nationalstaatlicher Grenzen seit dem Ende des Kalten Krieges und die Beschleunigung der Weltmärkte durch neue Technologien wie das Internet nicht aufzuhalten ist. Die große Herausforderung ist es nun, Wege zu finden, diese Veränderungen als Chance für weltweite Mindeststandards in Bezug auf Freiheit und Wohlstand der Menschen - aller Menschen - zu nutzen.

Klaus Weimer ist Journalist (r.b. Falter, taz) und Buchautor. Klaus Weimer/Bare Weimer: Schwarzbuch Markenfirmen. Die Medienwissenschaften der Weltkonzerne mit Siemensbox. Teil 1. Picke Verlag, Wien 2001. ISBN 3-215-30382-9, 150 Seiten m. Abb.

Infos unter <http://www.markenfirmen.com>

dichiarazione delle e dei disobbedienti

*Le città sono piccole e le teste altrettanto: piene
di superstizioni e di pestilenze.*

*Ma ora noi diciamo: visto che così è, così non
deve rimanere.*

Perché tutto si muove, amico mio.

Bertold Brecht

Nasce il movimento delle e dei disobbedienti

La riunione nazionale di coordinamento del Laboratorio della Disobbedienza Sociale, svoltasi sabato 12 gennaio 2002 a Bologna presso il Teatro Polivalente Occupato con la partecipazione di centinaia di persone che da tutto il Paese portavano la voce di gran parte delle realtà disobbedienti nazionali e locali, ha deciso il superamento della forma fin qui assunta dall'esperienza lanciata nel corso della prima assemblea nazionale dei Social Forum a Firenze, nell'ottobre 2001, quando il Laboratorio stesso fu costituito per iniziativa delle ex Tute Bianche, delle/dei Giovani Comuniste/i, dei Centri Sociali dell'ex Carta di Milano, dell'associazione Ya Basta, delle/dei disobbedienti della Rete NoGlobal campana e della rete R.A.C.F. di Roma, sulla base dell'esperienza dello Stadio Carlini e della disobbedienza civile organizzata nelle giornate di luglio a Genova contro il G8.

La sintesi dell'approfondito dibattito tra le varie voci presenti a Bologna è rappresentata dalla decisione comune di trasformarsi da Laboratorio in Movimento delle/dei Disobbedienti, all'interno del generale "movimento dei movimenti" che continua a realizzare la contestazione alla globalizzazione neoliberista e l'opposizione alla Guerra Globale Permanente, militare economica e sociale. È la prima e principale novità che viene portata dalla Disobbedienza all'attenzione, anzitutto, della nuova assemblea nazionale dei Social Forum a Roma, questi 18 e 19 di gennaio del nuovo anno; ed il Movimento parteciperà come tale alla giornata del 20 a Genova, nella ricorrenza del sesto mese dall'assassinio di Carlo Giuliani. Con tale passaggio, le realtà fin qui raccolte nel Laboratorio nazionale decidono di trasferire la titolarità del "logo" Disobbedienti (e dunque la piena e incondizionata legittimità a rappresentarsi come tali, in modo da valorizzare come ricchezza la diversità delle espressioni) a tutti i soggetti che, in ogni parte e in ogni forma, vogliono praticare la Disobbedienza. È questo il frutto del bilancio tratto dall'esperienza di questi mesi, che hanno visto la costante estensione delle pratiche disobbedienti alle più disparate soggettività e frontiere del conflitto sociale, a partire dal contributo di massa alla riuscita della manifestazione nazionale contro la guerra del 10 novembre a Roma così come è stato, poi, per l'affermazione di un nuovo ciclo di lotte delle lavoratrici e dei lavoratori migranti e al loro fianco contro l'infame legge Bossi-Fini, e per l'esplosione del movimento studentesco contro il progetto Moratti, fino all'assedio portato agli "Stati Generali dell'Istruzione" nella capitale lo scorso 20 dicembre.

In particolare la Prima giornata della Disobbedienza Sociale, il 17 novembre 2001, ha realizzato una importante diffusione delle azioni e una disseminazione di stabili percorsi disobbedienti sui più diversi fronti e su tutto il territorio nazionale, secondo le parole d'ordine "costruire conflitto cercando con-

sense" e „con l'umanità contro il dominio, violare le leggi ingiuste". L'esperimento del Laboratorio della Disobbedienza sociale ha prodotto, inoltre, una vasta eco mediatica e un riverbero del messaggio fino a contesti politici e sociali molto distanti dalle stesse realtà promotrici. È dunque emersa una duplice necessità: garantire la continuità dell'estensione di un uso sociale della Disobbedienza come leva per aprire spazi al conflitto e ad una socialità alternativa al potere, e, d'altro lato, individuare percorsi e terreni di verifica dell'effettiva radicalità ed efficacia delle pratiche adottate dai diversi soggetti nei loro rispettivi ambiti.

La decisione delle e dei Disobbedienti di esprimersi come movimento tra i movimenti, ricercando in questa forma i necessari ed adeguati livelli di unità del più generale movimento contro il neoliberalismo e la guerra, è anche conseguenza d'una comune lettura della fase apertasi dopo le giornate di luglio 2001 a Genova e con gli eventi dell'11 settembre. La Guerra Globale Permanente si è presentata come scelta costituente d'un nuovo assetto del dominio, nel fuoco di una acuta crisi delle politiche neoliberiste e del ciclo capitalistico che ha segnato gli ultimi decenni. Dall'11 settembre, dunque, si è assistito ad una complessiva ridislocazione dei poteri e dei loro strumenti, così come delle soggettività e delle reti sociali che contro di essi esprimono conflitto, dopo aver rivelato attivamente quella stessa crisi a partire dall'evento di Seattle fino alle dimensioni senza precedenti della stessa contestazione di Genova. Proprio a partire dai depositi di quest'esperienza, specialmente in Italia il „movimento dei movimenti", malgrado la stretta tra il dominio imperiale capitalistico e l'avventura terrorista di un fondamentalismo religioso e regionale, non solo non ha interrotto la sua azione ma è divenuto vettore della resistenza alla guerra medesima, anche e soprattutto sui fronti economico e sociale.

Sul piano globale, la Guerra Permanente mostra la sua tendenza alla moltiplicazione, rigenera il fondamentalismo stesso e acutizza le oppressioni: in primo luogo, quella che colpisce il popolo palestinese, vede l'occupazione trasformarsi in massacro e in un vero e proprio regime di apartheid gestito dal governo israeliano di Sharon. Ma c'è anche un'altra realtà, a questa intimamente collegata nel quadro complessivo delle ridislocazioni già accennate. La rivolta sociale in Argentina ha chiuso il 2001 e aperto il 2002, imponendo la cacciata di Domingo Cavallo, agente del FMI e della Banca Mondiale, e la rinuncia di quattro presidenti in poche settimane: ha insomma inaugurato quest'anno in un segno opposto a quello apparentemente ricercato dalla potenza imperiale messasi in moto dopo l'11 settembre. La crisi neoliberista viene ulteriormente ratificata, in un contesto strategico come quello inscritto nel progetto degli Accordi di Libero Commercio delle Americhe, e vede irrompere una urgenza di trasformazione radicale, che già si presenta contagiosa e di cui vanno colti i caratteri di spontaneità e protagonismo multitudinario dei bisogni sociali.

Le ed i Disobbedienti guardano dunque all'imminente Secondo Foro Sociale Mondiale di Porto Alegre come un'occasione di confronto tra i movimenti sociali che localmente e su scala globale interpretano questa congiuntura sul terreno del conflitto. Un'occasione che non va sprecata in una passerella di presunti „rappresentanti generali" o di proposte di sintesi minimale esposte all'intrusione, nello sviluppo del „movimento dei movimenti", di quelle ipotesi di governo moderato della globalizzazione neoliberista già battute dalla crisi e in buona parte responsabili o complici dell'attuale scenario di esclusione e riduzione dei diritti di tutti i soggetti sociali subalterni e delle moltitudini espropriate nel mondo. In quella sede le ed i Disobbedienti, a loro volta, si propongono di contribuire in special modo ad un approfondimento del confronto e della comunicazione sulle pratiche di movimento e di insubordinazione sociale.

Anche nel contesto italiano, le ed i Disobbedienti leggono la necessità di garantire la continua espressione della natura materiale del movimento contro il neoliberalismo e la guerra: quella, appunto, di movimento dei movimenti. Mentre appare chiaro che l'offensiva e allo stesso tempo i segni di parossismo della formula di regime del governo Berlusconi, si inscrivono nel quadro generale di crisi e ridislocazione delle politiche neoliberiste: e che, dunque, l'opposizione che quell'offensiva chiama deve intendersi di lungo respiro e, anzitutto, sociale. È certa, quindi, l'esigenza di individuare ambiti in cui si organizzino le relazioni tra i soggetti del movimento, in modo tale da realizzare il migliore confronto sullo sviluppo delle campagne e da assicurare anche per il futuro la possibilità di realizzare scadenze unitarie: in quest'ultimo caso, urge un intervento efficace sulla giornata dello sciopero confederale del pubblico impiego e della scuola del 15 febbraio, già indicato dalle iniziative delle Rsu e del sindacalismo di base, nelle forme di una generalizzazione del conflitto e della sua piattaforma così come di un nuovo „evento" centrale di socializzazione e lotta. Le ed i Disobbedienti intendono farvi vivere le tematiche della redistribuzione del reddito, come istanze comuni del lavoro, del non lavoro e della cooperazione dei saperi messi al lavoro, che insieme abitano la dimensione della precarietà.

Va pure raccolta e valorizzata la capacità del Social Forum - quando non degenerino in mere formule di rapporto tra ceti politici - e delle reti locali di movimento di costituire nuovi spazi pubblici di partecipazione: in questo senso occorre anche operare non solo una riflessione, ma in concreto l'individuazione di un piano di iniziative per un nuovo municipalismo che raccolga e verifichi le suggestioni offerte dal modello del bilancio partecipativo.

innervandolo del protagonismo dei movimenti. Ma, di converso, va battuta ogni deriva verso una cristallizzazione burocratica sul piano dell'organizzazione. Al contrario, l'azione delle reti sociali e la pluralità delle pratiche e dei discorsi del movimento devono aprirsi la strada più larga: casomai, non solo per le ragioni obiettive imposte dall'inaugurazione dell'epoca dell'euro, ma anche e proprio a partire dalla centralità della produzione di soggettività e nello spirito di una sperimentazione pratica su obiettivi comuni, emerge la necessità di realizzare una dimensione europea del movimento.

Giacché la potenza principale espressa intorno a Genova e poi nel lungo autunno dell'opposizione alla guerra militare economica e sociale, è quella del „fare società“, occorre proseguire su questo terreno: ossia intensificare la disseminazione di relazioni alternative e insieme andare incontro alla produzione di soggettività capaci di rotture radicali dell'organizzazione del dominio del capitale, all'altezza della sua crisi e delle sfide che muove nella sua ristrutturazione. Lì ed i Disobbedienti sono nati su questo impulso, ed è perciò che ora, per offrire il migliore contributo a questa prospettiva, si presentano come movimento tra i movimenti.

Coerentemente con la sua lettura del „movimento dei movimenti“ e con la positiva esperienza di contaminazione culturale nella convergenza sulle pratiche, realizzata nei momenti più alti del percorso della Disobbedienza, il Movimento delle/dei Disobbedienti esclude ogni modalità di organizzazione sulla base di una „linea“: esso si organizza sulla pratica comune degli obiettivi, individuati per campagne intorno alle quali verificherà i suoi percorsi e la capacità di tutti i soggetti che vi si riconoscono di riattraversare sulla base di quella pratica i propri ambiti politici, sociali e culturali. L'istanza di collegamento delle realtà del Movimento delle/dei disobbedienti viene così a rappresentarsi come Agenzia di Comunicazione, intesa come comunicazione sociale della Disobbedienza, come comunicazione culturale e informativa e come comunicazione politica.

Il Movimento delle/dei Disobbedienti individua da subito alcune campagne di azione per i prossimi mesi:

- 1) Sulla redistribuzione e la riappropriazione di reddito e sulle lotte comuni di lavoro e non lavoro nel contesto della precarietà, stabilendo una stretta relazione con le reti di organizzazione dei precari e dei disoccupati presenti sul territorio nazionale, intanto in rapporto con la giornata del 15 febbraio e nella prospettiva di azioni a livello europeo come di un intreccio con il movimento studentesco, a partire dagli obiettivi e dai percorsi fissati dalla Rete Studenti in Movimento; contribuendo all'intensificazione dell'iniziativa sulle tematiche reddituali e della proprietà intellettuale;
- 2) Sull'intervento nelle lotte delle/dei migranti e al loro fianco per i diritti sociali e di cittadinanza, a partire dalla manifestazione nazionale del 19 gennaio e in collegamento con le indicazioni dei Coordinamenti e del Migrant Social Forum, per riaprire da subito il fronte d'azione contro i Centri di Permanenza Temporanea;
- 3) Sulla solidarietà e sulla diplomazia dal basso contro il sistema imperiale di guerra, anzitutto a fianco della lotta del popolo palestinese e dei movimenti pacifisti in Israele, contro il regime di apartheid di Sharon, preparando una presenza di massa dei Disobbedienti nell'iniziativa unitaria nei territori durante la settimana di Pasqua prossima;
- 4) Sulla battaglia contro gli organismi geneticamente modificati e le multinazionali dei brevetti, fino alla mobilitazione in corrispondenza del vertice FAO a Roma in giugno;
- 5) Sulla battaglia per la legalizzazione e il libero uso delle sostanze stupefacenti, a sostegno dell'azione del Movimento di massa antiproibizionista (Mdma)!

PACE!

GIUSTIZIA!

DIGNITÀ!

DISERTARE IL DOMINIO!

DISOBBEDIRE AL COMANDO!

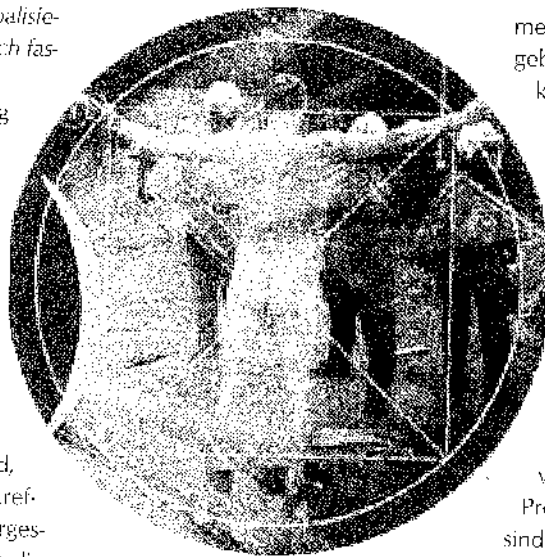
LA LOTTA CONTINUA!

...DASS WIR ALLE (ÜBERSETZTE) ÜBERSETZERINNEN SIND.

Ein Interview mit *Rada Ivekovic*, einer Philosophin, Indologin, Feministin, deren Ursprünge sich in jenem verlaufen, was man Ex-Jugoslawien nennt, die in Paris unterrichtet und momentan mit Schrecken in den USA lebt. Das Interview handelt von den Auswirkungen der Globalisierung auf Identität, Geschlechterverhältnis und Politik, und wurde auf französisch geführt, was sichtbar werden ließ, dass wir vielleicht tatsächlich (übersetzte) Übersetzerinnen sind, jedenfalls aber, dass Übersetzung nie ganz, oder vollständig ist, sondern stets in der Schwebelage bleibt...

skolast *Wie könnten wir die Globalisierung beschreiben, wie sie begrifflich fassen, wie uns zu ihr verhalten?*

Rada Ivekovic Die Globalisierung ist sicher ein zweideutiger und in sich selbst widersprüchlicher Prozess (oder ein Komplex von verwickelten und voneinander abhängigen Prozessen). Die Tatsache, dass wir uns inmitten dieses Prozesses befinden, macht ihn für uns noch weniger transparent. Aber die Globalisierung ist auch ein Prozess, der immer schon bestand, und dessen uns immer noch betreffenden Auswirkungen wir nicht vergessen sollten, ich denke vor allem an die geographische Expansion des Okzidents und die Kolonisierung. Denn es handelt sich immer noch um das Gleiche, um eine Neu-Ordnung, Neugestaltung der Herrschaft des Okzidents, eines bestimmten Okzidents, der arroganten USA und des nicht vorhandenen oder nicht handlungsfähigen Europas. Ohne Zweifel ist die Globalisierung seit dem Ende des kalten Krieges, seit 1989 sichtbarer und bewusster geworden; heute ist die Verquickung ihrer aufdringlichen Sichtbarkeit und zugleich ihrer Undurchsichtigkeit selbst eine allgemein bekannte Tatsache (oder anders: zugleich mit einer bestimmten Transparenz gibt es so etwas wie ein Unbenennbares, unaussprechliches



„Programm“ der Globalisierung...) und ein Gemeinplatz, der auch als minimale und sehr stereotypisierte Repräsentation des „Irrepräsentablen“ funktioniert. Weshalb die relative Transparenz und Öffentlichkeit der Globalisierung Teil ihrer Strategie und ihres Mechanismus sind. Ich will damit sagen, dass nicht nur die Prozesse der Globalisierung selbst wichtig sind; ihre beschränkte Repräsentation spielt genau so eine Rolle (ob in Porto Alegre oder an den Hebeln der transnationalen Macht), sie funktioniert als Normalisierung auf allen Niveaus. Die Tatsache, in Echtzeit zu wissen, dass wir uns jetzt in diesem Prozess befinden (was in anderen Epochen nicht im-

mer so war), muss uns die Hoffnung geben, die Situation beeinflussen zu können, zugleich erschwert und entwertet das aber viele der Versuche, die Situation zu begreifen. Vielleicht werden wir schon bald klarer sehen, denn neue politische Subjekte sind dabei, sich zu bilden, sich zu artikulieren (auch wenn wir möglicherweise aufgrund dessen bald unsere Ausdrucksweise hinsichtlich ihrer ändern werden müssen), neue Subjekte, von Anfang an vielfältig, so wie ihre Projekte und Forderungen vielfältig sind. Hier stellt sich in der Tat das ganze Problem der Hegemonie zum x-ten Mal, und wir werden diese Figur wieder und wieder neu-denken müssen.

Of *wurde als eine der Entwicklungen, welche den Prozess der Globalisierung ausmachen, die „Homogenisierung“ erwähnt; die Spannbreite der darunter verstandenen Phänomene reicht von Vereinheitlichung, als Verwischen der Differenzen in einer Art von Beliebigkeit, bis zur gewaltsamen „Gleichmacheri“, „Säuberung“ von nicht einheitlichen Elementen: wie können wir uns diese „Homogenisierung“ vorstellen?*

Zur Homogenisierung: Ihr wisst ohne Zweifel, dass ich sie verabscheue, aber sie funktioniert noch immer (und viel) als eine Seite der Globalisierung. Denn einerseits gibt es die großen regionalen

Integrationen (jene Europas z.B., die aber durch die Kriegserklärung von Bush Jr. und Rumsfeld an praktisch die ganze Welt radikal verlangsamt werden wird), aber sie sind bloß um den Preis großer Fragmentierungen möglich, die für sie konstitutiv sind. Die Homogenisierung lebt an den Rändern der großen Reiche auf, die sich in einer Phase der Neu-Ordnung befinden (Balkan, Mittlerer Orient, Südasien), denn diese Homogenisierung, auch wenn oder gerade weil sie als „Feindin“ („die Achse des Bösen“) bewertet wird, ist die Komplizin der sich bildenden Welt-Hegemonie. Aber die Homogenisierung spielt sich auch im Zentrum ab: Die Diskussion, die es hier in den USA, wo ich mich gerade befinde, gibt, ist enttäuschend, ernüchternd: sehr, sehr wenige öffentliche Debatten, bloß ein paar und desto mutigere, aber wirkungslose dissonante Stimmen, keine Möglichkeit, öffentlich gegen die imperialistische Außenpolitik aufzutreten. Kleine Fahnen an den Fenstern der Häuser und an den Windschutzscheiben der Autos: „We love America“, die Homogenisierung geschieht ganz von selbst. Das ist im größeren (und gefährlicheren) Stil das gleiche, was wir anderswo gesehen haben: auf dem Balkan, in Österreich, in Italien, in Frankreich. Aber ich würde die Gefahr der „kleinen“ nationalen und ideologischen Homogenisierungen nicht außer Acht lassen. Wie lächerlich sie auch sein mögen (denkt an den kroatischen Nationalismus, oder den schottischen), sie haben nicht nur an der gleichen Logik teil wie die „großen“, sondern sie sind auch in jeder Hinsicht deren Komplizinnen, und darin in sich selbst widersprüchlich; wie das Feine, das sich vervielfältigt, um sich als Feines und Feinziges zu erweisen.

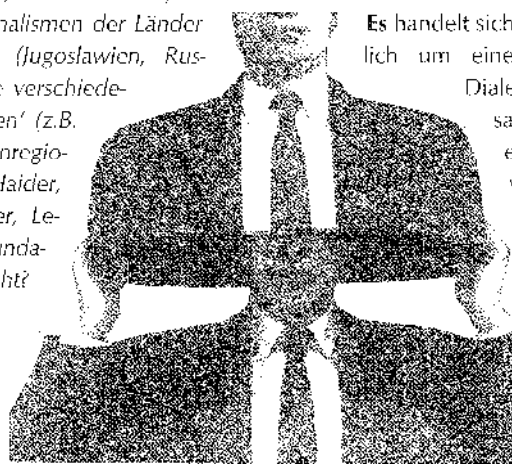
Wie können wir die Renaissance (wenn es denn eine ist) dessen denken, das von den Nationalismen der Länder ‚im Umbruch‘ (Jugoslawien, Russland) über die verschiedenen ‚Populismen‘ (z.B. jene der Alpenregionen: Bossi, Haider, Stoiber, Blocher, Le Pen) bis zum Fundamentalismus geht?

Ich sehe nicht, inwiefern sich die verschiedenen Populismen und Integralismen (zwischen denen es eine Familienähnlichkeit gibt) der Länder im Übergang (sei er post-kolonial oder post-kommunistisch) besonders von den Tendenzen im Okzident unterscheiden würden. Ich denke, sie gehören der gleichen ‚Spezies‘ an, und sind vor allem heute Teil einer langfristigen Logik. Sicher, die konkreten und historischen Bedingungen und Proportionen sind sehr verschieden, und verdienen durch punktuelle und kontextuelle Untersuchungen hervorgehoben zu werden. Aber heute befinden sich ALLE Länder in einer Art Übergang (*R. Ivekovic spricht von „transition“, Ann. n.m. & p.e.*), sogar der selbige Kapitalismus selbst. Wir könnten diesen ‚Übergang‘ bezeichnen als - eben die Globalisierung. Alles wird davon abhängen, wie ihr den Übergang definiert. Übergang wohin, zu was? Zu einer Welt des ultra-liberalen Kapitalismus, in der die armen Länder sich selbst überlassen werden, und die Reichen immer reicher und egoistischer werden? Das ist schon passiert. Wir opfern dafür, wie es schon der Fall ist, den Wohlfahrtsstaat, dort wo er existiert hat. Und wir opfern dafür überdies die Hoffnung. Das ist schwerwiegend. Denn der Wohlfahrtsstaat war schließlich niemals eine radikale oder revolutionäre Lösung, sondern eine Minimal-Lösung für die besser Gestellten. Die am Horizont entstehenden neuen politischen Bewegungen versuchen darauf zu reagieren. Und sie sind Teil einer Antwort auf eure folgenden Fragen, auf die niemand mit Sicherheit antworten kann.

Handelt es sich bei der Verquickung von ‚Homogenisierung‘ und ‚Vereinzelung‘, ‚Fragmentierung‘ um eine notwendige Dialektik zweier Seiten ein und derselben Medaille?

Es handelt sich vielleicht wirklich um eine „notwendige Dialektik“, wie ihr sagt, obwohl ich es vorziehen würde, nichts zu prophezeien, sondern vor allem erst

erhellende Fragen zu stellen. Manche hier in den USA (in Wahrheit die Mehrheit, weil diese Nation sich so gebildet hat) schaffen es nicht, sich selbst anders als im Zentrum vorzustellen, anders denn als BesitzerInnen (der Welt) und als SiegerInnen. Es handelt sich (auch) um einen „psycho-politischen“, „psychologischen“ Ultra-Kapitalismus. Das ist ein bisschen wie die Börse, die (sich) so lange hält, wie die Leute daran glauben, und dann abstürzt, sobald man ihr die völlig subjektive, individuelle (im Plural) und symbolische Glaub- (und GläubigerInnen-) Würdigkeit entzieht, welche man ihr aus purem Fetischismus zuspricht. Ja, das ist wie der Fetischismus des Geldes bei Marx, oder jener des Euro - Fetischismus, von allen in ihm gipfelnden europäischen Zauber-Kräften eingehaucht. Die Golddeckung selbst genügt nicht, es handelt sich um mehr, sicher. Doch die (Luft-) Blase kann platzen, ihre (Auf-)Blähung aus ihr weichen. Das ist es, was I. Wallerstein denkt, der nun vorhersieht, (und es ist nicht die erste seiner Vorhersagen, er liebt die politische „Wettervorhersage“, aber dieses Mal scheint mir das viel wahrscheinlicher als manches andere Mal) dass die USA ihrer Schwäche eines Tages ins Auge sehen und sie anerkennen könnten. Die Zeit wird vielleicht bald kommen, da sie nicht mehr die „Besten“, die „Stärksten“ sein werden. Allerdings wird die wirkliche Veränderung erst danach stattfinden, wenn sie das verinnerlicht und im Sinne ihre Kultur angenommen haben werden. Lest zu diesem Thema den Text von Wallerstein über die Auswirkungen des 11. September in der Nummer 22 von *Transeuropéennes*, die demnächst erscheint, aber auch den bemerkenswerten Text der Anthropologin Veena Das „Violence and Translation“ (Gewalt und Übersetzung) (unter <http://ssrc.org/sept11/essays/das.htm>), sowie ihren Text in *Transeuropéennes* 22. Für den einen wie für die andere dieser AutorInnen können sich die US-AmerikanerInnen zur Stunde nicht mit anderen Kulturen identifizieren, sich nicht in andere hineinversetzen, und sich vor allem nicht zu einer Erfahrung der Niederlage und des Verlusts verhalten. Sie können sich immer noch nicht in Frage stellen.



Was können wir gegen die neuen gewalttätigen Partikularismen tun, wie sie bekämpfen?

Zu eurer Frage nach dem „Antidot“: Wie jedes *pharmakon* wird es zweideutig sein, Gift und Heilmittel zugleich. Ohne Zweifel ist es die Dosierung, die zählt, man wird lernen müssen, richtig zu dosieren. Man müsste mit einer selten vorgestellten Mannigfaltigkeit verschiedener Interessen rechnen, also zugleich einer Vielfalt (Multiplizität) der Subjekte und ihrer Interessen. Dosieren, das wird vielleicht auch heißen: Rechnung tragen den verschiedenen Zeitlichkeiten, Geschichtlichkeiten (Historizitäten). Sich sehr, sehr weit von den bisher begangenen Wegen entfernen, vorwärts zu neuen (auch psychologischen, obwohl politisch, historisch, sozial geformten) Bereitschaften (Dispositionen) und Umständen, uns öffnend vor allem gegen Kulturen, die bis jetzt als marginale definiert wurden (und ich meine nicht nur die nationalen Kulturen, sondern zum Beispiel auch soziale Kulturen der Geschlechter).

Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf jene Differenz, die den ganzen Globus durchzieht, die Geschlechterdifferenz?

Zur Geschlechterdifferenz: Die Globalisierung re-konfiguriert sie, sicher, aber zugleich spielt sich das immer unter konkreten lokalen Bedingungen ab, die manchmal von einem von anderswo herkommenden Geschlechter-Regime verändert werden können. Seht, wie die sexuelle Macht-Konfiguration im Kampf gegen die Taliban nutzbringend eingesetzt werden konnte (und ein Argument gegen sie war), und wieder vergessen wurde, sobald sie den Zielen der (lokalen oder internationalen) Macht nicht mehr nützte. Nichtsdestotrotz, ein Minimum an (formaler und sicher ungenügender) Anerkennung für die Interessen der Frauen und der Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt des Geschlechterverhältnisses ist, ausgehend von internationalem Druck, sogar in Afghanistan durchgesetzt worden. Die politischen Regime, ob auf planetarischer (dem System der Staaten) oder nationaler Ebene, verfügen immer über einen Aspekt des Geschlechterverhältnisses: Es gibt so verschiedene

Geschlechterregime auf allen Niveaus, von der Familie zur Gesellschaft, zur Nation, zum Staat.

An der Geschlechterdifferenz ist interessant, dass sie als „Archetyp“ dient, um alle anderen Arten von Ungleichheit und Ungerechtigkeit (der Klasse oder der „Rasse“) zu rechtfertigen: Wegen ihrer breiten, globalen Akzeptanz, und wegen des Konsensus, der allgemein über die Notwendigkeit der Unterordnung aller Frauen unter alle Männer herrscht. Diese Analogie funktioniert im allgemeinen noch überall. Die Geschlechterdifferenz (wie sie historisch in dieser und jener Gesellschaft existiert) ist also nicht nur durch Prozesse wie den der Globalisierung geformt, sondern bildet auch ihre Basis. Wir müssen die Geschlechterdifferenz in Verschränkung mit anderen Differenzen untersuchen, sie wirkt niemals allein und wird niemals allein bewirkt (eingesetzt).

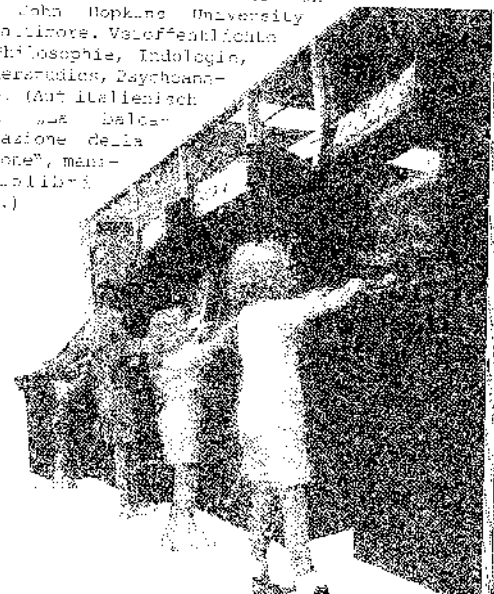
Glauben Sie, dass es für eine Bewegung der Emanzipation notwendig ist, andere Identitäten zu postulieren? Riskiert nicht jede „Gegen-Identitäts“-Bewegung bloß, die fatale Dynamik der Identität zu perpetuieren?

Ihr habt den Finger auf etwas Wichtiges gelegt, auf das ich eine Antwort im Stil von oben vorschlagen würde, in meiner Antwort zum Antidot, ohne wirklich eine Lösung zu haben: Man müsste einen Schritt zur Seite machen, in Bezug auf die dichotomische Logik, und die identitäre Logik ist eine davon. Dieser Schritt zur Seite kann nicht heißen, den Gegensatz als ganzen abzulehnen, weil das nichts als die äußerste Bestätigung der dichotomischen Geste selber wäre. Eher bestünde er in der DOSIERUNG, in der ART und WEISE, im MASS und wäre vor allem ohne vorher bestehende Gewähr. Es ist eine Entscheidung und eine Verantwortung eines/r jeden zu jedem Zeitpunkt. Wie ihr sagt, jede gegen-identitäre Bewegung würde in der Tat riskieren, die fatale Dynamik der Identitäten zu perpetuieren, durch das simple Spiel der Regel und der Ausnahme (die Ausnahme gibt es nicht ohne die Regel, hélas). Ich würde also die Frage so stellen, aber sie ist den großen Strömungen des okzidentalen Denkens fremd (und ihnen

ausländisch?): Können wir de-zentrierte Subjekte denken (viele, eher als eines), Subjekte, die sich nicht auf eine ellenlange subjekt-meraphysische Tradition stützten, geteilte Subjekte (auch Identitäten, wenn ihr wollt) die trotzdem handeln, nicht passiv sind? Subjekte, die ihre Interessen in anderen erkennen würden, sehend, dass wir keine Zukunft haben, wenn nicht gemeinsam. Denken wir sie, diese Subjekte! Und vor allem: Übersetzen wir sie in politische Begriffe, handeln wir sie, bewirken wir sie! Übrigens, außerhalb der dominanten Strömungen, außerhalb des dominanten Denkens gibt es genau so eine nicht üble Tradition, selbst im Okzident. Zum Beispiel: Wie einen Akt der Meditation in politische Begriffe übersetzen, einen Akt der Selbst-Enteignung, Selbst-Entgrenzung? Wie sich Anderem öffnen? Es geht um ÜBERSETZUNG, ich rede auch von Übersetzung. Unter der Bedingung, dass wir verstehen, dass wir uns selbst genau so ‚in Übersetzung‘ befinden. Dass wir alle (Übersetzte) ÜbersetzerInnen sind. Versuchen wir auch die Ironie und den Humor gegen die Identitäten. Den Kommunitaristen, den ‚Identitaristen‘, den Integralisten mangelt es allen an Humor. Die Kommunitaristen und Compagnie glauben alle an die Un-Übersetzbarkeit der Sprachen und Kulturen und sind den fatalen Dichotomien tributpflichtig.

Fragen & Übersetzung von Maria Mühle & Pepe Egger

Rada Iveković ist Philosophin und Ideologin. Unterrichtete in Zagreb, emigrierte 1991 wegen des zunehmenden kroatischen Nationalismus und des Krieges nach Paris. Dozentin unterrichtet sie an der John Hopkins University in Baltimore. Veröffentlichungen zu Philosophie, Indologie, Genderstudien, Psychoanalyse. (Auf Italienisch etwa „La balcanizzazione della regione“, manifestolibri 1998.)





Bei diesem Text handelt es sich um eine Originalübernahme des gleichnamigen Artikels aus dem Skolast Nummer 2 des Jahres 1981.

Georg Inderst

Freiheit in der kalkulierten Anarchie

Über Milton Friedman, monetaristische Wirtschaftspolitik und die Renaissance der Marktideologie

*„Ein konsequenter Liberaler ist kein Anarchist.“
(Friedman, Kapitalismus und Freiheit)*

Wir erleben seit einiger Zeit einen tendenziellen Schwerpunktswandel des westlichen Industriestaates vom Sozialstaat zum Ordnungsstaat, vom welfare state zum warfare state.

Indizes dieser Bewegung, ist nationalen Besonderheiten und Ausmaßen (Frankreich 1981 zum Beispiel), sind: ein Umsägen von der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik zur angebotsorientierten, d. h. in der Regel unternehmensfreundlichen (Slogan: supply-side-economy), restriktive Budget- und Kreditpolitik, nationale Austeritätsprogramme und Druck auf die Realölme zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt, Anteilsverschöbungen im öffentlichen Haushalt von den Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsposten zu jenen der Ordnung und Verteidigung, Ausbau des Polizei- und Überwachungsapparates, Anfrüstung.

Man hört es oft genug: mehr Leistung und weniger Sozialassistentz, mehr sparen und weniger konsumieren, mehr sichern und weniger refor-

mieren — und die Frau zurück zum Herd!

Nicht nur in der ökonomischen Wissenschaft, auch in der politischen und publizistischen Öffentlichkeit wechselt der westanschauliche Trend. Mißtrauen gegen Staat, Parteien und Bürokratie ist in Weg von der Zuversicht in die Machbarkeit ökonomischer und sozialer Probleme durch sachkundige Technokraten, hin zum Glauben an die Selbstregulierungsfähigkeit der Marktwirtschaft, an die Selbstverantwortlichkeit des produktiven Bürgers.

Der Neoliberalismus erscheint als Rettungslehre in einer krisenverunsicherten Wohlstandswelt; politisch siegreich in Israel, Großbritannien und in den USA, wirtschaftspolitisch zum Teil auch in anderen europäischen Staaten, theoretisch gekrönt durch den Nobelpreis 1976 an den monetaristischen Häuptling Milton Friedman, den wirtschaftspolitischen Lehrmeister von Pinochet, Begin, Thatcher und Reagan.

Parolen wie weniger Zentralismus und mehr Selbstbestimmung, weniger

Steuernmißbrauch und mehr persönliche Freiheit fallen in allen politischen Richtungen. Der biedere Geschäftsmann und sein Sohn, der kleine Anarcho, zernern vereint gegen staatliche Bevormundung und bürokratische Willkür.

Anarchismus und Liberalismus, Syndikalismus und libertärer Sozialismus, und einiges andere mehr reiten auf der Anti-Staat-Welle mit. Wie sehen die politisch bedeutsamste Strömung, der Neoliberalismus und sein ökonomischer Ableger, der Monetarismus, aus?

1. Milton Friedmans Freiheitsbotschaft

„Was wollen wir? (Sappho for president). Und außerdem? — Keinerlei Kontrolle durch den Staat“ (Flugblatt der Wiener Hausbesitzer, Mai 1981)

„Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee — (...)“ (Hegel, Rechtsphilosophie)

Mr. Milton Friedman, oberster Chicago-boy, bekämpft seit den fünfziger Jahren theoretisch die Lehre Keynes' und die keynesianische Wirtschaftspolitik. Diese besteht üblicherweise in

staatlicher antizyklischer Konjunkturpolitik (d. h. der private Nachfrageausfall in der Rezession wird durch vermehrte Staatsausgaben ausgeglichen), in der Arbeitslosigkeit- und Inflationsbekämpfung mittels fiskal- und ein-kommenspolitischer Maßnahmen und in sozialstaatlichen Leistungen wie Mindestlohn, Sozialversicherung und Wohnbausubvention.

Für Friedman und seine Schule, den Monetarismus, sind alle negativen Auswirkungen der Krise nach dem Et-schook Ausdruck des Scheiterns staat-licher regulativer Eingriffe in das Wirtschaftsleben: Arbeitslose, Infla-tion, Staatsverschuldung, Zahlungsbilanzdefizit, Währungskursschwankun-gen. Die siebziger, und, wie es scheint, noch mehr die achtziger Jahre beglück-ten Friedman mit steigender Nachfrage nach seinen „neuen“ Ideen. Er er-weitert sein Angebot um den Bestseller „Free to choose“ („Frei sein zum Wählen“, 1980), von Reagan jedem wärmstens empfohlen, der sich um un-sere Zukunft kümmert, und um eine Fernsehserie, die nun auch in Europa begeistert empfangen wird.

Freiheit, Individualismus, Markt sind die höchsten Werte Friedmans. Nach ihnen sich zu orientieren vermit-telt Selbstvertrauen und Zukunftsopti-mismus.

Es gilt: die Verfolgung des Eigenmut-zes, „eine der stärksten und schöpferischsten Gewalten“ („Kapitalismus und Freiheit“, 1962, dt. DTV 1976, Sei-te 256), ergibt privat wie sozial ein Op-timum an Freiheit, Wohlstand und Stabilität. Der „wunderbare, spontane Marktmechanismus“, A. Smith's „invisi-ble hand“, macht's möglich. Umge-kehrt beim Staat: auch wenn alle Poli-tiker das Beste wollen, kommt es im-mer zur Förderung von Partikularin-teressen, zu unerwünschter Machtkon-zentration, zu Destabilisierung — eine teuflische „invisible hand“!

Markt ermöglicht Vielfalt, Verschie-denheit, Individualität, der Staat kann nur konformieren, uniformieren, nor-mieren. Politische Macht gilt es also möglichst einzuschränken und zu de-zentralisieren. „Die wirtschaftliche Or-ganisationsform, die unmittelbar für wirtschaftliche Freiheit sorgt, nämlich der Wettbewerbs-Kapitalismus, sorgt auch für politische Freiheit, da sie die wirtschaftliche Macht von der politi-schen trennt und es dabei beiden Mächten ermöglicht, sich gegenseitig zu neutralisieren“ („Kapitalismus und Freiheit“, S. 29).

Der Markttausch ist ein Akt des frei-willigen, zwanglosen, vollbewußten, beiderseits profitablen Handelns. Vor-aussetzungen sind Privateigentum und persönliche Freiheit — und ein Staat!

Es braucht eine Regierung, die Spiel-regeln errichtet und Schiedsrichter spielt. In der politischen Diskussion soll freier Meinungs-austausch Übereinstimmung ohne Konformität ermögli-chen. Falsch: „Bei unterschiedlicher Interpretation der Regeln soll die Re-

gierung vermittelnd eingreifen und die wenigen zur Einhaltung der Regeln zwingen, die das Spiel sonst nicht mit-spielen würden“ (ebendort, S. 49). Dies ist in Friedmans Welt sehr logisch, denn man kann bei diesem Spiel schlecht aussteigen! Der Schutz der In-dividuen und jener der Nation kann, da unverkäufliches Gut, nicht dem Markt überlassen werden.

Die Funktionen einer Regierung sind nun also folgende:

- a) Schutz nach außen, Ordnung nach innen;
- b) Definition der juristischen Spielregeln, bes. bezüglich Eigentum; Schiedsrichter bei Vertragsstreitigkeiten;
- c) Wettbewerbsförderung und Monopolbekämpfung;
- d) Schaffung eines Rahmens für die Geldpolitik;
- e) Familienunterstützung für die Kinderhaltung; Verwaltung der geistig Behinderten.

Geht die Regierung nicht über diese Kompetenzen hinaus, gibt es nur noch zwei zu bekämpfende Feinde dieser freien, heilen Welt: den Krieml, der durch seine militärische Bedrohung das Land zur Aufrüstung zwingt, was Monopolbildung und Machtkonzentra-tion zur Folge hat; und die „Befürwor-ter des Kollektivismus“ (ebendort, S. 38): Sozialisten, Kommunisten und Vertreter des Wohlfahrtsstaates.

2. Die Theorie des Monetarismus

*„Gar schlecht ist's bestellt,
Und wär ich bei Geld,
So wär ich bei Sinnen.“
(Der Kater in Faust I)*

Im Zentrum der monetarischen Leh-re steht, wie schon der Name sagt, die Geldpolitik. Hauptgegner ist der keynesianische Fiskalismus, dessen re-lative Geringschätzung der Geldpolitik als Instrument der Wirtschaftspolitik bis zu den siebziger Jahren mehr oder mäander vorherrschte.

Wo liegt der Unterschied?

2.1. Einmal in der unterschiedlichen Auffassung über den Transmissions-mechanismus, d. h. über die Auswir-kungen der Geldpolitik auf den realen Wirtschaftssektor. Keynes sieht in der Veränderung der Geldmenge durch die Zentralbank kein sicheres und wirk-sames Instrument für die Wirtschaftsre-gulierung. Wird die Geldmenge mit dem Ziel der Wirtschaftsbelebung er-höhrt, so erwartet sich Keynes höch-stens eine Zinssenkung auf dem Fi-nanzmarkt — es wird mehr speku-liert, aber auf keinen Fall mehr pro-duktiv investiert oder konsumiert.

Andrew Friedman: Bei Geldmengener-höhung kommt es über den Realkas-senaffekt (alle haben plötzlich volle Kassen, die Preise sind noch gleich, al-so geben alle mehr aus) zu erhöhten Konsum- und Investitionsausgaben, was eine nicht ausgelastete Wirtschaft ankurbelt. Bei überhöhten und dau-erhaften Geldmengenerweiterungen all-erdings folgt Inflation. Diese Theorie

nimmt eine stabile und robuste Ver-haltenbeziehung von Geldmenge und Volkseinkommen an, eine Variation der alten Quantitätstheorie. Die An-nahme einer stabilen Geldmarktgleich-gewichtigkeit ist empirisch widerleg-bar und wurde schon einmal, durch Keynes, theoretisch gestützt.

2.2. Ein weiterer Streitpunkt ist die Theorie der Geldentstehung, die ent-scheidende wirtschaftspolitische Implikationen besitzt. Monetarismus ist die Neuaufflage der currency-school des 19. Jahrhunderts: Geld entsteht völlig auto-nom, die Notenbank kann die nomi-nelle Geldmenge genau bestimmen. Dies impliziert den Ausschluß der aus-ländischen Kreditbeschaffung, z. B. am Eurodollarmarkt, und die Annah-me eines konstanten Goldschöpfungsmultiplikators im Konjunkturverlauf, d. h. es besteht ein fester Zusammen-hang zwischen Basisgeldmenge (= Bar-geld und Bankreserven) und der gesam-ten Geldmenge einer Volkswirt-schaft. Tatsächlich hängt auch der Umfang der nominalen Geldmenge in erheblichem Maße von der Geldnach-frage der einzelnen Wirtschaftssubjek-te ab.

Daß dies keine rein akademische Diskussion ist, zeige folgendes Bei-spiel: Friedman behauptet immer wie-der, die große Weltwirtschaftskrise ab 1929 sei nicht auf das Versagen des Marktes und auf die deflationäre staatliche Ausgabenpolitik zurückzu-führen, sondern einzig auf die falsche Geldpolitik von ein paar unwissenden Leuten im Federal Reserve System. Anstatt die Geldmenge zu erhöhen, hätten sie sie eingeschränkt. Tatsäch-lich ist sie in 4 Jahren um ein Drittel gesunken. Daß aber in einer depressi-ven Welt auch zusätzlich angebotenes Geld nicht nachgefragt wird, weil sich bei unsicheren Zukunftserwartungen niemand weiter verschulden will, gilt nicht für Friedman: jedes Angebot schafft sich gleich seine entsprechende Nachfrage — das ist das Dogma, alt-bekannt als Say'sches Gesetz.

Diese Zusammenhänge standen in letzter Zeit z. B. in der BRD im Zen-trum heftigster Auseinandersetzungen über die Krisenbekämpfungsstrategien von Brüning und Schmidt.

2.3. Um sich die Absurdität man-ches ökonomischen Gedankens erklä-ren zu können, sollte man sich die zu-grundeliegenden Annahmen anschauen. Dies sind beim Monetarismus v. a.:

a) Das konkurrenzkapitalistische Sys-tem ist grundsätzlich stabil, das Wachstum gleichgewichtig, solange nicht durch exogene, „falsche“ Marktbeeinflussung durch Staat, Mo-nopole und Gewerkschaften die Preis-flexibilität aller Faktoren, auch der Ar-beit, beeinträchtigt wird (z. B. gesetzli-che Preisfixierung oder kollektive Lohnab-sprachen).

b) Der Monetarismus kennt nur Kon-sumenten. Der Arbeiter konsumiert Konsumgüter, der Unternehmer u. a. Arbeit. Es herrscht volle Konsumenten-

souveränität, d. h. die Konsumenten bestimmen durch ihre zahlungskräftige (D) Nachfrage, was und wieviel produziert wird. Der realisierte Konsum befriedigt irgendein Bedürfnis. „Rationales“ Marktverhalten maximiert den Nutzen.

c) Es gibt keine ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung in der monetaristischen Theorie. Sie kommt nur den einheitlichen, durchschneidlichen Konsumenten.

d) Es gibt keine strukturellen Ungleichheiten innerhalb eines Staates (z. B. Arbeiter und Unternehmer) und zwischen Staaten (z. B. Industrie- und unterentwickelte Länder).

e) Monetarismus ist Sicherheitsökonomie. Jeder weiß, was auf dem Markt vorgeht, jeder weiß immer, was er will.

f) Es herrscht vollkommener Kreditmarkt. Die Kreditbedingungen sind gleich für Konsumenten und Unternehmer, für Kleingewerbetreibende und Multis.

2.4. Noch eine kleine Bemerkung zur totalen Konsum- und Marktgesellschaft des Monetarismus. Es gibt zwischen Friedman und Adam Smith, dem Gottvater der modernen Nationalökonomie, auf den sich Friedman sehr effektiv, wie in der Einleitung zu „Free to choose“, beruft, einen wesentlichen Unterschied. Smith tadelt das menschliche Verhalten, wie sich's für einen guten englischen Bürger gehört, in zwei Bereichen: Geschäft und Privatleben, Ökonomie und Moral. Dem Egoismus wird in der wirtschaftlichen Sphäre, aber nur dort, eine positive Funktion zugeschrieben: soziale Ordnung und Entwicklung erblühen unter der Bedingung, daß niemand besondere Privilegien hat.

Bei Friedman hingegen sollen alle Lebensbereiche vermarktet werden. Wissenschaft und Bildung, Liebe und Kunst, Gesundheit und Kinderhüten als „besondere Form des Konsums“ (ebendort, S. 58). Der homo wird durch und durch oeconomicus.

3. Monetaristische Wirtschaftspolitik

„Es ist Schlagen mit offenen Augen.“
(Galbraith, *Vivremo d'arte*)

Wie funktioniert nun eine monetaristische Geldpolitik?

In seiner berühmten gewordenen Rede „Die Rolle der Geldpolitik“ (1967) betont Friedman, daß die Geldpolitik der Währungsbehörde keine direkte Kontrolle der volkswirtschaftlichen Reizgrößen, wie Beschäftigung und Wachstum, ermöglicht, wohl aber die Regulierung der nominalen Geldmenge (siehe Theorie!).

Aufgabe der Geldpolitik ist also:

a) zu verhindern, daß Geldbewegungen nicht die Wirtschaft stören;

b) die Bildung eines stabilen Rahmens für das Wachstum, z. B. durch eine fixe Wachstumsrate der Geldmenge, gemacht durch die Zentralbank;

d) der Ausgleich von Störungen aus anderen Quellen, z. B. aus der Staatsausgabepolitik.

Was bedeutet das?

3.1. Zunächst einmal, daß das einzige nichtstörende Instrument der Wirtschaftspolitik die Geldmengenmanipulation sein kann. Eine einzige Clique von Währungstechnokraten (da sind sie plötzlich wieder!) entscheidet über den volkswirtschaftlichen Wendegang, neben unserem guten Markt natürlich. Die Zentralbank ist der uningeschränkte, demokratisch unkontrollierbare Autokrat. Das politische System der parlamentarischen Demokratie wird unglücklich zum Kaspartheater, zumindest was die Wirtschaftspolitik angeht. Umsonst streifen sich Parteien und Verbände. Friedmans Freiheitsrektion in action setzt die Legitimationsbedürftigkeit politischer Entscheidungen außer Kraft.

3.2. In der Tat führt die Jetzt-spiele-wie Markt-Haltung des Staates im öffentlichen Sektor und die prinzipielle Enthaltensamkeit der Regierung zu erheblichen „Störungen“. Auch Nichtstun ist ein Tun!

In Zeiten paralleler Inflation und Wachstumsstagnation bedeutet geldrestriktive Inflationsbekämpfung Investitionsreduktion durch Verringerung des Kreditvolumens, wovon Großunternehmen und Multis am wenigsten betroffen sind. Bei gleichzeitiger Budgetkürzung folgen Nachfrageausfall, Einkommenssenkung und Arbeitslosigkeit. Hochzinspolitik und Hochwährungspolitik schwächen den Export und lassen bestimmte Industriezweige verfallen. Begleitende Steuersenkungen und der Abbau der Sozialleistungen verstärken die Verteilungswirkungen zugunsten der Ärmere. Durch Arbeitslosigkeit und Weltmarkt Konkurrenz wird der Druck auf die Reallohn stärker.

Die bisherigen Ergebnisse monetaristischer Wirtschaftspolitik bestätigen die Befürchtungen der allgemeinen Krisenverschärfung, der einseitigen Belastung der niederen Schichten und der Ressourcenverschiebung vom produktiven zum Spekulationskapital. Friedmans Rechtfertigung ist klar: Die negativen Effekte sind Ausdruck der inkonsequenten und unzureichenden Anwendung seiner Lehre — gibt's Unglück, so haben die Leute zu wenig gebotet.

3.3. Zu den größten Desastern monetaristischer Wirtschaftspolitik gehört die Unvorhersagbarkeit ihrer Folgen. Kreditrestriktionen haben je nach Dosis und Zeitpunkt entweder keine oder erdrückende Folgen auf die Konjunktur. Wer unter starken Wachstumschwankungen und hoher Arbeitslosigkeit leidet, ist klar. Und ob sich alle Unternehmer durch die monetaristischen Schrumpfkuren in ihrer Zukunftsplanung sicherer fühlen, ist nach den englischen Erfahrungen stark zu bezweifeln.

International ist das Ergebnis monetaristischer Krisenbekämpfung ein Krieg der Zinssätze. Durch Geldverknappungen wird versucht, sich relative Wechselkursvorteile gegenüber den Konkurrenzstaaten herauszuschlagen und dadurch ein Maximum an international mobilisiertem Kapital (besonders Petrodollars) anzuziehen. Inflations- und Zahlungsbilanzprobleme werden somit, da die wirtschaftlichen Machtverhältnisse zwischen den Staaten und Regionen äußerst ungleich sind, auf die Schwächeren abgewälzt. Entwicklungsländer haben dabei noch viel weniger Möglichkeiten für Gegenmaßnahmen als etwa Italien in seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA.

Eine Theorie der totalen Marktliberalisation, die institutionelle Fragen ausläßt und Machtionarchien ignoriert, wird zur Farce, ihre Politik zur Tragödie.

4. Kritikpunkte der Marktökologie

„money to signify work done, inside a system and measured and wanted“
(Ezra Pound, *Pisan Cantos*)

Warum aber der Erfolg des Neoliberalismus?

Auch durch die Überzeugungskraft des Marktargumentes!

Beispiel: M. Friedman ist für die Liberalisierung der Drogen. Für die Redefreiheit für alle Systemgegner. Gegen die allgemeine Wehrpflicht. Und war gegen die Zwangsrekontierung im Vietnamkrieg. Wer könnte das reaktionär nennen?

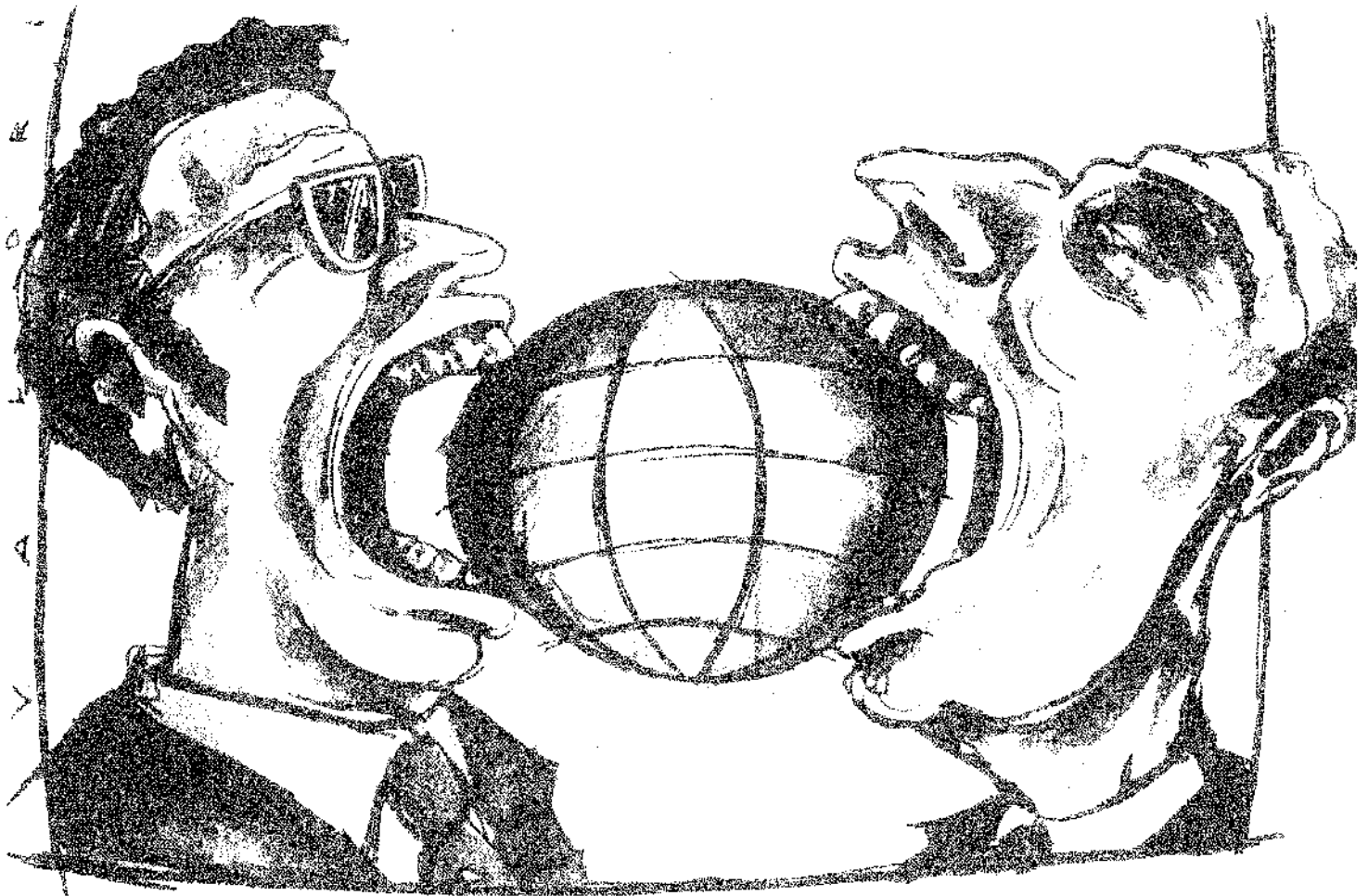
Weiters: Friedman meint, daß ein unpersönlicher Arbeitsmarkt garantiert, daß auch Leute aus politischen und rassischen Minderheiten wirtschaftlich aktiv werden können.

In der Tat: der Markt verträgt Differenzen, besser gesagt: er lebt sogar davon. Die Kulturindustrie jagt nach den verrücktesten Typen und Ideen, um die unerschöpfliche Emotionsnachfrage platter Langweiler zu befriedigen.

Besteht die Notwendigkeit eines raschen und koordinierten Aufbaus eines Landes, etwa nach einem Krieg, so zeigt die Zentralplanung Entfalte in der Sicherung des nackten Überlebens der Massen, im Aufbau von Infrastruktur usw., das gesteht sogar Friedmann. Aber: Je „entwickelter“ eine Gesellschaft ist, umso differenzierter die Bedürfnisse ihrer Mitglieder, und je vielfältiger die Konsumnachfrage, umso irrationaler staatliche Wirtschaftsplanung. Das ist die Stärke der Marktargumentation.

Wo liegt der Haken? Wohl in der Fragestellung!

Die Gegenüberstellung Markt—Freiheit, Individualität contra Staat—Herrschaft, Uniformität ist falsch und irreführend. Sie zu hinterfragen und zu durchbrechen, nicht sich auf die eine oder andere Seite zu schlagen, ist die Alternative. Die linke Perspektivlosigkeit hängt nicht zuletzt mit den Tabus, und mit der Verunsicherung in diesem grundlegenden Problem zusammen. Dazu ein paar Gedanken:



4.1. Kapitalistische Warenproduktion braucht Markt und Staat. Es gibt kein historisches noch theoretisch sinnvolles Modell einer reinen Marktgemeinschaft, wo sich alles nach Äquivalenzen tauscht, wo es keine Herrschaft und Ungleichheit gibt, wie es manchem Anarchisten vorschwebt. Man kann dies sogar beim Geld, dem vergegenständlichtem Tauschwert par excellence, zeigen. Geld ist immer auch Herrschaftsinstrument; man denke an die Umwandlung der Produktions- und Sozialstruktur durch die Einführung der Geldökonomie, zum Beispiel durch Kopfbesteuerung in nichtintegrierten Gebieten. Der Markt kann Geld als allgemeines Äquivalent hervorbringen (Minischeck!), im Allgemeinen schafft der Staat durch das Prägungsmonopol die spezifische Geldform.

4.2. Die reine Tauschgesellschaft, die nur Kauf und Verkauf kennt, impliziert Herrschaft und Ungleichheit. Wenn etwas zirkulieren soll, muß auch was produziert werden. Neoklassiker und Monetaristen betrachten nur die Ebene des wirtschaftlichen Kreislaufs, die öffentliche, den Markt. Im verborgenen Bereich der Produktion realisiert sich die von Marx ins Zentrum gestellte Nichtäquivalenz der

Mehrwertproduktion: die zwischen der vom Arbeiter verausgabten und der zur Reproduktion seines Lebens notwendigen Arbeitszeit. Eine fundamentale Freiheit der Marktwirtschaft ist die der Ausbeutung des Mitmenschen, was auch Nichtmarxisten wie Polanyi deutlich hervorheben.

Im Betrieb wird hierarchisch kommandiert, nicht frei getauscht. Am Arbeitsmarkt wird weder besonders freiwillig noch unter gleichen Bedingungen getauscht: wer nichts Verkäufliches besitzt als seine Arbeitskraft, hat wenig Freiheit in der Auswahl seines Marktangebotes.

Noch ein Beispiel: der Freihandel zwischen hoch- und unterentwickelten Ländern ist einer des ungleichen Tausches, des einseitigen Diktats der Handelsbedingungen, der systematischen Blindierung ferner Länder.

4.3. Die Kommodifizierung (= zur Ware machen) von Arbeitskraft, geistiger und körperlicher, and Boden, wesentlich für den Kapitalismus, bedeutet, Mensch und Natur einem gesellschaftlich unkontrollierten (im Gegensatz zu Athen), nach eigenen Gesetzen wirkenden Marktmechanismus auszuliefern. Sie wenden Anhänger eines expansiven und intensiven Produktions/ Konsumtionsprozesses, der, wie die

Geschichte des Kapitalismus zeigt, zu zerstörerischen zyklischen Schwankungen und räumlichen und sozialen strukturellen Ungleichheiten tendiert.

Die Maschinisierung des Menschen, in der taylorisierten Industrieproduktion längst schon Normalfall, spiegelt sich disco-glitzernd in der Konsum- und Freizeitphäre wieder. Und dies klassenübergreifend: der Wohlstandsbürger ist es heute, den die Verwandlung der Natur zu Beton, Chrom und Plastik anstinkt — Entwicklungen, die der Arbeiter des 19. Jahrhunderts mühselig zehn Stunden auskosten konnte.

Die Ökonomie ist nicht mehr Mittel zu irgendeinem von den Menschen bestimmten Zweck, etwa Bedürfnisbefriedigung, sondern ihre stetige quantitative und qualitative Erweiterung wird eigendynamisch. Zur Entfremdung des Menschen zu seiner Arbeit kommt jene zwischen Menschen in der „Freizeit“ und schließlich jene zu sich selbst als Sinnentleerten, Lust-, Denk- und Kommunikationsunfähigen. Das immanente Einssein der Externer von mathematischer Musikkonstruktion (Reihenform) und der beliebigen Zufallswahl der Töne (Aleatorik) in der Nachkriegsmusik vermittelt die Irrelevanz der individuellen Wahlfreiheit im Kontext einer computergesteuerten, veräußerlichten Nationalität. „Prec to

chose" — in einem System gesteuerter Bedürfnisse. Konsumindividualität in wesenloser Gleichförmigkeit, Freiheitsgefühl durch Konsum der Freiheitsillusion.

5. Notizen zum Markt-Plan-Problem

„Liberalität, die unterschiedslos den Menschen ihr Recht widerfahren läßt, läuft auf Vernichtung hinaus (...)"
(Adorno, *Minima Moralia*)

Die Renaissance des Markedenkens entspricht einer gefährlichen Regression der politischen und moralischen Verantwortlichkeit. In der beschriebenen Form ist es eine Ideologie des Gemeinwohls zur Durchsetzung von Partikulärinteressen. Sie ist Gewissensbalsam für Entmündigte einer nicht-durchschaute Welt. Eigentlich müßte „die umfassende Erkenntnis des Bankrotts der Freiheit, die als Schindluder einer Polyarchie ausgedient hat“, um mit Karl Kraus zu sprechen, die Menschen von der Sicherheit, daß irgendwas über ihnen — hier der Marktmechanismus — ihre Freiheit sichere, schon längst befreit haben. Stattdessen führt die berechnete Angst vor 1984 zurück ins elendste Konkurrenzdenken. Wer will schon begreifen, wie sehr sich obrigkeitstaatliche Totalüberwachung und verdinglichte Marktkommunikation zwischen vereinsebenen Individuen miteinander vertragen, ja sogar bedingen?

Inzwischen stehen uns zivilisationsbedrohende Zusammenbrüche buchstäblich vor der Tür: ein Nuklearkrieg, der Europa hier und dort in 5 Minuten wegwischt; der Kollaps von Naturkreisläufen, die technisch nicht reproduzierbar sind; 1 Milliarde hungernder Menschen auf der Erde.

Der Globalisierung der Menschheitsbedrohung muß jene der Verantwortung und der bewußten Problembewältigung folgen. Die Delegation an Gott, an einen automatischen Gleichgewichtsmechanismus oder an die technischen Fähigkeiten geistiger und politischer Eliten heißt Aufgabe des Anspruches auf eine humane Zukunft.

Ein Fehler dünker Autoritätsgläubigkeit aber ist es zu vertreten, ein Plan vermöchte alles. Geplant wird viel, und nicht am wenigsten von denen, die dauernd gegen Planwirtschaft wettern. Entscheidend ist, wer den Plan erstellt, wer ihn kontrolliert, und ob denjenigen, die er betrifft, ermöglicht wird, darüber informiert zu entscheiden. Um der Bürokratisierung zu begegnen, wird es notwendig sein, die Demokratisierung und Dezentralisierung von Entscheidungsinstanzen und der Exekutive voranzutreiben.

Ein Beispiel sei die Einführung von Technologieentwicklungs- und Großprojektkontrollen. Daß der soziale Wille dazu da ist, zeigen die Aktivitäten von Bürgerinitiativen, grünen Protestsportbewegungen und Friedensbewegungen.

Die großen weltwirtschaftlichen Pro-

bleme erfordern neue Institutionen (z. B. Weltwährungssystem), Globalpläne (z. B. kurzfristiges Welternährungsprogramm) und internationale Preis/Mengenkontrollen (z. B. Energieversorgung). Die konservativen und verantwortungslosen Kräfte sind hierbei eindeutig die USA und die europäischen Industriestaaten. Bei uns erbittet der Nationalismus und kurzsichtiger Protektionismus.

Doch nicht nur den Staat und die internationalen Machtverhältnisse gilt es zu ändern.

Den Anspruch auf Freiheit und Leben in unbestimmte Zukunft zu vertagen, ist dünnes Labsal für die Unterdrückten. Ihn hier und jetzt zu erfüllen, ist wohl Sache weder von Staat noch von Markt. Die Wahl zwischen einem staatlich-reglementierten und einem privatwirtschaftlich-leuerem Kindergarten kann durchbrochen werden. In freien, autonomen, genossenschaftlichen Zusammenschlüssen können viel mehr Lebensbereiche, als man denkt, in einvernehmlicher und dennoch individuell- vielfältiger Weise geregelt werden: Wohngemeinschaften, genossenschaftliche Produktion und Konsumtion, kreative Tätigkeit, alternatives Informationsnetz usw. — auch in Südtirol.

Diese Ideen waren im 19. Jahrhundert eine der Säulen der Arbeiterbewegung zur Gesellschaftsveränderung. Heute nimmt der Alternativsektor z. B. in Berlin schon ein beträchtli-

ches stadtwirtschaftliches Ausmaß an. Das Alternativdenken bewirkt doch eine bedeutende Umwertung des unmittelbaren Mensch - Mensch und Mensch - Natur-Verhältnisses, wenn auch die indifferenzierte Staats- und Institutionenfeindlichkeit und die weitgehende Illusion des Alternativkonsums für einen oberflächlichen und modehaften Grundzug bezeichnend sind.

Offen bleibt das Bedürfnisproblem. Was richtige und falsche, künstliche und natürliche Bedürfnisse im Einzelnen sind — nur verschrobene intellektuelle Köpfe können es sich ermaßen, die allgemein und ewig gültig, und auch noch für Andere, festzulegen. Insofern ist es leicht, einer regressiven Liberalismuskritik zu verfallen, wie sie von faschistischer Seite gekommen ist. Eine pauschale und unreflektierte Marktverküpfung führt zur Option für eine autoritäre Form von Bedürfnisfeststellung, deren Konsequenz der zentralistisch-detaillierte Wirtschaftsplan ist. Nicht die Existenz eines Marktes in jedem Fall, sondern die Dominanz seiner Logik über alle Lebensbereiche der Menschen ist zu bekämpfen. „In Wahrheit werden wir genauso viel Freiheit haben, als wir zu schaffen und zu sichern bereit sind“, sagt Polanyi. Dies gilt auch für den Spielraum, den wir dem Markt überlassen sollen. Im Dienste nichtdiskriminierender Freiheit ist aber dem Neoliberalismus wie dem Staatstechnokratien gleichermäßen entgegenzutreten.



CASE DI NUMERAZIONE

1. ...

2. ...

3. ...

4. ...

5. ...

6. ...

7. ...

8. ...

9. ...

10. ...

11. ...

12. ...

13. ...

14. ...

15. ...

16. ...

17. ...

18. ...

19. ...

20. ...

21. ...

22. ...

23. ...

24. ...

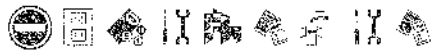
25. ...

26. ...

27. ...

28. ...

29. ...



* "zerstört die hochkultur! schafft eure eigenen zeichen und symboler!"

die volxtheaterkarawane ist vor allem durch ihre verhaftung in die schlagzeilen geraten, als bei der suche nach einem ‚sündenbock‘ in den tagen nach genua eine gefährliche gruppe aufgegriffen wurde, die nicht nur schwarze t-shirts, sondern auch jonglierausrüstung und spritzpistolen mit sich führte. über die strategien der volxtheaterkarawane, ihre verbindung von theater und politischer aktion wurde dabei allerdings kaum berichtet.

ein interview mit der volxtheaterkarawane (von Tatiana Bazzichelli)



tatiana bazzichelli dem traditionellen konzept des theaters hat mensch vorgeworfen, es verdecke mit den mitteln der kunst die realität und das tatsächliche leben der menschen. nun gibt es versuche im theater selber dagegen anzukämpfen. dabei handelt es sich oft um politische aktionen. wie ist das mit euren performances?

volxtheaterkarawane für diese frage ist es wichtig zu sagen, dass unser zugang zum theater sich immer auf das reale leben der menschen bezieht. unser theater findet auch nicht in einem traditionellen, im 19. jahrhundert erbauten gebäude statt, wo die menschen hinkommen können, um ein theater zu sehen.

im volxtheater gibt es keine fixen rollen. unsere idee des volxtheaters war es, theater als work-in-progress-projekt zu betreiben, das im spannungsfeld der politik stattfindet. also eine kombination aus straßentheater und performances, unabhängiger medienarbeit, dokumentation, information und diskussionen über migration und globalisierung und unserer forderung nach bewegungsfreiheit für alle. in dieser form ist das volxtheater ein radikales politisches, künstlerisches und mediales projekt und ein prozess eines sozialen aktionstheaters, einer form eines kulturellen diskurses, an dem nicht nur so genannte „künstlerInnen“ teilnehmen können. ein anderer aspekt ist das prinzip der selbstorganisation. damit ist der umgang mit der eigenen infrastruktur gemeint, und die organisation von schlafplätzen und küche. um auf fixe rollen verzichten zu können, ist es aber

nötig, dass die vorhandenen aufgaben innerhalb der gruppe routieren können. hier stoßen wir an grenzen, es funktioniert nicht immer so, wie wir uns das vorstellen.

wann und wo wurde das volxtheater gegründet?

erste volxtheater entstand bereits 1994. es wurde in einem autonomen projekt, dem EKH (ernst kirchwegger haus) in wien gegründet. das EKH wurde 1990 besetzt, mittlerweile gibt es aber bereits verträge und das projekt ist legal. dort entstanden die ersten ideen. von menschen, die im EKH wohnten, (anarchistInnen, flüchtlinge, kurdlInnen ...) ein politisches theater in ihren eigenen räumen zu betreiben. die „drei groschen oper“ von brecht wurde inszeniert und es wurde daran gearbeitet, eine andere form von organisation als in „normalen“ theaterhäusern zu finden: ohne registreur, ohne hierarchische struktur und offen, so dass jedeR, die/der an einem derartigen prozess interessiert ist, daran teilnehmen kann. von beginn an war es wichtig, theater als eine form von kulturellem und politischem protest zu sehen, und natürlich auch eine menge spaß daran zu haben.

mit dem theater hast du die möglichkeit zu themen wie asyl, kapitalismus und globalisierung radikal-demokratische forderungen zu stellen. politisch so zu denken, zu arbeiten und sich zu artikulieren, stellte in österreich immer ein problem dar, auch bevor die rechts/rechtsextreme regierungskoalition an die macht kam. unsere strategie

hat sich im laufe der zeit verändert, und wir sind aus den eigenen theaterräumen im EKH rausgegangen, um im öffentlichen raum auftreten zu können. auf die straße zu gehen heißt für uns, provokationen und irrationen zu setzen, um jede form von hierarchischen und gewalt-strukturen in frage zu stellen. die volxtheaterkarawane war bereits der dritte versuch, eine kulturelle-politische tour im öffentlichen raum zu machen.

die erste tour war von EKH und volxtheater im mai 2000 organisiert worden (einige monate nachdem die rechts/rechtsextreme regierung an die macht kam) und führte uns durch die größeren städte in österreich, wo wir den öffentlichen raum besetzten und uns auf den straßen niederließen mit dem slogan „anarchie und ananas statt österreich“. wir machten strassentheater, volxküchen, live-radio etc.

das zweite projekt war die „kulturkarawane gegen rechts“, die im oktober 2000 durch kärnten führte, das südliche bundesland in österreich mit haider als landeshauptmann. wir fahren langsam, mit traktoren durch kleine dörfer mit musik und aufrufen in deutscher und slowenischer sprache mit der zentralen forderung: „to step across the border - für ein offenes kärnten“, was im land von haider schon eine ziemliche provokation darstellt.

im frühjahr 2001 entstand dann die idee der volxtheaterkarawane, als wir uns dafür entschieden, eine internationale karawane durch europa zu starten. zur gleichen zeit fand das große treffen von „peoples global action“ in

mailand! statt. dadurch entstand die idee, die verschiedenen widerstands-kostüme, requisiten etc. und kulturelle aktivistinnen aus verschiedenen



aktionen, die europaweit im sommer 2001 geplant waren, zu verbinden und mit der karawane zu den verschiedenen politischen und kulturellen events zu reisen; als symbol für den diskurs über migration und globalisierung. jedes dieser sozialen treffen ist für uns ein ort und eine möglichkeit, um an offenen diskussionen zum thema „recht auf bewegungsfreiheit“ und dem aufruf „noborder“ teilzunehmen. die volxtheaterkarawane sah sich selbst von beginn an als eine mobile infokampagne zu diesen problemen und als eine experimentelle form der direkten intervention im öffentlichen raum. wir wollten eine kombination aus direkter aktion, nomadischem reisen, austausch von erfahrungen, dokumentationen und medienarbeit und party schaffen. wir entschieden uns die volxtheaterkarawane gemeinsam mit der plattform „für eine welt ohne rassistus“ (www.no-racism.net) zu entwickeln. die plattform ist auch teil des europaweiten noborder-netzwerks (www.noborder.org). wir wollten so mit politischen gruppen an den orten, die wir besuchten, zusammenarbeiten. für die gesamte medienarbeit gab es eine gute zusammenarbeit mit indymedia. einige indy-aktivistinnen reisten auch mit der karawane mit. wir wussten ja auch, dass das „staatsheater“ unsere aktivitäten beobachten würde und wir organisierten alles so offen, dass es für alle menschen möglich war, an den prozessen teilzunehmen. auf diesem weg organisierten wir in offenen plasas geld, hüsse, autos, materialien für die volxküche, soundsysteme,

stärkten und ländern für die europaweite noborder kampagne.

victor turner, ein theoretiker, der mit der „schechner performing gruppe“ arbeitete, schrieb, dass es durch performance möglich sei, einen symbolischen konflikt zu kreieren, mit kulturellen symbolen zu spielen, diese symbole zu zerstören und neu zu schaffen. das ist ein weg der transformation von vertrautem zu neuen ideen und denken durch direkte aktionen. habt ihr das gefühl, dass euch das in den performances der volxtheaterkarawane gelungen ist?

die repräsentation von theater und fiktion findet in der gesellschaft permanent statt. all diese ordentlich schlechten schauspielerInnen auf dem politischen bankett, die nach mehr macht streben, spielen die könige und zeigen die „rechte gewalt“ (was in ihrer auffassung von theater sicher nicht mit brutaler gewalt in verbindung steht...). was ist die wahrheit über die macht der könige und ihre strategie der ausbeutung?

wir wollen jedenfalls die signaturen und codes der könige mit unsrem „aiien-nation“ - symbolen konfrontieren. es gibt keine „wahrheit“, weder in der politischen realität noch in den medien. als sogenannte schauspielerInnen haben wir die möglichkeit, unsere körper und unsere sprache radikal einzusetzen: „zerstört die hochkultur! schafft eure eigenen zeichen und symbole!“ wir greifen also symbole auf, spielen mit ihnen und gelangen dadurch zum politischen kern. alles thea-

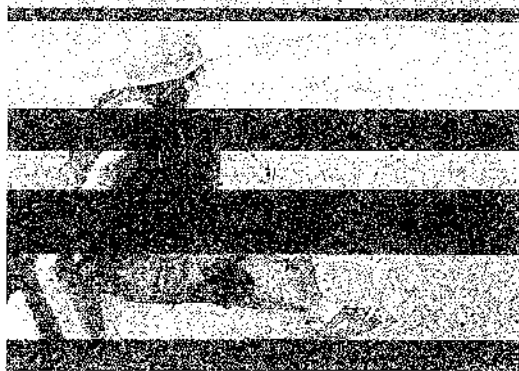
ter? alles politik! wir genießen es, ein theater der signien, zeichen und symbole zu spielen; ein theater mit einer radikalen, politischen botschaft: „no border, no nation, no one is illegal!“ wir denken, dass dies die grossen themen dieses jahrhunderts sind, aber auch der gruppenprozess selbst ist bereits ein politisches projekt, indem versucht wird, strukturelle hierarchien zu vermeiden. es gibt bei uns keine „führerInnen“. dies bedeutet natürlich permanente konflikte, die es in dialoge umzuwandeln gilt. diese können manchmal sehr hart sein. auf der anderen seite machen wir uns natürlich auch keine illusion darüber, dass wir alle produkte einer hierarchischen gesellschaft sind und damit diese strukturen in uns tragen. doch gerade gegen diese strukturen „in uns“ kämpfen wir an.

könnst ihr uns ein beispiel für eure performances geben, damit wir uns genauer vorstellen können, wie eure aktionen aussehen?

materialien, die in unserem theaterprozess zum einsatz kommen, umfassen unter anderem eine volxküche, infomaterial, bücher, computer, ein soundsystem, transparente, orange overalls und helme (mit unsrem logo), soklafnannenuniformen mit blauen unohelmen, unmengen an reifen, schläuchen, andere kostüme oder jonglier-ausrüstungen. was wir davon bei den aufführungen konkret verwenden, hängt vor allem von der jeweiligen situation und dem jeweiligen ort ab, aber auch von der anzahl an personen, die daran mitwirken. am 7. juli, dem europäischen noborder-aktionstag, inszenierten wir zum beispiel an der grenze zwischen slowenien und kroatien einen dritten kontrollpunkt im niemandsland zwischen den jeweiligen grenzstationen. dort verteilten wir an reisende „noborder-pässe“ und forderten die menschen auf, diese statt ihren regulären reisepässen bei den grenzkontrollen vorzuweisen.

welche performances habt ihr bei den demonstrationen in genua aufgeführt? auf der österreichischen indymedia-webpage findet sich folgender bericht: „es ist der abend des 19. juli 2001, derzeit nimmt die volxtheaterkarawane*

* <http://www.austrianindymedia.org/for/1/afp/2/aria/10/1/17/6/group=welcome>



an der demonstration für die rechte von migrantInnen in genua teil, der ersten in einer reihe von demonstrationen anlässlich des g8-gipfels. erste schätzungen sprechen von 20.000 bis 50.000 teilnehmerInnen während in den nächsten tagen bis zu 150.000 menschen in genua erwartet werden. das zentrum der stadt wurde von der polizei abgeriegelt und mit 5 meter hohen, einbetonierten zäunen umgeben. hubschrauber kreisen unaufhörlich über der stadt. die italienischen behörden versuchen bereits an den grenzen, die demonstrantInnen an der einreise zu hindern - auch ein bus der volxtheaterkarawane wurde abgewiesen, da sich drei personen auf einer dubiosen liste befinden. die betroffenen personen bekamen von den grenzbeamtInnen ein dokument ausgehändigt, dem zufolge über sie ein einreiseverbot für 20 tage verhängt wurde. die rechtliche grundlage dieser liste ist äußerst fragwürdig. ihre entstehung scheint vor allem auf spekulativen der österreichischen behörden zurückzuführen. so hat uns ein italienischer polizist bereits im zuge einer der beinahe täglich stattfindenden kontrollen erklärt, dass österreichische behörden die vermutung geäußert hätten, dass die karawane waffen nach genua schmuggeln könnte um terroristische anschläge zu verüben. selbstverständlich brachten die zahlreichen kontrollen keinerlei derartigen gegenstände zutage - nichtsdestotrotz wurden alle aufblasbaren gegenstände wie „springhülle“ oder reifen „schläuche „sicherheitshalber“ einmal zerstört.

allen widerlichkeiten zum trotz begannen gestern, am 18. juli, die aktionen der karawane. am frühen abend machte sich eine gruppe von rund einem dutzend „kriegerInnen“ auf, um sich - ausgerüstet mit orangen overalls, spritzpistolen, transparenten und flugblättern - zum konvergenzzentrum durchzukämpfen, wo an diesem abend ein konzert von manu chao stattfinden

sollte. nicht nur, dass sich die aktivistInnen ihren weg durch zahlreiche journalistInnen schlagen mussten und die security-guards des genoa social forum mit sanfter theatergewalt davon überzeugt werden mussten, dass der eintrittspreis von 10.000 lire nicht bezahlt wird; vor allem war es unbedingt nötig, die gesamte zeit vor, während und nach dem konzert theater zu spielen. vor der aktion hatte die gruppe einen anwalt konsultiert, um eine lösung für die orangen helme zu finden, die nach italienischem recht als waffen eingestuft werden - egal, ob es sich dabei um handelsübliche baustellen-ausrüstung handelt oder nicht, egal ob diese am kopf getragen werden oder in

der hand. nur im rahmen einer straßentheater-aufführung, so der anwalt sei der einstieg von helmen erlaubt - jedoch nicht einmal am weg zur oder von der theateraktion.

für die demonstration der migrantInnen am 19. juli waren schon in den tagen davor eine reihe von vehikeln, kostümen und musikinstrumenten gebastelt worden - größtenteils aus abfall und gegenständen, die auf den straßen und auf müllhalden gefunden worden waren. das große salsa-theater beinhaltete unter anderem die arche-genoa, sinkende schiffe und alien-nation-ufos, gesteuert von piratInnen und anderen, die gemeinsam für die rechte von migrantInnen und ge-

Die Freiheit der Bewegung für alle!

Entstanden ist die Volxtheaterkarawane ausgehend von Wien als Teil des europaweiten noborder-Netzwerkes. Im Sommer 2001 tourte sie mit internationaler Beteiligung durch Europa. Die Karawane machte auf die europaweite Serie von untereinander vernetzten politischen und kulturellen Ereignissen aufmerksam. Jedes dieser sozialen Ereignisse war ein Ort und auch ein Fest des Widerstandes und für die Karawane eine Gelegenheit, Forderungen zu erheben und an einer offenen Diskussion über Bewegungsfreiheit und die Abschaffung von Grenzen teilzunehmen. Ziel war und ist die Vernetzung des Protestes für die Freiheit von Bewegung und das Tragen dieses Protestes über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus.

Die Verhaftung von 25 Personen, die nach den Protesten in Genua mit der Volxtheaterkarawane unterwegs waren, zeigte die Willkür der Gesetze, die in letzter Konsequenz alle treffen kann. Verhaftung, Entrechtung, Internierung, Deportation, Einreiseverbote, Kriminalisierung, Datenbanken, all das ist auch Teil der Geschichte der Volxtheaterkarawane. Diskussionsveranstaltungen sollen auf die mörderische Praxis von Abschottung und Deportationen hinweisen. von noborder-AktivistInnen

gen: das regime der grenzen demonstriert, welches überall ist und hier in genau auch für all jene sichtbar wird, die in ihrem alltag sonst nur oberflächlich damit konfrontiert sind." wenige tage nach der demonstration war es mit der bewegungsfreiheit der demonstrantInnen selbst allerdings vorbei - in polizeistaats-manier hieß es dann: „Ihr seid keine schauspieler, ihr seid akteure der gewalt! ihr seid kriminell. ihr habt genau zerstört!“ unsere antwort: „wir sind nicht gefährlich, sondern gefährdet. wenn, dann sind wir politisch kritische gefährliche künstlerInnen.“

in vielen fällen ist theater aktion, und oft ist aktion politik: könnt ihr die bedeutung eures slogans „no border, no nation“ etwas näher erläutern?

wie bereits eingangs erwähnt, bogab sich die volxtheaterkarawane als bestandteil des noborder-netzwerkes auf tour. das netzwerk wurde als reaktion auf das treffen der regierungschefs der europäischen union im oktober 1999 in tampere, finland gegründet. verschiedene gruppen demonstrierten damals unter dem slogan „mehr kontrolle, mehr diskriminierung, mehr abschiebungen!“ gegen die vorbereitung der „amsterdamer verträge“, deren inkrafttreten einen weiteren schritt in richtung der festung europa darstellte. die „plattform für eine welt ohne rassismus“ ist seit dezember 2000 teil dieses netzwerkes und die karawane wurde im rahmen der plattform organisiert.

alle mitglieder des noborder-netzwerkes haben die forderung nach einer öffnung der grenzen auf ihrer agenda und auch für die karawane war diese forderung zentral. angesichts der situation von tausenden flüchtligen in europa ist es für uns klar, offene grenzen, aber auch „open minds“ zu fordern. „no border“ bedeutet auch, eigene grenzen zu überschreiten. als theatergruppe gegen rassismus zu intervenieren, bringt natürlich viele probleme mit sich - wir müssen über unsere eigenen rassismen reflektieren und über die symbole, die wir verwenden, nachdenken. der slogan „no border“ steht dabei als symbol für bewegungsfreiheit. wenn man sich jedoch mit grenzen beschäftigt, bedingt dies automatisch

auch die auseinandersetzung mit dem konzept von nationen - diese benötigen und bedingen grenzen, nationalismus und chauvinistische politik. wenn man grenzen in frage stellt, muss dies auch nationalstaaten miteinschließen. our nation is alien nation.

weitere informationen über die folgen von genau kann auf den folgenden webseiten abgerufen werden:
<http://www.no-racism.net>
<http://italy.indymedia.org>
<http://austria.inriymedia.org>
<http://noborder.org>

In Bologna ...

drangen am 25. Jänner AktivistInnen des "Movimento delle/dei Disobbedienti" (Bewegung der Ungehorsamen) in ein Abschiebegefängnis ein und machten Teile davon unbrauchbar.

Die Gruppe von Leuten, die gegen das Abschiebegefängnis in der Via Mattei in Bologna aktiv geworden sind, nahmen sich mit friedlichen Mitteln das Recht zum Ungehorsam, Ungehorsam gegenüber einem Gesetz, das die Menschenrechte verletzt und die Barbarei nährt, indem es zwischen 'first class' und 'second class'-BürgerInnen unterscheidet. "Die Aktion wurde unmaskiert, im hellen Tageslicht, vor Fernsehkameras und PolizistInnen durchgeführt, keiner wurde dabei verletzt. Als die Ungehorsamen von der Polizei aufgefordert wurden aufzugeben, kamen sie mit erhobenen Händen heraus. Dort wurden sie von der Polizei überfallen und verprügelt, dutzende Leute wurden verletzt. 21 Leute wurden verhaftet und identifiziert". In der Erklärung zu dieser Aktion rufen die Disobbedienti zur Solidarität mit den Verhafteten auf. "Wir bitten dich, diese Geste des Ungehorsams als einen wichtigen kleinen Schritt hin zur Wiederentdeckung von Gleichheit, Freiheit, Würde und Gerechtigkeit zu schätzen. Das ist selbst für uns, die first class'-BewohnerInnen der Festung Europa, jeden Versuch wert. Eine andere Welt ist nicht nur möglich: Sie ist notwendig."

(<http://www.disobbedienti.org>)

<http://www.osdem.it>)

von noborder-AktivistInnen

die Stadt am Meer

die Stadt am Meer
hat einen des zarten
anfrecken den
selbst in der Stadt
nicht beidert
die Menschen der
Menschen von dem
Aber die Stadt
wird die Stadt
einmal die
die Stadt
die Stadt

die Stadt am Meer

Nomaden-Linie, Migranten-Linie, Sesshaften-Linie

Gerald Raunig

Anti-Globalisierung und die Multitude transgeneraler Frauen

Fluchtlinien, Bruchlinien, Maschinen sind Theorie- Erzeugnisse des „wilden Denkens“ Deleuze'. Gerald Raunig macht sie für das Verstehen von Aktionen zwischen Kunst & Politik fruchtbar

Das Konzept der Fluchtlinie, der Linie überhaupt, ist im Schaffen Gilles Deleuze' ein wiederkehrender und damit sich seinen begrifflichen Nachbarschaftszonen ständig anpassender Begriff. Im gemeinsam mit Claire Parnet verfassten Büchlein „Dialoge“ versucht Deleuze unter anderem auch zu erklären, was er meint, wenn er manchmal von einer, manchmal von zwei, oft jedoch auch von drei verschiedenen Formen von Linien spricht, „[...] von drei Linien tatsächlich deshalb, weil die Flucht- oder Bruchlinie alle Deterritorialisierungsbewegungen vereint, deren Quanta beschleunigt, daraus schneller werdende Partikel losreißt, die in gegenseitige Nachbarschaft treten, sie auf einen Konsistenzplan oder eine Veränderungsmaschine trägt; dann eine zweite, molekulare Linie, bei der die Deterritorialisierungen nur noch relativ sind, fortwährend aufgewogen werden durch Reterritorialisierungen, die ihnen Schleifen, Umwege, Ausgleich und Stabilisierung aufzwingen;

schließlich die molare Linie mit säuberlich festgelegten Segmenten, wo die sich akkumulierenden Reterritorialisierungen einen Organisationsplan erstellen und in eine Übercodierungsmaschine übergehen.

Drei Linien: Nomaden-Linie, Migranten-Linie, Sesshaften-Linie [...]“ [1]

Beginnen wir von hinten, bei der Sesshaften-Linie: jener Linie, die in all jenem aktiv ist, was Deleuze binäre und abstrakte Maschinen nennt: Staatsapparate, eigentlich sämtliche Institutionen der Macht. deren Segmente durchziehen uns, vermitteln das Gefühl von Sicherheit, machen uns aber zugleich übervorsichtig, ängstlich und denkfaul, was jeden radikalen Gedanken betrifft. Je mehr sich unsere Milieus aber von den alten disziplinargesellschaftlichen

in kontrollgesellschaftliche transformieren, die also statt durch Internierung durch unablässige Realtime-Kontrolle in einem pseudo- freiheitlichen Setting funktionieren, desto weniger wird Widerstand auch nur gedacht. Hinzu kommt, dass die Linie der ökonomischen Globalisierung zwar nach wie vor zu temporären Reterritorialisierungen neigt, keinsfalls aber gleichzusetzen ist mit der klassischen Macht des Nationalstaats, schon gar nicht mit den Techniken der Diszipli-



nierung und den alten Regimes der Inklusion/Exklusion. Die hegemoniale Ideologie der globalen Ökonomie scheint nicht nur als molare Linie, sondern gleichzeitig auch als „molekulare Linie“ der relativen Deterritorialisierung aufzutreten und als „nomadische Flucht- oder Bruchlinie“.

Während also früher die nationalstaatliche Macht als molare Linie offensichtlich, ihre Strategien sichtbar waren, entwickelt sich der globale Eroberungszug des Marktes durch Kontrollergreifung und scheinbar überbordende Informations- und Kommunikationslut in einer ständigen Travestie zwischen den drei Linien hin und her. Hier setzen aber zugleich auch die Möglichkeiten vielfältiger minoritärer Praxen und Widerstände an: „Das Wichtige wird vielleicht sein, leere Zwischenräume der Nicht-Kommunikation zu schaffen, störende Unterbrechungen, um der Kontrolle zu entgehen.“ [2] Das genau ist seit den 90er Jahren zur Praxis des

„kulturellen“ Widerstands zwischen Kommunikationsguerilla und Volkstheaterkarawane geworden: Unterbrechung, Störung, Irritation.

Der wichtigste Slogan der nomadischen Aktivistengruppe Volkstheaterkarawane, durch ihre Verhaftung nach den Protesten in Genua im Juli 2001 unbeabsichtigt in die Schlagzeilen geraten, lautet „NoBorder, NoNation“. Die Forderung nach uneingeschränkter Bewegungsfreiheit soll

vor allem die zunehmende Ausgrenzung von Menschen durch die restriktive Asyl- und Migrationspolitik der EU zum Thema machen, die über nationalstaatliche Grenzen hinaus „homogenisiert“ wird. Was im Slogan vielleicht wie eine billige Affirmation der modischen Phrasen von der Grenzüberschreitung klingt, wurde in den Aktionsformen der Gruppe zu einer Praxis, die ganz konkrete Grenzlinien aufbrach. Auf der Reise von (WZF- und G8-)Gipfeln zu Grenzcampen (die im Prinzip schon einen solchen konkret aufgebrochenen Grenzraum verkörpern [3]) untersuchte die Karawane vorwiegend mit Mitteln des unsichtbaren Theaters und der Irritation die internationalen Räume an den Grenzen, im Spatium des Niemandslands zwischen Grenzstationen.

Bei einer Grenzaktion auf der Brücke im Niemandsland zwischen den kroatischen und slowenischen Grenzposten

etwa wurde von den Aktivistinnen in orangenen Overallis und UN-Uniformen eine weitere Grenzstation errichtet, die Autos dort angehalten und an die FahrerInnen NoBorder-Pässe und Flugblätter verteilt. Die alternativen Pässe sollten anstatt des üblichen nationalstaatlichen Passes beim Überqueren der Grenze gezeigt werden. Es handelt sich also auch hier weniger um das Überschreiten, Durchbrechen von Grenzen, sondern eher um das scheinbare Gegenteil davon: neue Grenzposten aufzubauen, damit im Niemandsland den absoluten Grenzen des Nationalstaats einen oszillierenden Grenzraum entgegenzusetzen. Die symbolische Flanke als theatrale Intervention fungiert hier zugleich als Schutz für das reale, wahrscheinlich illegale Aufbrechen der Grenzlinie wie auch als Verfremdungseffekt, der auf Basis der durch die restriktiven Grenzkontrollen hervorgerufenen Verunsicherung kleine Verwirrungen stiften sollte. Hier wie überhaupt gilt es, keine Dichotomien zwischen „Symbolpolitik“ und „Realpolitik“ zu erzeugen, sondern die jeweils erfolversprechenden Praxen zwischen Kunst und politischem Aktivismus zu temporären Überlappungen zu kombinieren.

Für die neuen NomadInnen hat sich in den Kontexten der Globalisierungskritik allerdings durch die Anpassungsfähigkeit und Vielgestaltigkeit der Linien der Macht auch ein gewisses Unterscheidungs- und Selbstbenennungsproblem ergeben. Versuchen es die einen mit strikter Negation als Anti-Globalisierungsbewegung, können die andern, durchaus für Globalisierung zu sein, aber für eine „andere“, keinesfalls die „ökonomische“.

Den einen wird vorgeworfen, dass eine Bekämpfung der Globalisierung nur auf globaler Ebene möglich sei, sie werden dabei als regionalistisch oder lokalistisch (miss)verstanden. Die anderen scheinen durch die Trennung der „ökonomischen“ von

anderen Erscheinungsformen der Globalisierung zu übersehen, wie weit sich die neoliberale Ökonomie schon auf politisches, kulturelles etc. Terrain ausgedehnt hat, wie wenig Unterscheidbarkeit hier gegeben ist, wie wenig es also offensichtlich etwas wie eine rein ökonomische Globalisierung geben kann.

Für beide Definitionsversuche gilt jedoch, dass sie sich an der Negation eines bestimmten Begriffs festmachen, eine Strategie, die in der Logik des Negierten gefangen bleiben muss. Nicht zuletzt um einen Ausweg aus diesem unproduktiven Dilemma zu versuchen, möchte ich andere Begriffe empfehlen, die mehr wohl als Arbeitsmethoden zu verstehen sind, denn als beschreibende Identifikationsmittel. Es gilt bei aller Bezugnahme auf Globalisierung, sich doch als Differentes positiv zu Differenzieren in Bezug zu setzen, damit also die Differenz dessen, was sich als „andere“ oder „Antiglobalisierung“ bezeichnet, mit differenziellen Begrifflichkeiten zu umreißen.

Dabei sind die Erscheinungsformen „der Globalisierung“ nie als das ganz Andere zu begreifen, sondern vielmehr die Nuancen aufzugreifen, die kleinen Differenzen zwischen den De- und Reiterritorialisierungsströmen der globalen Macht und denen der spezifischen Widerstände. Den vielgepriesenen hybriden Identitäten wären ständig oszillierende Differenzen beizugesellen, der Ideologie der Grenzenlosigkeit eine der Verschiebung, des Aufbrechens der Grenze [4], der angeblichen Dezentrierung der Macht ein Wuchern der immer neuen Zentren, der Konkurrenz des Konfinen eine Allianz der Minoritäten, der Spontaneität der neoliberalen Ökonomie die wendige Taktik der Taktiken Michel de Certeaus [5], der Atomisierung der Individuen die nonkonforme Masse [6], dem Empire eine Multitude [7].

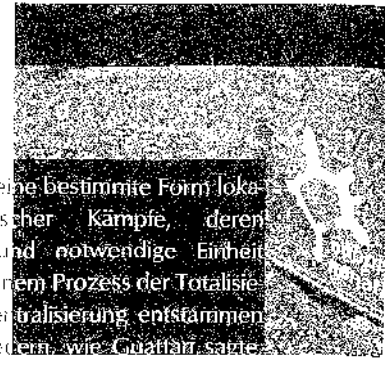
Schließlich möchte ich dem verschwommenen Begriffscluster zwischen „Vernetzung“ und „Netzwerken“ einen Begriff aus den Werkzeugkisten von Michel Foucault, Gilles Deleuze und vor allem Félix Guattari entgegenstellen, der die Praxen der wide umreißt, wie sie sich de zeit ent-

wickeln: „... eine bestimmte Form lokaler, spezifischer Kämpfe, deren Beziehung und notwendige Einheit nicht mehr einem Prozess der Totalisierung und Zentralisierung entstammen könnten, sondern wie Guattari sagte, einer Transversalität.“ [8]

Der in den 60er und 70er Jahren entwickelte Begriff der Transversalität scheint die neuen Praxen gut zu beschreiben, die sich in den letzten Jahren erst zwischen - ansonsten scheinbar abgeschotteten - sozialen Feldern (etwa „Kultur“, „Politik“ und „Wissenschaft“) ergeben, aber auch solche, die in ähnlicher Weise wie die bekämpfte ökonomische Globalisierung über nationale Grenzen hinaus wirksam werden.

Effekte dieser Transversalität sind einerseits transversale Strukturen, (in Österreich etwa mediale Strukturen wie das Freie Radio Orange oder die Zeitschrift „MALMOE“, nomadische wie die VolkTheaterKarawane, transnational-antirassistische wie das NoBorder-Netzwerk), die nicht eine bestimmte, abgeschottete Subkultur, sondern viele Szenen im Patchwork der Minderheiten durchziehen. Andererseits entstehen in diesem Zusammenhang - vor allem im kulturellen Feld - auch transversale Subjektivierungsweisen. Activist Scholars und Activist Artists verstehen sich selbst nicht mehr als Citizens, die neben ihren Jobs als TheoretikerInnen oder KünstlerInnen auch politisch aktiv sind, sie vernetzen vielmehr ihre Kompetenzen in ihren Tätigkeiten, die sich oft nur mehr tendenziell als das eine (Aktivismus) oder das andere (Wissenschaft, Kunst...) ausmachen lassen. Es gilt hier also nicht mehr zwischen Theorie und Praxis, zwischen intellektuellem Alltag und politisierter Ausnahme zu unterscheiden, sondern vielmehr vielfältige Wechselwirkungen von verschiedenen Praxen als Überlagerungen in den Subjekten wiederzufinden.

Daneben heißt transversale Kooperation aber auch mit Foucault die Vernetzung von spezifischen Kompetenzen, also die Zusammenarbeit von Individuen, ohne in einer ganzheitlichen Synthese im Kollektiv aufzugehen. Nicht mehr universelle intellektuelle reflektieren aus der Distanz das Gesche-



nen, nicht mehr „Medienintellektuelle“ (Bourdieu) kommentieren die Welt, wie sie die Mainstreammedien gerne sehen, sondern spezifische Intellektuelle [9] arbeiten in neuen Formen von Kollektiven zusammen, in Plattformen

und Labels, in temporären Überlappungen, auf mal gebrochenen, mal auf gebrochenen Linien.

Gerald Raunig ist Philosoph und Kunsttheoretiker, lebt in Wien.

Fußnoten

[1] vgl. Gilles Deleuze/Claire Parnet, *Diálogo*, FFM 1980, S. 147f.

[2] Gilles Deleuze, *Unterhandlungen*, FFM, 1993, S. 152

[3] vgl. Sparing the Line, in: Gerald Raunig, Charon, *Eine Ästhetik der Grenzüberschreitung*, Wien 1999, S. 14f.

[4] ebd.

[5] vgl. Michel de Certeau, *Kunst der Handlung*, Berlin 1980

[6] vgl. Gerald Raunig, *Wien Fieber Null. Eine Ästhetik des Widerstands*, Wien 2000, S. 46-52

[7] Allerdings nicht mit dem verschwommen-ekthhaften Revolutionspathos der Prediger Hardt und Negri, sondern ganz konkret im gegenwärtigen Werden der Widerstände gegen Rassismen, (f)letern-Isolationen, Ausbeutung und zunehmende Kontrollübergriffe.

[8] Gilles Deleuze, Foucault, *IM* 1993, S. 48, vgl. auch Félix Guattari, *Psychotherapie, Politik und die Aufgaben der institutionellen Analyse*, *IM*, 1976, S. 113: „Die Transversalität soll beide Sackgassen überwinden: die der reinen Vertikalität und die der einfachen Horizontalität.“

[9] vgl. Michel Foucault, *Die politische Funktion des Intellektuellen*, in: ders., *Botschaften der Macht*, Stuttgart 1999, S. 27-29

T R A N S V E R S A L

Diesen neuen transversalen Strukturen und Subjektivierungsweisen soll sich auch die Wiener Konferenz TRANSVERSAL widmen. Als Voraussetzung möglicher Konzepte von transversalen Widerständen soll hier erstens die Kritik der Ideologie der ökonomischen Globalisierung diskutiert werden, wie sie sich (auch) im kulturellen Feld manifestiert. Ausgehend von Analysen über die Frage, inwieweit die These der totalen Globalisierung etwa im Kunstfeld überhaupt konsistent ist, soll hier vor allem die - fast religiös anmutende - affirmative Funktion der Kultur herausgearbeitet werden: von den vielgepriesenen hybriden Subjekttypen der Cultural Workers bis zu den semantischen wie strukturellen Transformationen der Kulturindustrie zu cultural industries oder creative industries und den damit verbundenen Rückzugslegitimationen der staatlichen Kulturförderung sowie den Kulturalisierungstendenzen im Feld politischer Kulturarbeit.

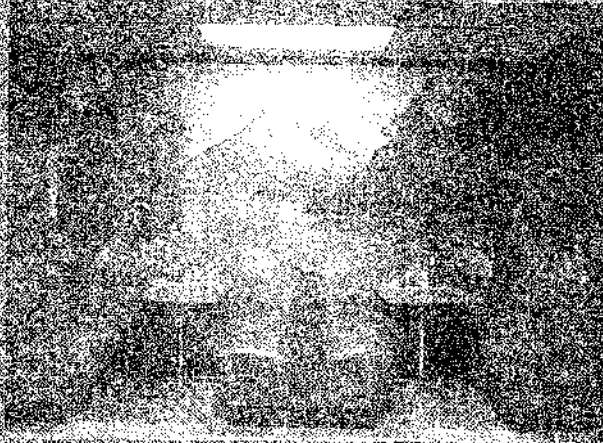
Transversalität selbst soll als Gegenkonzept zu dieser neuen Gestalt des „affirmativen Charakters der Kultur“ vor allem in zwei Varianten (Migrantenlinie, Nomadenlinie) verhandelt werden:

Zunächst geht es um Transversalität in einer wenig spektakulären, lokalen Variante: in der Form der Kulturarbeit von MigrantenInnen (und ihrer Zusammenarbeit mit anderen politischen und kulturellen Gruppen vor Ort), die gleichermaßen den nationalen Rahmen von innen sprengt wie sie auch die Grenzen von politischer und kultureller Arbeit zu verwischen/verschieben im Stande ist.

Andererseits sollen die evidenten Phänomene eines gleichermaßen kulturellen wie politischen Widerstands gegen die ökonomische Globalisierung in der transnationalen Variante thematisiert werden, also künstlerisch-politische Aktionen, die im Kontext, im Rahmen und am Rande der Bewegung der letzten drei Jahre stattgefunden haben und stattfinden. Dabei soll auf ein breites Spektrum von Strategien zwischen Symbolpolitik, Medienguerilla und theatralen Interventionen eingegangen und deren Entwicklung aus den Traditionslinien künstlerischer Interventionen herausgearbeitet werden.

Nähere Infos zu TRANSVERSAL Kulturarbeit und Globalisierungskritik (Konferenz der IG Kultur Österreich in Kooperation mit eicpp European Institute for Progressive Cultural Policies, 30. April bis 2. Mai 2002, Kunsthalle Exnergasse/WUK, A-1090 Wien) auf www.igkultur.at und www.eicpp.net

Biographie, das Leben eines zukünftigen Europäers



Die Biographie, ein Werk von Hans Kohn, das die Entwicklung der europäischen Völker von den Anfängen bis zur Gegenwart darstellt. Das Bild zeigt die Fassade des Gebäudes, in dem das Werk veröffentlicht wurde.

Die Biographie, ein Werk von Hans Kohn, das die Entwicklung der europäischen Völker von den Anfängen bis zur Gegenwart darstellt. Das Bild zeigt die Fassade des Gebäudes, in dem das Werk veröffentlicht wurde.

Die Biographie, ein Werk von Hans Kohn, das die Entwicklung der europäischen Völker von den Anfängen bis zur Gegenwart darstellt. Das Bild zeigt die Fassade des Gebäudes, in dem das Werk veröffentlicht wurde.

Die Biographie, ein Werk von Hans Kohn, das die Entwicklung der europäischen Völker von den Anfängen bis zur Gegenwart darstellt. Das Bild zeigt die Fassade des Gebäudes, in dem das Werk veröffentlicht wurde.

Die Biographie, ein Werk von Hans Kohn, das die Entwicklung der europäischen Völker von den Anfängen bis zur Gegenwart darstellt. Das Bild zeigt die Fassade des Gebäudes, in dem das Werk veröffentlicht wurde.

Die Biographie, ein Werk von Hans Kohn, das die Entwicklung der europäischen Völker von den Anfängen bis zur Gegenwart darstellt. Das Bild zeigt die Fassade des Gebäudes, in dem das Werk veröffentlicht wurde.

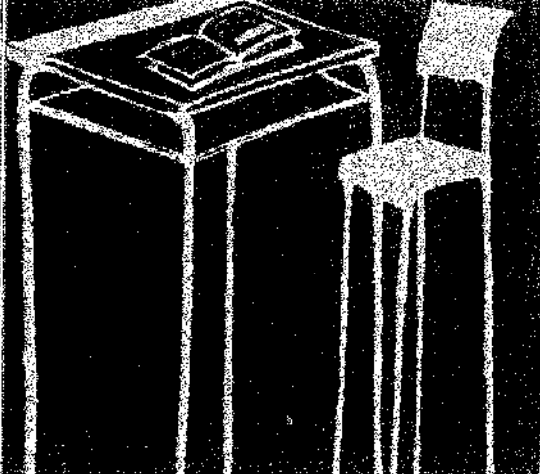
Die Biographie, ein Werk von Hans Kohn, das die Entwicklung der europäischen Völker von den Anfängen bis zur Gegenwart darstellt. Das Bild zeigt die Fassade des Gebäudes, in dem das Werk veröffentlicht wurde.

Die Biographie, ein Werk von Hans Kohn, das die Entwicklung der europäischen Völker von den Anfängen bis zur Gegenwart darstellt. Das Bild zeigt die Fassade des Gebäudes, in dem das Werk veröffentlicht wurde.

Die Biographie, ein Werk von Hans Kohn, das die Entwicklung der europäischen Völker von den Anfängen bis zur Gegenwart darstellt. Das Bild zeigt die Fassade des Gebäudes, in dem das Werk veröffentlicht wurde.

Die Biographie, ein Werk von Hans Kohn, das die Entwicklung der europäischen Völker von den Anfängen bis zur Gegenwart darstellt. Das Bild zeigt die Fassade des Gebäudes, in dem das Werk veröffentlicht wurde.

Die Biographie, ein Werk von Hans Kohn, das die Entwicklung der europäischen Völker von den Anfängen bis zur Gegenwart darstellt. Das Bild zeigt die Fassade des Gebäudes, in dem das Werk veröffentlicht wurde.



HOCHSCHULREFORM ALS NEOLIBERALER „PUTSCH“?

Hochschule und Sozialutopie

Allerdings existiert eine „Vision“ für die Hochschulen. Ob sie möglich ist, irgendetwas Soziales an sich hat oder/und von den Hochschulen selber angestrebt wird, steht dahin. Aber dass es sich bei dieser Vision um eine Utopie, wenn auch im schlechtesten Sinne, handelt, steht für mich außer Frage. Jedoch ist es gerade nicht die, die wir bräuchten.

Hochschulpolitik für den globalen Wettbewerb

Bereits zu Beginn der 90er Jahre, zeitgleich mit dem Ende des Sozialismus und dem Beginn der neoliberalen Politik der sogenannten „Globalisierung“ begann auch der Umbruch der Universitäten unter anderem mit der Begründung, sie seien ineffizient, zu bürokratisch, zu unflexibel, leistungsschwach und im Korsett staatlicher Regulierung (vgl. u.a. Veronika Knapp, 2001) erstarrt.

In seinem Artikel „Universitäten im Wettbewerb - auf dem Weg zur Uni-GesmbH“ analysiert Reinhard Folk den Prozess der neuen Hochschulreform (R. Folk 2001): „In Europa sind Universitäten noch zur überwiegenden Mehrzahl staatliche Einrichtungen und

[...] aufgrund ihrer historischen Entwicklung - Stichwort Humboldtsche Universität - unter die Verantwortung des Staates gestellt. Der Staat sah es bisher als eine seiner wesentlichen Aufgaben an, Forschung und Lehre an den Universitäten zu finanzieren und die Freiheit bei der Ausübung der Forschungs- und Lehrtätigkeit zu sichern. Das soll sich nun ändern.

Der Staat zieht sich allgemein aus vielen Bereichen, die bisher als seine Aufgabe gesehen wurden, zurück [...]. Insbesondere im großen Bereich der kulturellen Aufgaben des Staates, und der bisher kommerziellen Überlegungen nicht unterworfenen - Bereiche, ist man im Sinne des neoliberalen Zeitgeistes dabei, kulturelle Qualität zugunsten kommerzieller Interessen zu opfern.

Darunter fallen auch die Bestrebungen, die Universitäten zu kommerzialisieren. Bildung und Forschung werden zur Ware, die auf Märkten angeboten ihren Preis hat. Universitäten werden als Unternehmen am Bildungs- und Forschungsmarkt gesehen, die im Wettbewerb stehen und global agieren sollen“ (a.a.O., S. 13).

Galt bei der Humboldtschen Universitätsreform noch „die Freiheit der Wissenschaft und ihre Pflege um ihrer selbst willen, die Einheit von Forschung und Lehre und Wissenschaft als Bildung sowie Vollständigkeit und Einheit der Wissenschaften“, so erkannte Humboldt aber bereits zu seiner Zeit: „Bei Staat und Wissenschaft scheint mir unseren Zeitläufen und für die Zukunft ein Hauptgedanke, dass der Wissenschaftsbetrieb unrettbar und sicher dem Kapitalismus und der mit ihm ver-

bundenen rohen Interessenspolitik verfallen muss, wenn ihn nicht der Staat in der Hand hält“ (Alexander von Humboldt, zit. bei Folk, a.a.O., S. 14).

Claudia von Werlhof

Allerdings sei, so Folk, unter dem Staat aber auch die „Ordinarienuniversität“ entstanden, in der die Wissenschaftsfreiheit für untergeordnete Wissenschaftler nicht galt (ebenda). Erst in der Nachkriegszeit und danach kam es bei der Entwicklung der Universität zur Massenuniversität und der verstärkten Akademisierung der Bevölkerung zu Reformen, die die hierarchische Struktur der Universitäten schwächte und eine „Demokratisierung“ der Entscheidungen herbeiführte. Es wurden sogenannte „Kurien“ für die verschiedenen „Statusgruppen“ wie Professoren, Assistenten, Studierende und das nichtwissenschaftliche Personal eingeführt, die über paritätisch besetzte Gremien Mitbestimmung ausübten. Dies war in Österreich mit dem Universitätsorganisationsgesetz UOG 75 der Fall. Seit einigen Jahren wird das neue UOG 93 durchgesetzt, das „die Möglichkeit selbständigen Handelns in Teilbereichen der Universität brachte und die Führung der Universität dem Senat und den Rektoren übertrug“. Im Grunde „wurde erwartet, [...] dass die Führung der Universität den neuen Spielraum nützen wird, um interne Strukturänderungen durchzuführen. Eine Öffnung zur Gesellschaft und Wirtschaft sollten Universitätsbeiräte bringen“ (a.a.O., S. 15). Inzwischen soll in Österreich wie anderswo eine neuer-



liche Universitätsreform von Grund auf durchgeführt werden, bei der „kein Stein auf dem anderen bleiben soll“ (Wiener Zeitung, 29.11.2000). Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst präsentierte am 1.12.2000 die „politischen Determinanten für die erweiterte Autonomie der Universität“. Ziel ist, nach einer „sogenannten Teilrechtsfähigkeit“ zur „sogenannten Vollrechtsfähigkeit“ der Universitäten zu kommen und das heißt, zum eigentlichen Ziel einer Ausschgliederung der Universitäten aus dem öffentlichen Bereich. Demnach soll die Universität eine „Arbeitgeberfunktion“ übernehmen mit dem Rektor als Arbeitgeber. Beim entsprechenden neuen Dienstrecht geht es darum, vermehrt befristete Dienstverhältnisse einzuführen, die im wesentlichen privatrechtlich geregelt sind. Die StudentInnen sollen Studiengebühren bezahlen, Leistungsverträge regeln Aufgaben und Beziehungen zwischen dem Bundesministerium und der Universität. Es werden Evaluationen der einzelnen Fakultäten und Studiengänge veranlasst, die Mitbestimmung wird abgeschafft bzw. lediglich auf der obersten Leitungsebene installiert, und es gibt nur noch Lippenbekenntnisse zur Freiheit von Forschung und Lehre, zum freien Hochschulzugang für alle, zur Sicherstellung nationaler bildungs- und forschungspolitischer Interessen und zur Frauenförderung (a.a.O., S. 15). Erhöhung der Autonomie, Vollrechtsfähigkeit und Ausgliederung bedeuten „Handeln nach unternehmerischen Grundsätzen“, es geht um Rückzug des Staates, die „Reduzierung staatlicher Budgetierung durch Kommerzialisierung der Lehre und Forschung und die Steuerung der Universität über externe Räte, Leistungsverträge und interne Leistungsvereinbarungen. Um die Universitäten „geschäftsfähig“ zu machen“ (S. Höllinger am 24.4.2001 in Innsbruck) wird sie autokratisch geführt. Dadurch wird eine „Amerikanisierung“ der Universitäten eingeleitet und die Abhängigkeit vom Staat durch eine Abhängigkeit von wirtschaftlichen Kräften, die die Ziele der Universität über Aufsichtsräte bestimmen“ ausgetauscht. Die ORK (Österreichische Re-

ferenkonferenz) sucht den Konsens mit der Industriellenvereinigung und nicht mit den Universitäten“ (Folk, ebenda). Analysiert man die Charakteristika der neuen Struktur, wie sie die erweiterte Autonomie vorsieht, dann sieht man, dass sie sich nicht an den Erfordernissen der Wissenschaft, sondern der Wirtschaft orientiert. Die Universität soll wie eine Art Aktiengesellschaft sein. Der Vorstand bilden die Rektoren, den Aufsichtsrat der vorwiegend mit Externen besetzte Universitätsrat, der Senat verliert seine Befugnisse. Der Staateinfluss fällt nicht weg, sondern erfolgt durch mehr Steuerung im Sinne eines Anreizsystems. Dazu passt keine inneruniversitäre Demokratie. Sie wird ersatzlos gestrichen. Schließlich werden Unternehmen ja auch nicht demokratisch geführt. Die Universitäten werden auf den Markt geworfen, wodurch neue Abhängigkeiten nach außen entstehen und das Ende der Freiheit von Forschung und Lehre droht. Autonomie heißt dann nur mehr mit Budgetkürzungen fertig zu werden und Wissenschaftler nach dem Prinzip des „hire and fire“ behandeln zu dürfen (C. Fitz bei „Bildung am Scheideweg“, Podiumsdiskussion 4.4.2001, Innsbruck). Auf diese Weise würden Bereiche, die außerhalb des Marktes waren, in diesen hineingeholt, für Investitionszwecke zugerechnet und investiert wird dann selbstverständlich nur dort, wo Gewinne zu erwarten sind, also z.B. nicht in die geisteswissenschaftlichen Fächer und auch nicht in Forschungsprojekte, die sich mit BSE, Gentechnik und Kernenergie oder auch Frauenforschung beschäftigen.

Bildung als Bestandteil neoliberaler Globalisierung und die Folgen

Damit folgt die neue iche Universitätsreform den Prinzipien der allgemein neoliberalen Umstrukturierung aller Bereiche der Wirtschaft und der Dienstleistungen. So ist hier gesamte Bildungsbereich, der Gesundheitsbereich und der der Infrastruktur sowie des gesamten öffentlichen Dienstes von solcher Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung und Flexibilisierung betroffen, wie es die WTO und in

ihre Folge, das GATS (General Agreement on Trade in Services) weltweit betreiben. Dabei geht es darum, nun auch die öffentlichen Dienstleistungen weltweit operierenden Konzernen zu „öffnen“. Die entsprechenden Verhandlungen zeigen, inwieweit es gelingt, auch den bisher nationalen Bildungsbereich globalen WTO-Regeln zu unterwerfen. Das würde bedeuten, dass dann auch mit Zwang („top down“) gerechnet werden muss und zwar z.B. dort, wo Bildungseinrichtungen sich gegen ihre Auslagerung wehren.

Die Folgen solcher Reformen sind an manchen Orten schon deutlich zu erkennen. So wurde für die Niederlande festgestellt, dass sich die Hochschulreform der 90er Jahre lediglich als „instrument“ und „Legitimation“ einer Sparpolitik [...] auf Kosten der Basisfunktion des Staats für Erziehung zu sorgen“ (Folk, a.a.O., S. 17) auswirkt. So sind Ende März 2001 50 niederländische Professoren mit einem Manifest „zu einer Ermuerung der Universität an die Öffentlichkeit getreten“ (K. van der Wal in Folk, ebenda). Dort wird auf die „Verschulung, Vermassung und Verengung (Infantilisierung) der Lehre“ hingewiesen und betrifft der Forschung darauf, dass sie durch die Forderung der Marktkonformität und direkten gesellschaftlichen Relevanz immer mehr gefährdet oder geradezu in Bedrangnis geraten sei“ (ebenda).

In Australien habe die Kommerzialisierung der Universitäten zu erschütternden Ergebnissen geführt. Es würden Prüfungsergebnisse manipuliert, Standards vermindert und die Grundlagenforschung zugunsten wirtschaftsorientierter Forschung eingestellt. Die Vielfalt des Angebots gehe drastisch zurück, ökonomisch nicht relevante Disziplinen werden verdrängt. Als Resultat verlasst die Spitze der australischen Forschung das Land (ebenda).

In England haben die der Reform folgenden Evaluierungen für Jahre die gesamte Forschung und die meisten Ressourcen blockiert. „Die Kreativität ist zerschmettert, die Ressourcen vergeudet.“ (A. Ryan, „Stalin had to die too“, in The Times Higher, 30.3.2001) und selbst die Professoren, die auf be-

sten abschnitten, revoltieren gegen das Verfahren des QAA (Quality Assurance Agency). Es sei ein staftnistisches Inspektions-Regime, das nur die Illusion einer „richtigen“ Beurteilung der wissenschaftlichen Leistungen hervorbringe („Trial by ordeal“, in Guardian Education, 30.1.2001).

Neben der Entstaatlichung und Kommerzialisierung der Universitäten ist ihre Computerisierung ein besonderes Merkmal der Reform. Der „face to face“-Unterricht wird durch Telekommunikation ersetzt. Finmal erstellte Studiengänge werden vermarktet und spielen ihre Kosten ein (Folk, ebenda). Die Universität von Phönix in den USA hat „praktisch kein Lehrpersonal, keine Hörsäle und keine Bibliotheken“ mehr. Ihr Angebot betrifft nur noch „Gesundheit, Unternehmensführung, Informationstechnologie und Frziehung. Zugang haben nur Studierende über 24 Jahre in festen und gut bezahlten Beschäftigungsverhältnissen [...]. Die horrenden Studiengebühren werden teilweise von Firmen zurückerstattet. Die Universität hat 75.000 Studierende“. Die Ziele die-

die Professoren keine. Auch an der Verwaltung der Universität sind sie nicht beteiligt. Forschung findet nicht statt“, und „Phönix sei keine Universität, sondern eine Handelskette für akademische Titel. Die Professoren würden ausgebeutet, die Studenten mit schmaler Kost abgespeist“ (ebenda). Phönix sei „McDonald's für das höhere Bildungswesen“ (Die Zeit, zit. in Folk, ebenda).

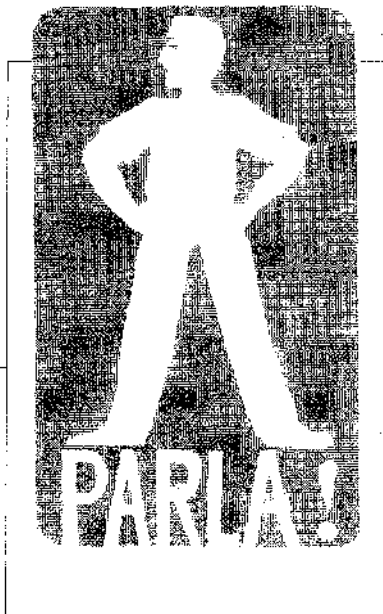
Die Beispiele zeigen, dass die Folgen von Privatisierungen bzw. Ausgliederungen gerade nicht zu dem führen, was angeblich gewollt ist: weder zu einer Leistungs- und Effizienzsteigerung, noch zur Verbilligung oder gar zur Qualitätsverbesserung. Bildung wird zur Ware für die, die sie sich leisten können. Eine Grundversorgung wird nicht mehr gewährleistet. Die bisher übliche Forschung geht zugrunde. Es ist das Ende der öffentlichen Güter, der „commons“, und es findet eine Enteignung der Öffentlichkeit statt. Von einer Chancengleichheit kann nicht mehr geredet werden, und die Betroffenen haben keinerlei Mitbestimmung mehr. Es ist also auch das Ende der Demokratie in diesem Bereich (vgl. G. Fitz 2001, a.a.O.).

Die Deregulierung wiederum zeigt, dass der Markt wegen seines häufigen Versagens und seiner Ungültigkeit für manche Bereiche keinen Ersatz für den Staat darstellt. Der freie Markt ist nicht imstande, ein adäquates Bildungsangebot zu produzieren und auch der mündige Konsument des Bildungsangebots kann selbst nichts kontrollieren. Stattdessen zerstört der Markt noch die vorhandenen Grundlagen (G. Fitz, ebenda). So wird z.B. den Geisteswissenschaften „derzeit die Ehre abgeschnitten, weil sie sich angeblich nicht rechnen; weil sie keinen materiellen Gewinn abwerfen, kurz: Weil sie ohne wirtschaftlichen Nutzen sind!“ (S. Deger-Jakotzy: „Kulturerbe“ und „Orchideen“, 2001, S. 39). „Die breite Öffentlichkeit (setzt) in ihren Hoffnungen auf Lösung von Lebensproblemen mehr auf den Fortschritt in Medizin und Technik und auf die Sozialwissenschaften als auf die von den Geistes- und Kulturwissenschaften angebotenen Wertorientierungen und Bildungsgüter“ (a.a.O., S. 40). Aber „in

Wirklichkeit geht es um Macht. Wirtschaft und naturwissenschaftlich-technische Zivilisation erheben heute den Anspruch, das Denken und Handeln der Menschen auch dort zu bestimmen, wo sie nicht zuständig sind [...] Dass der Preis dafür in Dehumanisierung und Barbarisierung bestehen wird, nimmt man in Kauf, wie sich bereits im öffentlichen Sprachgebrauch und im Sozialverhalten weithin abzeichnet. Diese Wertenumkehr hat sich schon seit längerem vorbereitet“ (ebenda), nämlich seit den Veränderungen in den 90er Jahren. „Unter dem Druck der sogenannten Globalisierung [...] ordnen sich die staatlichen Organe heute fast völlig den Forderungen der Wirtschaft unter. Damit nimmt die Wirtschaft mehr direkt als indirekt auch auf Budgetgestaltung und Bildungsauftrag an Universitäten, aber auch auf die inner- und außeruniversitäre Forschung und Nachwuchsförderung Einfluss“ (a.a.O., S. 41), die praktisch nicht mehr stattfindet. „Philosophen, Wissenschaftstheoretiker und Politologen weisen auf die Notwendigkeit der Geisteswissenschaften für die Orientierung des Menschen in einer vom Glauben an die technische Machbarkeit jeden beliebigen naturwissenschaftlichen Entwurfs und die völlige Kontrollierbarkeit menschlichen Tuns besessenen Zivilisation hin“ (a.a.O., S. 43). In den USA ist die Zahl der Absolventen in den Geisteswissenschaften bereits merklich gesunken (G. Fitz, a.a.O.).

15 Jahre lang, so Prof. Rathmayr in Innsbruck, wurde nie von den Aufgaben der Universitäten für die Gesellschaft gesprochen. Ihre Bedeutung für die Gesamtkultur wurde während der Reformperiode nie diskutiert. Jetzt sieht eine Wissensvernichtung, ein Verlust von Wissensbeständen zugunsten kurzfristig austauschbaren Wissens an (B. Rathmayr 2001).

Ja, die neuen Institute und Fakultäten für Informatik sind dabei, auf der Suche nach weiteren Anwendungsbereichen alle Wissensgebiete zu kolonisieren, indem sie ihre Ergebnisse quantifizieren, aufteilen und evaluieren. Niemand hat untersucht, was dann noch übrig bleibt. Stattdessen erhofft man sich da-



ser Universität: „Wir bieten Trainingsprogramme an, die den spezifischen Bedürfnissen Ihrer Industrie oder Ihres Geschäftes angepasst sind. Wir arbeiten mit Ihrer Gesellschaft zusammen, um genau die Erziehung zu bieten, die Ihre Gesellschaft braucht, um ihre Produktivität und ihren Profit zu erhöhen“ (Folk, a.a.O., S. 18). Und das heißt, „akademische Freiheit genießen

von eine Art maschinengestützte „potente“ Allgemeinwissenschaft als Pendant zur verallgemeinerten Biowissenschaft, wie es Enzensberger sieht. Der größte Teil der „Rest“-Wissenschaft soll dann womöglich der „big science“ geopfert werden.

Das bisherige wissenschaftliche Paradigma wird also „pulschartig“ (Enzensberger) abgeschafft, ohne dass es je diskutiert worden wäre, und ohne, dass das neue Paradigma, der Markt, irgend etwas mit Wissenschaft zu tun hätte. Insgesamt ist damit aber auch die Glaubwürdigkeit der Behauptung, die Reform der Universitäten sei aufgrund ihrer eigenen Unvollkommenheiten geplant und durchgesetzt worden, hinfällig. Wie es der Gewerkschafter Gerhard Fitz von der Universität Innsbruck ausdrückt: „Die Mitbestimmung verschwindet sang- und klanglos, ohne dass sie gescheitert wäre, und die Universität wird rehierarchisiert, anstatt die vorhandene Demokratisierung zu vervollständigen“ (G. Fitz, a.a.O.).

Die Logik dieser scheinbaren Irrationalität ist damit klar: Die Reformbegründungen sind nur Vorwand; die Katze ist aus dem Sack: Die Universitäten sollen lediglich „Kapitaldurchleiter“, d.h. in Orte der Kapitalverwertung umgerüstet werden und kapitalisierte bzw. kapitalisierbare Dienstleistungen für KundInnen und InvestorInnen der globalen Bildungsindustrie, insbesondere die US-amerikanische, anbieten. Das auszusprechen ist bislang ein Tabu. Aber immerhin traut man sich inzwischen, offen von demokratischen Verfahren Abstand zu nehmen. So sagte der Sektionschef des österreichischen Wissenschaftsministeriums, S. Höllinger, bei einer Veranstaltung zur Hochschulreform unter Beisein der meisten österreichischen Rektoren: „Die Demokratie ist ein zu hoher Aufwand. Sie braucht zu viel Zeit und ist ineffizient“ (open-space-Veranstaltung zur Hochschulreform, Innsbruck, 24.4.2001).

Beginnender Widerstand gegen die Hochschulreform

Die meisten Mitglieder der Universität haben es versäumt, ihre eigene Kritik der Universität zu formulieren und eine

Reform der Universität aus dieser selbst heraus zu entwickeln. Die Universitäten - vor allem die Rektoren - haben stattdessen ihren Bildungsauftrag selbst abgegeben, und zwar an die Politik und die wissenschaftsferne Wirtschaft (bzw. das Militär). Auf diese Weise wird die Krise der Wissenschaft „gelöst“, ohne je Thema gewesen zu sein. Aber auch diese sog. „Lösung“ wird die Wissenschaft nur in eine noch tiefere Krise führen.

Wie sind diese Selbstentmachtung, Bonnertheit und Schwäche der Universitäten zu interpretieren? Und: Warum wird noch nichts aus den Fehlschlägen in aller Welt gelernt, wie sie sich mit der neoliberalen Hochschulreform bereits häufen?

Es ist im letzten Moment, zumindest in Österreich, eine breite kritische Diskussion mit ablehnenden Stellungnahmen aus sämtlichen Hochschulen des Landes zustande gekommen (Resolutionen und Stellungnahmen aus Universitäten Österreichs zu Fragen des Dienstrechts und der Vollrechtsfähigkeit vom April 2001, Innsbruck). Darin wird deutlich, dass die neuerliche Hochschulreform über die Universitäten hinweg geplant und angefangen wurde. Inzwischen sind aber sowohl die Senate wie auch einzelne Fakultäten, die Studierendenden und die nichtwissenschaftlichen Bediensteten aufgewacht und haben an allen Ecken und Enden des Landes ihren Protest begonnen. So wurden einige Entschärfungen des neuen Dienstrechts durchgesetzt, sodass ein österreichweiter Streik an den Universitäten verhindert wurde. Bei meiner Tätigkeit als Angehörige des Senats der Universität Innsbruck habe ich die Erfahrung gemacht, dass ein organisierter Protest, in diesem Falle auf Senatsebene, durchaus möglich war und in diesem konkreten Falle dazu geführt hat, dass der Senat mit 80% die Reform ablehnte und damit die Universität Innsbruck als erste zum Ausscheren aus der Front der Reformwilligen bewogen hat. Dies hat auch andere Universitäten und Senate ermutigt und die Welle von Protesten im ganzen Land mit in Gang gesetzt. Es ist nicht abzusehen, ob dies noch etwas nützen wird. Denn wenn immer weniger öffentliche Mittel fließen, sind die Universitäten auf je-

den Fall gezwungen, private Mittel aufzutreiben. Also wird allein durch die Sparpolitik die Reform in Gang gesetzt. Und in diesem Moment müsste eigentlich eine Kritik der gesamten neoliberalen Politik einsetzen, zu der die Sparpakete gehören, und die dafür sorgt, dass das Geld aus den Händen der Menschen in die der großen Spekulanten umverteilt werden kann (vgl. M. Mies/C. von Werlhof (Hg.), 1999). Aber eine solche Diskussion über die Grenzen der Nation hinaus, in der es um eine Auseinandersetzung mit Globalisierungstendenzen und EU-Politik gehen würde, findet in Österreich zur Zeit immer noch nicht statt. Auf die Weise bleiben die größeren Zusammenhänge verdeckt, und es erscheint so, als handle es sich um eine Frage, die bloß mit der jetzigen schwarz-blauen Koalition zu tun hat. Dabei fällt auf, dass auch die Opposition, nämlich SPÖ und Grüne diese Debatte vermeiden - denn sie wollen als Nächste an die Macht (vgl. C. von Werlhof 2001). Auf diese Weise tritt überhaupt nicht ins Gesichtsfeld, wie tief die Krise der neuzeitlichen Wissenschaft in Wirklichkeit ist, und dass sie es ist, die sie so reaktionsunfähig macht. Denn eigentlich würde es sich bei einer Vision für die Universitäten um genau das Gegenteil dessen handeln, was Enzensberger als neue Wissenschaft des Kapitals kritisiert. Ja, die bisherigen Ansätze für ein wirklich neues Paradigma und eine wissenschafts-, technologie-, industrie-, kapitalismus- und patriarchatskritische Forschung werden in der jetzigen Situation noch zunichte gemacht, anstatt dass sie als erste Keime für die Erneuerung der Wissenschaft gepflegt und ausgebaut würden.

Bildung neu denken. Eine ökologische Vision

David Orr hat in „The Ecologist“ darüber geschrieben, was es bedeuten würde, „Bildung neu zu denken“ (Orr, David: Rethinking Education, in: The Ecologist, Vol. 29, Nr. 3, Mai/Juni 1999, übers. CW). Dort heißt es: „Die Generation, die jetzt erzogen wird, wird viele lebenswichtige Dinge zu tun haben, die wir, die gegenwärtige Generation, nicht tun wollten: den Klimawandel abwenden; die biologische



Vielfalt schützen; die Waldzerstörung aufhalten; die Konsumniveaus reduzieren. Sie müssen eine Wirtschaft umbauen, um die Macht gigantischer Konzerne und nicht gewählter globaler Institutionen zu begrenzen. Und sie müssen all dies tun angesichts sich verschärfender sozialer und rassistischer Ungleichheiten. Keine Generation hat

uns keinen guten Grund dafür gegeben, den Sonnenuntergang zu schätzen, noch kann sie uns einen rein objektiven Grund für den Wert des Lebens liefern. Wir brauchen daher einen viel breiteren Begriff von Wissenschaft, der die qualitative und empfindsame Seite des Lebens mit berücksichtigt.

Maschinenkörper „herunterladen“ (Moravec). Solche Forschung steht im schärfsten Kontrast zu dem, was wir wirklich brauchen. Wir brauchen eine annehmbare Gemeinschaft, eine gute Arbeit, liebevolle Beziehungen, stabile Familien und ein Ende unserer jähren Egozentriertheit. Unsere Bedürfnisse sind auch spiritu-

je ein entmutigenderes Programm vor sich gehabt [...]. Wir erziehen diese Generation immer noch so, als gäbe es keine planetare Notlage [...]. Die Fähigkeiten, Kenntnisse und Einstellungen, die notwendig waren, um die Erde zu industrialisieren, sind nicht dieselben wie die, die gebraucht werden, um die Erde zu heilen oder um eine dauerhafte Wirtschaft und gute Gemeinschaft aufzubauen.“ Als Lösung werden fünf lebensnotwendige Reformen für Erziehung und Wissenschaft vorgeschlagen:

1. Die „Wahrheit“ neu definieren

Im kartesischen Denken, das die Neuzeit bestimmt hat, zählte nur, was gezählt werden konnte. Die menschliche Welt wurde von der natürlichen als getrennt gesehen, der Geist vom Körper abgespalten. Die Welt und ihre Lebewesen wurden lediglich als Maschinen angesehen. Gefühle und Intuition, die qualitativen Anteile der Realität wie ästhetische Wertschätzung, Loyalität, Freundschaft, Empfinden, Barmherzigkeit und Liebe wurden uns ausgetrieben. Heute können wir den Kampf um die Welt nicht gewinnen, wenn wir nicht ein völlig neues, subjektives und emotionales Band zwischen uns und der Natur sehen. Denn wir werden nicht retten, was wir nicht lieben. Eine Wissenschaft ohne Leidenschaft und Liebe kann

2. Grundlegende Annahmen in Frage stellen

Wir müssen die Hybris in Frage stellen, die annimmt, dass die menschliche Herrschaft über die Natur gut sei, dass die Wachstumswirtschaft natürlich sei, dass alles Wissen, unabhängig von seinen Folgen, gleich wertvoll sei, und dass materielle Fortschritt unser Recht sei. Wir müssen lernen, das Leben zu wählen.

3. Staatsbürgerschaft neu begreifen

Die ökologische Notlage zeigt uns unter anderem, wie sehr wir von der größeren Gemeinschaft des Lebens abhängen. Der Missbrauch von Ressourcen, die Erosion der Böden, die Zerstörung der natürlichen Vielfalt, die Verschwendung, all dies muss eines Tages als unpatriotisch angesehen werden. Politik muss eines Tages wieder bedeuten, der Gemeinschaft zu dienen und denen, die nach uns kommen (nach Vaclav Havel).

4. Den technischen „Fortschritt“ in Frage stellen

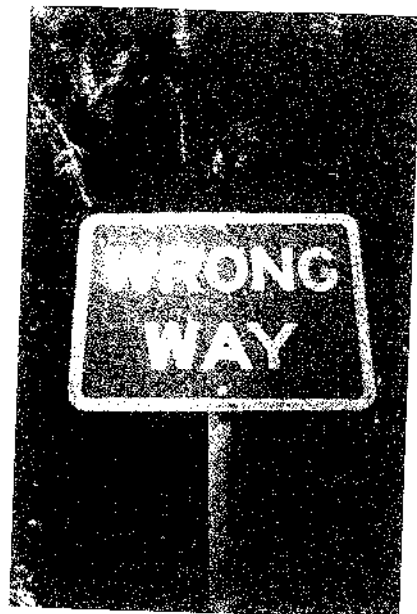
Der heutige technologische Fundamentalismus muss in Frage gestellt werden: Führt uns der technische Wandel da hin, wo wir hingehen wollen? Die blinde Akzeptanz von „Fortschritt“ muss aufhören. Es gibt Leute, die wollen den Inhalt des Geistes in einen roboterhaften

olle, (dennoch ist unsere Vorstellungskraft und Kreativität immer noch nur auf Dinge gerichtet).

5. „Bildungseinrichtungen“ neu definieren

Es gibt große Konzerne, die sich jetzt im Bildungsbereich engagieren. Sie wollen viele Schulen und höhere Bildungseinrichtungen in den nächsten zwei Jahrzehnten schließen. Stattdessen bieten sie eine „Bildung“ in ihrem Interesse an, eine, die besser an die Realitäten der Konzerne angepasst ist. Konzerne werden keine freie Bildung anbieten, sondern nur eine Art High-Tech-Job-Training (vgl. D. Orr, a.a.O.).

Es ist klar, dass wir so etwas wie eine ökologische Bildung und Erziehung im weitesten Sinne brauchen. Hiermit ist das genaue Gegenteil von dem gemeint, was im Moment an den Universitäten Platz greift oder greifen soll. David Orr drückt das so aus: „Anstatt die Welt in Disziplinen aufzuteilen, müssen wir nun darüber nachdenken, wie wir die Dinge wieder miteinander verbinden können, bzw. verbunden sehen können. Flüsse z.B. sind real, während Disziplinen abstrakt sind.“ Um einen Fluss gut zu kennen, z.B., muss man ihn fühlen, ihn schmecken, ihn riechen, in ihm schwimmen, ihn in verschiedenen Zuständen sehen und mit anderen, die es auch erfahren haben, darüber sprechen. Das Wissen



Objekt im Forschungs- und Lernprozess.

Diese Gegenvision ist also auch da, aber ob sie möglich sein wird? Es wird davon abhängen, ob, bzw. wann die Gesellschaft merkt, dass die Krisen, die sie sich selbst in immer größerem Umfang produziert, nur dann ein Ende finden können, wenn sie auch erforscht werden, selbstverständlich mit dem Ziel, es nie wieder so weit kommen zu lassen. Diese Alternativen im Bildungsbereich werden wahrscheinlich schon sehr bald, in einigen wenigen Jahren, zur Diskussion stehen, weil sie wegen

wachsender Katastrophen einfach dringender gebraucht werden. Es wird dann aber wahrscheinlich kaum mehr etwas von dem vorhanden sein, was bereits jetzt in diese Richtung geht. Die Monokultur der konzernorientierten Wissenschaft wird aus sich heraus jedenfalls keine Antwort auf die inzwischen sichtbar auf uns zukommenden gigantischen Probleme haben.

Claudia von Weidhof, Studium der Soziologie und Volkswirtschaft in Wien und Passau, seit 1988 ord. Professorin für das polit. System Österreichs mit besonderer Berücksichtigung der Frauenforschung an der Universität Innsbruck.

Literatur

muss in einen ökologischen Kontext gestellt werden, damit alle unsere Sinne - und nicht nur der Intellekt - bereit sind, eine „Romanze mit der natürlichen Welt“ zu beginnen, und vielleicht auch Grenzen des Wissens zu lehren. Wenn die Studenten verstehen lernen, wie die Welt zunächst einmal rein physisch funktioniert, und warum dieses Verstehen wichtig ist für ihr Leben, dann werden sie auch wissen, wie man eine gute Wirtschaft organisiert. Die Studierenden müssen zunächst einmal motiviert werden, ihr wirkliches Interesse zu entdecken, jene tiefe Leidenschaft, die ihnen sagt, wer sie werden wollen. Mit diesem Interesse kann jemand immer auch eine Karriere machen, aber es ist sehr viel schwieriger, später im Leben ein Interesse innerhalb einer Karriere zu finden“. Orr schließt mit E. F. Schumacher: „Erziehung muss immer unsere zentralen Überzeugungen klären. Denn unsere Überzeugungen sind in Unordnung, und diese Unordnung wächst. Wenn wir uns nicht an diese Aufgabe machen, wird Bildung nicht unsere größte Ressource, sondern eine Kraft der Zerstörung sein“ (zit. in D. Orr, 1999).

Ähnliche Prinzipien einer neuen Lehre und Forschung haben wir seit 30 Jahren auch in der Frauenforschung diskutiert. Zentral ist hierbei die Kategorie der „Betroffenheit“ (M. Mies 1978) sowie die Aufgabe der hierarchischen Beziehungen zwischen Subjekt und

- Baty, Phil: *LSF leads revolt against QAA*, *The Times Higher*, 23.3.2001
- Deger-Jakotzy, Sigrid: „Kulturerbe“ und „Orchideen“. *Geschichtswissenschaftliche Anmerkungen*, in: *BUKO (Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der österreichischen Universitäten) 01/1*, Wien 2001, S. 39-42
- Enzenberger, Hans Magnus: *Putschisten im Labor. Die neueste Revolution in den Wissenschaften*, in: *Der Spiegel*, Nr. 23, 2.6.2001, S. 216-222
- Fitz, Gerhard: bei Podiumsdiskussion „Bildung am Scheideweg“, Veranstaltung des Senatsarbeitskreises Wissenschaft und Verantwortlichkeit der Universität Innsbruck, 4.4.2001
- Folk, Reinhard: *Universitäten im Wettbewerb - Auf dem Weg zur Uni-Cosmos? Wohin der Weg der Reform führt, kann man im Ausland sehen*, in: *BUKO (Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der österreichischen Universitäten)*, Hochschulpolitische Informationen 01/1: *Fast Fool (Wien) 2001*, S. 13-18
- Government of British Columbia, International Branch, Ministry of Employment and Investment: *GATS and Public Service System*, Discussion Paper, 2.4.2001
- Herzog, Romain: *Reise am 5.11.1997*, Berlin
- Höllinger, Sigrid: bei Open-Space-Veranstaltung zur Hochschulreform, Innsbruck 24.4.2001
- Humboldt, Wilhelm von: *Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin*, in: *Gelegentliche Gedanken über Universitäten*, Reclam, Leipzig, 1999; *Wiener Zeitung*, 29.11.2000
- Knapp, Veronika: *Beitrag bei Podiumsdiskussion „Bildung am Scheideweg“ veranstaltet vom Senatsarbeitskreis Wissenschaft und Verantwortlichkeit*, Innsbruck, 4.4.2001
- Kotulla, Martin: *Neue-Universitäts-dot-com. Aktuelle Entwicklungstendenzen im bundesdeutschen Hochschulsystem*, in: *BUKO (Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der österreichischen Universitäten) 01/1*, Wien 2001, S. 19-24
- Lorenz, Chris: *Vortrag am Workshop „Beschäftigungssysteme, Arbeitschancen und Qualitätssicherung an Österreichs Universitäten“*, Baden bei Wien, 24.-25.3.2000
- Mies, Maria und Weidhof, Claudia von (Hg.): *Lizenz zum Pfändern. Das multilaterale Abkommen über Investitionen, MAI. Globalisierung der Konzernwirtschaft - und was wir dagegen tun können*, Hamburg (Rotbuch) 1999
- Mies, Maria: *Methodische Postulate zur Frauenforschung - dargestellt am Beispiel der Gewalt gegen Frauen*, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 1: 1. Orientierungen*, München 1978, S. 41-63
- Orr, David: *Rethinking Education*, in: *The Ecologist*, Vol. 29, Nr. 3, Mai/Juni 1999, S. 232-234
- Rathmayr, Bernhard: bei Podiumsdiskussion „Bildung am Scheideweg“, Veranstaltung des Senatsarbeitskreises Wissenschaft und Verantwortlichkeit der Universität Innsbruck, Innsbruck, 4.4.2001
- Resolutionen und Stellungnahmen aus den Universitäten Österreichs zu Fragen des Dienstrechtes und der Vollzeithaftigkeit, überreicht an die Rektoren und Senatsvorsitzenden anlässlich der Sitzung am 23.4.2001 in Innsbruck*, vorbereitet vom Senatsvorsitzenden der Universität Innsbruck, Innsbruck 20.3.2001
- Ryan, Alan: *Stalin had to die too*, in: *The Times Higher*, 30.3.2001
- trial by Orical*, in: *Guardian Education*, 30.1.2001
- Van der Wal, Kees: *Zu einer Entdeckung der Universität*, in: *Forschung & Lehre*, 1/2000, S. 10
- Weidhof, Claudia von: *Globale Kriegswirtschaft oder Earth Democracy*, in: *Grüne Bildungswerkstatt (Hg.): Neoliberalismus, Militarismus, Rechtsextremismus. Die Gewalt des Zusammenhangs*, Promedia 2001
- Weidhof, Claudia von: *Patriarchat als „alchemistisches System“*, *Die (Z)H-Setzung des Lebendigen*, in: Wolf, Maria (Hg.): *Optimierung und Zerstörung. Intertheoretische Analysen zum menschlich Lebendigen*, Innsbruck 2000, S. 13-31
- Winkler, Hans: *Brauchen wir jetzt eine Reform der Reform?*, *Open-Space-Veranstaltung zur Hochschulreform*, Innsbruck 24.4.2001

Die Stadtinsel

Die von Großkonzernen und westlicher Politik gestaltete Globalisierung treibt immer mehr Menschen in die Stadt, in der Hoffnung der desolaten Arbeitssituation, hervorgerufen durch den unerbittlichen Preiskampf im Werben um den westlichen wohlständigen Mittelstand, zu entfliehen. Städte wachsen, planen sich selbst und wachsen zusammen. Im Jahre 2025 werden 5 Milliarden Menschen in Städten wohnen, 2/3 davon in armen Ländern [1]. In hochindustrialisierten Ländern versuchen Städteplaner auf die wachsende Armut im wachsenden Reichtum mit Stadtinsel zu reagieren.

Tilo Perkmann

Seitdem mit den Ereignissen von 1989 bis 1991 der Beginn des 21. Jahrhunderts eingeläutet wurde, konzentriert sich die „westliche“ Planungstätigkeit, sowohl im Haus- als auch im Städtebau auf die kapitalistische Shoppingdoktrin. Die Planung von Cafés, Restaurants oder Läden ist Grundlage eines jeden Projektes. Ein wichtiger Bestandteil der Hegemonieerhaltung sogenannter moderner Demokratien unter der amerikanischen Flagge ist ein steter Geldfluss, der durch ständiges Shopping aufrechterhalten wird. Auf die Frage, warum alle Welt ständig einkaufen, geht, antwortet Rem Koolhaas:



„Ich denke, dass die Leute traurigerweise nichts Besseres zu tun haben“ [2]. Hierbei wird die westliche Wahrnehmung des Wir-sind-immehier, beziehungsweise des Wir-sind-im-Mittelpunkt klar ersichtlich. Die Betrachtungsweise beginnt immer von uns als zentralem Punkt. Alle Welt geht nämlich nicht ständig einkaufen. Genaugenommen arbeitet ein Großteil der Weltbevölkerung unter schwierigsten Bedingungen, um einem minimalen Prozentsatz ständiges Shoppen zu garantieren. Ein nicht selten krankhaftes Shopping, das in keiner Weise einer realen Bedürfnisbefriedigung gleichkommt, sondern der Ausfüllung einer inneren Lehre dient. Traurigerweise sind diese Muster ja nicht unbekannt. Es handelt sich hierbei um SklavInnenhaltung, allerdings nicht um persönliche SklavInnen, sondern um ganze Völker, ja sogar Kontinente. Den ärmeren Nationen werden Kredite unter der Bedingung gewährt, dass die betreffenden Nationen ihre Wirtschaft komplett für den „freien“ Markt öffnen. Eine einseitige Bedingung. Die USA und Europa halten weiterhin ihre Zölle für Produkte ärmerer Länder aufrecht, so daß Investitionen US-amerikanischer, sowie europäischer Großkonzerne einer innerstaatlichen Handelsbeziehung gleichkommen, mit dem Vorteil billiger produzieren zu

können. Die seit 1960 größer werdende Kluft zwischen reichen und armen Ländern ist in erster Linie eine Folge der protektionistischen Maßnahmen der Reichen, wie ein Entwicklungsbericht der Vereinten Nationen 1992 ausführte. Der Bericht von 1994 kam zu dem Schluß, dass „die Industrienationen durch die Verletzung der Freihandelsprinzipien den Entwicklungsländern jährliche Kosten von etwa 50 Milliarden Dollar verursachen - was ungefähr der Gesamtsumme der Entwicklungsgelder entspricht“ - bei denen es sich vielfach um öffentlich subventionierte Exportförderung handelt [3].

Wen wundert es also, dass sich europäische StädteplanerInnen mit der Entwicklung europäischer hochindustrialisierter Städte beschäftigen. Die Problematik der Armut in Städten von Entwicklungsländern wird wahrgenommen, Lösungsansätze finden allerdings nur spärlich ihren Weg in die Öffentlichkeit. Eine Ausnahme bildet hierbei der Urban Think-Tank in Caracas oder auch die Aktivitäten des Bauhaus in Addis Ababa, einer Stadt die zur Zeit der Gründung des Bauhauses wenige Tausend EinwohnerInnen hatte und jetzt über drei Millionen. Diese Stadt kämpft mit der Gleichzeitigkeit unterschiedlichster temporärer Entwicklungen. So besitzen zum Beispiel Wasserleitungen und High-Tech-Kabel annähernd die selbe Priorität, während es in großen Teilen keine Autos gibt, wird der Internationale Flughafen erweitert [4]. Dass sich europäische ArchitektInnen im großen Maße damit



beschäftigen ist jedoch nur die Ausnahme, die die eurozentristische Regel besätigt.

Die Armut in großen Teilen der Welt garantiert uns schließlich unseren Reichtum. Dieser Reichtum ist aber auch in Europa nicht ungeteilt und die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer. Zudem fördert eine industrialisierte Gesellschaft und die damit einher-

gehende Arbeitsteilung die Einsamkeit des Einzelnen. Bereits Adam Smith, vielzitiert Vater des Liberalismus, warnte davor, dass die Arbeitsteilung den Menschen „so stumpfsinnig und einfältig“ macht, „wie ein menschliches Wesen nur eben werden kann“. Ebenso bemerkte er dass von der Regierung getroffene Regelungen „zugunsten der Arbeiter immer gerecht und billig“ seien, nicht aber jene „zugunsten der Herren“.

Es ist im Grunde eine Möbiusschleife. Das westliche Wirtschaftssystem provoziert die Einsamkeit und läßt die Fähigkeit, Gefühle auszuleben, verkümmern. Dies führt vermehrt zu der Suche nach Ersatzbefriedigungen, von denen Shopping wohl die meistverbreitetste ist. Dies erfordert wiederum eine erweiterte Produktpalette mit immer geringerer Lebensdauer, was wiederum den Rohstoffverbrauch nach oben treibt. Rohstoffe, die zu meist in Entwicklungsländern zu finden sind. Die Ausbeutungsmethoden werden dabei sehr anschaulich im Buch „Schwarzbuch der Markenfirmen“ dokumentiert.

Der moderne Städtebau beschäftigt sich dabei mit der Frage nach garantierten Einkaufsmöglichkeiten in schwieriger werdenden Zeiten. Die lapidare Feststellung, dass der Trend in alle Richtungen geht, gestützt von der, für postmoderne ArchitekturtheoretikerInnen

typischen, einfältigen Interpretation der Postmoderne im Sinne einer geübten, aber evident existierenden, Beliebtheit [5], führt zur Entwicklung von Stadtoasen. Dabei handelt es sich um neue Wohneinheiten, die sich selbst genug sind, weil sie nahe beieinander Luxuswohnungen, Büros, Einkaufszentren und Vergnügungstätten bieten. Dadurch werden, wie es in US-amerikanischen Städten eigentlich schon immer war, soziale Grenzen innerhalb der Stadt gezogen. Für solche Projekte interessieren sich vor allem höhere Angestellte, weswegen man auch von Gentrifizierung spricht. Dieser Begriff charakterisiert den sozialen Wandel, der von diesen Unternehmen angestrebt wird, und bestätigt auch, dass diese durchaus zentral gelegenen Entwicklungsgebiete nicht die Rolle eines wirklichen Zentrums übernehmen. Es sind vielmehr Inseln für Privilegierte, wo sich aber niemand für eine funktionale Verbindung zum übrigen Ballungsgebiet [6] interessiert [7].

BefürworterInnen der Stadtoasen, beziehungsweise der urbanen Akupunktur sehen die Lage naturgemäß anders. So bezieht sich Prof. Christoph Langholf® auf das „Win-Win“ im Städtebau® bei dem er richtigerweise auf die Kostenwahrheit im Städtebau hinweist und dadurch eine straffe Verdichtung städtischer Strukturen fordert. Wer nach „Win-Win“ handelt, nimmt gerade in unserer gegenwärtigen Situation darauf Rücksicht, daß den nächsten Generationen keine Folgekosten entstehen und die Entwicklungschancen nicht verbaut werden. Dazu ist unter anderem notwendig, die Städte qualifiziert zu verdichten, die Nutzungsmischung voranzutreiben und den Flächenverbrauch zu minimieren, um so das Wohlfahrtsniveau nachhaltig sicherzustellen. Nur so kann der Generationsvertrag mit unseren Kindern eingehalten werden [8]. Soweit so gut. Dabei sollte allerdings bedacht werden, daß diese Theorie von vorneherein all jene Menschen ausschließt, die nicht über den finanziellen Background verfügen. Dieser Städtebau beschäftigt sich mit den Menschen, die sich Luxus leisten können. Ebenso wird nur der Einfluß der Globalisierung auf Europa bedacht. Die Deregulierung und Globalisierung der Märkte, das

Vordringen neuer AnbieterInnen aus nichteuropäischen Ländern, die wirtschaftlichen Entwicklungen innerhalb der europäischen Gemeinschaft und nicht zuletzt der technische Fortschritt führen zusätzlich zu einer rasanten Veränderung der Wettbewerbsverhältnisse in Europa [9]. Die Aufrechterhaltung des europäischen Wohlstandes wird aber durch die Ausbeutung der Entwicklungsländer garantiert. Dazu bedarf es neben der bereits erwähnten Wirtschaftspraktiken auch eines „straßen Überwachungsapparates, der sowohl „Eindringlinge“ von außen, die an unserem Wohlstand teilhaben wollen, als auch innere Störenfriede beseitigt. Dabei kann mensch von negativen Stadtoasen, den Internierungslagern für nicht straffällig gewordene Arme, sprechen. Auch sie sind autarke Strukturen im städtischen System, die belagert, daß moderne Demokratien nur zum Schutze des Privatbesitzes gut sind. Die Schubhäftlager bringen das negative Leben der Stadtoasen mit sich, allerdings aus der selben Motivation heraus. Ein anderer Negativdruck der Stadtoasentheorie sind die Elendsstädte in Nordmexiko, wo der Wunsch nach Konsum in einen Zwang zu Konsum pervertiert wird. Dort können die mexikanischen ArbeiterInnen amerikanischer Multis nur in den konzerninternen Shops konsumieren. So kommt der ausbezahlte Lohn wieder zurück in den Bereich.

Wer nach „Win-Win“ handelt, geht auf die Sehnsucht nach Gefühlen ein, mit dem Ziel, die Menschen nicht zu belehren und zu erziehen, sondern zum Wohlfühlen zu verführen [10]. Menschen, die nicht wissen, was es bedeutet, auf der falschen Seite der Welt geboren worden zu sein. Die Entwicklung der Stadtoasen, die Betrachtung der selben als Produkt, das verkauft werden muß, sowie die Berücksichtigung der Kostenwahrheit, beschränkt auf dieses kleine Gebiet zeigen, wie gering die geistige Reichweite dieses Konzeptes ist. Hier scheitert ein vom Prinzip interessantes Konzept an der eurozentristischen Sichtweise ihrer EntwicklerInnen. Nachdem sich Europa in einem Goldenen Käfig eingeschlossen hat, versuchen sich die zunehmend reicher werdenden in eigenen Stadtoasen einzunischen. Dies bringt auch die

anfänglich erwähnte Shoppingdoktrin hervor, die sich an den sogenannten drei großen S orientiert: Service, Sicherheit, Sauberkeit. Diese drei wesentlichen Faktoren müssen auf einem immer größer werdenden Areal garantiert werden. So stehen zum Beispiel in Amerika 3,1m² Einkaufsfläche pro EinwohnerIn zur Verfügung, in Europa sind es 0,4m² und in Afrika 0,01m². Die Shoppingflächen weltweit erstrecken sich mittlerweile auf ein Areal, das mit 1980km² größtmäßig etwa 33-mal Manhattan entspricht. Tendenz: steigend [11]. Der Service soll es den KundInnen so angenehm wie möglich gestalten, damit der Konsum zur Erholung und regelmäßig wiederholt wird. Dazu gehört auch, dass jedes nur erdenkliche Produkt in Reichweite ist. Dies wiederum führt zu riesigen Shoppingmalls, wie zum Beispiel der West-Edmonton-Mall, die permanente Menschenmassen versorgen muss. Stadtinseln verfügen in ihren Konzepten auch über eigene Malls, damit eine temporäre „autarke“ Versorgung gewährleistet werden kann. Diese dichte Menschenansammlung bringt natürlich auch ein Sicherheitsrisiko mit sich, das InvestorInnen so gering wie möglich halten möchten. Dieser Trend wurde natürlich mit den Ereignissen des 11. September noch weiter geschürt. Überwachungskameras, auch im Straßenraum, sind längst kein Tabu mehr. Von nun an sind alle Möglichkeiten, den goldenen Käfig rein zu halten, gerechtfertigt. Diese Sauberkeit bringt natürlich auch Umsatzsteigerungen mit sich, da die kaufkräftigen KundInnen nicht vom unerträglichen Anblick der Armut gestört wird. Daher wird darauf Wert gelegt, daß es in öffentlichen Gebäuden keine Aufenthaltsmöglichkeiten für Obdachlose gibt. Randgruppen und mögliche GlobalisierungsverliererInnen sollen möglichst aus der Öffentlichkeit verbannt werden. Dafür wird das Shopping, wie bereits weiter oben erwähnt, nach allen Regeln der Kunst, inszeniert. Diese Inszenierung bringt dem Menschen das Jagdrevier längst vergangener Zeiten zurück. „Im Ökosystem des Shoppings, wo ständig neue Spezies gezüchtet und geboren werden, sich anpassen, mutieren, altern und sterben, bewegen

sich die Einkäufer mit wachen Sinnen wie beutesuchende Tiere durch die Korridore und Shops, stets auf der Suche nach Essen, Kleidung und Spielzeug. Die Geschäftsinhaber verteidigen und kämpfen für ihre Territorien, während die Shopper ständig auf der Suche nach besseren Jagdgründen sind, mit größerem Angebot und mit niedrigeren Preisen“ [12]. Wer soll bei all dem inszenierten Überlebenskampf noch den Kopf frei kriegen für die wirklichen Probleme auf der Erde. Dass Millionen von Menschen auf der Flucht sind, kann nicht so nicht realisiert werden, und wird es auch nicht. Aber: „At the outset of the 21st century, 130 million people live outside their country of birth“ [13]. AsylantrInnen sind vor allem deshalb so verhasst, weil sie die westliche Ruhe stören. Eine Ruhe, die durch seelische Verkümmern und Stresssymptome erkaufft wird. Die Zahl der AmokläuferInnen in industrialisierten Ländern spricht eine deutliche Sprache. Shopping ist neben Sport einer der wichtigsten Kompensationsfaktoren für gestresste wohlständige MittelsbürgerInnen. Es dient dem Ausblenden von Unmut und Zorn. Die Wahrnehmung wird vom bewegten Bild gesteuert. Das Kapital bleibt an der Macht.

Die ArchitektInnenenschaft etabliert sich durch gezielte Shoppingplanung als Handlangerin des internationalen Kapitals, indem sie die Infrastrukturen schafft, die die Machtfestigung multinationaler Konzerne garantiert. Doch wie es scheint, hat die Geschichte den selbstverliebten ArchitektInnen nichts beigebracht, nicht der systemreue Karrierist Adolf Speer, auch nicht die von den brigade rosse angeschossenen (gambizzate) Planer faschistischer Knäste im Italien der Siebziger unter Einfluß des CIA und der P2. Der globale Widerstand gegen diese von Konzernen gestaltete Globalisierung wird auch die ArchitektInnen treffen, wenn sie sich ihrer Verantwortung nicht bewußt werden. Städtebau bedeutet nicht Gott spielen und Menschen lenken, sondern zukünftige Veränderungen (dazu gehört auch der soziale globale Wandel) voraussagen und die Infrastrukturen dafür zu planen. Eine bessere Welt ist nicht nur möglich, sondern notwendig.

Literatur

- [1] aus: „MUTATIONS“, Rem Koolhaas, Stefano Boeri, Sanford Kwinter, Nadia Tazi, Hans Ulrich Obrist, ACTAR-Verlag, 2000, S. 2 Quelle: Global Urban Observatory.
- [2] aus: DER STANDARD, 15/16. September 2001, Einlaufen in jeder Lebenslage Museen werden zu Shopp, Flughäfen zu Einkaufszentren. Ein Interview mit Rem Koolhaas.
- [3] aus: PROFIT OVER PEOPLE - Neoliberalismus und globale Weltordnung, Noam Chomsky, Europa Verlag, September 2000, S. 137 Vgl dazu Eric Toussaint und Peter Drucker (Hg.), IMF/World Bank/WTO, Notebooks for Study and Research (Amsterdam: International Institute for Research and Education 1995), S. 24f
- [4] siehe: Bauwörter B2/2002, Callwey-Verlag
- [5] siehe: Robert Venturi
- [6] Vgl. Domenico Cecchini, Maurizio Marchionni, „Centro e periferia della nuova città in U.S.A.“, in: Urbanistica, 80, August 1995, S. 50-54
- [7] aus: Die Kunst, Stadt und Land zum Sprechen zu bringen, André Corboz, Birkhäuser Verlag, 2001, S. 126/127
- [8] siehe: www.staedtebau.at - Leitmotiv © Prof. Christoph Langhof
- [9] ebenda
- [10] ebenda
- [11] aus: DER STANDARD, 28. November 2001, Rem Koolhaas: Harvard Guide to Shopping
- [12] aus: DER STANDARD, 28. November 2001, Wie Raubtiere in der Shoppingmall, Ute Woltron: Zitat aus: Rem Koolhaas: Harvard Guide to Shopping
- [13] aus: „MUTATIONS“, Rem Koolhaas, Stefano Boeri, Sanford Kwinter, Nadia Tazi, Hans Ulrich Obrist, ACTAR-Verlag, 2000, S. 83

Von Menschen

Ich hab' die Welt

Die mich so oft gestört hat

Wie die Welt die alle meine Taten

Ich nicht so gerne sehe und die ich

Ich nicht so gerne sehe und die ich

Ich nicht so

Ich nicht so gerne sehe und die ich

Ich nicht so gerne sehe und die ich

Aber wo sind die Menschen die mich so oft gestört hat die ich so gerne ablassen würde

Ich nicht so

Ich nicht so

Ich nicht so gerne sehe und die ich nicht so gerne sehe und die ich nicht so gerne

Ich nicht so gerne sehe und die ich

Ich nicht so gerne sehe und die ich

Ich nicht so gerne

Ich nicht so gerne sehe und die ich nicht so

Ich nicht so gerne sehe und die ich nicht so

Die Engel der Tränen in den Augen wenn sie mich so oft beschützen und mich greift

Ich nicht so

die kundInnen haben theoretisch die absolute macht

skolast Was ist die ctm, welche Ziele verfolgt sie und wie waren die Anfänge?

Rudi Dalvai Die ctm (cooperazione terzo mondo) ist eine faire Handelsorganisation. Ihre Aufgabe ist es, die Importe derjenigen Produkte abzuwickeln, welche dann in den Welt-Läden verkauft werden. Die ctm ist in Kontakt mit den kleinen ProduzentInnenorganisationen (also Handwerksorganisationen oder LebensmittelproduzentInnen von Kaffee, Tee oder Kakao): Direkter Kontakt, direkter Import. Man kann sagen, dass die ctm ein 'alternativer Großhandelsbetrieb' ist. Angefangen hat das 1987 als „Weltladen Bozen“, aus dem sich die ctm entwickelt hat. Inzwischen ist ctm national vertreten und hat über 110 Mitglieder in allen Regionen Italiens. Mitglieder der Genossenschaft sind die Weltläden.

Das heißt unter 'Mitglied' ist eine Organisation zu verstehen?

Laut Statut können bei uns nur juristische Personen Mitglieder werden, vor allem Weltläden. Hinter Weltläden stehen meistens Vereinigungen oder Genossenschaften. Insofern kann ctm als Genossenschaft 2. Grades betrachtet werden.

Handelt es sich bei der ctm um eine Non-Profit-Organisation?

Laut unserem Statut sind wir eine Non-Profit-Organisation. Unser primäres Ziel ist die Kostendeckung, allerdings streben wir auch Gewinne an. Diese Gewinne werden aber nicht an die Mitglieder ausgezahlt, sondern in die Tätigkeit reinvestiert. Das Ziel ist also nicht Gewinnmaximierung, sondern Kostendeckung.

In welchen anderen europäischen Ländern gibt es vergleichbare Organisationen, und wie ist die Zusammenarbeit untereinander?

Es gibt eigentlich in den meisten nordeuropäischen Ländern faire Handelsorganisationen. In den südlichen Ländern hat es ein bisschen später angefangen, in Italien vor 14 Jahren. In Ländern wie Griechenland oder Jugoslawien gibt es noch nichts Vergleichbares, ansonsten gibt es in allen anderen europäischen Ländern faire Handelsorganisationen. Insgesamt gibt es an die 50 - 60 mit der ctm vergleichbare Organisationen, die faire Großhandelsorganisationen sind. Normalerweise gibt es eine sehr rege Zusammenarbeit zwischen allen Organisationen. Wir als ctm arbeiten mit circa 10 Organisationen relativ eng in

einer Vereinigung, der European fair trade Association (EFTA), zusammen. Die Zusammenarbeit besteht zum

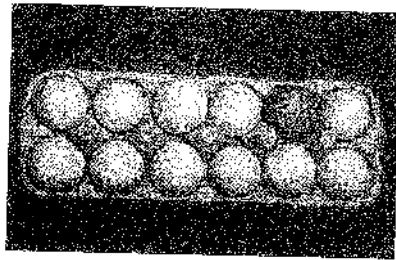
Interview mit Rudi Dalvai

einen im Austausch von Informationen zu ProduzentInnen, zu Produkten, zum anderen auch in der Zusammenarbeit in Produktentwicklung oder Projektarbeit. Es gibt auch eine Zusammenarbeit auf der Handelsebene, indem eine Organisation für andere gewisse Produkte importiert oder verarbeitet. Zum Beispiel wird unsere Mascavo Schokolade in der Schweiz produziert. Die Produktion wird von der Schweizer fairen Handelsorganisation koordiniert. Wenn eine Organisation alles alleine machen würde, wären die Mengen zu gering, um einen Dienstleistungsbetrieb zu finden, der uns die Verarbeitung macht. Dadurch dass die Nachfrage zusammengelegt wird, bekommt man größere Volumina und größere Volumina bedeuten dann natürlich auch geringere Kosten. Insofern ist das eine Ausnutzung von Synergieeffekten, die man durch Zusammenarbeiten erzielen kann, wobei aber die Handelsbe-

ziehung mit den ProduzentInnen größtenteils direkt von jeder einzelnen Organisation abgewickelt wird.

Wie ist die gesetzliche Situation bei der Einfuhr von Waren aus gerechtem Handel, gibt es von Seiten des italienischen Staates beziehungsweise der europäischen Union Hürden oder Freichterungen und welche wären diese?

Natürlich gibt es Hürden für die Importe, aber es sind dieselben, die jede andere Importorganisation auch



hat. Es gibt für jedes Produkt eigene Bestimmungen. Es ist nicht so, dass unterschiedliche Bestimmungen für den traditionellen und den fairen Handel vorhanden sind. Es sind dieselben Bestimmungen. Zum Beispiel wenn wir Vollrohrzucker importieren, zahlen wir 1000 Lire Importsteuern pro Kilogramm und das ist auch der Grund, warum relativ wenig Zucker importiert wird. Das ist einfach um den europäischen Markt zu schützen, ähnlich ist es mit Reis. Auch da gibt es Steuern von über 1000 Lire pro Kilogramm. Natürlich macht das nicht unbedingt konkurrenzfähig, weswegen wir dann auf Qualität setzen. Zum Beispiel unser Basmatireis aus Thailand ist auf einem Qualitätsniveau, bei dem man den höheren Preis rechtfertigen kann. Bei anderen Produkten wie Kaffee zahlen wir gleich viel Importzoll wie jeder andere KaffeimporteurIn.

Die Mehrbelastung durch Steuern betrifft vor allem Agrarprodukte und soll somit den eigenen Markt schützen?

Bestimmte Agrarprodukte, die in Europa hergestellt werden, wie eben Reis und Zuckerprodukte. Es ist natürlich so, dass der eigene Markt geschützt werden soll. Er wird nicht nur gegen die südlichen Länder geschützt, sondern auch gegen die USA. Bei dem Bananenkrieg, der in den letzten Jahren gelaufen ist, ging es darum, die US-amerikanischen Firmen vom europäischen Markt fernzuhalten.

Jedes Land versucht also seinen eigenen Markt, seine eigene Produktion zu schützen, beispielsweise wird auf den WTO-Treffen versucht, die eigenen Schranken beizubehalten und gleichzeitig jedeN andereN dazu zu bringen, seine/ihre Zölle abzubauen.

Wie groß ist das Handelsvolumen der ctm, ihr Vertriebsnetz? Wie viele Freiwillige arbeiten mit und gibt es seitens lokaler oder nationaler Behörden Subventionen für den gerechten Handel?

Die ctm hat inzwischen ein sehr beachtliches Handelsvolumen erreicht. Letztes Jahr haben wir circa 26 Milliarden Lire Umsatz gehabt, heuer wird sich der Umsatz auf circa 17 Millionen Euro belaufen. Nehmen wir vielleicht ein paar Produkte, um das zu veranschaulichen: Wir importieren circa 450 Tonnen Kaffee und circa 500 Tonnen Vollrohrzucker, das wären an die 2,5 Millionen Packungen Kaffee, die wir verkaufen. Unser wichtigstes Vertriebsnetz sind die Weltläden, von denen es inzwischen 300 in Italien gibt. Wir beliefern auch einige Ketten von Bioläden und in letzter Zeit auch immer mehr Supermärkte, zum Beispiel ist ESSELUNGA ein wichtiger Kunde von uns. In Südtirol findet man unsere Produkte in relativ wenigen Supermärkte. Zwar hat sich bis jetzt die DESPAR noch nicht durchgerungen, die fair-trade-Produkte im Sortiment aufzunehmen, es gibt allerdings einige DESPAR-Geschäfte in Südtirol, die schon fair-trade-Produkte führen. Inzwischen sind es an die 30-40 kleinere Supermärkte, die unsere Produkte führen. Etwa 15% unseres Absatzes geht über Großhandelsketten und Supermärkte. So ist ctm inzwischen doch ein Handelsbetrieb mit beträchtlichem Ausmaß. Es wäre nicht möglich, diese Organisation mit freiwilligen Kräften zu verwalten. Wir haben zwar einige StudentInnen, die bei uns ein Praktikum absolvieren, aber ansonsten wäre die Arbeit bei ctm mit Freiwilligenarbeit nicht zu bewerkstelligen. ctm als Genossenschaft von Weltläden hat natürlich großes Interesse, die Entwicklung der Weltläden zu unterstützen. Wir versuchen zwar immer auch die Weltläden soweit zu begleiten, dass sie im Stande sind, sich bezahlte Arbeitskräfte leisten zu

können. Ich schätze, dass so im Schnitt in jedem Weltladen an die 10 freiwillige MitarbeiterInnen sind. In Bozen an die 10, in Brixen meines Wissens an die 20-30, hauptsächlich StudentInnen und Hausfrauen. Die Zusammenarbeit zwischen Hauptberuflichen und Freiwilligen verläuft sehr gut. Der faire Handel wird auch in Zukunft immer auf freiwillige MitarbeiterInnen angewiesen sein, vor allem die Bewusstseinsbildung.

Wie schaut es mit Subventionen aus?

ctm bekommt direkt keine Subventionen, auf die wir auch nicht aus sind. Wir glauben, wenn wir faire Handelstätigkeit ausüben, die nur über Subventionen möglich ist, dann stimmt etwas nicht. Wir versuchen möglichst auf eigenen Beinen zu stehen. Zum Teil bekommen wir Beiträge für Weiterbildungskurse wie jeder andere Handelsbetrieb auch. Allerdings bekommen wir auch Beiträge für Entwicklungsprojekte, die zu 100% an die Projekte weitergeleitet werden. Selbst die internen Verwaltungskosten von ctm werden da nicht gedeckt, sondern über die Handelstätigkeit.

Welche Projekte werden unterstützt, wie werden sie ausgewählt und wie sehen die Kontrollmechanismen aus? Welche Kriterien müssen die Projektpartner erfüllen, um in den gerechten Handel aufgenommen zu werden?

Es gibt verschieden Kriterien. Zum einen hat ctm einen eigenen Kriterienkatalog aufgestellt und es gibt ein eigenes Projektkomitee, das ein ProduzentInnenregister führt. Jede ProduzentInnenorganisation wird, bevor sie in das Register aufgenommen wird, geprüft und besucht. Man kontrolliert, ob sie unseren Kriterien entspricht. Es gibt auch auf internationaler Ebene Kriterien. Im letzten Jahr hat die IFAT (International Federation for Alternative Trade, der weltweite Dachverband der fairen Handelsorganisationen) neue Standards für fairen Handel ausgearbeitet. Sie ist im Moment dabei, ein eigenes Monitoringsystem aufzubauen. Man hat in diesem Bereich in den letzten Jahren Kriterien ausgearbeitet. Nachdem der faire





Handel eine aus der Basis entstandene Bewegung ist, hat es nicht schon von Anfang an fixe Kriterien gegeben. Die Kriterien haben sich erst langsam entwickelt. Jede Organisation hat ihre eigenen. Diese decken sich zwar größtenteils, aber es gibt keine einheitliche Form der Evaluierung und dadurch, dass diese Einheitlichkeit fehlt, ist natürlich die Aussagekraft, die Glaubwürdigkeit geringer. Das ist auch der Grund, warum sich die faire Handelsbewegung weltweit zusammengeschlossen hat, um gemeinsame Kriterien zu erarbeiten, um ein gemeinsames Monitoring-System zu entwickeln. Es dürfte in den nächsten 2 Jahren soweit sein, dass eine Organisation die Kontrolle für alle durchführt.

Welche anderen Vorteile bringt die Vereinigung zur IFAT?

Die Hauptaufgaben von IFAT als Vertretung der weltweiten fairen Handelsbewegung sind zum einen das Monitoring, zum anderen Advocacy, das heißt Lobbyingarbeit. Wir versuchen auf verschiedenen Ebenen Einfluss zu üben, ungerechte Handelsstrukturen abzuschaffen oder eine gewisse Ethik in den internationalen Handel einzubringen. Für den fairen Handel als solchen Lobbying zu betreiben, auch um traditionelle Handelsbetriebe dazu zu bewegen, fairer in ihrer Beziehung zu ProduzentInnen in südlichen Ländern zu sein, und als Netzwerkfunktion. Jährlich gibt es die fair trade-Kongresse, wo man sich trifft, Informationsaustausch betreibt, Strategien gemeinsam entwickelt und gemeinsam schaut, wie man den Absatz der Produkte verbessern kann, um den Zugang der fairen Handelsprodukte zum Markt besser zu fördern.

In Österreich gibt es die fairen Handelsprodukte auch schon in „normalen“ Supermärkten, z.B. Transfair Orangen-

saft oder Transfair Kaltee. Wie ist das nun in Südtirol?

Die Produkte, die man in Österreich findet, sind mit dem fair-trade Siegel „Transfair“ gekennzeichnet. Transfair ist vor circa 10 Jahren von den fairen Handelsorganisationen gegründet worden, und ist inzwischen eine unabhängige Zertifizierungsorganisation, die auch in Italien tätig ist. Transfair ermöglicht es dem traditionellen Handel, auch fair-trade-Produkte zu vertreiben, allerdings unter Aufsicht von Transfair. Transfair legt die Einkaufsbedingungen fest, auch das ProduzentInnenregister, die dem fair-trade-Standard entsprechen. Die Organisationen, die fair-trade-Produkte verkaufen wollen, können dies machen und sich von Transfair zertifizieren lassen. In Italien gibt es z.B. die COOP, die inzwischen schon Produkte führt, die von Transfair zertifiziert sind.

Wie sind die Arbeitsumstände in den „Entwicklungsländern“, die von den kommerziellen Konzernen vorgegeben werden? Wie ist das im fairen Handel?

Wenn ich in manche südlichen Länder fahre und die Möglichkeit habe, dort Industriebetriebe zu besichtigen, erscheinen mir soziale Standards und Arbeitsrechte auf einem Niveau, wie es bei uns vor 100 Jahren herrschte. Es gibt in diesen Ländern zwar eine soziale Gesetzgebung, aber die Kontrolle ist minimal und auch die geringen sozialen Sicherheiten, die vorhanden sind, werden nicht eingehalten. Nicht von allen, und auch nicht von allen internationalen Konzernen, sondern vor allem von den lokalen Betrieben, die versuchen, die Kosten so gering wie möglich zu halten. Sei es Lohn, Altersversorgung, Sicherheit, Unfallverhütung usw. Sie sind vom Staat aus schon sehr niedrig und werden oft auch noch nicht eingehalten. Das Problem ist in diesen Ländern auch oft die fehlende Organi-

sation, um die Mindestrechte geltend zu machen. In letzter Zeit werden diese Sachen aber immer öfter aufgedeckt, es wird auf die internationalen Konzerne relativ großer Druck ausgeübt, und sie haben selbst erkannt, dass es besser ist, gewisse soziale Mindeststandards nicht zu unterschreiten, da dies für sie negative Auswirkungen haben kann. So wie bei REBOK, NIKE, BENETTON oder anderen Konzernen, wo publik wurde, dass ihre Produkte unter menschenunwürdigen Bedingungen produziert werden.

faire Handelsorganisationen arbeiten in der Mehrzahl mit KleinproduzentInnen, vor allem Selbstversorgerbauern und -bäuerinnen zusammen, und die Produkte (wie Tee, Kaffee, Kakao oder Honig), die exportiert werden, ermöglichen ihnen so ein gewisses Einkommen. Wir sprechen aber hier von Personen, die nicht abhängig sind und frei entscheiden können. Genauso ist es mit den HandwerkerInnen. Natürlich sind die sozialen Sicherheiten relativ gering, weil das Einkommen auch im fairen Handel noch relativ gering ist, und nicht immer eine Altersversorgung ermöglicht. Das versucht man zwar zu ermöglichen, aber man muss zugeben, dass es nur selten gelingt. Das hängt auch damit zusammen, dass die Produktivität gering ist, und dass sich auch in den südlichen Ländern die Handarbeit als solche nicht immer rentiert. Aber aus Mangel an Alternativen ist es eine Art, die zumindest ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Wie schaut es nun mit der EU aus, gibt es schon Bestrebungen soziale Mindeststandards an die Einfuhrgenehmigung zu koppeln?

Es gibt einige Bestrebungen in Europa und den USA, soziale Mindeststandards einzuführen und zwar aus durchaus verschiedenen Motivationen. Zum einen, dass man moralisch nicht verantworten kann, wie in den Ländern der Dritten Welt produziert wird. Es gibt durchaus Leute in Brüssel, die die Sensibilität haben und möchten, dass da was verändert wird. Zum anderen wären dies nicht-tarifäre Barrieren. Wenn wir heute sagen: Aus dem Land, das diese Mindeststandards nicht

garantiert, darf nicht mehr importiert werden, dann heißt das, einige Länder werden ausgeschlossen, und somit unliebsame Konkurrenz ausgeschaltet. Das ist auch der Grund, warum die Länder im Süden sehr stark gegen soziale Klauseln sind. (Das heißt aber nicht, dass die armen Leute dagegen sind, sondern diejenigen, die daran verdienen).

Wie war das Verhalten auf den Wirtschaftsgipfeln, an denen auch Abordnungen der IFAT teilnahmen? Wie das Verhalten der Multinationalen Konzerne, das der Verschiedenen NGO's und das der verschiedenen Regierungen?

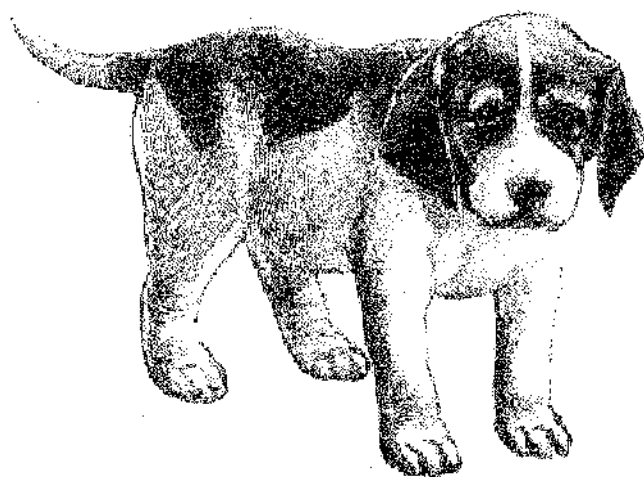
Die IFAT wurde offiziell nach Seattle und nach Duran eingeladen. IFAT hat ein Dokument ausgearbeitet und dort auch präsentiert. Darin sind unsere Forderungen enthalten. Das Dokument ist von über 50 Mitgliedern in verschiedenen Ländern ausgearbeitet worden. Allerdings ist die IFAT nur als Beobachterin mit einigen 100 anderen Organisationen eingeladen worden. Vor allem nichtstaatliche Organisationen, die in der Entwicklungsarbeit tätig sind. Und natürlich versucht IFAT sehr eng mit diesen anderen Organisationen zusammenzuarbeiten. Es hätte keinen Sinn, dass man hier eine eigene Position vertritt, sondern man versucht sehr eng im Netz zu arbeiten. Ähnlich war es in Porto Alegre, wo einige Vorstandsmitglieder von ctin teilgenommen haben. Auch hier wurde wieder versucht, fairen Handel als Modell zu promovieren und als Alternative dem traditionellen Handel entgegen zu stellen.

Welche Perspektiven sehen sie noch zu Porto Alegre? Ist punktuelle Arbeit genug, um signifikante Änderungen zu bewirken, oder müsste man nicht doch Grundlegendes ändern?

Ich persönlich glaube nicht an die Möglichkeit, ein System von Grund auf zu ändern. Ich glaube nicht mehr, dass es eine Revolution in diesem Sinne geben wird. Wir wissen, wo der letzte Versuch 1968 geendet ist. Ich glaube eher, dass vom Menschen aus ein Bestreben kommt, in eine andere Richtung zu gehen. Es wird nicht eine radikale Änderung von außen sein,

sondern ich sehe nur die Möglichkeit einer radikalen Veränderung von innen. Ob sie eintritt, wird sich zeigen. Porto Alegre hat einen wichtigen Symbolcharakter. Es treffen sich dort Leute aus der ganzen Welt und versuchen zu schauen, was nicht stimmt und was geändert werden müsste. Es wird von den Medien zwar versucht, das Treffen zu verniedlichen und teilweise ins lächerliche zu ziehen. Angesichts der 6 Milliarden Menschen sind 50000 in Porto Alegre zwar eine kleine Zahl, aber ich glaube dass trotzdem sehr starke Impulse ausgehen werden. Tatsächlich stehen hinter vielen der 50000 TeilnehmerInnen Organisationen mit vielen Mitgliedern. Es werden Alternativen aufgezeigt. In über 800 Workshops, die dort abgehalten werden, werden verschiedene Vorschläge erarbeitet und gemeinsame Dokumente präsentiert.

soziale Problematik, die hinter einem Produkt steht, nicht bewusst ist und andere, deren Interesse sehr gering ist. Es ist noch eine sehr kleine Minderheit, die ihre Kaufentscheidungen nach sozialen Kriterien treffen. Die Aufgabe der fairen Handelsorganisationen liegt in der Bewusstseinsbildung. Dass wir auf diesem Gebiet Erfolg haben, zeigt auch die Tatsache, dass in den letzten Jahren immer mehr Großbetriebe Wert auf soziale Klauseln in ihren Statuten legen. Es wird ernsthaft versucht, soziale Kontrollen durchzuführen, ob von den Bezugsbetrieben diese soziale Kriterien eingehalten werden. Es gibt inzwischen zum Beispiel die BlumenproduzentInnen, die einen eigenen Ethikkodex ausgearbeitet haben, um die Forderung der KonsumentInnen zu erfüllen. Natürlich spielt Angst vor negativer Werbung auch eine Rolle. Das ist einer der Erfolge, die wir erzielt



Ernieuerung genießen Kapitalismus und Depression III

Ist kritischer Konsum stark genug um einen entscheidenden Einfluss auf die Wirtschaft und auf Multinationale Konzerne zu nehmen? Welche Macht haben die KundInnen in diesem kapitalistischen System?

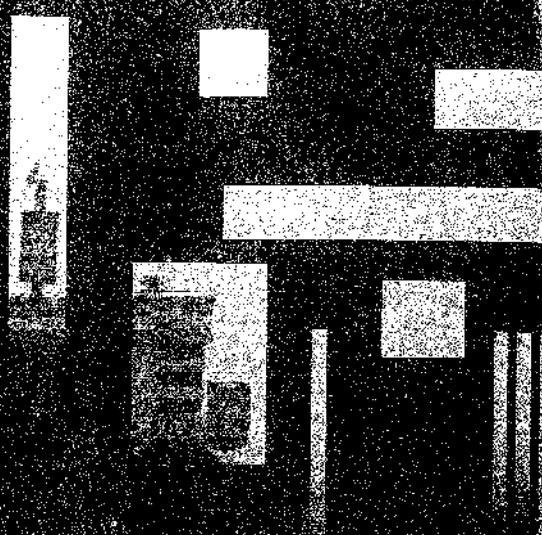
Die KundInnen haben theoretisch die absolute Macht, denn durch ihr Kaufverhalten können sie Einfluss darauf ausüben. Dennoch gibt es Unterschiede zwischen Theorie und Praxis. Erstens gibt es doch noch einen Großteil der KäuferInnen, denen die

haben. Auch das Argument, dass man sich auf SubunternehmerInnen berufen kann, auf die man keinen Einfluss hat, wird inzwischen nicht mehr toleriert.

*Wir bedanken uns herzlich für das Gespräch und wünschen noch viel Erfolg.
Das Interview führte Anja Tietz Engel*

Blut Calvin ist Mitbegründer der ctin und seit 2001 Präsident des IFAT (Internationaler Föderation For Alternative Trade).

Die Entmündigung der modernen Landwirtschaft



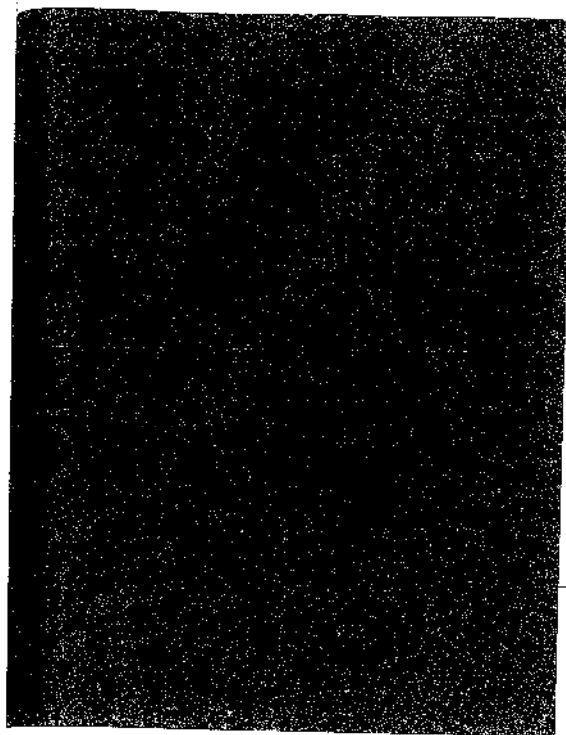
von José A. Lutzenberger

Globale Sicht. Durch die Aufregung über den Rinderwahn, die Maul- und Klauenseuche und die dadurch ausgelöste Umstrukturierung im deutschen Ministerium für Landwirtschaft wird im Januar 2001 endlich für das allgemeine Publikum klar, dass in der modernen Landwirtschaft und besonders in der Massentierhaltung etwas faul ist. Aus der politischen Entscheidung, die Landwirtschaft in Richtung „Ökologisch nachhaltig“ zu orientieren, ergeben sich nun ungeahnte Chancen, die nicht verpasst werden dürfen.

Als Diplomlandwirt habe ich 50 Jahre Berufsleben hinter mir, war dreizehn Jahre bei einem großen deutschen Chemiekonzern, habe dort vor dreißig Jahren gekündigt, weil ich als Biologe und Ökologe die moderne Agrarchemie nicht mehr mit meinem Gewissen vereinbaren konnte. Seitdem bin ich selbstständig. Ich hatte das Glück, außer der deutschen, der brasilianischen, venezolanischen, marokkanischen und andinen Landwirtschaft, auf vier Kontinenten die verschiedensten

Bauern- und Agrarkulturen kennen zu lernen. Aus ökologischer und auch rein menschlich-sozialer Sicht ist das, was man heute weltweit sehen kann, zum Verzweifeln. Wenn wir die Chancen für einen vernünftigen Umschwung nutzen wollen, müssen wir verstehen, was bisher schief gelaufen ist: Nach der konventionellen Auffassung sind die Methoden der modernen Landwirtschaft der einzige effiziente Weg zur Lösung des Hunger-Problems auf der Welt und zur Ernährung der durch die Bevölkerungsexplosion auf uns zukommenden Menschenmassen. Das Gegenteil ist der Fall. Heute will man eine gemeinsame, technokratische Agrarpolitik für einen ganzen Kontinent, und wenn die Globalisierung, wie von den transnationalen Großkonzernen und den ihnen gefügigen Regierungen, nicht gebremst wird, eine gemeinsame, globale, ökologisch und sozial rücksichtslose Agrarpolitik. Die überlebenden „modernen“ Bäuerinnen und sind nur noch das, was die Industrie vom Bauern- und Bäuerinnenstum übrig gelassen hat. Im heutigen System - einer enormen, die gesamte Weltwirtschaft durchdringenden technisch-bürokratisch und gesetzlich verankerten Infrastruktur - sind sie nur noch winzige Rädchen, sie wurden total entmündigt.

Die Entmündigung geschah schrittweise und wurde den Bäuerinnen und Bauern jeweils als Fortschritt aufgezungen. All die Teile ihrer Arbeit, die sicheres Einkommen garantierten, hat man ihnen abgenommen, es bleiben die Risiken - das Risiko schlechter Ernten durch schlechtes Wetter und das ökonomische Risiko. Letzteres hat ihnen die Industrie beschert, indem sie sie von immer teureren Betriebsmitteln abhängig machte und die Preise ihrer Erzeugnisse immer weiter nach unten drückte. Die Strukturen des Systems umschlingen den gesamten Planeten wie ein Polyp. Wenn wir die Wirtschaft als Ganzes betrachten, ist das System nicht produktiver als die traditionelle Landwirtschaft, weder was menschlichen Arbeitsaufwand betrifft, noch im Flächenertrag. Abgesehen von der absurden Tierquälerei, ist das System der Massentierhaltung ausgesprochen destruktiv, es zerstört weit mehr Nahrung für Menschen, als es produziert. Es ist nicht nachhaltig und die Kosten für Mensch und Natur gehören zu den großen Katastrophen, nicht nur der Geschichte der Menschheit, sondern auch der Geschichte des Lebens auf diesem Planeten. Es ist sinnlos zu sagen, die moderne Landwirtschaft sei so effizient, dass in einem modernen Land ein winziger



nale Bevölkerung sehr gut ernährt und es gab Überschüsse für den Export in andere Staaten Brasiliens. Die heutigen, modernen, total mechanisierten und chemisierten Monokulturen für Soja aber tragen praktisch nichts zur Ernährung der hiesigen Bevölkerung bei, da ja fast nur für den Export und die Bereicherung einiger weniger gearbeitet wird. Die Agrarpolitik, die diese Art von Landwirtschaft gefördert hat, hat aber dazu beigetragen, dass heute unser Bauerntum im Aussterben ist. Grundnahrungsmittel wie Maniok sind inzwischen knapp, schwarze Bohnen,

die praktisch zu jeder brasilianischen Mahlzeit gehören, müssen oft importiert werden - aus Mexiko oder

aus den USA, Kartoffeln und Gemüse aus Sao Paulo, Knoblauch und Linsen manchmal sogar aus China.

Falls es nicht bald zu einer Wende in der Agrarpolitik kommt, werden die Bäuerinnen und Bauern aussterben. Es fehlt nicht das Land und noch nicht ganz das Wissen, aber ein Großteil der Äcker verwildert, die Bauernhöfe werden zu Ruinen oder zu Wochenendhäusern für Städter. Bald wird es noch schlimmer. Auf den noch nicht aufgegebenen Höfen lebt meistens nur noch das alte Paar. Die Kinder sind alle weg. Sie sehen dort keine Zukunft. Die Alten leben von der kümmerlichen Sozialversicherung und, da sie sich keine Arbeitskräfte mehr leisten können, pflanzen sie gerade das Allernotwendigste für den Eigenbedarf, bis sie nicht mehr da sind. Die heutige Landesregierung versucht zwar, diesen Zustand umzukehren, solange aber die Bundesregierung in Brasilia sich weiter an Globalisierung, WHO und IWF orientiert, wird es ihr wohl kaum gelingen. Das Bauern und Bäuerinnenentum schaffte automatisch eine vielseitig bewirtschaftete und biologisch vielfältige Landschaft. Bei uns schützten die Bäuerinnen und Bauern sogar fast die Hälfte der Landschaft als Naturwald. Für die großen Sojamonokulturen dagegen wurde der letzte Zipfel Naturwald weggrasiert, nicht einmal Hecken

zwischen den Feldern werden geluldet.

Beim Großgrundbesitzer ist die Produktion nur ein Mittel zum Zweck, er will Geld machen, Macht erhalten. Das führt zum Ausräumen der Landschaft und zu großen Monokulturen - nur Kaffee, nur Kakao oder Baumwolle oder Kautschuk, nur Soja, nur Rinder oder nur Zuckerrohr, wie im Nordosten Brasiliens. Es braucht dann auch billige Arbeitskräfte.

Da die Großgrundbesitzer politisch mächtig sind, fördern sie eine Politik, die die Menschen arm macht.

Die traditionellen Bäuerinnen und Bauern hatten es nicht nötig, die Fruchtbarkeit ihres Bodens bei der Industrie zu kaufen. Die Bodenfruchtbarkeit wurde organisch gepflegt - mit Mist, Kompost, Gründüngung, Leguminosen, Fruchtfolge, Mulchen, Mischkultur, Brache, Asche, Gesteinsmehl.

Wie ist es möglich, dass eine mächtige, weltweite Zivilisation (die globale Industrie-Gesellschaft), die bereits den gesamten Planeten beherrscht, die sich für sehr geschickelt hält, die über enormes Wissen bezüglich der großen und kleinen Zusammenhänge in der Natur verfügt, sich kollektiv so dumm benimmt?

Die moderne Biotechnologie mit ihren patentierten Lebewesen und Kultivaren in Händen der transnationalen Konzerne, die im Laufe der letzten Jahrzehnte weltweit schon praktisch alle Saatgutfirmen aufgekauft haben, weil ihr Endziel die totale Monopolisierung des Saatguts ist, ist jetzt dabei, dafür zu sorgen, dass die Vielfalt noch drastischer reduziert wird - ein weiterer Schritt in Richtung Entmachtung des Bäuerinnen- und Bauerntums...

Ich wage zu sagen: Hätte man die bäuerliche Bevölkerung in Ruhe gelassen, so hätte sie sich sehr wohl so mancher moderner Technik bedient, aber anders. Die Weiterentwicklung wäre langsamer, aber sozial gerechter und ökologisch in Richtung Nachhaltigkeit verlaufen...

Das heutige ökonomische Denken stimmt sowieso in den meisten Ländern nicht mehr. Wenn Umwelt- und soziale Kosten „externalisiert“ werden, schert sich das technobürokratische Establishment nicht um die sozialen Kalamitäten, die die moderne

Bruchteil der Bevölkerung die Gesamtbevölkerung ernähren kann.

Die vorherrschende ökonomische Doktrin geht davon aus, wir bräuchten mehr Produktion, um die vielen hungernden Menschen zu ernähren und das ginge nur durch Mehrertrag. Aber es weiß doch jeder gutinformierte Mensch, dass Hunger, wo er heute wüthet, auf politische, nicht auf technische Probleme zurückzuführen ist. Meistens geht es darum, dass man es den Menschen in den traditionellen Kulturen unmöglich gemacht hat, für sich selbst zu sorgen. Wenn heute von reichen und armen Ländern die Rede ist, sollte man doch so ehrlich sein, hinzuzufügen, dass die Kolonialpolitik der letzten Jahrhunderte und die Entwicklungspolitik der letzten Jahrzehnte für diese Armut verantwortlich sind. Für die heutige Weltbevölkerung haben wir genug. Die Bevölkerungsexplosion müssen wir allerdings in den Griff bekommen. Auch sie ist zum Teil das Ergebnis des Abbaus gewachsener sozialer Strukturen.

Es wird meistens nicht verstanden oder verschwiegen, dass die traditionellen Bauernkulturen, aus Sicht der Ernährung für die Menschheit, weit effizienter als das heutige System waren. In meiner Heimat, Rio Grande do Sul, Südbrasilien, haben die Bauern und Bäuerinnen früher die lokale und regio-

Landwirtschaft weltweit ausgelöst hat und weiter auslöst. Wo sind die Statistiken über die zig Millionen Bäuerinnen und Bauern, Handwerkern und Handwerkerinnen, die überall in der Welt, besonders in der Dritten Welt, ent wurzelt wurden oder ihre Gesundheit den Agrargiften geopfert haben? Wo werden die Kosten aufgerechnet für den Abbau der gewachsenen sozialen Strukturen, was weltweit zu wachsender Kriminalität führt? Wo die Kosten für die ausufernden Elendsviertel der Megapolen in der Dritten Welt? Für den Genozid - ja, so muss man es nennen - so manchen indigenen Stammes? Für das Aussterben von Sprachen und Kulturen? Ein Prozess der durch die Globalisierung noch weiter verschlimmert werden wird.

Wo relativ intakte „primitive“ bäuerliche Kulturen überleben, sind die Menschen nicht arm. Es besteht aber große Gefahr, dass sie bald arm gemacht werden, besonders durch die Globalisierung.

Es ist ein völlig von Großkonzernen manipulierter Markt. Von wegen freier Marktwirtschaft! Das richtige Wort für diese Regelungen ist: Knebelkontrakte. Das gibt es auch für die Tabakpflanz erinnen und bei Konserven für Gemüse und Früchte, neuerdings für Schweine mast. Die Bedingungen werden immer härter.

Es geht den großen Firmen auch um die Umgehung der Arbeitsgesetze. Die „ProduzentInnen“ mögen den Eindruck haben, sie seien selbstständige Unter nehmerInnen, tatsächlich sind sie ArbeiterInnen ohne sicheren Lohn, ohne feste Arbeitszeiten; wenn notwendig, müssen sie um Mitternacht raus, die

ganze Familie muss helfen. Sie haben keinen Feierabend, keine arbeitsfreien Wochenenden; keinen bezahlten Urlaub, und müssen ihre Sozialversicherung selber tragen. Außerdem fügen alle Risiken bei ihnen, die biologischen, die klimatischen (z.B. Hitzewellen, die jedes Jahr im Sommer großen Schaden anrichten können) und die finanziellen. Würde die Hühnerfirma mit fest angestellten ArbeiterInnen operieren, alle Risiken selber übernehmen, wie jeder kleine UnternehmerIn das tun muss, ihre Kosten würden sich wohl mehr als verdoppeln. Hühnerfleisch und Eier wären viel teurer.

Man muss es immer wieder sagen: Das hat doch alles nichts mit Lösen des Welt hungerproblems zu tun. Es geht um ökonomische Macht!

Ich wagte weiter oben zu sagen, hätte man die Bäuerinnen und Bauern in den letzten hundert Jahren in Europa sich selbst überlassen, die Entwicklung wäre anders verlaufen, zwar langsamer und vorsichtiger, aber sie hätten sicher auch aus moderner Naturwissenschaft gelernt, sie hätten so manche moderne Technik genutzt oder selbst entwickelt. Es wären aber örtlich angepasste, vielfältige Techniken, bestimmt keine solchen wie die oben erwähnten und was noch auf uns zukommt, z.B. mit der Gentechnik. Die Situation der Ernährung der Menschheit wäre weit sicherer. Es wäre nicht zu den gewaltigen Massen entwurzelter, verelendeter Menschen gekommen.

Wissenschaftlich fundierte, ökologisch und sozial vernünftige Landwirtschaft müsste sich doch in die großen und kleinen Kreise der Ökosphäre einglie dem, statt sie aufzureißen, sie zu

überwältigen; systematisch und nach einander alle lebenserhaltenden Systeme zu verstümmeln; gar total abzuhacken oder zu vergiften und die Verarmung der biologischen Vielfalt voranzutreiben, wie das heute weltweit der Fall ist.

Die noch überlebenden Bauern und Bäuerinnen - egal ob EuropäerInnen, Nord-, Zentral- und Südamerica nerInnen, AfrikanerInnen, AsiatInnen oder AustralierInnen - müssen wissen, dass sie alle im selben Boot sitzen; und den KonsumentInnen muss bewusst werden, dass nur ein starkes, jeweils sozial und ökologisch verankertes, gesundes Bäuerinnen- und Bauertum, befreit vom Joch der transnationalen Konzerne, nachhaltig gesunde Nah rung liefern kann. Die Gesellschaft muss wissen, wie und wo ihre Nahrung produziert wird, muss an den wichtigen Entscheidungen teilhaben. Davon hängt die nationale Sicherheit ab und davon wiederum das Überleben der Ziv ilisation.

In der modernen Industriegesellschaft wird es echte Demokratie und gesichertes Überleben erst geben, wenn die techno-bürokratischen Strukturen für alle transparent gemacht werden, wenn sie möglichst klein und dezentral bleiben, wenn die wichtigen Entsch eidungen von der Gesellschaft ausgehen und von ihr bewusst und willens getra gen werden - nicht wie heute diktatorisch in den Führungsetagen der transnationalen Großkonzerne zu deren Vorteil gefasst und durchgesetzt werden, mit fügsamer Selbstunterwerfung der Regierungen, egal welcher Parteien.



José Antonio Salzenberger, geboren 1928 in Dundo, Belgien, Agronom, Ökolog, brasilianischer Land wirtschaftsanwalt von 1990 bis 1997.

Zur Kontrolle multinationaler Unternehmen

Gerold Siffer

RECHT & GLOBALISIERUNG

„Triumph“ zieht sich aus Burma zurück - 1000 Arbeitsplätze werden „stillgelegt“. So hat der Schweizer Wäschekonzern auf den Boykott reagiert, zu dem die britische Solidaritätsbewegung „Burma Campaign UK“ in Großbritannien aufgerufen hatte, weil der Textilhersteller angeblich beim Aufbau seiner Fabriken in Burma Kinder als ZwangsarbeiterInnen einsetzte.

Am 29. Jänner fand sich diese Nachricht in der Internet-Ausgabe der österreichischen Tageszeitung *Der Standard*. Wieder einmal scheint die Furcht vor und der Hass gegen diese unmoralischen Monster bestätigt; Royal Dutch/Shell, Nestlé, ABB, Siemens, Nike, Aventis und wie sie alle heißen - die sogenannten multinationalen Unternehmen, deren größten Umsätze haben, die das Bruttosozialprodukt von Belgien übersteigen.

Unternehmen, die über Staatsgrenzen hinweg arbeiten, gibt es seit Jahrhunderten. Das erste richtige multinationale Unternehmen war jedoch die US-amerikanische Maschinenfabrik Singer Sewing Machine Company. Da sich ihre Nähmaschinen in Europa so gut verkauften, beschloss die Firma im Jahre 1882 vom Exporthandel umzusteuern und in Glasgow ein formell selbstständiges Tochterunternehmen zu gründen.

Der eigentliche Boom begann aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg und führte dazu, dass heute weltweit ungefähr 20.000 Multis agieren, mit schätzungsweise 120.000 Töchtern und 44 Millionen Angestellten, 17 Millionen davon in den Industrieländern.

Die Unternehmen haben verschiedene rechtliche Organisationsformen. Stets finden wir jedoch mehrere betriebliche Einheiten in verschiedenen Staaten, die zentral kontrolliert werden und eine gemeinsame Konzernstrategie verfolgen. In der Regel handelt es sich um eine Vielzahl rechtlich selbständiger Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die von einem Mutterunternehmen dadurch kontrolliert werden, dass es direkt oder indirekt über die Mehrheit der Firmenanteile verfügt, oder durch Beraterverträge, Absatzverträge oder Lizenzverträge die formalrechtlich selbstständige Tochter beherrscht. So hatte der Nestlé-Konzern im Jahre 1981 600 Tochterfirmen, die British Petroleum sogar über 1200. Und gerade die Tatsache, dass es sich um formell selbstständige Gesellschaften mit unterschiedlichen „Staatsbürgerschaften“ handelt, macht die Kontrolle so schwierig.

Bis in die 60er Jahre fanden sich die Mutterunternehmen hauptsächlich in den Vereinigten Staaten. Europa und Japan waren nach dem Weltkrieg nämlich weitgehend zerstört und damit auch die großen europäischen und japanischen Unternehmen. Die US-amerikanischen Unternehmen gingen aus dem Weltkrieg hingegen gestärkt hervor. Sie verfügten über Kapital und Know-How. Die neue liberale Wirtschaftsordnung sowie die Gelder, welche im Rahmen des Marshallplans nach Europa flossen, ermöglichten ihnen daher, im großen Umfang in Europa zu investieren. Drei Fünftel des Investmentkapitals floss in jene Gebiete, die wir heute „Dritte-Welt-

Länder“ nennen, nämlich in afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Kolonien sowie in die gerade erst unabhängig gewordenen Staaten.

Dies führte in Europa zum ersten Unmut gegen ausländische Großkonzerne. Aber auch die US-amerikanischen Gewerkschaften und Arbeiterinitiativen gingen aus Furcht vor Arbeitsplatzverlusten auf die Barrikaden und zwangen die amerikanische Regierung, Steuererleichterungen für Auslandsinvestitionen zurückzunehmen. Die gerade erst unabhängig gewordenen Kolonien wollten hingegen auch wirtschaftlich selbständig werden und souverän über ihre Rohstoffe verfügen. Im Rahmen ihrer Forderung nach einer neuen gerechteren internationalen Wirtschaftsordnung nahmen sie die Multinationalen Unternehmen deshalb primär als koloniale Überbleibsel wahr, die durch Konzessionen weiter den Rohstoffabbau und damit den Reichtum der sogenannten Dritten Welt in Händen hielten.

Als die Andenstaaten in Anlehnung an die europäische Wirtschaftsgemeinschaft im Jahre 1969 den Andenpakt gründeten, vereinbarten sie deshalb erstmals ein detailliertes Kontrollsystem für multinationale Unternehmen. Darin wurde sowohl der Zufluss von ausländischem Kapital geregelt, als auch und vor allem der Abfluss der Gewinne beschränkt, die Zahlung von Bestechungsgeldern und generell die Fimischung in innere Angelegenheiten der Gastgeberstaaten verboten, andererseits aber den Staaten das Recht

eingedrängt. Tochtergesellschaften entschädigungslos zu enteignen.

Zur Explosion kam es am Anfang der 70er Jahre. Als der Marxist Allende 1970 im chilenischen Wahlkampf für eine entschädigungslose Verstaatlichung der Tochtergesellschaften multinationaler Unternehmen eintrat, versuchte die US-amerikanische International Telephone and Telegraph Corporation ITT, die um ihre Investitionen fürchtete, mit Wahlkampfspenden in der Höhe von 350.000,- Dollar die Wahl zu Gunsten des rechten Kandidaten Alessandri zu beeinflussen. Trotz des Einsatzes der für damalige Verhältnisse enormen Geldmittel wurde die Wahl von Allende gewonnen. In der Folge startete die ITT zusammen mit US-amerikanischen Kupfermultis und der CIA eine wirtschaftliche Zerstörungskampagne, um die drohenden Verstaatlichungen abzuwenden. Als trotz aller Repressionen Allende im Jahre 1973 neuerlich die Wahlen gewann, wurde er durch einen dubiosen Militärputsch beseitigt. Ein internationaler Aufschrei war die Folge und der Versuch innerhalb der UNO einen international verbindlichen

Verhaltenskodex für

transnationale Unternehmen auszuarbeiten, der zukünftig derartige Firmischlingen verhindern sollte. Doch die Interessen der Staaten bei diesem Projekt konnten unterschiedlicher nicht sein. Die sog.

Dritte-

Welt-Länder, als primäre Gastländer, wollten strikte, international verbindliche und einklagbare Verbote jeglicher Einflussnahmen auf innere Angelegenheiten, strenge Kapitalabflussbeschränkungen, die Verpflichtung der Konzerne zum Technologietransfer, sowie das Versprechen, die wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitischen Ziele der Gastgeberstaaten zu beachten. Die Industriestaaten, als primäre Heimatländer, wollten im Interesse ihrer einflussreichen Muttergesellschaften rechtlich verbindliche und international einklagbare Normen wenn möglich vermeiden, notfalls aber die Konzerne im Gegenzug gegen entschädigungslose Enteignungen schützen und die Staaten verpflichten, Verträge, die sie mit Multinationalen Konzernen geschlossen hatten, einzuhalten, mit der Möglichkeit auch für Multis, bei Vertragsverletzungen internationale Schiedsgerichte anzurufen. Dies wollten die sog. Dritte-Welt-Staaten aber als ungerechtfertigte Einschränkung ihrer erst vor kurzem erlangten Souveränität nicht akzeptieren. So zogen sich die Verhandlungen fruchtlos über Jahrzehnte hin, bis sie im Jahre 1992 endgültig versandeten.

In anderen, homogeneren internationalen Organisationen konnte man sich hingegen auf Verhaltenskodizes einigen. So verabschiedete die International Labour Organisation Verhaltensregeln im Bereich des Arbeitsrechts. Die Multis wurden verpflichtet, die arbeitsrechtlichen Gesetze der Gaststaaten zu beachten. Es fehlen aber Mindeststandards, die negative Lohnspiralen und Sozialdumping verhindern könnten. Dagegen haben sich vor allem die Gewerkschaften der sogenannten Dritte-Welt-Staaten ausgesprochen, sind doch niedrigere Sozialstandards meist der einzige Wettbewerbsvorteil, mit dem diese Staaten Investitionen anlocken können.

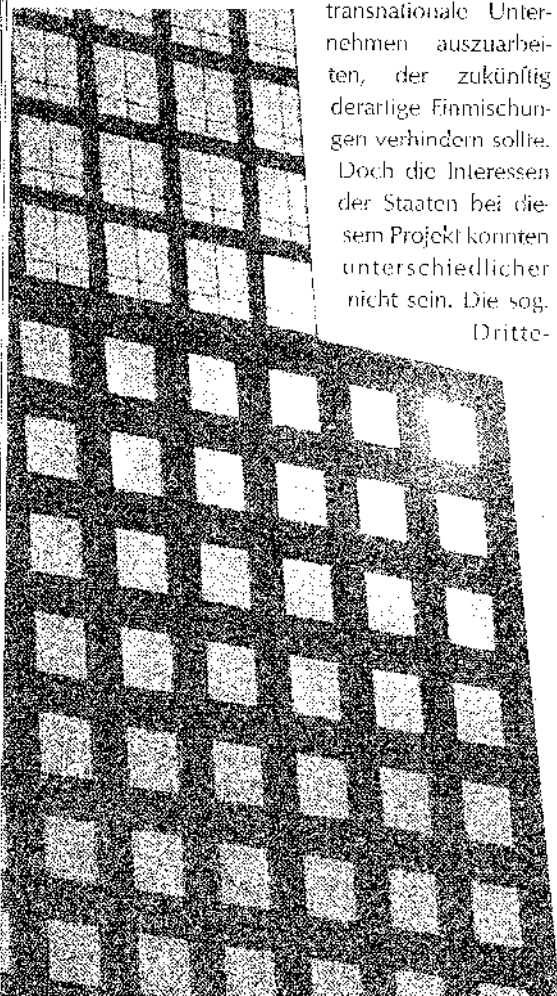
Schließlich wurde auch innerhalb der Industriestaaten von Seiten der Gewerkschaften der Ruf nach Verhaltenskodizes immer lauter. So wurde auch im Rahmen der OECD ein Verhaltenskodex ausgearbeitet. Darin wurden die Geschäftspraktiken der Unternehmen einer Kontrolle unter-

worfen, andererseits aber auch die Staaten angehalten, die Töchter multinationaler Konzerne nicht gegenüber rein inländischen Unternehmen zu diskriminieren, und mit Multis abgeschlossene Verträge einzuhalten.

Beide Male gelang es den Vertretern der Arbeitsgevernverbände jedoch festzuschreiben, dass sich die Unternehmer nur freiwillig an die Verhaltensregeln zu halten haben. So schien anänglich auch der Versuch, multinationale Konzerne über Verhaltenskodizes zu kontrollieren, gescheitert. Die öffentliche Kritik zwang jedoch eine ganze Reihe von Unternehmen, sich aus Marketinggründen freiwillig den Verhaltenskodizes zu unterwerfen. Hier haben dann die Gerichte angesetzt und entschieden, dass jene Unternehmen, die sich auch nur freiwillig den Regeln unterwerfen, bei Verletzungen haftbar gemacht werden. So wurden die Verhaltenskodizes doch noch zu einem probaten Kontrollmittel.

Wie kann man aber multinationale Unternehmen kontrollieren; die keinen Bedarf sehen, in der Öffentlichkeit ob ihres Engagements für Menschenrechte und Umweltschutz zu glänzen und sich nicht aus Marketinggründen freiwillig Verhaltenskodizes unterwerfen müssen?

Nachdem auf internationaler Ebene alle Versuche, rechtlich verbindliche Regeln aufzustellen, gescheitert sind, versuchte man, innerstaatliche Kontrollmechanismen zu entwickeln. In den 90er Jahren haben dabei findige US-amerikanische Rechtsanwältinnen ein längst vergessenes Gesetz aus dem Jahre 1789 ausfindig gemacht, das AusländerInnen erlaubt, Schadensersatzansprüche aufgrund von Völkerrechtsverletzungen vor US-amerikanischen Gerichten geltend zu machen, selbst wenn die Verletzungen außerhalb der USA verübt wurden, unter der einzigen Voraussetzung, dass das Gericht Zugriff auf den Verursacher hat (Aliens Tort Claims Act). Aufgrund dieses Gesetzes strengten die Rechtsanwältinnen vor einem kalifornischen Gericht ein Verfahren gegen den Multi Unocal an, der zusammen mit dem Militärregime Burmas eine Pipe-



line baute. Beamte der Burmesischen Behörden haben dabei mit Wohlwollen und finanzieller Unterstützung der Fa. Unocal systematisch gefoltert und getötet, um den Widerstand gegen den Bau der Pipeline zu brechen. Das Gericht gab den Verteidigern der Opfer Recht und entschied erstmals, dass ein US-amerikanischer Mutterkonzern und seine Geschäftsführer für Menschenrechtsverletzungen auch seiner formalrechtlich selbständigen Töchter schadenersatzpflichtig sind, selbst wenn die Menschenrechtsverletzungen zusammen mit einer ausländischen Regierung, die Immunität genießt, begangen wurden. Dieser Erfolg spornte drei Nigerianer an, vor einem New Yorker Gericht ein Verfahren gegen die Royal Dutch/Shell anzustrengen, weil Shell 1995 dem nigerianischen Regime Geld und Waffen zur Verfügung stellte, um Widerstände gegen Ölbohrungen im Niger-Delta brutal niederzuschlagen. Um Schadenersatzzahlungen in Milliardenhöhe zu verhindern, wendeten die Verteidiger der Shell ein, dass sich ein New Yorker Gericht unmöglich anmaßen kann, jedes Unternehmen, das an der Wall Street notiert ist, für angebliche Völkerrechtsverletzungen irgendwo auf der Welt zu belangen. Das Gericht erster Instanz gab den Verteidigern der Shell Recht und wies die Klage zurück. Doch am 26. März 2001 entschied der Oberste US-amerikanische Gerichtshof, dass aufgrund des Alien Tort Claims Act die Klage gegen Shell klar zulässig ist und die Opfer der Menschenrechtsverletzungen in Nigeria sehr wohl vor US-amerikanischen Gerichten Schadenersatz begehren können. Der Alien Tort Claims Act könnte, nach einem 200-jährigen Dornröschenschlaf, deshalb in Zukunft eine äußerst effektive Waffe werden, um multinationale Konzerne für ihre Menschenrechtsverletzungen und Umweltverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Völkerrechtlich sind solche extraterritorialen Rechtsmittel freilich ein zweischneidiges Schwert, missachten sie doch die souveräne Gleichheit der Staaten. Die USA selbst würden sich gegen solche Versuche anderer Staaten harsch zur Wehr setzen. Und auch alle anderen starken Staaten dieser Welt wehren sich gegen solche Ein-

griffe in die inneren Angelegenheiten mit „blocking statutes“ (um die Rechtsfolgen abzublenden). Schwachen Staaten bleibt bei derartigen Mitteln zumeist aber nur der diplomatische Protest gegen solches Hegemonialstreben: sie könnten niemals solche Gesetze und Urteile durchsetzen, auch wenn das Motiv noch so hehr ist. Jedenfalls gilt es, multinationale Unternehmen nicht generell zu verteufeln. Nach Ansicht von Adebo Abate, dem Vorsitzenden des Multi-Büros bei der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, suchen sich multinationale Unternehmen zwar low-cost-Standorte und spielen damit Staaten untereinander aus, vor Ort sind sie aber häufig, abgesehen von wenigen schwarzen Schafen, Vorreiter für bessere Arbeitssicherheitsstandards und höhere Gehälter. Auch Wilfried Engelke, Ex-Mitglied der UN-Konferenz über Handel und Entwicklung (UNCTAD) bestätigt, dass Multis in der Regel nicht Sozial- und Umweltsch-

ping betreiben. Auch wenn die mächtigen Kolosse kaum zu zähmen sind, sind sie wichtig für die Entwicklung der sogenannten Dritten Welt. Die feindliche Haltung gegenüber Multinationalen Unternehmen in den 60er und 70er Jahren hat zu katastrophalen Folgen geführt. Aus Furcht vor entschädigungslosen Enteignungen und Vertragsbrüchen sind die westlichen Investitionen in Entwicklungsländer dramatisch eingebrochen. Flossen im Jahre 1960 noch 40% der weitweiten Auslandsinvestitionen in sog. Dritte-Welt-Länder, waren es im Jahre 1989 nur mehr 19% - mit ein Grund für die verheerende Verschuldung dieser Staaten. Deshalb haben auch die Andenstaaten ihre Abschottung beendet und 1992 die allzu restriktiven Vorschriften für multinationale Unternehmen wieder aufgehoben.

Gerold Sattler, Rechtsanwalt, lebt und arbeitet in Bozen

Was ist das GATS (General Agreement on Trade in Services)?

Das "Generelle Abkommen über den Handel im Dienstleistungsbereich" zielt auf die Erschließung neuer weltweiter Profitquellen ab. Als profitabelste Bereiche gelten das Gesundheitswesen, ein Markt von 3,5 Billionen Dollar weltweit, der Bildungsbereich, zwei Billionen Dollar jährlich, und die Wasserversorgung, eine Billion Dollar. Seit Anfang 2000 laufen neue Verhandlungen über die Verschärfung des GATS innerhalb der WTO. Die Vorschläge beinhalten einen "Notwendigkeitstest", der die Beweislast in der Streitschlichtungsstelle der WTO umdreht. Nicht mehr die Konzerne müssen zukünftig nachweisen, dass ein Gesetz handelsbeschränkend ist. Die Regierungen sind verpflichtet zu beweisen, dass sie einen Dienst ebenso "effizient" bereitstellen, wie der interessierte Konzern. Tun sie das nicht, muss privatisiert werden. In den Industrieländern rollt eine Privatisierungswelle. Privatisierungen haben entweder direkt mit dem GATS zu tun - Deutschland hat bereits sein Gesundheitswesen im GATS freigegeben - oder stellen eine Art voraussetzenden Gehorsam der Regierungen dar. Die Privatisierung der Deutschen Bahn hat in den ersten fünf Jahren 120.000 Menschen ihren Arbeitsplatz gekostet".

Martin Sattler, Farouk Ahmed Farah

Zeitgenössische Kunst: Erfüllungs- gehilfin der Globalisierungs- ideologie oder „engagierte Autonomie“ in Zeiten des Neoliberalismus?

Eine der interessantesten Theorieproduktionen zur Zukunft der Kunst findet derzeit unter der Internetadresse www.anthology-of-art.net statt. Die von Jochen Gerz initiierte Anthologie trägt 312 Künstlerinnen und TheoretikerInnen ein Jahr lang via Internet: „Was könnte angesichts der Kunst heute eine Ihnen noch unbekannt Kunst sein?“ Aus den mehr oder weniger spekulativen Posi-

tionen sticht der Beitrag von Sina Najafi, Chefredakteur des von der New Yorker Non-Profit Organisation „Immaterial Incorporated“ herausgegebenen Kulturmagazins „Cabinet“, heraus. Jenseits vom schlichten Hinwegscheit über den Warencharakter von Kunst aber auch jenseits der Denunziation des Kunstmarktes als einer ökonomischen Verschwörung wider

den Geist der Kunst geht er in seinen zehn Thesen, denen er den Titel „Ten Enemas for contemporary art“ (Zehn Klisterie für die zeitgenössische Kunst) gibt, nicht auf mögliche Erweiterungen des Kunstbegriffes ein, sondern

bringt das gegenwärtige Betriebssystem Kunst auf seinen ungekochten materialistischen Kern zurück. Najafis Vorschläge für eine „noch unbekannt Kunst“ zielen denn auch nicht darauf ab, ein neuartiges, noch nie geschenes Kunstwauwau zu konzipieren (ein Anspruch, an dem sich

die Avantgarden des vergangenen Jahrhunderts totgelaufen haben). Sie lauten: die ökonomischen Grundlagen und Prozesse des Kunstmarktes eine Zeitlang außer Kraft zu setzen, um der Kunst Bedenkzeit zu verschaffen.

Leicht gekürzt lauten sein Vorschläge:
 1. Der Begriff „zeitgenössisch“ ist zu streichen. 2. Alle Kunstwerke und Kunstkritiken müssen anonym sein. 3. Jede Kunstkritik muß mit einem Hinweis darauf beginnen, für wen sie geschrieben ist. 4. Kunstzeitschriften, die Werbung von Galerien akzeptieren, gehören boykottiert. 5. Der Preis für alle Kunstwerke soll für vier Jahre lang auf eine Obergrenze von maximal 10.000 Dollar festgelegt werden. 6. Sämtliche Biennalen sollten für mindestens vier Jahre ausgesetzt werden. 7. KünstlerInnen unter 30 Jahren dürfen nicht ausstellen. 8. JedeR KritikerIn muß einmal im Jahr ein Kunstwerk schaffen und jedeR KünstlerIn muß einmal im Jahr eine Kunstkritik schreiben. 9. Alle Zweigstellen von Museen gehören abgeschafft. 10. JedeR KunstkäuferIn soll gezwungen werden, eine Bewerbung darüber zu abzuliefern, warum er/sie ein bestimmtes Werk kaufen will. Auf der Grundlage dieser anonym verfaßten Bewerbungen wählen die KünstlerInnen dann die KäuferInnen aus.

Sina Najafis scheinbar huntscheckige Ideen für einen offenen Zugang zur Kunst außerhalb ihrer marktschreierischen Institutionen greifen im wesentlichen die in den 60er Jahren prägnant formulierten Gegendiskurse zur Objektinmanenz von Kunstwerken auf, die vor dem Hintergrund von Konsumismus- und Medienkritik das Diesseits des Objekts, die Rolle der RezipientInnen problematisiert hatten. Linke TheoretikerInnen hatten dazumal vehement, und mitunter arg simplifizistisch, einen Abbau der Instanzen zwischen KunstproduzentInnen und KunstrezipientInnen, eine Enthierarchisierung der Kunstrezeption gefordert, während auf der KünstlerInnenseite etwa Michelangelo Pistoletto in ausgefallenen performativen Aktionen zwischen existentieller und politischer Revolte den ontologischen Status des Kunstwerkes hinterfragte. Auf der Biennale 1968 unterlief er die übliche Praxis, als er die KollegInnen zu einer gemeinsamen Kunstaktion aufrief, anstatt, wie gefordert, einfach seine Bilder abzuliefern oder als er die Figur des „Kunststars“ ironisierte, indem er Masken mit seinem Porträt an das Publikum verteilte.

Die wohlfeile Geste des Alles-schon-dagewesen ist jedoch fehl am Platz. Najafis Moratorium analysiert, 30 Jahre danach und jenseits jeglicher revolutionärer Sensüchtelei, die Kunst schrecklich irdisch als Teil des Marktes, als Produkt des Zusammenwirkens von Handel, Kunstdiskurs und sich krankartig ausbreitenden Museumsinstitutionen. Die Belege dafür sind leicht zu finden. Das New Yorker Guggenheim Museum überzieht die Welt mit Dependancen (ist allerdings nach dem 11. September über seine aggressive Expansionsstucht in eine schwere Krise gerutscht), das Pariser Centre Pompidou will nicht länger dabei zuschauen und plant die eigene Expansion über die Gründung mehrerer Centre-Babys. Das Prinzip basiert in beiden Fällen auf dem Benetton-Franchising-System: Guggenheim und das Centre Pompidou sollen als Marke auf dem Markt positioniert und zusammen mit der Ware verkauft werden. Parallel dazu schießen neue Kunstbiennalen und Kunstmesen mit allen Begleiterscheinungen des Showgeschäftes wie Pilze aus dem Boden. Die weltweit operierenden Auktionshäuser bieten seit kurzem auch zeitgenössische Kunst an und haben den Galerien ihren Stellenwert als der Ort, an dem traditionellerweise KünstlerInnen aufgebaut und betreut werden, abgelassen. Der „Einzelhandel“ wie Isabelle Graw und Barbara Hess in einer Untersuchung zum Kunstmarkt (Texte zur Kunst 11. Jahrgang, Heft 44) die Galerie nennen, muss auch in der Kunst den internationalen Zusammenschlüssen und Korporationen weichen. All das läuft auf wenige Namen hinaus, die im Geschäft sind, auf Seiten der KünstlerInnen wie auf Seiten der GaleristInnen. Wer im Guggenheim ausstellt oder von Christie's gehandelt wird, ist in der Hall of Fame. Stärker als jemals zuvor geht dieser Prozess zu Lasten derjenigen Kunst, die sich auf keine Formel bringen lässt. Und er geht zu Lasten der Kommunikation zwischen Kunstkritik, SammlerInnen und GaleristInnen. Tendenziell trifft man sich unter seinesgleichen, das große Publikum wird hingegen mit Celebrity, Spektakel und Events ange-lockt. Was für die MTV Music Awards gilt, schmiert auch den Kunstbetrieb.

Selbst zum Global Player avanciert, ist die Kunst längst MitspielerIn, integraler Bestandteil einer ungebrochenen weitverbreiteten ökonomischen Kultur, in der einer kleinen Zahl von GewinnerInnen eine ungleich höhere Zahl von VerliererInnen gegenübersteht. Weltkunst in der Globalkultur ist dem Verdacht ausgesetzt, den globalen Kapitalismus kulturell zu veredeln, dem aggressiven Fortschreiten der ökonomischen Liberalisierung ein buntes, friedvolles Gesicht aufzusetzen. Auf Großausstellungen werden MigrantenkünstlerInnen und KünstlerInnen aus der „Dritten Welt“ mittlerweile geradezu als die Darlings der Weltkunst gehandelt, als perfekte Instrumente der Selbstdarstellung der Globalisierungsideologie. Unabhängig von der Qualität der Arbeiten und ihrem inhärenten, aber noch unausgeschöpften Potential



an kultureller Bereicherung, stellt sich die Frage, ob die in den westlichen Kunstkontext transferierten postkolonialen Identitätsmodelle der „Dritte-Welt“-KünstlerInnen damit nicht einfach in den Verwertungskreislauf eingespeist werden - einerseits um sie als Ware konsumierbar zu machen, andererseits um den unter Legitimitätsdruck stehenden westlichen Institutionen ein reines Gewissen zu bescheren.

Für viele KünstlerInnen nicht nur der jüngeren Generation ist diese Spannung zwischen dem Wunsch nach kritischer Distanznahme und dem Bewusstsein der eigenen Mitverantwortung prägend. Das Paradoxon ist dabei evident. Der Markt erschafft und verzerrt alle Werte, die ein Kunstwerk definieren. Ethische und ästhetische Werte werden neutralisiert von einem

Markt, der alles, was er berührt, verändert. Es sind die Diskurse der Kunst, ihre Infrastruktur und ihre Institutionen, die sie auf dem Markt positionieren. Die KünstlerInnen beharren dennoch eigensinnig auf dem Begriff des Authentischen, Unangepassten, das aus dem Bauch heraus strömt und zumindest die Fiktion eines nicht kommerziellen Gebrauchswertes erzeugen soll. Doch just jene Unangepasstheit ist unverzichtbarer Teil des Systems. Der/die KünstlerIn kann die Widersprüche der Ökonomie in Frage stellen, aber er/sie muss wissen, dass das Infragestellen ein Teil der Strategien ist, durch die die Existenz des Marktes affirmiert und gefördert wird. Kunst bestätigt das System, in dem sie produziert wird.

Richtete sich die Kritik der KünstlerInnen vor 20 Jahren noch vor allem gegen eine machtvolle Medienindustrie, bog sich die jüngste Generation auf eine subversive Grenzwanderung, die auch die Fragwürdigkeit des eigenen künstlerischen Tuns thematisiert.

Hans Haacke hatte bereits in den 80er Jahren mit seinen analytisch-dokumentarischen Installationen die Verquickungen von Kunst und Kapital auf zwar provokante, aber nie plakative Weise bloßgestellt. In einer berühmten Rauminstallation illustrierte er die Verschachtelungen eines Schokoladenkonzerns, zum dem auch die „Trumpf“-Süßwarenfabrik (des Aachener Sammlerehepaars Ludwig gehört, und stellte damit implizit die Frage: Wo kommt das Geld her, das die Ludwigs für ihre Sammlung ausgaben und wieviel haben die ArbeiterInnen auf den Kakaopflanzungen für ihre Arbeit bekommen.

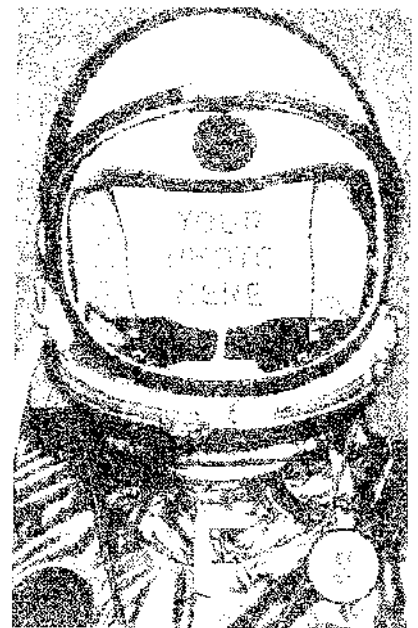
Noch radikaler befragt gegenwärtig der spanisch-mexikanische Künstler Santiago Sierra die Rolle der Kunst in der Globalkultur. Sierra treibt die Fragwürdigkeit des eigenen künstlerischen Tuns auf die Spitze, indem er für seine Aktionen das weltweite Ausbeutungssystem in den Kunstkontext transferiert und menschliche Würde und körperliche Unversehrtheit als Privileg

der Wohlstandsländer darstellt. Er lässt soziale Underdogs gegen geringsten Lohn für seine Kunstaktionen arbeiten und bezahlt drogenabhängige Prostituierte mit einer Dosis Drogen. Als Gegenleistung müssen sie sich auf dem Rücken eine Linie eintätowieren lassen. Oder er bezahlt Prostituierte in Havanna dafür, dass sie vor der Kamera masturbieren. Wie Haacke setzt Santiago Sierra nicht auf Entkontextualisierung, benutzt den Kunstraum nicht als neutralen Artikulationsraum, sondern macht ihn zu einem Ort politischer Brisanz.

Einen moderateren Zugang wählt der Vorarlberger Künstler Rainer Ganahl. Er stellt dem leichtfertigen Griff nach dem „Fremden“ und „Anderen“ in der Globalgesellschaft die Mühen des Verstehens und Lernens von Sprachen gegenüber. In einem Langzeitprojekt lernt er Französisch, Italienisch, Spanisch, Englisch, Russisch, Japanisch, Griechisch und Koreanisch. Die Lerneinheiten zeichnet er auf Video auf, das die genaue Stundenzahl seiner Tätigkeit registriert. Die Hilflosigkeit des Lernenden und die Angst vor dem Unverständlichen setzen ihn der Grunderfahrung aus, die alle MigrantInnen und Flüchtlinge machen.

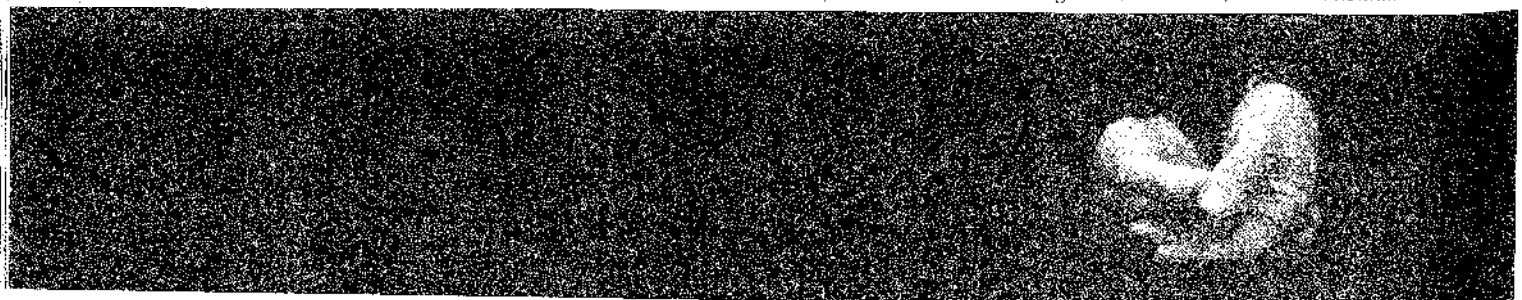
Soviel Zurückhaltung und Respekt vor dem „Anderen“ war in der Kunst des 20. Jahrhunderts keineswegs die Regel. Im Gegenteil. Mehrere große Ausstellungen haben die Affinität zwischen „primitiver“ Stammeskunst und Moderne als eine nicht eben freundliche Besitznahme von seiten europäischer KünstlerInnen dargestellt. Die Moderne, angefangen beim Kubismus, hat die „Primitiven“ ziemlich schamlos geplündert und dies nachträglich mit einer behaupteten Universalität ästhetischer Werte gerechtfertigt.

Eine Diskussion darüber, wie der Austausch zwischen den Kulturen denkbar ist und ob die existierenden Institutionen diesem Austausch förderlich oder gar abträglich sind, hat erst in den vergangenen Jahren eingesetzt. Jean-Hubert Martins (Kurator von



„Magience de la Terre“) Frage, „Ist die zeitgenössische Kunst westlich?“, bringt die tiefste und folgenreichste Streitfrage unserer Zeit auf den Punkt: Gibt es eine Globalkultur, in die eine Weltkunst eingeschrieben werden könnte, die nicht nur Peripherie des anglo-amerikanischen Imperiums wäre? Oder ist mit Weltkultur, wie der Kunstkritiker Thomas McEvilly schreibt, wiederum nur „die fast autistische Reflexivität der Beziehungsformen westlicher Zivilisationen: zum kulturell Anderen“ gemeint?

Bislang sind sämtliche Großausstellungen von Weltkunst genau daran gescheitert. Die wegen ihres einseitigen „Universalismus“ heftig umstrittene Ausstellung des Museum of Modern Art (1984) „Primitivism in the 20th Century Art“ und die wegen ihrer unverhohlenen Tendenz zur Exotik nicht weniger kritisierte Nachfolgeausstellung „Magience de la Terre“ 1989 im Centre Pompidou der Kunst der „Anderen“ das Herz aus dem Leib gerissen. Jetzt blickt die Kunstwelt gespannt auf die kommende Documenta in Kassel, die heuer erstmals von einem Afrikaner kuratiert wird. Okwui Enwezor, gebürtiger Nigerianer, US-Amerikaner hat im Vorfeld verlauten lassen, dass es ihm nicht darum gehe, die größte, schönste, beste Kunstaus-



von John D. Martin

Ein (anderer) Aufsatz über Globalisierung, Ausbeutung, Ethnohistorie... und das Andere (das sich nie zeigen will, und das fast niemand mehr ernst nimmt)

stellung der Welt zu konzipieren. Die Documenta soll die ökonomischen, sozialen, kulturellen Prozesse der Globalisierung beobachten, einen kritischen Diskurs im Zeichen einer „Ethik der Wachsamkeit“ entfalten. Wie Najafi polemisiert er gegen das Prinzip Gugenheim; setzt das Klistier an der „zu engen Verzahnung von Kunst und Kommerz“ an und fördert ein mündiges Kunstpublikum, „das die intellektuellen Werkzeuge einer Kunstkritik selbst in Händen hält“. Enwezors Ansatz ist im Kern optimistisch. Globalisierung sieht er nicht nur als abhängige weltweite Nivellierungsbewegung, sondern auch als eine Quelle kultureller Bereicherung, wie es beispielsweise die Kunst der Neunziger Jahre pflegte, in der Hybridität und Verschmelzung der Kulturen zum Qualitätsmerkmal geworden ist.

Ähnlich wie der Globalisierungstheoretiker David Harvey sieht er Globalisierung nicht als linearen und homogenisierten Siegeszug einer immer einheitlicheren Kultur, sondern als Prozess, der stets aufs Neue Differenzen in die Landschaft einschreibt. Das beste Beispiel dafür liefert ihm die Kultur Afrikas, die im Prozess der Dekolonisation auf exemplarische Weise geprägt ist von der Ambivalenz zwischen Aneignung der europäischen Kultur und ihrer afrikanischen Neuinterpretation; zwischen Gebrauch und Ablehnung des westlichen Modernismus.

Im Kampf zwischen globaler - globalisierter, zur Ware gemachter - Kultur einerseits und lokalen Kulturen im anthropologischen Wortsinn andererseits, ist Kunst ein Gegenentwurf zur totalen Vergegenständlichung, zum bloßen Funktionieren, oder wie es der Theoretiker Charles Esche nennt: Kunst ist „engagierte Autonomie“ in Zeiten des Neoliberalismus. Daran ändern alle Ambivalenzen nichts.

Henrich Schwazer ist Chefredakteur der neuen Südtiroler Tageszeitung

Ein Vorwort

Um einigen Missverständnissen gleich vorweg entgegen zu wirken, möchte ich folgende Anmerkungen machen: Das ist kein üblicher Aufsatz, weder von der Form, noch vom Inhalt her. Mein Ziel war/ist es nicht, einen schönen, logisch nachvollziehbaren Aufsatz zu schreiben, sondern einem Gedankenstrom, der innerhalb weniger Augenblicke über mich gekommen ist und sich der Kraft der Analogie bediente, Ausdruck zu verleihen. Mögen auch einige Übergänge verwirrend wirken oder einige Passagen nach einer Wiederholung aussehen, so liegt dies durchaus im Sinne eines gewissen Zugangs zur Wirklichkeit. Die aufmerksamen LeserInnen, hauptsächlich jene, die das Geschriebene mit der eigenen Gedanken- und Gefühlswelt konfrontieren, werden aber sicher trotzdem einen „roten Faden“ ausfindig machen. Es ist allerdings klar, dass jene Menschen, die selber ähnliche Gedanken hegen und sich mit ähnlichen Dingen beschäftigt haben oder beschäftigen, einen kleinen Vorteil haben. Und noch etwas: Es ist nicht nur absolut Nichts, auch nur annähernd ironisch, sondern vielmehr jedes einzelne Wort todernst gemeint. Denn nur wenn ich mit einem Todesernst (also mit der Ernsthaftigkeit, mit der man dem eigenen Tod entgegengehen sollte) mir die Welt ansehe, kann ich deren (und somit meine eigene) wunderbare, heitere Zwecklosigkeit erkennen, was gleichzeitig bedeutet, Gott zu erkennen.

Wenn ich es schaffe, ein wenig Verwirrung, die ja ihrerseits fast automatisch nach verschärfter Einsicht verlangt, in den Köpfen der LeserInnen zu stiften, so habe ich mein Ziel erreicht.

Lasst uns beginnen!

Unsere Zeit ist nicht viel anders als jene Epoche, die Hermann Hesse in seinem Buch „Das Glasperlenspiel“ so treffend als das „feuilletonistische Zeitalter“ beschrieben hat. Und Zarathustras Fasel vor dem Nihilismus scheint auch noch nicht überwunden zu sein, vielleicht hat er sich (der Ekel) noch gar nicht entfalten können.

Globalisierung, ein Schlagwort jüngerer Datums. Dahinter verbirgt sich eine historische Realität, die ungefähr dann begonnen hat, als einigo spanische Seefahrer zum ersten Mal ihre Füße auf den Strand einer Karibischen Insel setzten. Wir schreiben das Jahr 1492. Wir könnten aber auch noch ein wenig weiter in die Geschichte zurück gehen, so ungefähr bis zu den Römern oder noch ein paar Jahrtausende weiter in die Vergangenheit und würden feststellen müssen: Menschen haben immer schon miteinander interagiert, ganz unabhängig von der Art und Weise. Man kann von der Ethnologie her wohl mit Sicherheit sagen, dass es nie eine homogen abgeschlossene „Kultur“, „Ethnie“, oder was auch immer gegeben hat und auch nie geben wird. Bereits der alte Konfuzius hat uns gelehrt, dass Menschen nur in





Beziehung zu anderen sein können. Und so gesehen ist die taoistische Einsicht, dass die Menschen einander nicht beachten sollen (d. h. man soll Menschen achten, aber nicht zu Objekten von Begierde machen, also nicht als etwas außerhalb von uns Seiendes sehen, also nicht in Klassifikationen drängen), da die Erscheinungen einander brauchen und sich deshalb gegenseitig zum Erscheinen bringen, der des Konfuzius gar nicht so entgegengesetzt.

Aber zurück zum Jahre 1492, wobei wir die Lehren eines Buddha oder eines Jesus Christus überspringen, zugleich aber anmerken, dass die Anliegen des letzteren völlig vergewaltigt wurden und zwar von genau jenen Menschen, die sich als Vertreter der christlichen Werte ausgaben. Das Besondere an diesem Jahr ist der Beginn einer neuen europäischen Herrschaft über den Rest der Welt, die bis heute angehalten hat; eine Herrschaft die mit der systematischen Zerstörung der damaligen Süd- und Nordamerikanischen Kulturen und Gesellschaften, sprich mit der Zerstörung von bestehenden Weltanschauungen und Gleichgewichten zwischen Mensch und Natur, mit dem Ziel die eigene „Neue Welt“ zu konstituieren, einherging. Um die Gewinne aus der Ausbeutung dieses Landes zu maximieren, war es aber notwendig billige Arbeitskräfte - sprich Sklaven - einzusetzen und diese wurden aus dem „unterentwickelten“ und „primitiven“ Afrika angeschafft. In den darauf-

folgenden Jahrhunderten konnten die Kolonialländer immer mehr Kapital anhäufen und ihre Macht über die gesamte Welt ausbreiten. Mit der zunehmenden Etablierung des Geldes, und der Entwicklung des Merkantilismus und später einer vom Bürgertum getragenen Industrie wurde schlussendlich die Möglichkeit gefunden die verarmten europäischen Frauen, Männer und Kinder, die nichts anderes mehr als ihre Arbeitskraft besaßen und anzubieten vermochten, auszubeuten.

Kurz gesagt: Für die Ethnologie ist die Globalisierung ein alter Hut; sie stellt die fünfhundert Jahre alte Geschichte der Bereicherung der „westlich-zivilisierten Welt“ auf Kosten aller anderen „Welten“ und der Entwicklung und Durchsetzung des Kapitalismus als dominierendes, zweckrational ausgerichtetes Interaktionsmusier zwischen Menschen dar.

Neu sind, seit einigen Jahrzehnten, ein steigendes öffentliches Bewusstsein für diese Tatsachen, die unter dem Schlagwort „Globalisierung“ subsumiert werden, sowie zunehmende Formen der Kritik und des Widerstandes gegenüber den noch immer bestehenden Machtverhältnissen und Ausbeutungsformen von Natur und Menschen. Damit einhergehend hat sich ein Medium wie das Internet in sehr kurzer Zeit von einem Privileg von wenigen, einflussreichen Personen zu einem unüberschaubaren, weltweiten Schauplatz von Information, Kommunikation, Organisation und Handel, sprich von zwischenmenschlichen Interaktionen entwickelt. Diese neuen „virtuellen Kultur-Räume“, in welchen z.B. Mitglieder verschiedener religiöser Bewegungen oder Angehörige einer bestimmten Gesellschaft und Kultur über weite physische Räume hinweg miteinander in Verbindung treten und neue Formen der Organisation finden, bilden das Forschungsfeld der Cyber-Anthropology.

Die Ethnohistorie positioniert sich hingegen anders, wobei sie quasi ein Gegenstück zur Cyber-Anthropology bildet. Es geht ihr primär darum, die noch immer brennenden Wunden, die durch den Aufmarsch des Kapitalismus aufgerissen worden sind und deren

Heilung nicht nur kaum voran kommt sondern scheinbar auch niemanden was angeht, aufzuzeigen. Gleichzeitig wird das eurozentrische Verständnis von Entwicklung und Geschichte hinterfragt, wobei man Impulsen aus der postmodernen Kritik folgend die Autorität ‚des Wissenschaftlers‘ als objektives Maß der Wirklichkeit, sowie seine Selbst- und Fremdwahrnehmung in Frage stellt und die Stimmen der Anderen (Kulturen und Gesellschaften) innerhalb eines kulturellen Dialoges zum erklingen bringen will. Und dies fordert natürlich auch die Bedeutung der weiblichen Sicht der Welt und des weiblichen Tun in der Welt zu erkennen und dementsprechend die Stimmen der Frauen, also eine feministisch orientierte Kritik, auf allen Ebenen der Wissenschaft zu integrieren. Um all diese Stimmen nicht im leeren Raum stehen zu lassen, wird versucht durch die Rezeption der Theorien Bourdieus das Wirken von Machtstrukturen in und deren Reproduktion durch das Handeln von Individuen sichtbar zu machen, wodurch eine Dekonstruktion der als selbstverständlich aufgefassten Geschichte ermöglicht wird. Dabei bildet die Diskurstheorie von Habermas, das Ideal einer kommunikativen Vernunft, die gegen sich selbst vorgeht und das Entstehen bzw. Nicht-Entstehen von Geltungsansprüchen nachvollziehbar macht, ein geeignetes Maß für die Kritik an der Ungerechtigkeit der bestehenden Machtverhältnisse. Unter Transkulturation meint die Ethnohistorie die Vermittlung zwischen den verschiedenen Kulturen und Gesellschaften in Hinblick auf eine nicht so ferne Wirklichkeit: die der *Weltgesellschaft*.

Wir wollen hier aber einen Moment innehalten und uns etwas anderem zuwenden, weil wir der Überzeugung sind, dass die bloße Beschäftigung mit den nunmehr immer stärker zersplitterten und zersplitternden akademischen Wissenschaften zu keiner rechten Selbstläuterung führt. Wir wollen unseren Blick kurz heben, weg von den empirischen Tatsachen in Richtung Selbsterkenntnis um eine Einsicht in die Zukunft zu versuchen. Dabei können uns z.B. die Astrologie sowie viele andere (Jahrtausende überlebende) holi-

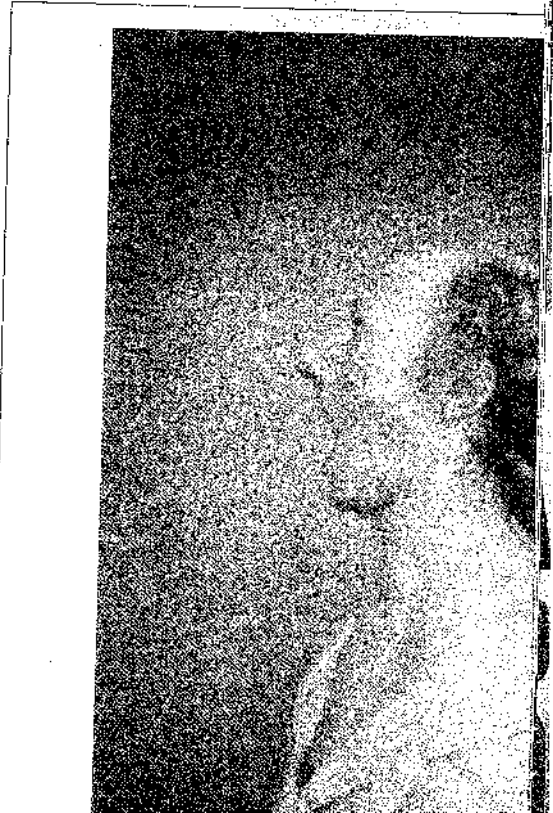
stische Wissenschaften aber auch verschiedene Religionen, welche die Dialektik zwischen Mikro- und Makrokosmos und das Wirken des Menschen darin begreifen, eine Hilfe geben, und es ist dies eine Hilfe die wir auch suchen und annehmen müssen.

Der bereits angesprochenen Astrologie zufolge, ist die Welt am 4. Februar 1964 (über das Datum gehen die Meinungen etwas auseinander) vom Erdzeitalter der Fische in jenes des Wassermannes getreten. Das ist ein wichtiger Übergang da zugleich das alte, alle vorhergehenden Erdzeitalter beherrschende Ideal der Bekenntnis von dem der Weisheit abgelöst wird. D. h. die Menschen werden in Zukunft nicht mehr die Bekenntnis einer bestimmten Ideologie, einer bestimmten Religion oder der eigenen Blutsverwandtschaft, der eigene Nation... gegenüber suchen, sondern das Erlangen von Weisheit, die urchenste Selbstverwirklichung in den Vordergrund stellen. Und das Sternzeichen des Wassermannes lehrt durch seine Eigenschaften diesbezüglich, genauso wie die Figur des Bodhisattva in einem anderen Zusammenhang, dass dies nur zusammen mit den Anderen möglich ist. Der Wassermann liebt die Entfaltung der eigene Individualität, aber nur in Hinblick darauf dass er die Individualität aller Menschen, ja, der gesamten Erscheinungen der Welt anerkennet und diese auch verwirklicht sehen möchte. Das Zeitalter des Wassermannes soll insofern jenes Zeitalter werden, in welches die verschiedenen Kulturen und Gesellschaften ein harmonisches, von Respekt getragenes Leben miteinander und der Natur finden werden; die Weltgesellschaft scheint zum Greifen nah und der jetzige Weltzustand hingegen widersprüchlich zu sein; aber die Astrologie ist vorsichtig und weise, wir haben durchaus zweitausend Jahre Zeit. Was wir aber sofort tun sollten, ist uns selbst zu fragen, inwieweit wir von irgendeiner Art Bekenntnis oder der Suche danach abhängig sind.

Wir kommen somit zu meinem zentralen Anliegen: zur Religion. Denn keine Kritik an dieser entzauberten, spirituell vorgewaltigten, im Grunde völlig irrationalen, weil verblödeten Welt kann

fundamentaler sein, als die der Religion. Und kaum etwas ist heutzutage notwendiger als ein neues religiöses Verständnis, besonders im Hinblick auf den massiven Missbrauch dem die Religionen der Welt in den letzten Jahrhunderten unterlegen sind und der heutigen, bedrohlichen Sinnentfremdung der menschlichen Existenz. In einer globalisierten Weltgesellschaft kann es aber eben keine bestimmte Religion mehr geben, keinen persönlichen, theistischen Gott, keine auserwählten Völker oder verheißene Länder und Paradiese. Eine solche Gesellschaft schreit aber geradezu nach Religion, nach vielen Religionen, so viele wie es nur Menschen gibt. Denn Religion ist die aufrichtige Suche nach Weisheit, und Weisheit zeigt wie der Mensch in der Welt eingebunden ist und wie seine Handlungen sich auf die Welt auswirken. Durch die Suche von sich selbst findet man auch die Welt und die Freiheit, die eigene und die der gesamten erscheinenden Welt, die aus sich seiend, in einer ewigen Verwandlung, in der Leere des Nirvana verharrt. Sich selbst finden, heißt Gott finden und dies bedeutet, die alles durchdringende Liebe zu finden, denn nur in der Liebe kann dieser unendliche Lebensschauplatz entstehen, bestehen und vergehen. Sich selbst finden, bedeutet alles Andere, alles Fremde und Uneigene als absolute Bedingung für die eigene Existenz zu erkennen und einen Schritt ins Leere zu tun, vom Ich zum Du, von einem persönlichen begrenzten und begrenzenden Bewusstsein zu einem überpersönlichen, die Schranken einer konstruierten Ich-Welt transcendierenden Bewusstsein. Der erste Schritt in der Religion ist ein ethischer: nicht Ich, Du. Religion ist gelebtes Leben und dies ist wiederum die Gewissheit, im Leben dem Leben gerecht und Leben fördernd gelebt zu haben. Religion ist das Wissen um die Verantwortung, die wir als göttliche, also selbstreflexive Wesen uns selbst, unseren Mitmenschen und der Welt gegenüber haben. Und eine Weltgesellschaft, wie sie in so manchen Köpfen schon Gestalt angenommen hat, braucht Gerechtigkeit, Leben und Verantwortung, am besten jene der antiken Religion.

Einen solchen Schritt zu tun, zurück zur Religion, der ursprünglichen schöpferischen Kraft, ist wie der Schritt vom Menschen zum Übermensch, ein Schritt den Nietzsche als notwendig sah, den aber Zarathustra nicht zur Gänze zu tun vermochte. Genau so wie Nietzsche selbst sich schlussendlich als Philosoph gescheitert sah und „nur“ einen Dichter nannte. Nietzsche war eben nicht in der Lage mit der Rückkehr zum Willen zur Macht auch endgültig von der Philosophie in die Religion zu schreiten, welche die Philosophie nicht aussonderte, sondern ein- und abschließt. Denn der Mensch der Übermensch werden will kann das nie alleine tun, sondern nur im Einklang mit der ständig fließenden Welt und den nach Geltung und Bestand verlangenden Erscheinungen in ihr; er ist kein einsamer Held, sondern nur ein etwas stärker leuchtendes Licht im Meer der Lichter, ein solcher Mensch muss unweigerlich von seinem individuellen Bewusstsein in ein überindividuelles, unpersönliches treten. Und auch wenn man dabei gleichwohl in die Leere tritt so sieht man doch nichts als den Zusammenhalt des seiend-werdenden Kosmos, nichts als ein bedingungs- und zweckloses, heiteres Spiel der ständig entstehenden, ständig vergehenden Erscheinungen, nichts als alles durchdringende Liebe. Ein solcher Mensch kann nicht anders als eine Hilfe für den Rest der Welt sein, weil die Welt will, dass



er Übermensch wird und ihn als solchen braucht. Ich möchte an dieser Stelle kurz darauf verweisen, dass wir auch den Fall unserer Sprache entgegenkommen müssen: der Übermensch ist stets auch und hauptsächlich „Übermenschin“.

Hesse hat die Dekadenz dieser Welt nicht minder intensiv wahrgenommen als Nietzsche, aber er hat im Endeffekt den weiteren Schritt gemacht: Der Magister Ludw. Joseph Knecht stirbt in einem zu intensiven Lebensanfall, sein Leben vollendet sich aber in seinen imaginierten Lebensläufen (Lebenslauf des Regenmachers, des Reichtvaters und der indische). Siddharta hingegen ist tatsächlich ein Vollendeter; er ist der Gesetzlose, Bekenntnislose, immer schon Gewesene und Vergangene, unermesslich Gute, im Zerfließen der Welt Verharrende, jener der alles Suchen und Finden aufgegeben hat. Er ist tatsächlich ein Übermensch.

Wir sind heutzutage so geschäftig, ständig dem Zwang der Arbeit unterworfen, die seitens unserem spirituellem Wachstum dient, sondern der Überfütterung eines bereits gesättigten Systems, das nur auf Horten aus ist und nichts hergibt, keinen Tropfen Blut, keinen Augenblick unschuldiger, seliger, heiliger und heilender Ekstase und ähnlich einer anfangs nahrhaften Salzlösung langsam (durch zu viel Salz und zu wenig Wasser) zu einem unnutzen Klumpen wird, der einem Nierenstein gleich, bei dessen Vernichtung und Ausscheidung, auch heftige Widerstandsversuche leistet und Schmerzen zufügt. Und was für törichte Versuche gemacht werden: Zeugt es nicht von selbstsüchtigster Zielstrebigkeit, und ist es nicht im höchsten Maße anmaßend, demutlos und unerträglich stumpf, Geld in die Erforschung über die Möglichkeiten der Besiedlung vom Mars zu stecken, während man gleichzeitig diese lebendige Erde zu Grunde richtet und die Menschen in einem sinnlosen - d. h. aussichtslosen - Konkurrenzkampf wirft, wobei es zunehmend mehr (in Wirklichkeit aber immer schon) ein Kampf zwischen Verfressenen und Ausgehungenerten (gewesen) ist?

Globalisierung muss und will mehr sein als die Bestätigung der freien Markt-

wirtschaft als beste, weil natürlichste Wirtschaftsform. Wenn wir wirklich innerhalb der nächsten Jahrhunderten und -tausenden eine harmonische *Weltgemeinschaft* oder -gesellschaft erleben möchten, dann müssen wir jetzt einen - zumindest kleinen - Schritt von uns weg machen, um der Begognung des Fremden, des Anderen außerhalb und innerhalb von uns entgegenzugehen. Wir müssen es wagen das Gegebene nicht als gegeben hinzunehmen, Kultur und Fortschritt nicht als ein unbedingtes Gut (sprich Eigentum) zu sehen. Wir müssen mit der rechten Wissenschaft - d. h. der rechten Sicht der Welt - und dem rechten Glauben aus der Vergangenheit lernen, um die Gegenwart zu verbessern, im Hinblick auf die Zukunft und der Tatsache, dass wir selbst bald Vergangenheit sein werden und andere (unsere Kindes-Kinder z. B.) vielleicht einst auch von uns lernen werden müssen. Wir müssen insofern zumindest dafür sorgen, dass es überhaupt etwas gibt, was diese künftigen Generationen von uns lernen können. Wir haben die Aufgabe einen entscheidenden Schritt zu machen, weg von der Begierde Kapital (welcher Art auch immer) anzuhäufen, um der unnutzen Verschwendung von Leben und der ungleichen Verteilung von Macht entgegen zu wirken. Wir müssen den Wunsch nach Bekenntnis, die uns wie ein treues, wohliges Heim anlockt, aufgeben und Weisheit, die nie und nimmer irgend ein Besitz oder ein bestimmtes kulturelles Gut darstellt, zu unserem höchsten Ziel machen. Dies alles sind zutiefst religiöse Schritte, die wir irgendwann - aber möglichst bald - machen werden müssen, damit eine reale, globalisierte *Weltgesellschaft* sich auch nur annähernd verwirklichen kann. Globalisierung und Religion stehen sich eben nicht widersprüchlich gegenüber (das ist das was man uns glauben machen will). Was wirklich unvereinbar ist, ist die Lust zu Leben, sich als lustvoller Träger von Leben zu wissen, und eine Gesellschaft wie diese, in welcher Kinder im *Krankenhaus* geboren werden und die einzig wirklich erlaubte Lust eine vorgeschriebene ist, die alles verschlingen, besitzen und verbrauchen will und uns als brave Konsumenten im System einordnet.

Ich will hier eine letzte Frage stellen: Sind wir überhaupt (wenn wir zu uns aufrichtig sind) noch in der Lage uns am Leben zu fühlen, ein spirituelles Kitzeln zu spüren ohne uns gleichzeitig als Konsumenten in einer Konsumgesellschaft zu entdecken? Das Finden einer Antwort sei euch allen selbst überlassen!

Bibliographie

Mit der Ethnologie (Kultur- und Sozialanthropologie) beschäftige ich mich seit relativ kurzer Zeit. Vieles aus dem oben Genannten entstammt dem direkten Vorlesungsbesuch (an der Uni. Wien). Ich kann trotzdem folgende Bücher angeben:

Als allgemeine Einführungen in den Beschäftigungsbereich der zeitgenössischen Ethnologie: Günther, Andre: *Eskandungen: Themen der ethnologischen Forschung*. Böhlau, Wien et al. 1998. Borofsky, Robert (Hg.): *Assessing Cultural Anthropology*. Mc Grow Hill, New York 1994. (Darin vor allem die Beiträge von Maurice Bloch, Claudia Strauss und Naomi Quinn zur kognitiven Anthropologie.)

Zur Ethnohistorie: Wernhart, Karl R./Zips, Werner: *Ethnohistorie: Rekonstruktion und Kulturkritik. Eine Einführung*. Promedia, Wien 1996. Zips, Werner: *Theorie einer gerechten Praxis oder: Die Macht ist wie ein Ei*. WUV, Wien 2002.

Zur Astrologie: Das hier Erwähnte lehnt sich an einen Wiener Vortrag des Religionsphilosophen Arnold Keyserling. Seine Bücher und diejenigen Wilhelmine Keyserlings würden erhellenden Aufschluss zum Thema Astrologie-planetarisches Bewusstsein-Mensch geben. Die meisten wurden vom Verlag der Palme verlegt, der aber zur Zeit stillgelegt ist.

Mit dem Konfuzianismus und dem Taoismus habe ich mich hauptsächlich im Rahmen einer Vorlesung von Werner Gabriel am Institut für Philosophie beschäftigt. Zu einem Vergleich von Taoismus und Buddhismus siehe Isabel Robin: *Die Geschichte des Tao*.

Möglichkeiten, um sich mit nicht konfessioneller Religion zu beschäftigen, gibt es zur Genüge. Ich würde an dieser Stelle besonders ein Buch hervorheben:

Göng, Peter: *Lautrischer Buddhismus: experimentelle Mystik - radikale Sinnlichkeit*. Tectus Verlag, Berlin 2001.

Nachtrag gerügt haben mich persönlich die Vorzüge und Schriften des Swami Vivekananda über Karma-Yoga/Dhuti Yoga, Raja-Yoga und Jnana-Yoga, die in der Reihe esoterischer Taschenbücherei des Verlages Hermann Bauer erschienen sind. Das Lesen dieser Bücher führte mich zum ersten Mal zu einer komplett neuen Erfahrung und Aufwertung meiner eigenen Religiosität.

John Daniel Martin, geb. 1978, Mitarbeiter an verschiedener Ausstellungsprojekten in Genoa, Münster und Bozen. Veröffentlichung des Photobandes „Diversiballtrá“. Student Ethnologie in Wien.

la politica liberista del governo berlusconi

Il libro bianco sul lavoro del ministro Maroni è un'attacco devastante allo statuto dei lavoratori e delle lavoratrici [1]. Nell'ottobre del 2001 il ministro Maroni ha presentato il cosiddetto „libro bianco“ sul lavoro, documento che riassume la politica del lavoro che la maggioranza parlamentare intende attuare.

Subito è iniziato un confronto-scontro fra sindacati e governo sulle questioni centrali avanzate nel documento, in particolare la revisione dell'articolo 18 dello statuto dei lavoratori, norma che disciplina i licenziamenti senza giusta causa. Lo scopo dichiarato è quello di mettere in chiaro su quali direttrici ci si intende muovere. I problemi a cui si vuol dare risposte sono sempre gli stessi: come abbattere i costi del lavoro, siano essi diretti (salari) e/o indiretti (tasse e contributi) e come consentire al padronato di avere mano libera nel mercato del lavoro per consentirgli a seconda della congiuntura economica, e per il tempo strettamente necessario, di poter disporre di tutta e solo della forza lavoro strettamente necessaria, il che vuol dire libertà di assunzione e di licenziamento. La filosofia di questo libro bianco è quindi la stessa di quello presentata dalla Confindustria nel marzo scorso, cioè quella della deregolamentazione generale del mercato del lavoro e della marginalizzazione del ruolo dei sindacati.

Per affrontare questi problemi una delle indicazioni nel libro bianco è quella di superare lo schema della contrattazione nazionale e si ipotizza una

Attraverso il libro bianco del ministro Maroni il governo della „Casa delle Libertà“ lascia intravedere il suo progetto di un'Italia Spa, nella quale il padrone può assumere e licenziare liberamente lavoratrici e lavoratori privi di diritti. Con ciò Berlusconi realizza la sua interpretazione delle antipolitiche neoliberiste, rivelandosi fedele seguace di un'ideologia che ha come fine ultimo la „libertà“ del profitto globale.

riforma federale del lavoro. Si propone il superamento dello statuto dei lavoratori per trasformarlo nello statuto dei lavori. Di conseguenza vengono previste varie forme di flessibilità aggiuntiva: il contratto individuale, il contratto definito „intermittente“, quello a progetto, salari differenziati tra nord e sud, un uso più flessibile del part-time, fino al leasing di mano d'opera. Viene poi previsto un ricorso sempre più massiccio all'arbitrato, per ridurre al minimo il ricorso alla magistratura in caso di licenziamenti: in sostanza si vuole adottare una profonda rivisitazione del mercato del lavoro e del suo ordine giuridico. A far quadrare il cerchio della proposta c'è il superamento della concertazione [2], considerato uno strumento obsoleto. Ma detto questo cerchiamo di entrare meglio nei particolari.

Sulla flessibilità del rapporto di lavoro

Si vuole lasciare mano libera alle imprese nella gestione della forza lavoro acconsentendo tutte le più inimmaginabili forme di assunzione precaria.

Alessandro Cianca

Leggendo il libro bianco si intuisce che le varie tipologie di lavoro precario già esistenti e prodotte con i governi di centro sinistra (contratti a tempo parziale, interinali, temporanei) siano ormai obsolete e siano servite solo a aprirsi a questi ulteriori attacchi al rapporto di lavoro incentrato sul tempo indeterminato. Si promette di voler eliminare quegli ostacoli normativi che ancora rendono complicato l'utilizzo delle tipologie contrattuali flessibili. Vediamo in sintesi quali:

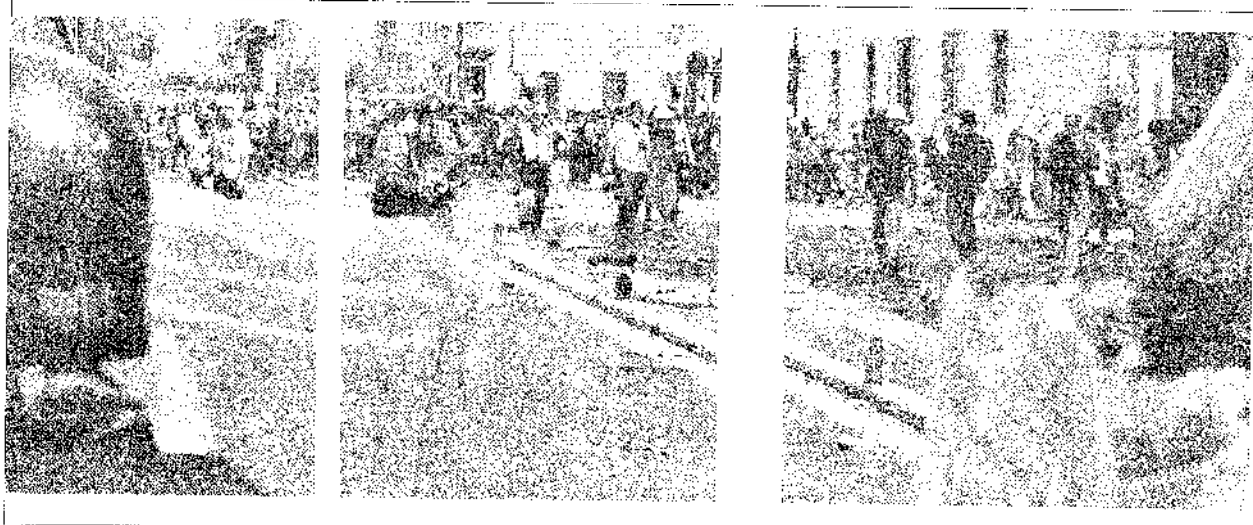
1) Il „lavoro intermittente“ prevede un compenso minimo da dare al lavoratore semplicemente in base della sua disponibilità a farsi chiamare al lavoro qualora il padrone ne avesse necessità.

In altri termini in cui comunque, anche se solo sulla carta, sono previste delle tutele (malattia, ferie, ecc.). Oggi con questo tipo di contratto in cui il lavoratore non ha un rapporto in forma subordinata, anche quelle poche tutele non sarebbero applicate.

Si vuole inoltre allargare la possibilità di stipulare i „contratti individuali“ che vengono presentati come un elemento di affermazione della libertà individuale che oggi sarebbe gravemente ingabbiata dal peso della contrattazione collettiva e dallo strapotere dei sindacati. Si fa finta di dimenticare che oggi i contratti individuali sono già possibili, tant'è che in sede individuale si può tranquillamente derogare al contratto collettivo, ma lo si può fare solo in una

un'agenzia specializzata per un tempo circoscritto, viceversa con lo staff leasing si potrebbero affittare in blocco interi gruppi di lavoratori, al limite anche tutto il personale di un'impresa, o non per esigenze di carattere temporaneo, bensì a tempo indeterminato.

Se ad esempio un imprenditore decide di mettere in piedi un'impresa di consistenti dimensioni, deve mettere in conto il rispetto della legislazione del lavoro. Ricorrendo invece al sistema dello staff leasing, potrebbe permettersi di assumere 4 o 5 lavoratori e poi affittarne 500 rimanendo titolare del rapporto di lavoro solo con quei 4 o 5 e avendo mano libera di lasciare a casa ognuno degli altri non essendo questi suoi dipendenti. Lo statuto dei lavora-



La retribuzione reale sarà percepita solo quando si lavora effettivamente. Il principio del lavoro intermittente è chiarissimo: consentire al padrone di tenere il lavoratore sul posto di lavoro solo nel momento in cui è possibile esercitare su di lui il massimo dello sfruttamento per poi dargli una misera quando non serve.

2) Un'altra „bella idea“ è quella del „lavoro a progetto“ cioè di una sorta di lavoro autonomo parasubordinato in cui si concordano individualmente tempi e qualità della prestazione e in base al loro raggiungimento si è pagati. Si tratta di un peggioramento dei con-

Alessandro Cianci nato a Roma il 26-4-1974, reside in Milano, vive a Olevano Romano dove pratica la professione di insegnante (preparato) di materie letterarie nella scuola media. Collabora da qualche anno come volontario con l'ADG SCR.

direzione, cioè verso l'alto con regole più favorevoli ai lavoratori di quelle poste dal contratto collettivo. Quello che si vuole quindi è che i contratti individuali possano peggiorare le condizioni stabilite in sede collettiva. In altre parole si vuole creare una concorrenza al ribasso tra lavoratori.

Questa proposta costituisce un elemento reazionario senza precedenti nella storia del movimento operaio degli ultimi 50 anni.

3) Si vuole introdurre inoltre il cosiddetto „staff leasing“, un modo di gestione del personale che non esiste in nessun paese dell'Europa continentale, esiste solo negli USA. È una forma allargata e peggiorata di lavoro interinale: il lavoro interinale consente di dare in affitto un lavoratore da parte di

tori verrebbe in questo modo trasformato in carta straccia.

Negli USA questo sistema funziona senza particolari controindicazioni perché comunque tutti possono licenziare liberamente, in Italia questo comporterebbe uno scardinamento delle regole esistenti del mercato del lavoro conquistate con dure lotte dai lavoratori. Pertanto l'azione sindacale in questa impresa sarebbe impossibile in quanto il titolare non è titolare dei dipendenti che lavorano in quella azienda.

4) Lo statuto dei lavoratori, Maroni, senza dirlo chiaramente intende superare nei fatti la legge 300. L'idea che muove il tentativo di riforma dello statuto dei lavoratori è quella del livellamento verso il basso delle tutele. Si

dice infatti che si vogliono dare tutele a chi non ne ha riconsiderando le tutele di chi ce le ha. In realtà l'effetto pratico sarebbe soltanto quello di abbassarle perché agli altri si darebbero tutele inapplicabili. Una particolare attenzione merita inoltre l'artificio che sta per essere parodiato per veleggiare le cause che hanno al centro il reintegro dei lavoratori ingiustamente licenziati. Insomma le questioni dell'articolo 18 e dell'arbitrato.

Non si vuole toccare formalmente la norma dell'articolo 18 ma la si vuole sterilizzare sul piano del diritto processuale, rimettendo le eventuali controversie in materia di licenziamento non più ad un giudice ma ad un arbitro (un collegio la cui composizione ancora non è ben chiara) consentendo all'arbitro qualora il licenziamento non fosse giustificato, di condannare l'impresa non al reintegro del lavoratore ma a corrispondergli un risarcimento. Oltre tutto questo risarcimento non sarebbe commisurato secondo i criteri del diritto comune (in rapporto effettivo con il danno subito) ma secondo criteri forfettari.

Il meccanismo dell'arbitrato ha serie possibilità di entrare nella giurisdizione del lavoro in quanto ha già fatto breccia nelle discussioni che la Cisl e la Uil hanno iniziato al loro interno, tant'è che si conoscono già delle proposte su cui questi sindacati chiedono di trattare con il Governo, pur affermando a livello di principio di essere fermi nella difesa dell'articolo 18 dello statuto dei lavoratori, che tra l'altro è bene ricordare, la sua abrogazione è stata respinta da un referendum popolare (anche se il quorum non fu raggiunto). Se anche il tutto finisse in questo modo (cioè coabitazione dell'articolo 18 con gli arbitri) l'articolo 18 sarà sempre meno difendibile perché la legislazione sarà sempre più flessibile e quindi cresceranno le possibilità date al datore di lavoro di giocare molto su quelle che sono le condizioni del rapporto di lavoro, e chiaramente, dall'altra parte, diventerà molto più complicato per il lavoratore riuscire a tutelare in sede di contenzioso i suoi diritti. Si ridurrà drasticamente, quindi il ricorso alla magistratura da parte del lavoratore licenziato che avrà la netta

sensazione di essere sconfitto in partenza.

Il lavoratore sarà spinto non a chiedere il rispetto di un suo diritto quanto invece a cercare di salvare il salvabile, sperando di recuperare quanto più possibile sotto forma di denaro. Ma anche se fosse operativo l'arbitrato, e la logica del risarcimento in soldi, il lavoratore sarebbe comunque scarsamente tutelato in quanto in Italia non esiste una legge sulla rappresentanza che in qualche modo deve regolare lo stesso arbitro.

Vi sono poi altre questioni affrontate sul libro bianco che vanno dalle pensioni alla riforma della contrattazione, dalla democrazia economica al federalismo del lavoro, dal lavoro a part-time alla revisione del diritto di sciopero, tutte affrontate seguendo la medesima filosofia delle agevolazioni alle imprese e della precarizzazione del mercato del lavoro.

Il libro bianco sul lavoro - insieme alla depenalizzazione del falso in bilancio, alla norma che favorisce il rientro dall'estero dei capitali esportati illegalmente, all'abolizione della tassa di successione anche per i redditi più elevati, al conferimento del permesso di soggiorno agli immigrati solo a patto che abbiano un contratto di lavoro, ai tagli alla scuola pubblica e alla sanità con la reintroduzione di ticket sui farmaci in alcune regioni guidate dal polo - caratterizza fortemente in senso conservatore e liberista il governo Berlusconi. Governo dei ricchi contro i poveri. Come stupirsi d'altronde... il "cavaliere" fa l'interesse suo e della sua cricca di amici, usando l'ideologia di Ronald Reagan e Margaret Thatcher, di Friedrich von Hayek e Milton Friedman, dei quali lui e il ministro della difesa si dichiarano seguaci.

Note

[1] Il contenuto della legge 10 maggio 1970, n. 301 promulgata a coronamento di un intenso movimento di lotta politica e sociale volte a garantire il rispetto delle libertà costituzionali nella rielaborazione del rapporto di lavoro. Tutela la libertà sindacale dei lavoratori e impone il reintegro del lavoratore licenziato senza giusta causa giustificato motivo, ovvero integrato per "arbitrarietà ideologica".

[2] "Metodi" che prevede il ricorso in governo e parti sociali (sindacati confindustriali) sulle politiche che riguardano il lavoro.

Australien

Überall gibt es Widerstand gegen rassistische Praktiken. So in Australien, wo das System der Zwangsinternierung von AsylwerberInnen angewendet wird. Im Jänner befanden sich erst in Woomera ca. 300 Flüchtlinge in Hungerstreik, später schlossen sich Leute aus drei weiteren der insgesamt sechs australischen Internierungslager an. In zahlreichen Städten gab es Solidaritätsdemos. In Melbourne drangen Anfang Februar im Rahmen wöchentlicher Kundgebungen AktivistInnen in das Internierungslager Marybyrnong ein und besetzten dies kurzfristig. So hatten sie Gelegenheit, mit den InsassInnen Kontakt aufzunehmen. Erwähnt sei hier vor allem auch die "Refugee Solidarity Tour", die unterwegs zu den sechs australischen Internierungslagern ist. Ähnlich wie bei der Volkstheaterkarawane ist die Reise via Tourtagbuch im Internet zu verfolgen, siehe (www.rac-vic.org/ostour/maintour.html) von noborder-AktivistInnen (www.woomera2002.com)

Drechsel P./Schmidt B./Götz B., *Kultur im Zeitalter der Globalisierung*, IKO, 2000
 Mit der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Globalisierung werden bestehende Deutungsmuster und Theorien in Frage gestellt. Im Buch wird über ein neues Kulturkonzept, über die Ansätze des radikalen Konstruktivismus, die Kultursociologie der Globalisierung und über die transversale Vernunft des Philosophen Welsch diskutiert.

Bennhold-Thomsen V./Mies M., *Eine Kuh für Hillary*, Frauenoffensive, 1997
 Das Buch präsentiert einen alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwurf: die Autorinnen setzen dem kapitalistischen Patriarchat eine ökofeministische Perspektive entgegen.

Centro nuovo modello di sviluppo, Guida al consumo critico, E.M.I., 2000
 Una guida sulle scelte di acquisto, affinché in questa epoca di globalizzazione la spesa non favorisca „crimini“ quali la modificazione genetica, lo spostamento della produzione dove sia ancora possibile lo sfruttamento di uomini e bambini, la distruzione dell'ambiente.

Daly H. E., *Wirtschaft jenseits von Wachstum*, Anton Pustet, 1999
 Daly analysiert, wie Wachstum ökonomisch funktionieren kann, welche politischen Instrumente es dazu braucht und wie religiöse und ethische Kräfte Einfluss darauf nehmen.

Mayer L., *Ausstieg aus dem Crash*, Publik-Forum, 1999
 Die Grundlagen unserer menschlichen Existenz werden durch die „Lebenserhaltungssysteme“ unseres Planeten zerstört. Mayer schlägt eine radikale Lösung vor.

Galtung J., *Die andere Globalisierung*, Thomas Dominikowski Agenda Verlag Münster, 1998
 Galtung behandelt die Leitbegriffe Frieden, Konflikt, Entwicklung und Kultur und setzt sich mit den zentralen Bereichen der internationalen Politik und Friedensgestaltung auseinander. Zur Sprache kommen Themen wie die Problematik des Militärs im Übergang, die Aufgaben von Friedenspolitik sowie die Rolle der Religionen.

Becker J./Hartmann D. M./Huth S./Möhle M., *Diffusion und Globalisierung*, Westdeutscher Verlag, 2001
 Bisher wird der Globalisierungsdiskurs von politischen, ökonomischen, kulturellen oder technischen Gesichtspunkten bestimmt. Fundierte soziologische Analysen finden sich eher selten. Im Buch werden drei empirische Fallstudien (Migration, Klimawandel und Aids) über die wechselseitige Beeinflussung von Industriegesellschaften und überstaatlichen Strukturen dargestellt.

Chossudovsky M., *La globalizzazione della povertà*, Edizioni Gruppo Abele, 1999
 L'autore mostra le radicali trasformazioni avvenute nella struttura dell'economia globale sin dai primi anni Ottanta e le conseguenze di un nuovo ordine finanziario che si fonda sulla povertà o sulla distruzione dell'ambiente, che genera discriminazioni sociali, che favorisce il razzismo e i conflitti etnici e che annulla i diritti delle donne.

Mayer L., *Ein System siegt sich zu Tode*, Publik-Forum, 1997
 „Die Bewohner und Nutznießer der industrialisierten Welt sitzen in einem Luxusbus, der mit hoher Geschwindigkeit auf einen Abgrund zurascht. Es ist absolut verboten anzuhalten. Es kann ungemütlich eng werden, weil noch viele einsteigen wollen. Die Vorräte können knapp werden, wenn wir sie mit vielen anderen teilen müssen...

Valer A., *Bilanci di Giustizia*, E.M.I., 1999
 Bilanci di Giustizia ha ideato una rete di collegamento che in un anno ha permesso a 300 famiglie di risparmiare circa 2 milioni l'anno rispetto a una famiglia italiana media (dati ISTAT). Le famiglie attuano scelte di consumo rispettose degli equilibri umani e naturali attraverso l'autoproduzione, la riduzione dei consumi, i consumi spostati, gli investimenti etici.

Die Gruppe von Lissabon, *Grenzen des Wettbewerbes*, Luchterhand, 1997
 Die Globalisierung der Wirtschaft hat eine fatale Wettbewerbsgläubigkeit entstehen lassen, die übersieht, dass freie Märkte die weltweit wachsenden sozialen, ökologischen, demographischen und beschäftigungspolitischen Probleme nicht lösen können. Das Buch versucht Wege aus der Globalisierungsfalle aufzuzeigen.

Gabriel L. (Hrsg.), *Die globale Vereinnahmung*, Brandes & Apsel, 1997
 Die globale Vereinnahmung zerstört die Familienstrukturen ebenso wie die Kultur der Solidarität. Expertinnen aus Lateinamerika und dem deutschen Sprachraum analysieren die politischen und ökonomischen Prozesse von Mexiko bis Chile und entdecken dabei, wie sehr sich der Widerstand gegen diese globale Vereinnahmung bereits ausgeweitet hat.

HAT ES JA

Wir machen...

Rich B., *Die Verpfändung der Erde*, Schmetterling Verlag, 1998

Rich dokumentiert, wie die Weltbank zunehmend einem sich global entwickelnden Widerstand gegen ihre Politik gegenübersteht. Dabei sucht er nach den Wurzeln: die Entstehung des universalen Glaubens an Entwicklung in der Geburtsstunde der Moderne

Komlosy A./Pamreiter C./Stacher I./Zimmernann S., *Ungerecht und unterbezahlt*, Brandes & Apsel, 1997

In Folge des Drucks globaler Konkurrenz nehmen gewerkschaftlich abgesicherte Arbeitsverhältnisse ab: während „das Kapital“ davon profitiert. Tragen die Lasten jene, die unterbezahlte Produktions- und unbezahlte Reproduktionsarbeit leisten. Das Buch beleuchtet diese Zusammenhänge aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

Centro Nuovo Modello di Sviluppo, *Nord Sud - predatori, preda e opportunisti*, E.M.I., 1995

Il libro si presenta come una guida alla comprensione e al superamento dei meccanismi che impoveriscono il Sud del mondo. In un unico volume vengono riunite tutte le ragioni per cui lo sviluppo è un'illusione o addirittura un incubo. Non solo vengono analizzati i meccanismi dell'ingiustizia, ma anche indicato in che modo ci si può opporre a questo disegno.

Rivista Italiana di Geopolitica, *I popoli di Seattle*, Gruppo editoriale L'Espresso, 03-2001

L'assedio di Genova, la mappa dei movimenti No-Global, le controstrategie ai governi e multinazionali.

Feldbauer P./Husa K./Pitz E./Stacher I., *Mega-Cities*, Brandes & Apsel, 1997

Der Beginn des dritten Jahrtausends verspricht die Zeit der Urbanisierung in den Ländern des Südens zu werden. Die hier versammelten Studien über afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Megastädte analysieren die unterschiedlichen Gründe, Verlaufformen und Tendenzen dieser Entwicklung, um die spezifischen ökonomischen, soziopolitischen und kulturellen Funktionen in globalen, nationalstaatlichem und lokalem Kontext zu erfassen.

Pamreiter C./Novy A./Fischer K., *Globalisierung und Peripherie*, Brandes & Apsel, 1999

Die Kehrseite der liberalisierten Wirtschaft heißt Fragmentierung und Peripherisierung. Globalisierung produziert ungleiche Chancen und erfordert hohe Anpassungsleistungen. Dies prägt das Leben der Menschen in Lateinamerika, Afrika und Asien entscheidend. Die Autorinnen und Autoren analysieren, wie die Einbindung der Peripherie in die Globalisierungsprozesse aussieht und welche politischen, sozialen, ökonomischen und räumlichen Konsequenzen sie hat.

Chomsky N., *War against people*, Europa Verlag, 2001

Schurkerstaaten sind die USA und ihre Verbündeten, die Menschenrechte ihr Vorwand. „Gegenspieler“ und Opfer, lautet die Grundthese dieses Buches.

Bascetto M./Caldiron G./Vecchi B./Fianta M., *La sfida al G8*, Manifestolibri, 2001

L'Italia e il „movimento dei movimenti“ prima e dopo le giornate di Genova. Background culturale, temi e nuove forme di lotta di un'onda d'urto che non riconosce confini.

Bové J./Dufour F., *Il mondo non è in vendita*, Feltrinelli, 2001

Sull'orizzonte della globalizzazione si profila un'inedita alleanza politica tra agricoltori, consumatori ed ecologisti, per rivendicare il diritto a una produzione alimentare più sana e più attenta all'uomo e alla natura. L'industrializzazione e modernizzazione dell'agricoltura devono sottostare al controllo della popolazione che in tutto il mondo si nutre dei prodotti della terra, ma che può anche globalmente difendersi con la forza delle piazze e della comunicazione mediatica.

Brocher J./Costello T., *Contro il capitale globale*, Feltrinelli, 2001

Globalizzazione è la parola chiave per capire come cambia l'economia mondiale. La globalizzazione capitalistica è un cambiamento epocale, ma è anche un processo senza regole, in cui la concorrenza provoca un livellamento verso il basso delle condizioni dei più svantaggiati. In questo libro viene spiegato come tuttavolta i movimenti locali, i gruppi di donne, agricoltori, ecologisti, i difensori dei diritti civili, le organizzazioni del Terzo Mondo e del movimento operaio possono ancora coordinarsi per contrastare l'espansione su scala planetaria dello strapotere della Nuova economia mondiale e costruire una rete transnazionale di „globalizzazione dal basso“, che tenga insieme le differenze.

Wallach L./Sforza M., *WTO - Tutto quello che non vi hanno mai detto sul commercio globale*, Feltrinelli, 2001

La WTO è la World Trade Organisation, istituita nel 1995, in cinque anni di attività ha promosso la globalizzazione mondiale dell'economia. Sottoscrivendo le regole della WTO, i singoli governi si consegnano nelle mani di un sistema finanziario e commerciale globale. L'istituzione politica, quando non è un'alleata, non è che una barriera commerciale da abbattere, un ostacolo alla massimizzazione dei profitti. In questo libro viene denunciato tutto quello che è già diventato un manifesto per i movimenti di base, ambientalisti e di difesa dei consumatori e delle consumatrici negli USA.

Lem S., **Riskante Konzepte**, Insel, 2001

Der Autor hört auf den Vorklang des Zukünftigen in unserer Gegenwart: Seine Argumentationswege vermitteln Erkenntnisse zu Evolution und technischer Entwicklung, zu Biotechnologie und „künstlicher Intelligenz“.

Werner K./Weiss H., **Schwarzbuch Markenfirmen**, Deuticke, 2001

Die politischen KonsumentInnen sind (noch) schlafende RiesInnen. Dieses Buch zeigt, wie man sie aufweckt. Es kratzt am Image der erfolgreichsten Marken in Deutschland, Österreich und der Schweiz und deckt auf, welche von ihnen am meisten Dreck am Stecken haben. Es zeigt aber auch, welche Macht die KonsumentInnen haben, um die Konzerne zu einer Änderung ihrer Geschäftspraktiken zu zwingen.

Ciotti L./Grillo B./Morelli S./Minà G./Zanotelli A., **Globalizzato sarà lei!**, E.M.I., 2000

Questo libro presenta gli interventi dei personaggi che hanno partecipato a „Globalizzato sarà lei!“, l'evento che si è svolto all'Auditorium di Milano il 16 giugno 2001.

Saiger H., **Die Zukunft der Arbeit liegt nicht im Beruf**, Kösel, 1998

Ein Zurück zur Vollbeschäftigung bei der Erwerbsarbeit wird es nicht mehr geben. Der Autor eröffnet in seinem Buch die Perspektive zu einer neuen BürgerInnengesellschaft, in der es Vollbeschäftigung, Wohlstand und Lebensqualität gibt.

Altwater E./Mahnkopf B./von Werthof C. et al., **Neoliberalismus Militarismus Rechtsextremismus**, Promedia, 2001

Das neoliberale Modell produziert GewinnerInnen und VerliererInnen. Was dieser Logik des weltweit verwertenden Kapitalismus entgegensezt werden kann, beantworten die AutorInnen aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Die Diagnosen der gesellschaftlichen Wirklichkeit und die von allen sechs AutorInnen diskutierten Alternativen können als Kern eines kritischen Diskurses betrachtet werden, der sich die Überwindung von Neoliberalismus, Militarismus und Rechtsextremismus zur Aufgabe gestellt hat.

Mies M., **Globalisierung von unten**, Rotbuch Verlag, 2001

Unbemerkt von der Öffentlichkeit wird seit Jahren das konzerngesteuerte neoliberale Wirtschaftsmodell durch Institutionen wie Weltbank, IWF und Welthandelsorganisation weltweit durchgesetzt. Immer neue Freihandelsabkommen gefährden Demokratie, Umwelt, Arbeitsplätze und Menschenrechte. In ihrem Buch berichtet Mies über die große globale Bewegung dagegen und die Situation des Protests, der auf Seattle folgte. Sie informiert über Methoden und Ziele, über Vorläufer und historische Hintergründe, doch vor allem geht es um die Suche nach einer anderen Wirtschaft und Gesellschaft, einer Gesellschaft, die den Profit nicht über Menschen und Natur stellt.

Klein N., **No Logo!**, Riemann, 2001

In ihrer scharfsinnigen Studie offenbart Klein die Machenschaften multinationaler Konzerne hinter der Fassade bunter Logos. Der von ihr propagierte Ausweg aus dem Markendiktat ist eine Auflehnung gegen die Täuschung der VerbraucherInnen, gegen menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, rücksichtslose Zerstörung der Natur und kulturellen Kahlschlag. Durch ihre Demystifizierung verlieren die großen, global agierenden Marken an Glanz, Attraktivität und Macht.

Ziegler J., **Wie kommt der Hunger in die Welt?**, Bertelsmann, 2000

„Der Hunger tötet weltweit ungefähr 100.000 Menschen täglich. Kaum jemand spricht über diesen Völkermord, von Abhilfe ganz zu schweigen. Vor diesem Hintergrund und angesichts des zügellosen Neoliberalismus der Finanzmärkte entlarvt sich das Reden der Mächtigen von christlichen Werten, von Solidarität und Gerechtigkeit als pure Heuchelei.“ (Hans Koschnik)

Scott A., **The limits of globalization**, Routledge, 1997

In the media and in political debate we are continually reminded of the emergence of global competition or even of a global culture. At the same time we hear cries of alarm that such forces combined with increasingly unrestrained and unregulated markets are destroying communities, undermining local values and weakening the ability of nation states to regulate their affairs and maintain a sense of common nation identity. This book assesses the claims made by globalization theorists from a variety of perspectives and disciplines, and through a mixture of case studies and theoretical reflection.

Visentini T., **Tra Noto e Timisoara - Globalizzazione ed immigrazione tecnologica**, Accademia degli Incolti, 2001

Il fenomeno della Globalizzazione analizzato attraverso due città: Noto in Sicilia e Timisoara in Romania. Si parte dai ragazzi siciliani che, al lavoro in Veneto, preferiscono la disoccupazione in Sicilia. Quindi le imprese venete cercano lavoro a costi bassi in Romania. Dall'esempio si analizza e riflette sul fenomeno del lavoro all'estero, nella forma dell'emigrazione tradizionale, quando gli italiani emigravano con la valigia di cartone, e quella dell'emigrazione tecnologica, una vista nuova aperta da Enrico Mattei per le imprese internazionali. Il libro si conclude con una proposta di legge per le società operanti all'estero e per i lavoratori espatriati.

Groier M., Bundesanstalt für Bergbauernfragen, **„Mit'n Biachl heign“**, Forschungsbericht Nr. 41, Wien 1999
Soziokulturelle und ökonomische Aspekte von Aussteigerlandwirtschaften in Österreich.

Ferretti G./Bruschi G./Chiario M., **Genova luglio 2001**, *Giovani comunisti*, 2001

Da tutto il mondo contro la globalizzazione liberista: democrazia, partecipazione, repressione. Testimonianze, articoli, interviste, commenti, foto e documenti: una lettura ragionata delle testimonianze accompagnata da contributi di vari autori.

Klimenta H., **Die 12 Aktien-Irrtümer**, DVA, 2001

Immer mehr Menschen legen ihr Geld in Aktien an. Doch die wenigsten sind sich der Tragweite dieser Entscheidung bewusst. Der Autor räumt mit den zwölf populärsten Irrtümern über die Börse auf.

Chomsky N., **Profit over people**, Europa - Verlag, 1999

Eine alarmierende und vernichtende Kritik an der „Logik des freien Marktes“. Noam Chomskys Analysen und Argumente sind einfach: ein Pessimist, der Mut macht.

Pelizzari A., **Die Ökonomisierung des Politischen. New Public Management und der neoliberaler Angriff auf die öffentlichen Dienste**, UVK, 2001

Die Vorstellung, die öffentliche Verwaltung lasse sich mit Hilfe privatwirtschaftlicher Prinzipien und Methoden verbessern, ist weit verbreitet. Von Kundenorientierung, Verschlankung der internen Abläufe, von Abteilungen, die als Profitcenter selbständig und kostenbewusst agieren oder von der vollständigen Übertragung öffentlicher Aufgaben an Privatunternehmen ist in diesem Zusammenhang die Rede. Alessandro Pelizzari bleibt skeptisch und äußert Vorbehalte.

Gray J., **Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen**, Fischer 2001

Wie steht es um den angeblichen „Sieg des Kapitalismus“? Ist er wirklich so glorreich? John Gray geht dieser Frage nach und warnt vor den zerstörerischen Konsequenzen des globalen freien Marktes.

Hertz N., **Wir lassen uns nicht kaufen. Keine Kapitulation vor der Macht der Wirtschaft**, Econ, 2001

Wir leben in einer Welt der „schleichenden Übernahme“. Die Politik ist auf dem Rückzug, statt gewählter Regierungen bestimmen globale Konzerne das Geschehen. „Die Wirtschaft ist am Ruder“, schreibt Noreena Hertz. „Unternehmen sind zu Monstren geworden, globale Giganten, die enorme politische Macht besitzen“ und „mit ihrer imperialen Herrschaft Staaten knebeln“. „Der ungebremste globale Kapitalismus führt zum Tod der Demokratie“

Chomsky N., **Haben und Nichthaben**, Philo-Verlag, Bodenheim, 2000

„Take from the needy and give to the greedy.“ Wie kann es sein, dass Produktivität und technologischer Fortschritt immer weiter wachsen, dadurch immer weniger Menschen immer reicher werden, während für den größer werdenden Rest der Bevölkerung nur soziale Unsicherheit und wirtschaftliche Sorge um Gegenwart und Zukunft bleiben?

Schutzki-Haddouti C., **Vom Ende der Anonymität. Die Globalisierung der Überwachung**, H. Heise Vlg., Hann. 2001

Um Abhörmaßnahmen, staatliche Überwachung und geheime Datenbanken mit Einträgen zu so genannten „erfassten Personen“ ranken sich viele Legenden. Doch welche Maßnahmen wirklich unter den vordergründigen Motiven der Verbrechensbekämpfung von Verfassungsschutz und Geheimdiensten erhoben werden, wird aus guten Gründen vor dem NormalbürgerInnen geheim gehalten. Vom Ende der Anonymität deckt die geheimen Mittel der Staaten auf, sich selbst zu schützen.

Bourdieu P., **Gegenfeuer**, UVK Univ.-Vlg., 1998

„Dieses Europa hat keine andere Utopie als jene, die sich zwangsläufig aus den Unternehmensbilanzen und Buchführungen ergibt, kein positives Projekt, nur das der shareholders, denen es nur noch um maximale Renditen geht, denen Bildung und Kultur nur noch als Produktionsfaktor in den Sinn kommt. Es ist höchste Zeit, die Voraussetzungen für den kollektiven Entwurf einer sozialen Utopie zu schaffen ...“ Bourdieu warnt vor dem Verlust politischer und sozialer Teilhaberechte in unserer westlichen Demokratie. Das hier entfachte Gegenfeuer regt zur Diskussion an und erschüttert den öffentlichen Scheinkonsens.

Chomsky N., **Die politische Ökonomie der Menschenrechte. Politische Essays und Interviews**, Trotzdem Vlg., Grafenau 2000

Informationen über die us-amerikanische Subventions- und Sicherheitspolitik, deren „schamlosen Protektionismus“ und die verlogene neoliberale Ideologie, die dort am meisten Chancen hat, wo die formelle parlamentarische Demokratie am Werke ist. Für Chomsky bedeutet Neoliberalismus „eine neue Form leninistischer Elitenherrschaft“. Ausgerechnet der Anarchist Chomsky sieht im Staat das einzige wirksame Gegengewicht.

Waibl E., **Praktische Wirtschaftsethik**, Studien-Verlag, 2001

Ein ethischer Lokalausweis an den aktuellen Schauplätzen des Wirtschaftsgeschehens. Dieses Buch schärft das Bewusstsein dafür, dass es in der Wirtschaft nicht nur um Geld oder Gewinn geht, sondern auch um Lebenswerte und Weltgestaltung. Weil jeder Mensch am „System Wirtschaft“ partizipiert, sind Arbeiten, die die unmittelbar praktischen ethischen Probleme zur Sprache bringen und diskutieren, die sich im Alltag der Wirtschaftspraxis stellen.

INDICE [TEMATICO] INHALTSVERZEICHNIS [THEMATISCH]

oikonomia

das geschlecht des geldes. 1 feministische analyse > elisabeth klatzer *p. 22
wenn staaten bankrott gehen. internationales insolvenzrecht > kunibert raffer *p. 65
kleine kredite für kleine leute. von der kreditwürdigkeit > helmut waldert *p. 69
freiheit in der kalkulierten anarchie. 1 ökonomische analyse > georg inderst *p. 100
la politica liberista del governo berluska. > alessandro cianca *p. 143

landwirtschaft/ agriColtura

die selbstmörderische sinnlosigkeit der modernen landwirtschaft > jose a. futzenberger *p. 130
aussteigerInnenlandwirtschaft. die negation des bestehenden > michael groier *p. 43

was nirgends rein passt oder i nomadi nell'indice

editorial/e *p. 8
libri sull'argomento/
bücherliste *p. 146

international, o: da dove vengono le scarpe che portiamo & le banane che mangiamo?

die scheinhafte parität. die krise in argentinien > christof pamreiter *p.20
mexiko, das musterbeispiel > thomas viehweider *p. 50
es geht nicht um extreme, sondern um prioritäten... interview mit enrique dussel peters *p. 62
afrika. globalisierung & marginalisierung > walter schicho *p. 34
türme misst man an ihren schatten. über den wto-beitritt chinas > verena steiner *p. 81
das privileg, ausgebeutet zu werden > matthias mühlberger *p. 46
skrupellos & co. markenfirmen verletzen menschenrechte > klaus werner *p. 92

politische universitarie ovvero was macht der neoliberalismus mit der bildung?

bildung als ware? das gats-abkommen > samir rabieh *p. 58
hochschulreform als neoliberaler putsch > claudia von werthof *p. 11

philosophia, identitäten & reflexionen (sull'arte)

...dass wir alle (übersetzte) übersetzerInnen sind. interview mit rada ivkovic *p. 97
la rete. 1 concetto per 1 comprensione basilare della globalizzazione > helmut heiss *p. 39
die globalisierten identitäten & ihr doppelter boden. interview mit hakan gürses *p. 76
1 anderer aufsatz über globalisierung, ausbeutung & ethnohistorie > john d. martin *p. 139
klistiere für die kunst. zeitgenössische kunst & globalisierung > heinrich schwazer *p. 136

alternative/n & aktivitaeten & azionismo

menschenrechtsbeobachtung in chiapas mit el durito *p. 54
le lillipuziane & i lillipuziani tentano di legare gulliver > simonetta stringari *p. 37
zerstört die hochkultur! schafft eure eigenen zeichen & symbole! interview volxtheaterkarawane *p. 106
nomadInnenlinie, migrantInnenlinie, sesshaftenlinie > gerald raunig *p. 111
die kundInnen haben theoretisch die absolute macht. interview mit rudi dalvai *p. 126
zur kontrolle multinationaler unternehmen. recht und globalisierung > gerold siller *p. 133

deklarazioni & manifesti

resistenza! documento finale del forum social mundial 2002 di porto alegre *p. 17
dichiarazione finale del 2. incontro nazionale della rete lilliput 2002 *p. 48
disertare il dominio! disobbedire al comando! dichiarazione disobbedienti *p. 94

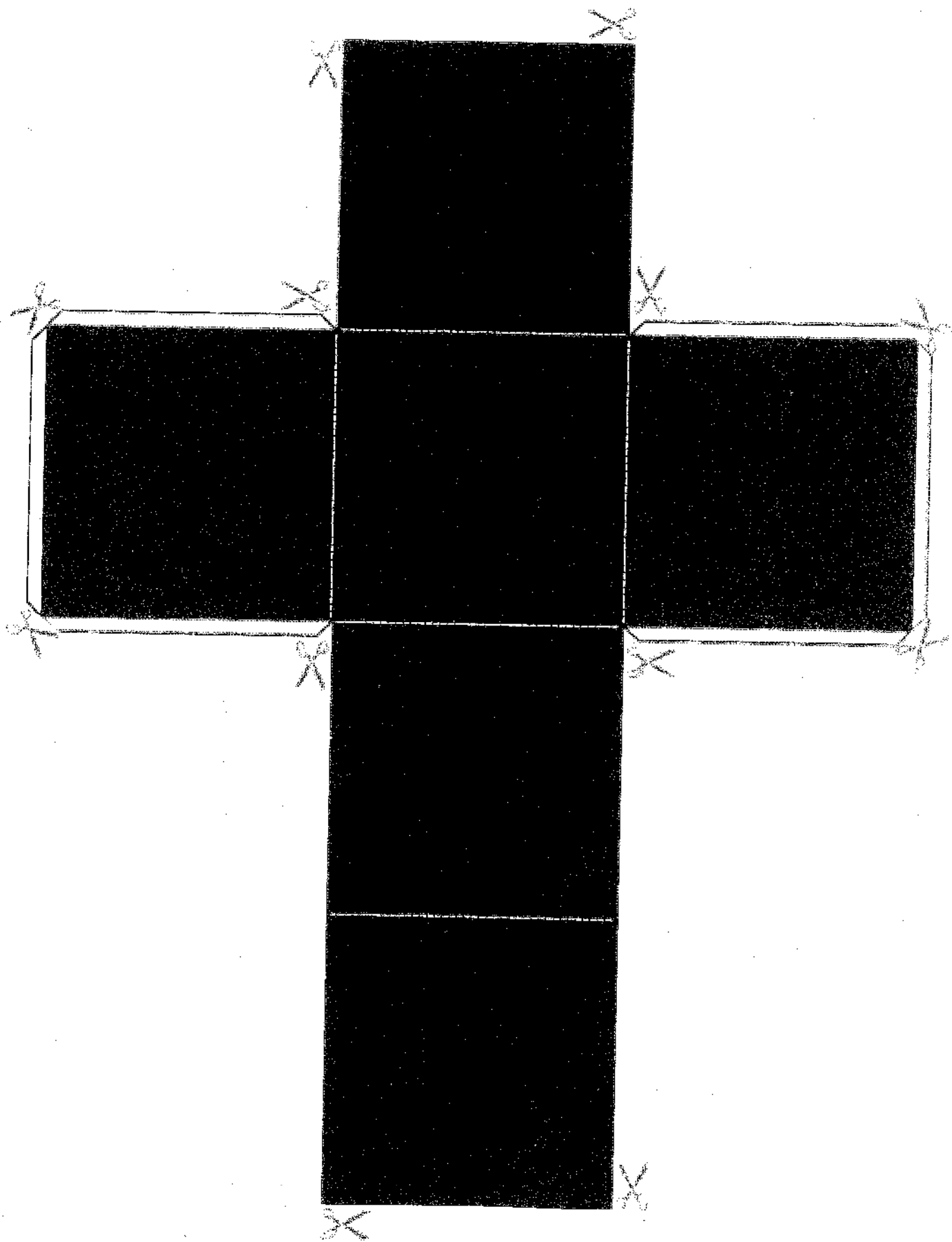
prosa & poesia & artistisches

sequences & frozen feelings & living tv & untitled > silvia micheli *p. 24
grodek (georg trakt) > alessandro banda *p. 61
2 kapitel aus der erzählung martini weiss > michaela grüner *p. 74
mischung/ biographie eines zukünftigen europäers > heinrich matzneller *p. 114
alle tage (ingeborg bachmann) > alessandro banda *p. 105
vanillewangen > barbara abrate *p. 125
die stadt am meer > hanns oberrauch *p. 110

analisi globali (della globalizzazione) & theorie

é possibile rendere concreto il sogno... > roberto barbiero *p. 10
macht neoliberalismus arm? 61 radiosendung über bangladesh > christian brüser *p. 13
frammenti sulla globalità > florian seebacher *p. 55
globalisierungskritik nach dem 11. september > alan scott *p. 28
die stadtinsel. architektur des goldenen käfigs > tilo perkmann *p. 122
vom weltmarkt zur welt(bürger)gesellschaft? > elmar waibl *p. 84

WIR BASTELN UNS EINEN



SCHWARZEN BLOCK



Profit

